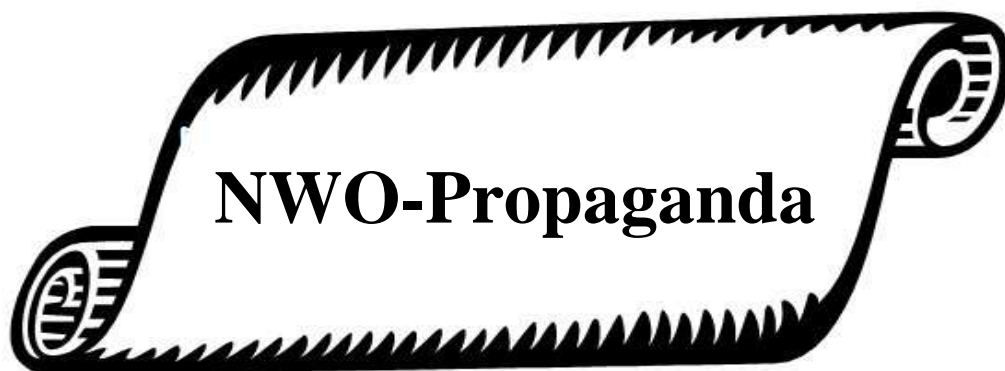


Willy Klages

**Die Geheimorganisationen
des globalen
NWO-Terrorimperiums**

**Die
weltweite Macht
der
Propagandamedien**

NWO-Sonderheft Nr. 36



Die weltweite Macht der Propagandamedien

NWO-Sonderheft Nr. 36

NWO-Propaganda

Inhaltsverzeichnis	Seite
Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die NWO-Propaganda	2-95
Hinweise für den Leser Quellen- und Literaturnachweis	96-97

Berichte und wissenschaftliche Publikationen über die NWO-Propaganda

Wer selber nicht im Lichte wandelt, kann andere nicht zum Lichte führen.

Johannes Chrysostomus (um 350-407, Erzbischof von Konstantinopel)

Herbert Ludwig berichtete am 31. Oktober 2014 in seinem Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" über die 4. Gewalt der Medien (x946/...): >>>**Der Journalismus als Herrschafts-Instrument**

Die Medien können heute dem Menschen die Möglichkeit umfassender Information und Horizontenerweiterung bieten. Dies setzt aber eine wache Haltung voraus, in der er nicht einfach naiv oder autoritätsgläubig übernimmt, "was schwarz auf weiß geschrieben steht" oder mit sonorer Stimme von "da oben" verkündet wird, sondern es selber durchdenkt und auf seine Stimmigkeit überprüft.

Eine solche Haltung ist indessen noch nicht weit verbreitet, wie man in den Redaktionen sehr wohl weiß. So sind die Medien außerordentlich wirksame Instrumente der Beeinflussung und Meinungsmache, da die von ihnen verwendeten Begriffe unmittelbar in das Bewußtsein der Menschen eindringen, dieses unbemerkt prägen und so Verhalten und Handeln großer Massen steuern können.

Daher haben die modernen Machtstaaten das größte Interesse daran, die Medien direkt oder indirekt in ihren Dienst zu stellen. In Diktaturen versteht sich die mediale staatliche Propaganda von selbst. Daß dies in "Demokratien" nicht anders ist, nur versteckter stattfindet, dafür müssen die meisten Menschen erst aufwachen.

Macht braucht Medien

Die Macht ist darauf angewiesen, daß sie durchgehend funktioniert, d.h. daß der Wille der Herrschenden, der sich in Gesetze und Verordnungen ergießt, befolgt und notfalls von den Staatsdienern mit den verschiedenen Mitteln des Zwanges durchgesetzt wird. Die Herrschaft funktioniert um so besser und reibungsloser, je bereitwilliger die Untertanen den Willen der Herrschenden ausführen und ihr Leben danach einrichten.

Diese Bereitwilligkeit kann in dem Maße erzeugt werden, als die Herrschenden Sinn und Notwendigkeit ihrer Vorhaben den Untertanen durch öffentliche Verlautbarungen und Erklärungen so nahe bringen, daß diese sie einsehen oder zumindest durch den Druck einer entstandenen "öffentlichen Meinung" für sich keine andere Möglichkeit sehen und sich daher fügen.

Diese "öffentliche Meinung" kann nur durch dienstbare Journalisten hergestellt werden, aus

deren möglichst flächendeckenden Informationen, Kommentaren und Diskussionen die Suggestion einer "öffentlichen Mehrheitsmeinung" aufsteigt, die dem Willen der Herrschenden entspricht. Sie wird daher zu Recht "veröffentlichte Meinung" genannt.

In Diktaturen wurde und wird diese Arbeit der Medien am Bewußtsein der Menschen offen als Regierungs-Propaganda (lat. propagare - verbreiten) bezeichnet, die von einem entsprechenden Propaganda-Ministerium (nach Orwell: "Wahrheits-Ministerium") gesteuert wird.

In den modernen "demokratischen" Machtstaaten verbietet sich das, da es darum geht, den demokratischen Schein zu wahren. Hier erhalten die Medien offiziell den Rang einer unabhängigen Instanz, welche die drei klassischen Gewalten der Legislative, Exekutive und Judikative als vierte Gewalt zu kontrollieren habe.

Abgesehen davon, daß die Unabhängigkeit der drei klassischen Gewalten durch das Parteiensystem, das alle drei durchdringt, längst nicht mehr besteht, ist auch eine unabhängige Presse als vierte Gewalt eine täuschende Fassade. Denn, wie wir gesehen haben, bedürfen die "demokratischen" Machthaber für das Funktionieren ihrer naturrechtswidrigen Macht, d.h. zur Überwältigung des Willens der Untertanen, ebenfalls der Medien, die sie sich daher auf alle mögliche versteckte Weise dienstbar machen, wozu natürlich auch gehört, sie mit Journalisten, die einer Regierungspartei angehören oder ihr nahe stehen, zu durchsetzen.

Daß auch in der "Demokratie" die Medien, besonders natürlich die parteiverseuchten staatlichen Fernsehanstalten, Propaganda-Agenturen der herrschenden Politik sind, ist gegenwärtig an der geradezu zum Krieg hetzenden "Ukraine-Berichterstattung" für jedermann offensichtlich geworden.

Und zum Glück rebellieren auch immer mehr Menschen dagegen. Elisabeth Noelle-Neumann, die Gründerin des Umfrageinstitutes Allensbach, machte schon früh darauf aufmerksam. Sie sagte einmal zu dem damaligen FAZ-Journalisten Udo Ulfkotte. "Was Sie heute in den Köpfen der Menschen finden, das ist oft gar nicht mehr die Realität, sondern eine von den Medien konstruierte, hergestellte Wirklichkeit."

Die weltweit angesehene Meinungsforscherin und Professorin für Kommunikationswissenschaften war eine der wenigen unabhängigen Köpfe in der öffentlichen Arena und erfreute sich in den Medien keiner Beliebtheit, *"weil sie etwas auszusprechen wagte, das in Deutschland als Tabu galt: die systematische Beeinflussung und Steuerung von Menschenmassen durch eine kleine Minderheit der Journalisten. Noelle-Neumann nannte es die "Schweigespirale", wenn Massenmedien wie das Fernsehen Minderheitenmeinungen öffentlich als Mehrheitsmeinungen darstellten und die Menschen nicht aufmuckten, sondern aus Angst vor sozialer Isolation einfach dazu schwiegen.*

Aus der Schweigespirale, als wissenschaftliche Theorie in der Kommunikationsforschung von Noelle-Neumann schon in den 1970er-Jahren formuliert, ist in den seither vergangenen Jahrzehnten ein noch weitaus mächtigerer und bössartigerer Dämon geworden, der uns Bürger heute rund um die Uhr fest im Griff hat. Er manipuliert uns. Und dieser Dämon lügt. Vor allem in Kriegen."

Es erhebt sich die Frage, wie und wo die verborgene Verzahnung von Macht und Medien in Deutschland konkret geschieht.

Wer hat die Macht in Deutschland?

Nun ist aber zum Verständnis des politischen Willens der Herrschenden die Erkenntnis wichtig, daß es nicht ihr originär eigener ist, daß sie nicht die wirklich Herrschenden sind.

Abgesehen von der Einbindung Deutschlands in den Beinahe-Bundesstaat EU, der bereits ca. 80 % der Gesetze des Bundestages vorgibt, sind nach der nüchternen Feststellung des US-Geostrategen Brzezinski Westeuropa und Mitteleuropa und damit auch die EU amerikanisches Protektorat, tributpflichtige Vasallenstaaten. Sie bilden den geostrategischen Brückenkopf des US-Imperiums für die Ausdehnung seiner indirekten und direkten Herrschaft nach

Zentralasien.

Dieses Unterordnungsverhältnis wird notdürftig als "transatlantische Partnerschaft", als ein Bündnisssystem von befreundeten Staaten kaschiert, das Brzezinski ironisch ein System der indirekten und scheinbar konsensbestimmten Hegemonie der Vereinigten Staaten nennt, in dem diese im Mittelpunkt eines ineinander greifenden Universums stehen, in dem die Macht durch dauerndes Verhandeln, im Dialog, durch Diffusion und dem Streben nach offiziellem Konsens ausgeübt wird, selbst wenn diese Macht letztlich von einer einzigen Quelle, nämlich Washington, ausgeht.

In einem Anfall von Aufrichtigkeit gestand Wolfgang Schäuble am 18.11.2011 auch ein: "Und wir in Deutschland sind seit dem 8. Mai 1945 zu keinem Zeitpunkt mehr voll souverän gewesen."

Zu diesem indirekten Herrschaftssystem gehört die Einbindung in das US-geführte europäische Söldnerheer der NATO, in dem die Vasallenstaaten die Herrschaft und Ausbreitung des US-Imperiums auch militärisch unterstützen müssen.

Ein wesentliches Element der indirekten US-Herrschaft über die Vasallenstaaten ist nach Brzezinski die Einflußnahme auf deren Eliten in Politik, Wirtschaft und Medien, d.h. ihre psychische und karrierefördernde Einbindung in die Interessen und Ziele der USA.

Diese Einflußnahme und Einbindung der Eliten geschieht in Deutschland in transatlantischen Organisationen wie *Atlantik-Brücke*, *Aspen-Institut*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Atlantische Initiative*, *American Academy*, *American Jewish Committee*, *Deutsche Atlantische Gesellschaft*, *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik*, *European Council on Foreign Relations* und anderen, die als private Vereine mit hehren Zielen der deutsch-amerikanischen Freundschaft und der Völkerverständigung auftreten.

Im nicht jedermann zugänglichen Inneren werden aber in enger Zusammenarbeit mit amerikanischen Elite-Zirkeln und dem CIA "young-leaders" (junge Führer) für Führungsaufgaben primär in Politik und Medien herangebildet. Dies öffnet ihnen den Zugang zu weiteren US-dominierten Zirkeln und Veranstaltungen. "Es ist wie eine Gehirnwäsche. Nur merken die deutschen Teilnehmer in der Regel nicht, daß sie einer proamerikanischen Gehirnwäsche unterzogen werden."

Verzahnung

Hier werden also die maßgebenden politischen Marionetten und journalistischen Propagandisten gemeinsam vorbereitet und indoktriniert, und sie unterstützen oder auch ermahnen sich gegenseitig für die amerikanischen Interessen. Neben führenden Politikern wie Angela Merkel, Thomas de Maiziere, Helmut Schmidt, Hans-Peter Friedrich, Cem Özdemir, Peter Altmeier, Karl-Theodor zu Guttenberg z.B. sind oder waren Alpha-Journalisten wie Kai Diekmann (Bild), Günther Nonnenmacher (FAZ), Josef Joffe (Zeit), Thomas Bellut (ZdF), Thomas Roth (ARD) mit transatlantischen Organisationen in Verbindung.

Unter diesen nimmt die Atlantik-Brücke eine besonders rührige Stellung ein. Sie wurde 1952 auf Anregung von John McCloy, früher Weltbankpräsident, Vorstandsvorsitzender von Rockefeller's Chase Manhattan Bank und Hoher Kommissars für die BRD, also führender Kopf der amerikanischen Besatzungsmacht, von dem Bankier Eric M. Warburg ins Leben gerufen. Marion Gräfin Dönhoff, Mitherausgeberin der Wochenzeitung *Die Zeit*, gehörte zu den Gründungsmitgliedern.

Der frühere CDU-Bundesschatzmeister Walter Leisler Kiep war von 1984 bis 2000 Vorsitzender. Heute hat Friedrich Merz (CDU) den Vorsitz, zugleich Mitglied der Trilateralen Kommission, einer von David Rockefeller gegründeten Lobbyorganisation der Finanzwirtschaft, der auch die stellvertretende Vorsitzende der Atlantik-Brücke, die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages Edelgard Bulmahn (SPD) angehört.

Allein in den Jahren 2006 bis 2012 werden in den Jahresberichten der Atlantik-Brücke 88

Journalisten erwähnt, davon 26 aus dem Bereich der öffentlich-rechtlichen Medien, darunter Jörg Schönenborn (ARD), Ingo Zamberoni (ARD), Theo Koll (ZdF), Ingo van Kampen (ZdF), Claus Kleber (ZdF), Klaus-Peter Sieglöcher (ZdF), Friedbert Meurer (Deutschlandradio). 3 Journalisten waren von der Bild Zeitung, 9 von der ZEIT, 3 von der FAZ, 2 vom Spiegel, 3 aus dem Springer Verlag, 4 vom Stern, 6 vom Tagesspiegel.

Die Atlantik-Brücke vergibt einen nach dem ehemaligen US-Botschafter in Deutschland Vernon A. Walters benannten Preis "an Persönlichkeiten, die sich in besonderem Maße um die deutsch-amerikanischen Beziehungen verdient gemacht haben", wie es offiziell heißt.

Verschwiegen wird, daß Walters Geheimdienstkoordinator der USA im Ausland und operativer Leiter der CIA war. "Er bezeichnete den Vietnamkrieg bis zuletzt trotz seiner Millionen Opfer als einen der nobelsten und selbstlosesten Kriege, den die Vereinigten Staaten je geführt haben. Und es war genau dieser CIA-Mann Walters, der in Europa die Grundzüge für das geheime Gladio-Netzwerk (der NATO) aufbauen ließ. ...

Er war an allen politischen Brennpunkten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts mit subversiven Aktionen maßgeblich beteiligt, so im Koreakrieg (1950-1953), beim Staatsstreich gegen den demokratisch gewählten Präsidenten Mossadegh im Iran (1953) ... und beim Militärputsch in Brasilien (1964)." Er war verantwortlich für die CIA-Operation zur Unterstützung des Militärputsches in Chile (1973) "und bei Aktivitäten zum Abwürgen der Nelkenrevolution in Portugal (1974).

Seine Spuren sind zu finden bei opferreichen Aktionen gegen demokratische Entwicklungen in Angola, Guatemala, Nicaragua und bei den jahrelangen Menschenrechtsverletzungen durch die Militärregimes in Südamerika (Operation 'Condor'), bei denen Hunderttausende Menschen ermordet, verschleppt oder gefoltert wurden. Und nach diesem CIA-Mann benennt die Atlantik-Brücke, welche das alles verschweigt, heute einen Preis. Und Menschen wie die Bundeskanzlerin Merkel oder Bild-Chef Diekmann sind dort Mitglied."

Methoden

Die Amerikaner verlassen sich bei der systematischen Beeinflussung der deutschen Eliten nicht allein auf ihre "Schulung" in den genannten Vereinen und Veranstaltungen. Sie wissen die Bereitschaft durch ein beliebtes Schmiermittel noch zusätzlich zu fördern.

"In Deutschland ansässige transatlantische Organisationen konnten 2014 US-Fördergelder dafür beantragen, wenn sie Deutsche so beeinflussen, daß die proamerikanische Interessen vertreten, etwa beim von den USA geforderten Freihandelsabkommen. ... Für jede gut vorbereitete Manipulation deutscher Meinungsführer bei uns gab es zwischen 5.000 und 20.000 Dollar von der US-Botschaft, je nach Wichtigkeit der beeinflussten Eliten."

Bewerbungs-Formulare konnten sich die US-nahen Clubs von der Webseite der US-Botschaft herunterladen, was offenbar in ausgiebigem Maße geschah, da sich die Botschaft dort ausdrücklich für die zahlreiche Teilnahme bedankte.

Eine wichtige Rolle spielt in diesem System der Einfluß der Geheimdienste auf die Medien, wobei die deutschen Geheimdienste wiederum genauso von den USA abhängig sind wie die anderen staatlichen Stellen.

"Die FAZ ermunterte mich ausdrücklich dazu, den Kontakt zu westlichen Geheimdiensten zu verstärken und freute sich, wenn ich die mitunter von dort zumindest in Stichworten vorformulierten Berichte mit meinem Namen versah", schildert Ulfkotte.

Ein Artikel wurde ihm einmal gar von zwei Mitarbeitern des BND in der FAZ-Redaktion in Frankfurt formuliert und "Absatz für Absatz weitgehend vorgegeben." Aufgabe dieser beiden war es, Berichte für renommierte deutsche Zeitungen zu schreiben. "Der BND machte das damals mit Wissen deutscher Medienhäuser, nach Angabe seiner Mitarbeiter bei vielen Zeitungen so."

"Man kann einen Journalisten billiger haben als eine gute Hure, für einige hundert Dollar im

Monat. Mit diesen Worten zitierte der Redakteur Philip Graham von der Washington Post einen CIA-Agenten über die Bereitschaft und den Preis jener Journalisten, die gewillt waren, für die CIA Propaganda-Berichte in Artikeln zu verbreiten. Natürlich mit Rückendeckung der Arbeitgeber. ...

Und der BND war der verlängerte Arm der US-Geheimdienste, eine Art Tochterorganisation. Man hat mir beim BND zwar nie Geld angeboten. Aber das brauchte man bei mir und vielen deutschen Kollegen auch gar nicht. Wir fühlten uns so großartig, wenn wir Auftragsschreiber eines Geheimdienstes waren oder irgendwie für ihn arbeiten durften."

Dabei kann keiner die "Informationen" des Geheimdienstes nachprüfen. Man druckt das einfach. "Ich habe daran zwar freiwillig mitgewirkt, aber mir wurde auch mitgeteilt, daß ich entlassen werden könne, wenn ich da nicht mitmache", so Ulfkotte aus seiner Erfahrung. Nachfragen bei befreundeten Anwälten bestätigten ihm, daß dies nach der gängigen Rechtsprechung ein Kündigungsgrund sei.

Aber auch das große Netz der Auslandskorrespondenten ist für den BND interessant. Es ist "die perfekte Tarnung, um über unverdächtige 'Journalisten' heikle Recherchen erledigen zu lassen." Der BND hat neben 6.000 festangestellten Mitarbeitern auch noch rund 17.000 "informelle" Mitarbeiter, die ganz normale Berufe haben, zu denen offenbar wesentlich zahlreiche Journalisten gehören.

"Das ist weltweit so. Denn wie ich im Laufe der Jahrzehnte im Ausland zwangsläufig mitbekam, war bei amerikanischen oder britischen Zeitungen fast jeder Auslandsreporter zugleich auch für die nationalen Geheimdienste tätig. Man muß das einfach im Hinterkopf haben, wenn man glaubt, in Medien 'neutrale' Berichterstattung vor sich zu haben."

Netzwerke

Der Leipziger Medienwissenschaftler Uwe Krüger hat in einer empirischen Untersuchung festgestellt, daß im Zeitraum von 2002 bis 2009 von 219 leitenden Journalisten 64 im Zusammenhang mit 82 Organisationen bzw. Strukturen standen, in denen Kontaktpotential mit Repräsentanten von Staat und/oder Konzernen sowohl Deutschlands als auch anderer Länder bestand. Dabei handelte es sich nur um Verbindungen, "die mit der Ausübung ihrer journalistischen Tätigkeit nicht unmittelbar zu tun hatten." Diese 64 Journalisten arbeiteten bei 13 der insgesamt 14 Leitmedien."

Krüger untersuchte insbesondere die Netzwerke von vier besonders mit den Einrichtungen, Instituten, Stiftungen, Konferenzen und Tagungen der Eliten verbundenen US-nahen Alpha-Journalisten: Klaus-Dieter Frankenberger, bei der FAZ verantwortlicher Redakteur für Außenpolitik; Josef Joffe, Mitherausgeber der Zeit; Michael Stürmer, Chefkorrespondent der Welt, und Stefan Kornelius, Außenpolitik-Ressortleiter der SZ.

Drei von ihnen hatten schon vor 2002 eine starke Verbindung zu den USA: Frankenberger war 1985-86 Mitarbeiter eines Abgeordneten im US-Repräsentantenhaus und 1990 Marshall Fellow der Harvard-University. Kornelius war von 1996 bis 1999 USA-Korrespondent der SZ in Washington. Und Joffe studierte an der Universität in Washington, promovierte in Harvard und lehrte später jeweils auch als Dozent an beiden Orten.

Die Netzwerke der vier Top-Journalisten haben auffällige Gemeinsamkeiten: "In allen vier spielen nicht nur Organisationen eine Rolle, die sich mit Außen- und Sicherheitspolitik beschäftigen, sondern auch speziell mit der Festigung der transatlantischen Beziehungen, also der Partnerschaft zwischen der USA und Deutschland bzw. Europa, die zu einem großen Teil über ... die Nato vermittelt wird. Alle vier waren Teilnehmer der *Münchener Sicherheitskonferenz*, die historisch aus der Nato heraus erwachsen ist. Frankenberger und Joffe waren Mitglieder der (von David Rockefeller initiierten) *Trilateralen Kommission*.

Joffe und Stürmer waren in der *Atlantik-Brücke* involviert ... Joffe und Kornelius waren im *American Institute for Contemporary German Studies* involviert sowie im *American Council*

on Germany ... Frankenberger war Beiratsmitglied der *Atlantischen Initiative*, ... Kornelius saß im Präsidium der *Deutschen Atlantischen Gesellschaft*, die Lobbyarbeit für die Nato macht. Joffe war Teilnehmer der geheimen *Bilderberg-Konferenz*, ... sowie Kurator der *American Academy* in Berlin und des *Aspen Institute Deutschland* und hat die US-Fachzeitschrift *The American Interest* mitbegründet.

Weitere gemeinsame außen- und sicherheitspolitische Organisationen waren die *Bundesakademie für Sicherheitspolitik* (Frankenberger, Kornelius), die *Deutsche Gesellschaft für Auswärtige Politik* (Kornelius, Joffe, Stürmer) sowie deren Organ *Internationale Politik* (Kornelius, Frankenberger, Joffe).

Alle vier Journalisten zeigten aus diesem US- und Nato-geprägten Milieu heraus eine weitgehende Übereinstimmung in ihrem "journalistischen Output" auf. Sie argumentierten ganz im Sinne der Außen- und Sicherheitspolitik der amerikanischen und deutschen Regierung. Sie fordern einen geographisch bis zum Hindukusch und wirtschaftlich bis zu den Ursachen des Terrorismus erweiterten Sicherheitsbegriff, und "erwähnen einen Katalog von Bedrohungen, wie er ähnlich oder gleichlautend in den offiziellen Dokumenten von Bundesregierung, EU, Nato und USA vorkommt."

Sie erklären, daß der Kalte Krieg zu Ende, das Zeitalter der klassischen Landesverteidigung oder das 'Westfälische System' der souveränen Staaten überholt und eine neue Zeit angebrochen sei. "Einig sind sich alle vier, daß Deutschland das Bündnis mit den USA (bzw. die transatlantischen Beziehungen bzw. die Nato) pflegen sollte, um den Bedrohungen angemessen begegnen zu können."

Angesichts der Ablehnung deutscher kriegerischer Einsätze durch die Mehrheit der Deutschen fordern sie "verstärkte Anstrengungen der Politik, den Bürgern die Notwendigkeit des Militäreinsatzes in Afghanistan zu vermitteln" und "offensiv für mehr militärisches Engagement zu werben." Alle vier verlangen, "daß Deutschland die Ansprüche der Nato erfüllen und somit seine Bündnistreue ... unter Beweis stellen sollte."

"Nicht vergessen werden sollten die historischen Leistungen, die die USA und die Nato seit Ende des Zweiten Weltkrieges für die Bundesrepublik erbracht haben. Alle vier Journalisten führen dies an und erwähnen teilweise Dankbarkeitsgefühle oder kritisieren die Undankbarkeit der Deutschen."

Uwe Krüger untersuchte auch die Berichterstattung über die Münchner Sicherheitskonferenz mit dem Ergebnis: Die Welt, FAZ und SZ, von denen jeweils ein hochrangiger Journalist auch regulärer Teilnehmer war, berichteten detailliert die Auffassungen der Eliten, ohne sie zu hinterfragen oder die Kritik der Friedensbewegung zu würdigen. Da die Berichterstattung nicht nur von den zuvor beleuchteten Journalisten geleistet wurde, weist dies "auf eine generelle Elitenorientierung dieser Redaktionen zumindest in diesem Themenfeld hin."

Man wußte ja von dieser Verschwörung. Hier wird ihre Theorie wissenschaftlich bestätigt. ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 7. Juli 2017: >>>**Die Goldene Hof-**
trompete für den Monat Juni geht an: DIE WELT

"Massenmedien haben die Aufgabe, die Öffentlichkeit zu informieren und Entscheidungsträgern die öffentliche Meinung kundzutun. Darüber hinaus wirken sie durch Kontrolle und Kritik an der Meinungsbildung mit", schreibt die Bundeszentrale für politische Bildung.

Schöne Worte! Denn von "Kontrolle" und "Kritik" ist in unseren Medien kaum etwas zu lesen - vor allem nicht, wenn es um die Politik der Bundesregierung geht.

Um die Medien an ihre eigentliche Aufgabe zu erinnern, verleiht der Verein zur Erhaltung der Rechtsstaatlichkeit und bürgerlichen Freiheiten monatlich an besonders regierungsfreundliche Medien, Verbände oder sonstige Meinungsbildner die "Goldene Hoftrompete für besonders willfährige Regierungsberichterstattung".

Dieses Mal geht die Goldene Hoftrompete an Ulf Poschardt, Chefredakteur 'Die Welt', für seinen Artikel "Angela Merkel ist endlich da, wo sie stets sein wollte" (Die Welt, 29.5.17). Denn was Diederich Heßling für Kaiser Wilhelm, das ist Ulf Poschardt für die Bundeskanzlerin. Wie der "Untertan" in der legendären Verfilmung von Heinrich Manns Roman rennt er mit allzeit bereitem Enthusiasmus neben der Kutsche der angebeteten Herrscherin her, schwenkt unverdrossen seinen Hut und schreit "Hurra!" Und das schon seit vielen Jahren - Ulf Poschardt ist ein echter Wiederholungstäter.

Mit dieser Jubelarie feiert er Angela Merkel als "inoffizielle Führerin der freien Welt" und "Ikone des Westens". Vor Merkels "Aura" verblassen glatt amerikanisch-russisch-britische Leichtgewichte wie Donald Trump, Wladimir Putin und Theresa May. Damit schießt er den Vogel ab. Angela Merkel als "archimedischer Punkt der liberalen Demokratie", um den "Politpopstars" wie Frankreichs Präsident Emmanuel Macron und der kanadische Premier Justin Trudeau sich balzend drängeln? Eine Hoftrompete allein reicht da gar nicht.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 22. Juli 2017 (x953/...): >>**Lügen die Medien?**

Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung.

von Jens Wernicke

Ein neues Buch aus dem Rubikon-Umfeld geht der Frage nach: Lügen die Medien? Zu Wort kommen die Journalisten Walter van Rossum, David Goeßmann, Ulrich Teusch, Volker Bräutigam, Ulrich Tilgner, Stephan Hebel, Werner Rügemer und Eckart Spoo. Die Wissenschaftler Noam Chomsky, Daniele Ganser, Rainer Mausfeld, Uwe Krüger, Jörg Becker, Michael Walter, Erich Schmidt-Eenboom, Klaus-Jürgen Bruder und Kurt Gritsch. Sowie mit Maren Müller, Hektor Haarkötter, Sabine Schiffer, Gert Hautsch, Rainer Butenschön, Markus Fiedler und Daniela Dahn wichtige Stimmen aus der Zivilgesellschaft.

Die Mehrheit der Bürger vertraut den Medien nicht mehr. Der Begriff der Lügenpresse geistert durchs Land. Viele haben erkannt: Eine von Konzerninteressen, Hochglanzwerbung und politischer Agitation à la "Deutschland geht es so gut wie nie zuvor" (Angela Merkel) geprägte "Berichterstattung" hat mit ihrer sozialen Realität nichts mehr gemein. Eine "Kernschmelze des Vertrauens" (Edelman Trust Barometer 2017) findet statt.

SPD-Urgestein und Herausgeber der *NachDenkSeiten* Albrecht Müller kritisiert die Medien daher als "Kampfpresse". Nach seinen Worten sind die Medien zu Sprachrohren der Mächtigen verkommen und stehen Gewehr bei Fuß, wenn es etwa um die Legitimation von Sozialabbau geht.

Andere Medienkritiker werfen den Medien sogar Propaganda vor und verweisen auf eine Berichterstattung, die kein Problem damit hat, entgegen journalistischer Standards mit Lügen den Weg in eine Politik zu ebnen, für die Kriege und das Anstacheln von Feindseligkeiten selbstverständlich geworden sind.

Fest steht: Die Einseitigkeit und Parteilichkeit vieler Medien ist kaum mehr zu ertragen. Wenn selbst führende Politiker inzwischen eine "erstaunliche Homogenität" (Frank-Walter Steinmeier) und mangelnde Meinungsvielfalt der Presse beklagen, wird deutlich: Wir befinden uns in einer tiefgreifenden Krise, die nicht länger hinzunehmen ist.

Doch warum? Was sind die Probleme und Ursachen? Und ist ein ehrlicher und ausgewogener Journalismus überhaupt noch denk- und vorstellbar?

Der Medienmainstream beantwortet diese Fragen üblicherweise mit Aussagen wie "Wir sind nicht gesteuert, Fehler passieren jedem einmal," oder verortet die Krisenursachen mit der Behauptung "Das ist doch alles Verschwörungstheorie!", beim Publikum selbst.

Eine umfassende und vielstimmige Medienkritik tut daher not. Eine Kritik, die den Bürgern die "intellektuellen Waffen" (Pierre Bourdieu) an die Hand gibt, derlei Ausflüchte und Entmündigungsversuche als das zu erkennen, was sie sind. Eine Medienkritik, die für die Bürger

Partei ergreift und sich bewußt ist, daß "die Propaganda für die Demokratie (dasselbe ist) wie der Knüppel für einen totalitären Staat" (Noam Chomsky).

Jens Wernicke hat mit zahlreichen Medienexperten über die verschiedenen Facetten der Krise gesprochen und sucht nach Lösungen und Auswegen. Das Resultat ist ein unverzichtbares Kompendium der Medienkritik.

Buchtitel: *"Lügen die Medien? Propaganda, Rudeljournalismus und der Kampf um die öffentliche Meinung"*. Das Medienkritik-Kompendium ... Westend-Verlag ...<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 9. August 2017: >>**Die Goldene Hoftrompete für den Monat Juli geht an: Die ARD**

Spötter meinen schon länger, daß die "ARD-Tagesschau" sich von der "Aktuellen Kamera" des "DDR-Fernsehens" vor allem dadurch unterscheidet, daß Letztere die Zuschauer doppelt so lange gelangweilt hat. Dafür gibts heute Propaganda-Lautsprecher wie die Merkel-Verehrerin Sabine Rau aus dem rot-grünen WDR-Stall.

Da erklärt der Europäische Gerichtshof (EuGH) die EU-Asylregeln des Dublin-III-Abkommens weiterhin für gültig - und was kommentiert "Expertin" Sabine Rau in der "Tagesschau"? Die Bundeskanzlerin habe ja bereits "konkrete Maßnahmen eingeleitet" - im CDU-Wahlprogramm stehe doch schon der Satz, "was 2015 passiert ist, darf sich nicht wiederholen".

"Passiert" ist, daß die Kanzlerin das Recht gebrochen hat und bis heute bricht. So wie die Versprechen in ihren Wahlprogrammen übrigens. Frau Rau juckt so was nicht. Zum Lobe Merckels legt sie sogar noch die steile Behauptung drauf, an der "deutsch-ungarischen Grenze" gebe es jetzt ja "stärkere Kontrollen". So viel geballte und geographische Medienkompetenz muß uns schon acht Milliarden Euro Zwangsgebühren jährlich wert sein.

Die Anfrage eines aufmerksamen Rechtsanwalts, wo diese "ungarisch-deutsche Grenze" denn verlaufe, blieb übrigens unbeantwortet. Die "Tagesschau" hat das peinliche Video auch eilig gelöscht. Macht nichts: Das Internet vergißt nichts, wir auch nicht. Das ARD-Hauptstadtstudio steht zu dem grotesken Auftritt seiner Mitgründerin und zeigt den Kommentar – zumindest bis Redaktionsschluß - weiter auf seinem Blog. Die "Goldene Hoftrompete" haben sie sich damit redlich verdient.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 21. September 2017 (x1.000/...): >>**Alarmierende Meinungszensur in Deutschland**

"Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst." so Voltaire. Gleiches ist auch heute noch gültig, besonders für Medienschaffende.

...

In Artikel 5 des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland ist das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit verankert: "Jeder hat das Recht, seine Meinung in Wort, Schrift und Bild frei zu äußern und zu verbreiten und sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten. Die Pressefreiheit und die Freiheit der Berichterstattung durch Rundfunk und Film werden gewährleistet. Eine Zensur findet nicht statt."

Die unzensierte Meinungs- und Pressefreiheit ist ein wesentliches Merkmal und Grundpfeiler der Demokratie. Entsprechend alarmierend sind die zahlreichen Fälle, die belegen, daß die unzensierte Meinungs- und Pressefreiheit in Deutschland bereits in ganz erheblichem Maße verloren gegangen ist. Klagemauer TV hat für Sie dazu einige Beispiele recherchiert: Eva Herman: Eva Herman arbeitete als Moderatorin und Tagesschausprecherin fast 20 Jahre für den Bayerischen Rundfunk, die ARD und den NDR und galt als beliebteste Moderatorin Deutschlands.

In ihrem im September 2006 erschienenen Buch "Das Eva-Prinzip" sprach sie sich dann u.a. dafür aus, daß Familie und Mutterschaft für Glück und Zufriedenheit einer Frau wichtiger sind als berufliche Karriere und vollständige Unabhängigkeit. Dies löste zeitweise eine breite Debatte über Geschlechterrollen aus und führte 2007 zur Beendigung ihres Arbeitsverhältnisses

durch die öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten. Matthias Matussek: Matthias Matussek war Sonderkorrespondent aus Ost-Berlin, wofür er 1991 mit dem Egon-Erwin-Kisch-Preis für die besondere Qualität seiner Reportagen ausgezeichnet wurde.

Von 1992 bis 2004 war er Leiter der Büros des Spiegel-Nachrichtenmagazins in New York, Rio de Janeiro und London und leitete daraufhin drei Jahre lang das Kulturressort des Spiegels. 2013 wechselte er zum Axel Springer Verlag. Ein einziger Kommentar auf Facebook zu den Terroranschlägen in Paris 2015, den er am Schluß mit einem Smiley versehen hatte, kostete ihn die Kolumnisten-Stelle bei der Tageszeitung "Die Welt". Er schrieb: "Ich schätze mal, der Terror von Paris wird auch unsere Debatten über offene Grenzen und eine Viertelmillion unregistrierter junger islamischer Männer im Land in eine ganz neue frische Richtung bewegen."

Frieder Wagner: Der mit dem Grimme-Preis ausgezeichnete Journalist und Filmemacher Frieder Wagner hatte mit seinen Filmen "Der Arzt und die Kinder von Basra" und "Deadly Dust - Todesstaub" gegen ein Tabu verstoßen. Er durchbrach das Schweigen der Medien über die Folgen der hochgiftigen Uranmunition, die von den USA und Großbritannien seit bald zwei Jahrzehnten eingesetzt wird. Zwar wurde er mit dem Europäischen Fernsehpreis 2014 ausgezeichnet, weil er aber als "antiamerikanisch" abgestempelt worden war, fand er in Deutschland keinen Verleiher, der den Film zeigen wollte. Von den Medien wird er ebenfalls gemieden und bekommt keine Aufträge mehr.

Gerhard Wisnewski: Gerhard Wisnewski war Bestsellerautor beim Knauer-Verlag. Vor fast einem Jahrzehnt schrieb er den jährlich neu erscheinenden Langzeitbestseller "Verheimlicht, Vertuscht, Vergessen", von dem jährlich knapp 100.000 Exemplare verkauft worden waren und der immer an der Spitze der Spiegel-Bestsellerliste gelandet war. Als die Ausgabe für das Jahr 2016 bereits fertig zur Druckvorlage war, wurde die Zusammenarbeit vom Knauer-Verlag abrupt beendet. Laut Wisnewski habe der Knauer-Verlag Anstoß an seinen Äußerungen zur Flüchtlingskrise genommen. So ging es in der Ausgabe 2016 mehrheitlich um "die wahren Hintergründe der Flüchtlingskrise."

Weitere Beispiele finden Sie in den eingblendeten Sendungen. Sobald Meinungen geäußert werden, die von der sogenannten "politisch-korrekten offiziellen" Meinung abweichen und eine zu große Öffentlichkeitswirkung erreicht wird, haben Veröffentlichungen oder nur schon Äußerungen dramatische Konsequenzen. Der Arbeitsplatz wird gekündigt, die Karriere ruiniert, Veröffentlichungen werden blockiert und diffamiert.

Es stellt sich unwillkürlich die Frage: Wo ist die im Grundgesetz verankerte unzensurierte Meinungsfreiheit in Deutschland geblieben? Mit einem Zitat von Voltaire schalten wir jetzt in das Studio Karlsruhe, um von dort über einen aktuellen Fall von Meinungszensur zu berichten: "Wenn du wissen willst, wer dich beherrscht, mußt du nur herausfinden, wen du nicht kritisieren darfst."<<

Die Wochenzeitung "Deutschland-Kurier" berichtete am 13. Dezember 2017: >>**Meinungszensur in Deutschland**

Das Stasi-Gesetz des Heiko Maas

Seit einiger Zeit ist das sogenannte Anti-Haß-Gesetz aus dem Hause des Noch-Justiz-Ministers Heiko Maas (SPD) in Kraft. Das Fazit bisher: Gleichviel Haß, mehr Zensur, weniger Meinungsfreiheit.

Der scheidende Bundesjustizminister Heiko Maas wollte mit seinem Gesetz das "verbale Faustrecht" im Internet beenden und die Meinungsfreiheit schützen. Dafür wurden die Plattformbetreiber für die Inhalte ihrer Nutzer in Haftung genommen. Bis zu 50 Millionen Euro sollen die Unternehmen zahlen, wenn Inhalte nicht "sauber" genug sind.

Das Ergebnis: Facebook und Twitter löschen und sperren, was der Bundesregierung nicht gefallen könnte.

Jetzt hat es den deutsch-ägyptischen Islamkritiker Hamed Abdel-Samad getroffen. Er hatte auf Twitter über einen algerischen Asylbewerber geschrieben, der laut dem Politikwissenschaftler in Algerien wegen Gewalt gegen religiöse Minderheiten verurteilt wurde. Das Ergebnis war die Sperrung von Abdel-Samads Twitter-Konto. Wie genau das US-Unternehmen auswählt, wer blockiert oder gelöscht wird, ist nicht herauszubekommen. Fest steht jedenfalls, daß man sich dort nicht mit der deutschen Regierung anlegen möchte.

Das Ergebnis nennt Abdel-Samad "schleichende Diktatur".

Dank dem neuen Gesetz, entscheiden nicht mehr Gerichte, welche Aussagen in Deutschland erlaubt sind. Es sind US-Firmen wie Facebook und Twitter, die in vorseilendem Gehorsam die Meinungsfreiheit unterdrücken. Sie wollen sich keinem Risiko aussetzen.

Die Merkel-Regierung behält dabei saubere Hände: Sie verbietet keinem direkt den Mund, Kritiker müssen für ihre Meinung nicht ins Gefängnis. Es wird nur dafür gesorgt, daß sie sich nicht mehr öffentlich äußern können. Was die Systemmedien nicht berichten, soll auch keinen Platz im Internet haben.

Eine solche Form der Zensur kennt man normalerweise aus autoritären Staaten wie China. Auch dort beugen sich die Internet-Riesen den Wünschen der Regierung. Gezeigt wird nur, was dem Regime genehm ist.

Daß das Twitter-Konto von Abdel-Samad nach dem Einschalten eines Anwalts wieder freigeschaltet wurde, ist der einzige Lichtblick. Mit Maas' Anti-Haß-Gesetz wird nicht Haß in Deutschland verhindert, sondern Meinungsfreiheit und Demokratie.<<

Das Online-Magazin "Kritisches Netzwerk" berichtete am 9. Dezember 2018 (x951/...):

>>**Gezielte Zersetzung**

Die von den Eliten organisierten gesellschaftlichen Spaltungen ... dienen der Herrschaftssicherung.

von *Rainer Mausfeld* ...

Schon vor mehr als 250 Jahren drückte der große schottische Philosoph David Hume seine Verwunderung über die Leichtigkeit aus, mit der eine Minderheit von Besitzenden über die Mehrheit der Nichtbesitzenden herrschen kann. Nur durch Beherrschung der Meinung könne es, Hume zufolge, zu einer solchen Situation kommen. Diese Einsicht hat bis heute nichts an Gültigkeit verloren. Denn demokratische Gesellschaftsformen sind für die tatsächlichen Zentren der Macht nur akzeptabel, wenn sie sich so gestalten lassen, daß sie für die Machtausübenden risikofrei sind.

Dies setzt voraus, daß diese die öffentliche Meinung in allen politisch relevanten Bereichen beherrschen können. Folglich stellt ein Meinungsmanagement in kapitalistischen Demokratien, die empirischen Studien zufolge in Wirklichkeit Wahloligarchien sind, eine der wichtigsten Herrschaftstechniken dar ...

Nun kann es Situationen geben, in denen Meinungsmanagement allein nicht mehr ausreicht, Demokratie für die wirklichen Zentren der Macht risikofrei zu gestalten. Daher wurde seit Beginn des vergangenen Jahrhunderts mit großem Aufwand und unter wesentlicher Beteiligung von Psychologie und Sozialwissenschaften versucht, Techniken zu entwickeln, durch die sich auch andere psychische Bereiche beeinflussen und kontrollieren lassen.

Schon früh erkannte man, daß sich in der Bevölkerung trotz systematischer Manipulation von Meinungen ein politisches Veränderungsbedürfnis aufstauen kann, das sich gegen die Zentren der Macht zu entladen droht. Daher mußten Techniken entwickelt werden, durch die sich eine solche Veränderungsenergie neutralisieren, noch besser: spalten und zersetzen läßt.

Derartige Techniken wurden bereits in den 20er Jahren des vergangenen Jahrhunderts sehr erfolgreich eingesetzt, um die Arbeiterklasse sozial zu spalten und Gewerkschaften zu zersetzen. Über eine systematische Erzeugung von Falschidentitäten lassen sich soziale Spaltungen besonders wirksam bewerkstelligen.

Beispielsweise wurden damals raffinierte Methoden entwickelt, die dem Ziel dienen, daß Arbeiter sich nicht mehr mit ihrer sozialen Klasse identifizieren, sondern mit ihrem Arbeitgeber. Seitdem wurden diese psychologischen Techniken beständig erweitert und verfeinert - eine Entwicklung, die im Neoliberalismus einen neuen Höhepunkt erreicht hat.

Eine ausgesprochen wirksame Methode, emanzipatorisches Veränderungspotential durch Spaltung zu neutralisieren, beruht auf einer recht einfachen Methode der Verklammerung. Wenn man nämlich Maßnahmen und Ziele, die mit moralischen und humanitären Werten verbunden sind, in geeigneter Weise mit Maßnahmen verklammert, die im Dienste imperialer oder ökonomischer Interessen stehen, so lassen sich humanitäre Maßnahmen gleichsam als Trojanische Pferde nutzen, um in nahezu unsichtbarer Weise Maßnahmen durchzusetzen, die ansonsten keine öffentliche Zustimmung finden würden. Beispiele einer solchen Verklammerungsmethode sind der "Kampf für Demokratie und Menschenrechte", der "Kampf gegen den Terror" oder das "Recht humanitärer Interventionen".

Das Gemeinsame an diesen Beispielen ist, daß sie gleichsam humanitäre Mogelpackungen sind. Sie verklammern nämlich aktuelle ernsthafte humanitäre Anliegen mit längerfristigen imperialen oder ökonomischen Interessen zu einem kaum mehr aufzuschlüsselnden Maßnahmenpaket. Der Öffentlichkeit wird dann vorgegaukelt, daß beide Aspekte unauflöslich verknüpft seien und die humanitären Ziele nur zu dem Preis zu verwirklichen seien, daß sie das Gesamtpaket akzeptiert.

Da humanitäre Anliegen in der Öffentlichkeit eine beträchtliche Attraktivität entfalten können, lassen sich auf diese Weise berechnete humanitäre Anliegen mißbrauchen, um mit ihrer Hilfe ökonomische oder auch imperiale Interessen durchzusetzen.

Auch die neoliberale Konzeption von Globalisierung ist ein derartiges Verklammerungspaket, mit dem sich humanitäre Aspekte und Menschenrechte als Ermächtigungsnormen zur Durchsetzung einer Politik mißbrauchen lassen, die ökonomischen oder imperialen Interessen dient. Eine Verklammerung drängender humanitärer Anliegen mit Interessen mächtiger ökonomischer und politischer Akteure - etwa das Interesse global operierender Großkonzerne nach "flexiblem" und kostengünstigem "Humankapital" - führt nun gerade in emanzipatorischen Bewegungen oft zu inneren Spannungen und Konflikten, die sich sehr erfolgreich für Spaltungen nutzen lassen.

Zudem läßt sich der jahrhundertealte Kampf gegen die Demokratie durch eine Verklammerung humanitärer Anliegen mit Interessen einer neoliberalen Globalisierung besonders wirksam führen. Da der Neoliberalismus Demokratie als eine Art Marktstörung auffaßt, ist er weltweit der vehementeste Gegner demokratischer Organisationsformen. Für den neoliberalen Kampf gegen die Demokratie erweisen sich Themen, die mit vorgeblichen Sachzwängen der sogenannten Globalisierung zusammenhängen, als besonders geeignet, weil es aus grundsätzlichen Gründen keine globalisierten Formen von Demokratie geben kann.

Es ist nämlich, wie insbesondere Ingeborg Maus sorgfältig aufgezeigt hat, nicht möglich, den modernen Verfassungsbegriff auf eine Weltgesellschaft anzuwenden, da es keinen globalen "demos" und somit keinen globalen Träger einer demokratischen gesetzgeberischen Souveränität gibt.

Es kann auf der Ebene der Weltgemeinschaft keinen öffentlichen Debattenraum geben, in dem unterschiedliche Partikularinteressen für ein politisches Handeln miteinander in Einklang gebracht werden könnten. Folglich kann es auf globaler Ebene auch keine Prozeduren einer demokratischen Konsensfindung und Friedenssicherung geben.

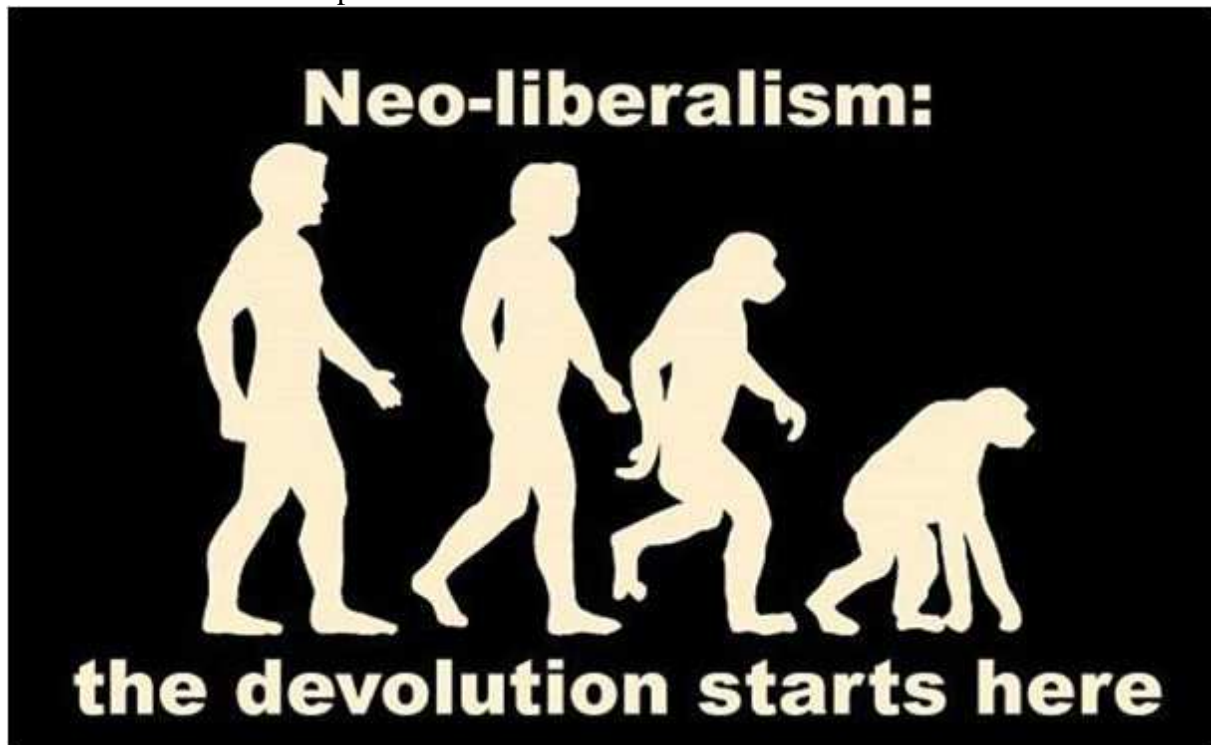
Die Idee einer demokratischen Gestaltung eines politischen Gemeinwesens wird auf globaler Ebene zwangsläufig völlig inhaltsleer. Dies gilt um so mehr, als die Zentren international operierender wirtschaftlicher Macht heute so organisiert sind, daß sie sich Gesetze, denen sie unterliegen, faktisch selber schreiben und keiner Form demokratischer Kontrolle und Rechen-

schaftspflicht unterliegen.

Demokratie und mit ihr mühsam erkämpfte zivilisatorische Errungenschaften - wie der Sozialstaat und die mit ihm verbundenen Mechanismen einer Begrenzung von Exzessen kapitalistischer Akkumulation - sind auf die Ebene einzelstaatlicher Organisationsformen angewiesen. Auf globaler Ebene sind demokratische Legitimationsformen unmöglich.

Genau dies ist natürlich den mächtigen ökonomischen Akteuren sehr bewußt. Wenn diese also - wie im UN-Migrationspakt, der auf ein Migrationsmanagement zielt und nicht auf wirkliche Bekämpfung von Migrationsursachen - globale neoliberale Interessen mit berechtigten humanitären Anliegen verklammern, so können sie mit solchen humanitären Mogelpackungen zwei lästige Fliegen mit einer Klappe (er)schlagen.

Zum einen läßt sich so demokratischen Organisationsformen längerfristig ihre Grundlage entziehen. Zum anderen eignen sich diese Verklammerungen durch die Spannungen, die sie in emanzipatorischen Bewegungen erzeugen, besonders gut, Dissens durch Spaltung einzudämmen und Veränderungsenergien, die sich gegen die Zentren der Macht richten, auf andere Ziele umzulenken und somit politisch unwirksam zu machen.



Wie lassen sich geeignete Gegenstrategien gegen Herrschaftstechniken einer Zersetzung und Spaltung von Dissens entwickeln? Dazu müssen Funktions- und Wirkmechanismen dieser Techniken sorgfältig analysiert und öffentlich behandelt werden. Gegenwärtig spricht viel dafür, daß diese emanzipatorische Aufgabe nur auf außerparlamentarischen Wegen geleistet werden kann.

Rainer Mausfeld, Jahrgang 1949, studierte Psychologie, Mathematik und Philosophie in Bonn. Er ist Professor für Allgemeine Psychologie an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel und arbeitet im Bereich der Wahrnehmungs- und Kognitionsforschung. ...<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 16. Januar 2019 folgender Bericht über die Freiheit der Rede und der Meinung (x1.014/...):

>>Finis Germania oder: Deutschlands Demokratie ist verloren - Teil 6

von *Jochen Mitschka*

... Freiheit der Rede und der Meinung

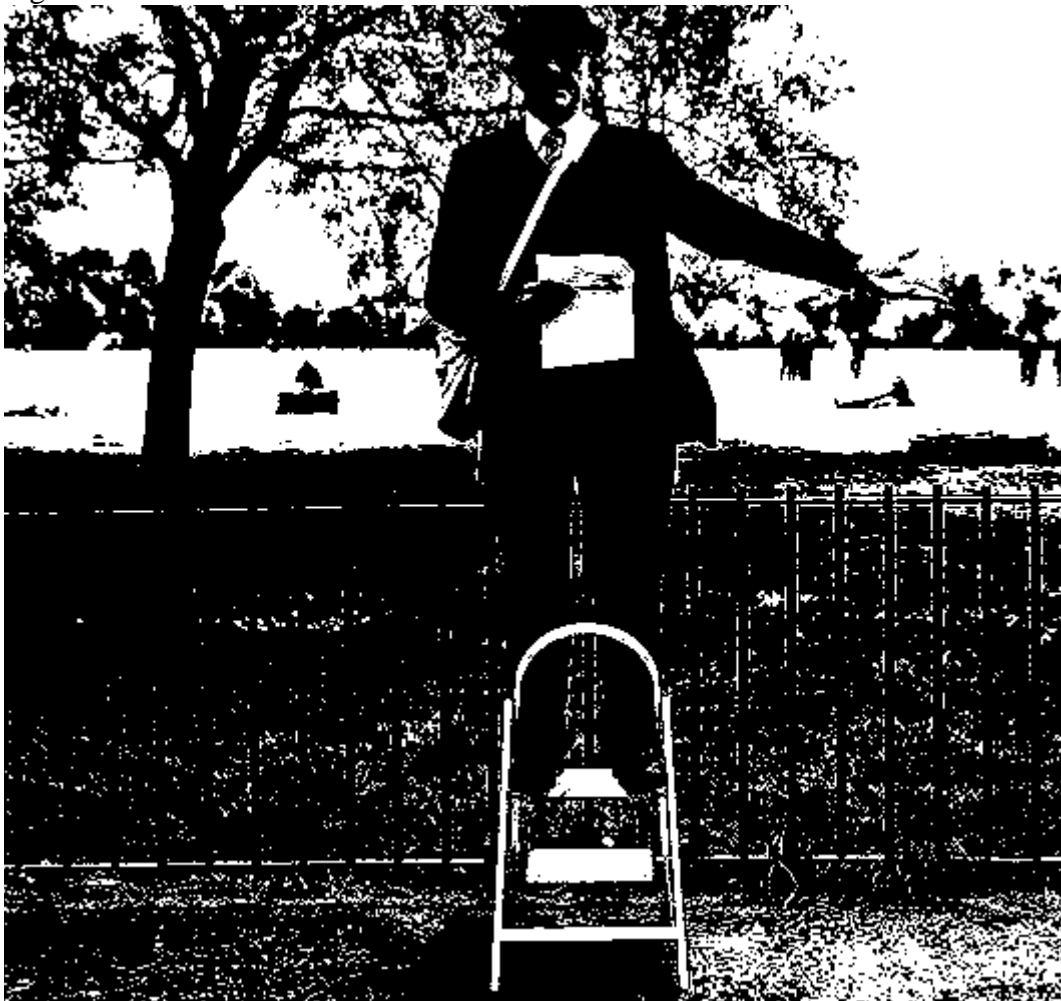
Meinungsfreiheit wird ausdrücklich und als hervorragend wichtig für eine Demokratie ge-

nannt. Meinungsfreiheit wäre gegeben, wenn jede Meinung, MINDESTENS entsprechend ihrer Vertretung in der Gesellschaft, auch in den Medien Verbreitung fände. Der Ansatz eines Öffentlich Rechtlichen Rundfunks war daher schon der richtige Beginn. Allerdings haben auch hier längst Verwässerungen, bis hin zur Pervertierung den Geist und Zweck in sein Gegenteil verkehrt. Die Widersprüche waren zuletzt so groß geworden, daß sogar das Bundesverfassungsgericht den Staatsvertrag über den ZDF für verfassungswidrig erklärte.

Daß die geforderte "Staatsferne" nur noch Makulatur ist, gesteht sogar die FAZ.

"Das zeigt sich nicht nur am Beispiel der Ministerpräsidenten von Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz, die dem Südwestrundfunk bei der Planung der Wahldebatten im Fernsehen die Grenzen aufzeigen. Es zeigt sich auch bei den benachbarten Sendern. Beim Hessischen Rundfunk wird am 5. Februar ein neuer Intendant gewählt. Es gibt nur einen Kandidaten, den Fernsehdirektor Manfred Krupp. Auf den hat sich die Findungskommission des Rundfunkrats schneller geeinigt, als man gucken konnte. Was damit zu tun hat, daß die CDU ihre Truppen so schnell ordnete, daß der Opposition Hören und Sehen verging."

Zusätzlich zu den Öffentlich Rechtlichen Medien gibt es jedoch inzwischen ja die privaten Medien. Und hier wurde die Meinungsfreiheit noch stärker pervertiert. Denn jeder Medienunternehmer kann seine eigene Meinung den Journalisten vorschreiben, das ist in der Tendenzbetriebsregelung ausdrücklich gesetzlich garantiert. Er ist nicht verpflichtet, eine gesellschaftlich ausgewogene Meinungsvielfalt anzubieten, sondern kann ganz alleine bestimmen, welche Meinung sein Medium vertritt.



Nicht einmal am Speakers-Corner in London darf man alles sagen. Es ist verboten, über die Königin und ihre Familie zu reden.

Gravierend wurde das durch die schriftliche Verpflichtung von Mitarbeitern im Springer Verlag bekannt, alles zu unterlassen, was die Interessen der USA oder Israels beeinträchtigen könnte.

Nun war die Ursprungsidee jene, daß sich eine ausgewogene Berichterstattung alleine daraus ergeben würde, daß es viele unterschiedliche Medienunternehmen gab. Dies ist jedoch durch die weltweite und die deutsche Medienkonzentration widerlegt worden.

Da Medien nichts anderes sind als Unternehmungen, nicht mehr an Personen geknüpft, wie früher Zeitungen einer Stadt an einen führenden Journalisten, können sie verkauft und gekauft werden wie es beliebt. Und wenn jemand eben den Wunsch hat, seine Meinung zu verbreiten, kann er sich im Extremfall alle Medien kaufen.

Ganz so drastisch ist es nicht gekommen, da Medien aber (mit einzelnen Ausnahmen, wie z.B. die Junge Welt oder die TAZ) einer kleinen Gruppe reicher Familien gehören, vertreten sie ganz natürlich die Interessen der Besitzenden - im Zweifel des Establishments.

Ein Artikel von Gerassimov beschreibt auch 2018 noch einmal, daß im Prinzip drei Familien in Deutschland die Meinungsbildung durch ihre Medien bestimmen.

Da ist zunächst der Springer-Verlag, eines der größten Verlagshäuser Europas. Die Bildgruppe erreicht täglich Millionen Bürger und hat den vermutlich größten politischen Einfluß.

Die Familie Mohn kontrolliert die Bertelsmann-Gruppe und die Bertelsmann-Stiftung. Dazu gehört über einen Umweg auch der "Spiegel" der einmal einen sehr guten Ruf von Unabhängigkeit und Dissens hatte. Was sich seit der Übernahme von 25 % durch eine Bertelsmann-Gesellschaft jedoch drastisch veränderte.

Spätestens als 2013 der ehemalige stellvertretende Chefredakteur der "Bild-Zeitung" in die Chefredaktion des Spiegels berufen wurde, sollte jedem die Zeitenwende beim Spiegel deutlich geworden sein. Und zwei Jahre später ging Blome beim Spiegel wieder weg und kehrte in den Springer-Schoß, zu "Bild" zurück.

Bertelsmann übt aber nicht nur über Zeitschriften, Fernsehsender und Radiosendungen Meinungsbildung aus, sondern, ebenso wichtig, mit der Bertelsmann Stiftung. Zur Stiftung Bertelsmann gibt es eine ausführliche Kritik im Internet, die auf Hunderten von Seiten auflistet, wie die Lobbyarbeit der natürlich "gemeinnützigen" Stiftung sich auf das Leben der Menschen auswirkt. Im Bereich Weltpolitik (Weltmacht) beschreibt die Website, daß und wie die Stiftung direkte Drähte zur europäischen Spitzenpolitik nutzt.

Sie will darstellen, daß die Stiftung das Ziel verfolgt, die EU als wirtschaftliche Weltmacht auszubauen und auf allen Kontinenten den ungehemmten Marktzugang für europäische Konzerne zu erreichen. Wie die Autoren außerdem schreiben, möchte Bertelsmann, daß die EU zur politischen und militärischen Weltmacht aufsteigt, damit die wirtschaftlichen Interessen auch mit militärischen Mitteln abgesichert werden.

Private Medien sind also nicht viel mehr als Sprachrohre des Establishments geworden. Wenn man sich das Ranking der weltgrößten Medienkonzerne ansieht, erkennt man, daß die Welt der Medien fast ausschließlich von westlicher Sicht des Establishments beherrscht wird.

Interessanterweise belegt ein deutsches Unternehmen sogar Rang elf. Seine gesellschaftliche Zielrichtung dürfte stellvertretend für die meisten Unternehmungen sein. Für die bereits erwähnte, über Steuerermäßigungen finanzierte Bertelsmann-Stiftung, die wohl die gleiche Philosophie haben dürfte wie der Konzern, kann man im Buch "Die gesellschaftliche Verantwortung des Unternehmers" nachlesen:

"Die Stiftung betrachtet den Sozialstaat als überdehnt oder gar überholt und vor allem strebt sie eine über den Wettbewerb hergestellte Effizienz als Steuerungsinstrument in allen gesellschaftlichen Bereichen an."

Und immer geht es Bertelsmann deshalb auch um ein Zurückdrängen des Staates, eine Verringerung der Staatsquote und - als Mittel dazu - um die Senkung der Steuerlast. In meinem

Buch "Die Menschenrechtsindustrie im humanitären Angriffskrieg" widme ich der Stiftung ein Kapitel, weil es natürlich auch die Militarisierung der Gesellschaft unterstützt. In der Studie "European Defence Strategy" von 2004, erarbeitet von der Venusberg-Gruppe der Stiftung wird Klartext geredet:

"Was Europa dafür brauche, so die Studie, sei eine Streitmacht, die überall hinkommt, *überall kämpfen, essen, bleiben, erweitert werden und zurückkehren kann - alles unter einem autonomen Kommando und Kontrollsystem unter der souveränen politischen Kontrolle der EU.*"

Dann ist da noch die Familie Burda, die in der Öffentlichkeit noch das geringste Profil hat. Dabei bietet die Gruppe ungefähr 540 Medienprodukte in 23 Ländern an. Was in der DDR unmöglich gewesen wäre, war im Westen der Republik eher Standard. Denn die Vergangenheit der Familie Burda wird einige Leser erstaunen:

"Bereits 1933 betonte Franz Burda Senior - der Begründer des Medienkonzerns, damals in der Form einer Druckerei - die nationalsozialistische Gesinnung seines Betriebs. Der Betrieb nahm eine aktive Rolle bei der *Arisierung* während der NS-Zeit ein - 1938 konnte er eines der größten *nicht-arischen* Druckereiunternehmen billig aufkaufen."

Allerdings gilt Hubert Burda als geläutert und ist ein Freund Israels und seiner Politik, ebenso wie die Familie Springer. Was bedeutet, daß zwei Drittel der entscheidenden deutschen Medienmacht sich bewußt zu einer zu Israel eher unkritischen Berichterstattung erklären.

Durch die privaten Medien, neben den Öffentlich Rechtlichen Medien, gibt es jetzt also zwei mediale Machtblöcke. Während die Öffentlich Rechtlichen Medien von den Parteien kontrolliert werden, wird der andere mediale Machtblock durch die viel Vermögen Besitzenden des Landes kontrolliert, jene, die es sich leisten können, selbst ein Medium zu finanzieren oder durch Finanzmacht darauf Einfluß zu nehmen.

Wie Meinung und Politik innerhalb von Jahrzehnten durch Stiftungen wie die Bertelsmann-Stiftung geformt werden, hat die Satire-Sendung "Die Anstalt" am 7. November 2017 sehr eindringlich am Beispiel der Mont Pèlerin Gesellschaft deutlich gemacht. Diese Gesellschaft hat die deutsche soziale Marktwirtschaft im Laufe der Jahrzehnte ihrer Beeinflussung von Journalisten, Wirtschaftsführern und Politikern in ein Zentrum neoliberaler Netzwerke verändert.

Leider sind die Interessen von Politik und Wirtschaft sowie Banken in den letzten Jahrzehnten nicht nur wegen der Drehtürpolitik stark zusammen gewachsen, so daß man inzwischen davon ausgehen kann, daß bis auf Konflikte zwischen verschiedenen Fraktionen der gleiche Meinungstenor vorherrschen wird. Und es gibt einen großen gemeinsamen Nenner. Den kann man sehr gut beobachten im Gleichklang zwischen Politik, Öffentlich Rechtlichen Medien und Privaten Medien. Zum Beispiel in der Berichterstattung über Syrien, der Ukraine, Rußland oder über die Bankenkrise, genannt Finanzkrise der EU.

Unterdrückung der Meinungsfreiheit findet in Deutschland (noch) nicht durch Einsperren und Ermorden kritischer Journalisten statt. Man entzieht ihnen einfach die Lebensgrundlage.

Sie finden keine Arbeitgeber oder Auftraggeber mehr. Beispiele für solche "Ausgestoßenen" sind der Macher des preisgekrönten Films über die Folgen von Uranmunition (Deadly Dust, Frieder Wagner; Andreas von Bülow, ehemaliger Spitzenpolitiker und Autor; Christoph Hörstel, ehemaliger ARD-Korrespondent und Berater der Bundesregierung - bis zu dem Zeitpunkt, da er dissidente Meinungen über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr zu vertreten begann; Ken Jebsen, der offen und unverklagt sagen kann, daß die Intendanz in seinem Fall gelogen hatte, um ihn loszuwerden, als er in die Kritik von transatlantischen Kreisen geriet.

Und selbst "kleine Fische" werden inzwischen mit Klagen überzogen, obwohl oder gerade weil sie nachweisen, daß sogenannte Qualitätsmedien Falschmeldungen verbreiten. Und sie werden dann auch noch in den sogenannten sozialen Medien mit Sperren bestraft.

Im Internet erkennt man eine immer größere Einschränkung der freien Meinungsäußerung

besonders am sogenannten Upload-Filter, der vom EU-Parlament beschlossen wurde und der Beginn einer totalen Kontrolle der letzten Möglichkeit der freien Informationsbeschaffung sein wird.

Damit ist der Grundstein dafür gelegt, daß das Fenster zur Meinungsfreiheit, das Internet, geschlossen wird, und damit auch das Internet der neuen Aristokratie ergeben ist. Leider ist nicht nur der Bereich der "freien Wirtschaft" und des Staates von zunehmender Gesinnungsgleichmacherei betroffen.

Das Beispiel von Daniele Ganser, der sich weigerte, stumpf der Mainstream-Meinung zu folgen und auch Dinge aussprach, die dem Establishment unangenehm waren, wurde von seiner schweizerischen Universität nicht länger beschäftigt. Unter anderem wurde ihm vorgeworfen, in seinen Forschungen die offiziellen Darstellungen des Attentates von 9/11 gleichberechtigt neben den alternativen Darstellungen zu behandeln.

"Basierend auf der Arbeit der durch Richard Gage geführten Architects & Engineers zur Wahrheitsfindung um die Vorfälle hinsichtlich 9/11, Ersthelfer- und Pilotenorganisationen, Bücher zu diesem Thema von David Ray Griffin und vielen anderen Autoren sowie zahlreichen Augenzeugenaussagen, hat das Rechtsanwaltskomitee zur Untersuchung der Vorfälle um 9/11 ausreichende und unumstößliche Tatsachen präsentiert, die dem US-Staatsanwalt für den südlichen Distrikt von New York übermittelt wurden, um diesen zur Befolgung von bestehenden Gesetzen unter Bezugnahme auf Bundesgesetze zu bewegen."

Wären die alternativen Darstellungen Verschwörungstheorien, hätte kein US-Staatsanwalt ein solches Verfahren eingeleitet. Und auch heute ist noch nicht sicher, ob und wie es sich denn entwickeln wird. Zumindest aber zeigt es, daß die Forschung Gansers durchaus berechtigt war.

Noch deutlicher ist die Entlassung von Tim Anderson, nach über 20-jähriger Dozententätigkeit an der Universität Sydney.

"Tim Anderson, der australische Autor von "Der Schmutzige Krieg gegen Syrien", schrieb eines der ersten kritischen Bücher über den Krieg gegen Syrien. Inzwischen ist das Buch in 10 Sprachen übersetzt, gehört zu den Klassikern der Aufklärung dieses Stellvertreterkrieges der NATO-Länder und Golfdiktaturen gegen Syrien. Nach über 20-jähriger Dozententätigkeit für die Universität von Sydney wurde Anderson nun suspendiert und erhielt Hausverbot."

In weiter führenden Berichten wird deutlich, daß es der Einfluß israelischer Lobbyisten war, der für seine Suspendierung gesorgt hatte, während es bei Ganser eher allgemeine Bedenken des Establishments waren.

"Daniele Ganser hat seinen letzten öffentlichen Lehrauftrag verloren. Die Uni St. Gallen hat sich laut Medienberichten von dem Schweizer Historiker getrennt. Ganser forscht zu westlichen Kriegen, zu 9/11 und zu den Stay-Behind-Organisationen der NATO."<<

Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 2. April 2019 folgender Bericht über die Aufgaben der gleichgeschalteten Massenmedien (x1.014/...): >>**Der Krieg vor dem Krieg**

Kriegsrechtfertigende Ideologien, vorbreitende Propaganda, aggressive Maßnahmen unterhalb der Schwelle militärischer Gewalt - Kriegspropaganda ist nichts Neues, doch sie hat weltweit eine neue Qualität angenommen, zeigt *Ulrich Teusch* in seinem neuen Buch "*Der Krieg vor dem Krieg*". Er analysiert aktuelle und historische Propagandastrategien und beleuchtet die Interessen der Kriegsverkäufer in Politik, Wirtschaft, Militär und Medien.

In einer idealen Welt wäre Politik gleichbedeutend mit Friedenspolitik. Politiker würden alles in ihrer Macht und Kraft stehende tun, um den äußeren und inneren Frieden zu sichern. Den äußeren Frieden durch Diplomatie, Respekt vor dem Völkerrecht, Vertragstreue, Multilateralismus, Institutionenbildung, Friedenserziehung, Abrüstung und Rüstungskontrolle, vertrauensbildende Maßnahmen, Austausch von Menschen und Ideen, Entwicklungshilfe, Interessen-

ausgleich. Den inneren Frieden durch größtmögliche Liberalität und Toleranz, Offenheit der Diskurse, demokratische Mitsprache und Mitbestimmung, rechts- und sozialstaatliche Sicherheit, Verteilungs- und Chancengerechtigkeit.

Doch wir leben nicht in einer idealen Welt. Wir sind - global betrachtet - von Friedenszuständen im Äußeren wie im Inneren weit entfernt und entfernen uns immer mehr.

Der Krieg zwischen der NATO und Rußland hat schon begonnen. Noch fliegen uns zwar keine Raketen um die Ohren, aber wir befinden uns mitten in einem Wirtschaftskrieg, einem Cyberkrieg, einem hybriden Krieg, einem Propagandakrieg - auch einem Krieg mit militärischen Provokationen oder "Nadelstichen". Dort, wo man sich unmittelbar gegenübersteht, etwa in Syrien, bedarf es eines erheblichen Koordinationsaufwands (und manchmal auch beachtlicher Nervenstärke), um den direkten Konflikt und dessen Eskalation zu vermeiden.

Die Grenzlinien zwischen Kriegs- und Friedenszuständen werden immer poröser. Folgt man einem weitgefaßten Kriegsverständnis, dann ist Krieg inzwischen zu einem Normalzustand geworden. Die westliche Führungsmacht führt seit 2001 permanent Krieg. Die politisch Verantwortlichen des Landes bezeichnen ihn als Generationenkrieg, langen Krieg, unendlichen Krieg. Krieg ist für die USA zum natürlichen Zustand geworden, zum Way of Life, zur Raison d'être. Das System braucht den Krieg, um noch funktionsfähig zu sein. Es ist einer "Kriegssucht" (Philip Giraldi) verfallen.

Krieg geht mit Kriegspropaganda einher, permanenter Krieg mit Kriegspropaganda in Permanenz. In Kriegen kommt es für gewöhnlich zu einer Quasi-Gleichschaltung der etablierten Medien. Und so ist der permanente Krieg möglicherweise der Hauptgrund für die seit Jahren zu beobachtende mediale Formierung. Unter einem Druck dieser Art wird der ohnehin schon enge Mainstream-Korridor zum Laufstüchlein. In einer solchen Konstellation kann nicht mehr über die Frage diskutiert werden, ob eine russische Bedrohung überhaupt existiert, sondern nur noch darüber, wie ihr am besten zu begegnen wäre.

Weil der äußere Frieden gefährdet ist, ist es auch der innere. Und weil der innere Frieden gefährdet ist, ist es auch der äußere. Es entsteht eine negative Wechselwirkung zwischen internationalen Spannungen, Konflikten und Kriegen auf der einen Seite und innerstaatlicher Repression, Illiberalität und Demokratie-Erosion auf der anderen.

Wenn die internationalen Spannungen wachsen, wenn tatsächlich Kriegsgefahr be- oder entsteht, dann verschärfen sich auch die innenpolitische Tonlage und Gangart. Die Guten werden von den Bösen, die Freunde von den Feinden geschieden. Die ohnehin schon niedrige Toleranzschwelle gegenüber Dissidenten sinkt weiter ab. Alternativen Kommunikationskanälen, so sie denn größere Resonanz finden, droht Ungemach.

Selbst wer eine mittlere oder vermittelnde Position einnimmt und sich bemüht, die Dinge differenziert zu beurteilen oder nach Gemeinsamkeiten Ausschau zu halten, kann in die Breddouille geraten und als unsicherer Kantonist geführt werden. "Neutralismus" oder "Äquidistanz" lauteten die entsprechenden Vorwürfe im ersten Kalten Krieg, heute spricht man etwas plakativer von Putin- oder Rußlandverstehern. Und wer gar das direkte Gespräch mit Vertretern der anderen Seite sucht und irgendwo in ihrer Begleitung erwischt wird, muß sich auf den Vorwurf der "Kontaktschuld" gefaßt machen.

Es ist eine böse, alte Tradition: Ganz früher war von Ketzern oder Hexen die Rede, im 19. Jahrhundert dann von Unruhestiftern, Aufrührern, Demagogen, Gottesleugnern oder vaterlandslosen Gesellen. In der Weimarer Republik sprach man von Erfüllungspolitikern, in der Bonner Republik von Verzichtspolitikern. Man diffamierte Andersdenkende als Kulturbolschewisten oder Salonkommunisten, verortete sie in einer Fünften Kolonne oder unter den nützlichen Idioten.

Man beschwor den Konsens und die Solidarität der Demokraten gegen die Verfassungsfeinde, empfahl Gesellschaftskritikern: "Dann geh doch nach drüben, wenn's dir hier nicht paßt!",

warnte vor den Sympathisanten des Terrors oder dessen geistigen Wegbereitern. Man sonderte die guten Realos von den bösen Fundis oder Chaoten. Man war (und ist) schnell bei der Hand mit Vorwürfen wie Rassismus, Antisemitismus oder Antiamerikanismus. Wer unbequeme Fragen stellt, bringt "Hate Speech" oder "Fake News" in Umlauf. Und wer besonderes Pech hat, wird über Nacht zum Populisten (ob rechts oder links), zum Querfrontler oder Verschwörungstheoretiker erklärt.

Es ist immer das gleiche, öde Spiel. Die eigenen Reihen schließen - Störenfriede ausgrenzen. Ein denkbar primitives Verfahren. Vermutlich hätte man es schon längst aufgegeben, wenn es nicht immer wieder so schöne Erfolge zeitigen würde.

Ulrich Teusch: "Der Krieg vor dem Krieg. Wie Propaganda über Leben und Tod entscheidet", Westend Verlag<<

Die Wochenzeitung "JUNGE FREIHEIT" berichtete am 17. Mai 2019: >>Intoleranz gegenüber Abweichlern

Redefreiheit: Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf den öffentlichen Raum hat

Thorsten Hinz

Die Themenliste des öffentlich nicht mehr oder kaum noch Verhandelbaren wird immer länger. Sie umfaßt den Schutz des ungeborenen Lebens, Zweifel am anthropogenen Klimawandel, die Gender-Ideologie, den Islam, die zunehmenden Kulturkonflikte im Land, die Zuwanderung und anderes.

Wer sich abweichend von der offiziellen Sprachregelung äußert, stellt sofort fest, daß seine Meinungsfreiheit sehr schmal bemessen ist. Schlimmstenfalls wird ihm gedroht, daß seine Meinung eine "faschistische" und damit ein Verbrechen sei. In der liberalen Variante wird ihm zwar bestätigt, daß er frei darin sei, seine Meinungen, Überzeugungen, Erkenntnisse zu pflegen, er aber kein natürliches Recht besitze, sie öffentlich auszubreiten.

Andersdenkende, die den Konflikt scheuen, leben Meinungsfreiheit daher innerhalb der Grenzen aus, die in diesen Versen gezogen sind: "Ich denke, was ich will / Und was mich beglückt, / Doch alles in der Still / Und wie es sich schicket."

Das Refugium der Privatheit kann gar nicht hoch genug geschätzt werden, zumal es von den Gesinnungswächtern massiv in Frage gestellt wird. Doch politische Wirksamkeit entfaltet die Widerrede erst, wenn sie die Öffentlichkeit erreicht und in den politischen Diskurs eingeht.

In diesem Sinne bezeichnet "Meinungsfreiheit" das Recht auf Präsenz im öffentlichen Raum. Nehmen Andersdenkende es heute in Anspruch, werden ihnen demokratiefeindliche "Wortergreifungsstrategien", auf Gewaltandrohung angelegte "Aufmärsche" und menschenfeindliche "Hetze" unterstellt. Das Selbstverständliche wird zum Skandalon erklärt. Immerhin bietet das Internet eine alternative Möglichkeit für Informationsaustausch, Analyse und Diskussionen. Hinsichtlich des Reflexionsniveaus, der analytischen Schärfe und des Sprachwitzes überbieten Plattformen und Blogs die durchschnittlichen Standards der Tagespresse, der politischen Magazine und Talkshows.

Doch vorerst handelt es sich nur um einen erweiterten Samisdat. Darunter verstand man im kommunistischen Ostblock die Verbreitung systemkritischer Literatur über nichtoffizielle Kanäle. Die großen Weichen werden immer noch andernorts gestellt. Politisch kampagnenfähig ist nur, wer Zugriff auf die großen Pressehäuser, die Rundfunk- und Fernsehkanäle hat, wer Hörsäle, Versammlungsräume und Bühnen besetzt. So ist es Politik und Medien gelungen, die Mär der ausländerfeindlichen Hetzjagd von Chemnitz in die Welt zu setzen und den Ausgangspunkt der Bürgerproteste - den Mord an einem Deutschen durch einen Asylbewerber - so gut wie vergessen zu machen.

Es ist ein Irrtum zu meinen, daß solche Manipulationen nur die ausnahmsweisen Schwächeanfänge eines sonst intakten Systems sind. Nein, hier wird ein ganzes Arbeits- und Funktionsprinzip anschaulich. In einem im Sommer 2018 in der New York Times erschienenen Aufsatz

hat der amerikanische Philosophie-Dozent Bryan W. Van Norden eine exemplarische Innenansicht und Selbsterklärung der Medienpraxis geliefert und aus linksliberaler Sicht gerechtfertigt. Eine deutsche Übersetzung wurde im Kulturmagazin des Goethe-Instituts, das Goethe, unter der Überschrift "Kein Recht auf Publikum" veröffentlicht.

Bezeichnenderweise beginnt Norden mit einem Zitat aus Herbert Marcuses Essay über "Repressive Toleranz", in dem bedauert wird, daß in den Debatten der Massenmedien die Dummheit genauso viel Raum erhält wie die Intelligenz - ein Befund, dem man unabhängig vom politischen Standpunkt zustimmen kann. Da der Zugang zur weiten Öffentlichkeit - durch Fernsehsender, Zeitungen, Zeitschriften, Vorträge usw. - eine knapp bemessene Ressource sei, brauche es, so Norden, "treuhänderische Wächter der rationalen Debatte", die für einen "gerechten Zugang" sorgen.

Die "Verweigerung institutioneller Verbreitungswege" sei keine "Zensur", sondern ein vernünftiges Korrektiv. Norden widerspricht dem englischen Philosophen John Stuart Mill (1806-1873), der die absolute Meinungs- und Publikationsfreiheit verlangt hatte, weil auch eine falsche Meinung eine produktive Auseinandersetzung auslösen könne, in der die wahrheitsgemäße Sichtweise sich neu legitimiere.

Zu Mills Lebzeiten sei das richtig gewesen, weil falsche Ansichten etwa zur Sklaverei und zur Rolle der Frau weit verbreitet gewesen seien und eine Erörterung solcher Fragen mehrheitlich abgelehnt wurde. Unter Berufung auf die freie Meinungsäußerung konnte die "Tyrannei der Mehrheit" umgangen und die Debatte dennoch geführt werden. Unter heutigen Umständen sei die Auffassung dagegen "naiv". Denn während die schrankenlose Redefreiheit im 19. Jahrhundert dazu diene, die "Tyrannei der Mehrheit" zu überwinden, würde sie sie heute begünstigen und den rationalen Diskurs zerstören.

Wie aber unterscheidet man "offensichtliche Unwahrheiten" vom rationalen Argument, "die renitenten Ignoranten und intellektuellen Hochstapler" von denen, "deren Kompetenz außer Frage steht" und die deshalb auf "gerechten Zugang" pochen dürfen? Die Antwort Nordens ist keine philosophische, sondern eine rein politische. Die falschen sind die "rechtsextremen Ansichten" (worunter auch die genannten Themen fallen).

Der Experte für fernöstliche Philosophie ist verräterisch nahe beim Marxisten Marcuse, der dafür plädiert hatte, "den Konservativen und der politischen Rechten" die Toleranz zu entziehen, "noch ehe sie aktiv werden können". Das bedeute "Intoleranz auch gegenüber dem Denken, der Meinung und dem Wort".

Gewiß seien das "antidemokratische Vorstellungen", die sich jedoch notwendigerweise aus dem tatsächlichen Zustand einer Gesellschaft ergeben, in der "die Basis für allseitige Toleranz zerstört" sei. Dafür Sorge unter anderem die "Herrschaft der monopolistischen Medien" als "Instrumente ökonomischer und politischer Macht", die ein falsches Bewußtsein erzeugten. "Die Bedingungen, unter denen Toleranz wieder eine befreiende und humanisierende Kraft werden kann, sind erst herzustellen."

Um seine Toleranz-Vorstellungen unanfechtbar zu machen, läßt Marcuse sie eschatologisch auf: "Das Telos der Toleranz ist Wahrheit." Norden zitiert den Satz zwar nicht, doch bildet der Anspruch, die Wahrheit gegen die Lüge zu verteidigen, den Ausgangspunkt seiner Ausführungen. Seine Wahrheitskriterien, die das Recht auf ein Massenpublikum begründen, sind denkbar schlicht.

Er plädiert dafür, daß Öffentlichkeit "auf Grundlage von Leistung und gesellschaftlichem Nutzen gewährt wird". Das erste Kriterium ist ein qualitatives, das zweite ein pragmatisches. Nur gibt es auch nützliche Täuschungen und Unwahrheiten und kann des einen Nutzen des anderen Schaden sein. Und ein Experten- oder Elitenkonsens kann auf einem gemeinsamen, fundamentalen Irrtum beruhen.

In der DDR wurde jeder Schüler im Staatsbürgerkunde-Unterricht mit dem Lenin-Zitat kon-

frontiert: "Die Lehre von Marx ist allmächtig, weil sie wahr ist." Von diesem Standpunkt aus verbreitete jeder, der der Marxschen Lehre widersprach, die Unwahrheit. Es war also vollkommen richtig, daß ihm der Mund verboten und er zur Machtlosigkeit verurteilt war. Nicht um die Wahrheit ging es, es ging um den Machterhalt der marxistisch-leninistischen Staatspartei!

Um Machterhalt geht es auch heute. So behauptet Norden, amerikanische Universitäten hätten der "fairen und ausgewogenen Diskussionskultur einen Schaden" zugefügt, als sie den Politikwissenschaftler Charles Murray einluden, seine "pseudowissenschaftlichen Thesen" zu diskutieren. Murray hatte 1994 gemeinsam mit dem Psychologieprofessor Richard Herrnstein das Buch "The Bell Curve" verfaßt, in dem sie Unterschiede in der durchschnittlichen Intelligenz der Rassen konstatieren und diese auch auf genetische Veranlagungen zurückführen.

Was daran wissenschaftlich oder bloß "pseudowissenschaftlich" ist, wäre zu diskutieren, doch Murrays Gegner wollen dekretieren statt in einen fairen Meinungsstreit einzutreten. Im März 2017 war der Wissenschaftler im Middlebury College in Vermont eingeladen. Auf Youtube kann man die tatsächlichen Tyrannen in Aktion sehen: ein wutschnaubender Studenten-Mob, der den Referenten niederbrüllt. Murray und eine ihn begleitende Professorin wurden sogar tätlich angegriffen, was Norden bedauert - und zwar, weil das dem "Gegner" Gelegenheit gibt, "die Rolle des Märtyrers" zu ergreifen.

Die Medienkonzentration hat seit den Lebzeiten Marcuses große Fortschritte gemacht. Der Zugang zur Öffentlichkeit kann jetzt noch effektiver kontrolliert werden. Seine geistigen Nachfolger haben sich ganz prächtig darin eingerichtet. Schlichte Geister wie die Grünen-Politikerin Katrin Göring-Eckardt sind Dauergäste in den Medien, der schlaue AfD-Mann Gottfried Curio dagegen nie. Es gibt übrigens bei Marcuse auch erhellende Sätze: "In der gegenwärtigen Periode wird das demokratische Argument zunehmend dadurch hinfällig, daß der demokratische Prozeß selbst hinfällig wird." Streicht man das Adverb "zunehmend", hat man eine exakte Beschreibung der Lage.

Der Aufsatz über Redefreiheit von Bryan W. Van Norden ("Kein Recht auf Publikum") kann im Internet auf der Seite des Goethe-Instituts gelesen werden unter: www.goethe.de<<

Der deutsche Unternehmer Sven von Storch berichtete am 31. Mai 2019 in der Internet- und Blogzeitung "Die Freie Welt": >>**Mainstream-Medien und NGOs puschen die Grünen**

Liebe Leser!

Die Grünen werden gezielt aufgebaut, um EU-Zentralismus, Klima-Hysterie, Gender-Politik und Multikulturalismus durchzusetzen.

Die großen Mainstream-Medien und NGOs versuchen mit aller Kraft, ihre kulturmarxistische Agenda durchzusetzen. In Deutschland werden besonders die Grünen gepuscht, um Diesel-Fahrverbote, CO2-Steuer, Gender-Politik, Quotenregelungen, Abtreibung, Auflösung der Familien, EU-Zentralismus, Massenmigration und Multikulturalismus durchzusetzen. Die Klima-Hysterie um Greta Thunberg und die YouTube-Attacken haben gezeigt, wie raffiniert PR-strategisch die Pseudo-Öko-Globalisten und EU-Lobbyisten vorgehen.

Doch unsere erfolgreiche Aufklärungsarbeit über die alternativen Medien und sozialen Netzwerke zeigt, daß es auch in die andere Richtung geht. Und das ist jetzt nötiger denn je, bevor die Grünen das Ruder übernehmen und mit der rückgratlosen Union eine Koalition schaffen, die Deutschland ins Abseits führt.

Matteo Salvini in Italien, Viktor Orbán in Ungarn und Nigel Farage in Großbritannien zeigen, wie man auch gegen die Massen- und Mainstream-Medien, gegen globalistische NGOs und EU-Lobbyisten erfolgreich Politik machen kann, um den Wahnsinn zu stoppen.

In Ungarn konnten die patriotischen und EU-kritischen Kräfte den deutlichsten Wahlerfolg erkämpfen. Trotz des internationalen Medienkrieges konnte die Fidesz-Partei des ungarischen Ministerpräsidenten Viktor Orbán einen grandiosen Sieg erringen. Mit mehr als 56 Prozent

der Stimmen hat sie ein Ergebnis eingefahren, von dem die CDU/CSU in Deutschland nur träumen kann: Die Ungarn stärken ihrem Viktor Orbán den Rücken.

Grandios ist auch das Ergebnis, daß der EU-Kritiker und Vater des Brexit, Nigel Farage, einfahren konnte. Seine gerade erst frisch gegründete Brexit-Partei hat über 31 Prozent der Stimmen geholt. Die Konservativen von Theresa May sind auf rund 8 Prozent abgerutscht. Damit haben die Briten nochmals deutlich unterstrichen, daß sie für den Brexit sind: Brexit-Partei: Nigel Farage ist strahlender Sieger.

In Italien konnte Matteo Salvini mit seiner Lega punkten. Die Partei kam auf Platz 1 in seinem Land. Im neuen EU-Parlament wären die Lega und die Brexit-Partei die stärksten Parteien. Das ist ein deutliches Signal für Brüssel: Lega und Brexit-Partei stärkste Parteien im neuen Parlament. ...<<

Die Desiderius-Erasmus-Stiftung veranstaltete am 15. Juni 2019 in Berlin einen Kongreß zum Thema Meinungsfreiheit (x1.032/...): >>Von Free Speech zu Hate Speech

Von *Marc Jongen*

- eine Dialektik der Aufklärung

für Äußerungen, die vielleicht anstößig sind, provokativ, vielleicht auch verletzend für einige, deren Tolerierung aber gerade der Prüfstein wäre, ob eine Gesellschaft sich noch frei und offen nennen darf oder nicht.

Mein Vortrag gliedert sich in 11 Thesen, die im Folgenden vorgetragen und kommentiert werden:

1) Artikel 5 Grundgesetz wird gebrochen in Deutschland. Eine Zensur findet wieder statt. Auch die Freiheit von Wissenschaft und Forschung ist ernsthaft gefährdet. Das läßt sich etwa an den Folgen des Netzwerkdurchsetzungsgesetzes sowie anhand der Medienberichterstattung über die sogenannte Flüchtlingskrise oder jüngst über die Ereignisse von Chemnitz demonstrieren.

Für die Zukunft lassen die geplanten oder angedrohten Einschränkungen der Presse- und Redefreiheit im Rahmen des "Global Compact for Migration" sowie die Pläne des Europäischen Rats zur "Bekämpfung der Verbreitung von Desinformation im Internet" weitere massive Eingriffe befürchten.

Das habituelle Sperren regierungskritischer oder auch nur andersdenkender Personen auf Facebook aufgrund des Netzwerk-Durchsetzungsgesetzes, das immer wieder Bürger an ihrer freien Meinungsäußerung hindert und dafür bestraft, kennen Sie alle. Derzeit noch weniger bekannt sind die weiteren Einschränkungen der Meinungsfreiheit, die die erwähnten Initiativen, vor allem der unselige "Global Compact for Migration", nach sich ziehen werden.

Die AfD hat im Bundestag dafür gesorgt, daß über dieses Vertragswerk überhaupt erst gesprochen und debattiert worden ist. Die Altparteien hätten es sonst heimlich, still und leise durchgewinkt, und Frau Merkel hätte es in Marrakesch unterschrieben - was sie dann ja auch getan hat, allerdings unter lautem und argumentativ untermauertem Protest der AfD.

Der Titel meines Vortrags soll zum Ausdruck bringen, daß wir es in den westlichen, sogenannten aufgeklärten, freien und demokratischen Gesellschaften mit einem besorgniserregendem Rückgang an politischen Freiheitsgraden und Äußerungsmöglichkeiten zu tun haben - für den ganz normalen Bürger, aber auch für Intellektuelle und Wissenschaftler. Die Ursache dafür ist das Einsickern totalitär-linken Gedankenguts in ehemals liberale Institutionen und Mentalitäten. Diese Entwicklung ist deshalb besonders schwer zu demaskieren, weil sie gerade unter Rückgriff auf aufklärerische Werte und Argumente legitimiert wird.

Deshalb spreche ich von einer Dialektik der Aufklärung. Will heißen: Die liberalen Gesellschaften scheinen aus sich selbst heraus die Dämonen zu gebären, die am Ende für ihre Liquidierung oder zumindest für ihre schwere Gefährdung sorgen.

Free Speech steht hier nicht für die gleichnamige Bewegung an den US-amerikanischen Uni-

versitäten in den 1960er Jahren, sondern wird viel weiter gefaßt, als aufklärerisches Ideal der freien Rede durch freie Bürger in einer freien Gesellschaft.

Das steht am Anfang einer Entwicklung, deren negativer Endpunkt heute die sogenannte "Haßrede" oder Hate Speech ist. In den meisten Fällen ist das ein rein denunziatorischer Begriff.

Was steht nun in diesem Vertrag? Ich will es Ihnen kurz zitieren. Als Ziel 17 wird in diesem Vertrag die "Beseitigung aller Formen der Diskriminierung und Förderung eines auf nachweisbaren Fakten beruhenden öffentlichen Diskurses zur Gestaltung der Wahrnehmung von Migration" genannt. Das mag sich für das arglose Ohr noch irgendwie akzeptabel anhören. Dann kommt aber als Nummer 33 die Verpflichtung für die unterzeichnenden Staaten:

"Wir verpflichten uns, im Einklang mit den internationalen Menschenrechtsnormen alle Formen der Diskriminierung zu beseitigen und Äußerungen, Handlungen und Ausprägungen von Rassismus, Rassendiskriminierung, Gewalt, Fremdenfeindlichkeit und damit zusammenhängender Intoleranz gegenüber allen Migranten zu verurteilen und zu bekämpfen."

Das Ganze soll zu einer "konstruktiveren Wahrnehmung von Migration und Migranten" führen. Man ahnt schon, auf welch massive Zensur die Sache hinausläuft. Wer noch Zweifel hat, der wird durch den nachfolgenden Klartext belehrt:

"Wir werden a) Rechtsvorschriften erlassen, umsetzen oder aufrechterhalten, die Haßstraftaten und schwerere Haßstraftaten, die sich gegen Migranten richten, unter Strafe stellen, und Strafverfolgungs- und andere Beamte darin schulen, solche Straftaten zu erkennen, zu verhindern und darauf zu reagieren ..." Die Beamten sollen also daraufhin "geschult" werden, diese Straftaten überhaupt erst zu erkennen. Man sieht leicht, welche Form von Meinungsäußerungen hier unter Strafe gestellt werden sollen, nämlich solche, die auf den ersten Blick noch gar nicht als Straftaten erkannt werden können.

Es soll mit anderen Worten eine Art Gehirnwäsche an den Beamten vollzogen werden. Auch die Medien sollen natürlich dementsprechend auf Linie gebracht werden, unter anderem "durch Sensibilisierung und Aufklärung von Medienschaffenden hinsichtlich Migrationsfragen und Migrationsbegriffen, durch Investitionen in ethische Standards der Berichterstattung und Werbung" und durch Einstellung von Finanzierung solcher Medien, die diesen Standards nicht entsprechen und die sich damit der "Fremdenfeindlichkeit" und des "Rassismus" schuldig machen. Da wird Gesinnungsjournalismus von höchster Stelle aus installiert und herangezüchtet.

In eine ähnliche Richtung geht die Europäische Kommission.

In einem sogenannten "Fact Sheet" zur erwähnten "Bekämpfung von Desinformation im Internet" vom 26. April 2018 steht: "Die Kommission fordert die Plattformen auf, ihre Bemühungen zur Bekämpfung von Desinformation spürbar zu verstärken." Es wird ein "ehrgeiziger Verhaltenskodex" gefordert, der die "Selbstregulierung" unterstützen soll. Und dann, als unverhohlene Drohung: "Sollten sich die Ergebnisse nicht als zufriedenstellend erweisen, könnte die Kommission weitere, auch regulatorische Maßnahmen vorschlagen."

Wir müssen uns im Klaren sein: Dieser Prozeß ist im vollen Gange und die AfD tut im Bundestag alles, um darüber aufzuklären und ihn aufzuhalten. Im Ausschuß für Kultur und Medien, dem ich als Obmann der AfD-Fraktion angehöre, ist das eines der Hauptthemen. Es ist völlig klar: Unterhalb dieser wohlklingenden Phrasen, die schon ihre eigentliche Intention, wenn man genauer hinhört, erkennen lassen, geht es um totalitäre Kontrolle der öffentlichen Meinung und Unterdrückung der freien Meinungsäußerung der Bürger. Dagegen ist Widerstand nötig.

2) Die politisch motivierte Einschränkung der Presse-, Medien- und Meinungsfreiheit greift unmittelbar Artikel 1 Grundgesetz an: "Die Würde des Menschen ist unantastbar." Diese Würde liegt nämlich im geistigen Teil des Menschen begründet, zu dem, philosophisch gese-

hen, unabdingbar auch die (praktische und transzendente) Freiheit gehören. Das kann mit Verweisen auf die deutschen Idealisten Kant und Fichte gezeigt werden, deren Philosophien die Verfasser unseres Grundgesetzes inspiriert haben.

Eine Einschränkung der Meinungsfreiheit über die bestehenden Straftatbestände Verleumdung, üble Nachrede und Volksverhetzung hinaus beleidigt den Menschen in seinem geistigen/freien Wesen und widerspricht damit der freiheitlich-demokratischen Kultur der Aufklärung. Das ist ganz wichtig. Die Verletzung der Menschenwürde wird häufig mit der Einschränkung der körperlichen Entfaltungsmöglichkeiten des Menschen in Verbindung gebracht. Niemand darf hungern und frieren, jeder braucht ein Dach über dem Kopf und so weiter. Das ist alles schön und gut und richtig.

Aber der geistige Teil des Menschen, der den Menschen eigentlich zum Menschen macht, nämlich die Fähigkeit, frei zu urteilen, seine Meinung zu bilden und sich zu äußern, ist eigentlich der Kern der Menschenwürde. Insofern werden wir alle in unserer Menschenwürde beleidigt, wenn wir von unserer Regierung derart gegängelt und in unserer Redefreiheit eingeschränkt werden.

Ich will nur stellvertretend aus der Vorlesung "Über die Würde des Menschen" aus dem Jahr 1794 von Johann Gottlieb Fichte zitieren, der mit allerhöchstem Pathos die Menschenwürde preist und nach einer langen Aufzählung, was die geistige Freiheit ausmacht und wie diese erst das geistige Licht in der Welt und in der Natur aufgehen läßt, zu dem Schluß kommt:

"Das ist der Mensch; das ist jeder, der sich sagen kann: Ich bin Mensch. Sollte er nicht eine heilige Ehrfurcht vor sich selbst tragen und schauern und erbeben vor seiner eigenen Majestät! - Das ist jeder, der mir sagen kann: Ich bin." Ein hohes, vielleicht überspanntes Pathos, aber es markiert den glanzvollen Beginn unserer bürgerlichen Freiheitstradition. Vergleichen Sie das mit dem Tiefpunkt, an dem wir heute angekommen sind, und Sie können die eklatante Diskrepanz mit Händen greifen.

3) In der Spät- oder Post-Moderne herrscht schon seit längerem eine "neue Unübersichtlichkeit" dadurch, daß alle ehemals überschaubaren politischen Verhältnisse und Antagonismen in (oft mehrfacher) dialektischer Brechung vorliegen und sich mithin in paradoxer Gestalt präsentieren. Im Hinblick auf das Thema Meinungsfreiheit bedeutet das, daß deren Einschränkung, einst von finsternen reaktionären Mächten betrieben, heute im Namen der Aufklärung, der freien, "toleranten" und "weltoffenen" Gesellschaft gefordert wird.

Das heißt, die Ideen und Begriffe, die im Morgengrauen der Aufklärung zur Emanzipation des Menschen aus geistiger Knechtschaft und politischer Unfreiheit hin zu einer Gesellschaft freier Bürger geführt haben, drohen jetzt zur Errichtung eines neuen geistigen Zwangsregimes mißbraucht zu werden.

Man kann das am Beispiel der Toleranz sehr gut nachvollziehen. Der Toleranzgedanke hat sich in seiner modernen Form in der religiösen Sphäre herausgebildet, zunächst ging es um die Gewissensfreiheit, die Martin Luther jedem Einzelnen zugestanden hat. Niemand kann nach Luther zwangsbekehrt werden, der Glaube an Jesus Christus ist ein Geschenk des Heiligen Geistes, er kann nicht mit Gewalt erzwungen werden.

Daraus ergibt sich die Gewissensfreiheit, aus der sich allmählich der Toleranzgedanke entwickelt hat. In der Aufklärungszeit wurde er über die religiöse Sphäre hinaus erweitert. Nicht nur die andere Konfessionen sollen jetzt toleriert werden, sondern auch andere Haltungen einschließlich des Atheismus. Andersdenkende insgesamt sind in ihrer Andersheit zu akzeptieren. John Locke ist hier zu erwähnen, als wichtiger Autor mit Schriften über die Toleranz, auch Voltaire, oder denken Sie an Nathan den Weisen von Lessing.

All das sind wichtige Meilensteine. Die europäische Aufklärung bringt eine enorme Aufwertung des Individuums mit sich, nämlich das glauben und denken zu können, was man will, wie auch öffentlich vertreten zu können, was der inneren Überzeugung und dem Gewissen

entspricht. Für diese positive Toleranzhaltung, die wir uns in Europa erkämpft haben, und auf die wir stolz sein können, haben viele Männer und Frauen ihr Blut vergossen.

Wenn wir diesen Toleranzgedanken nun aber an eine Religion oder Kultur wie den Islam herantragen, der die Aufklärung und diese Kämpfe nicht durchgemacht hat, dann erwachsen daraus ernsthafte Probleme.

Es gibt nämlich berechtigten Grund zur Sorge, daß der Islam, sobald seine Anhänger in der Mehrheit oder auch nur zahlreich genug sind, die Toleranz nicht üben wird, die seine Funktionäre jetzt noch so wohlfeil im Munde führen. Darauf aufmerksam zu machen, ist die Pflicht eines jeden wachsamem Staatsbürgers und frei denkenden Menschen.

Kein Geringerer als der erzliberale Philosoph Karl Popper hat das Prinzip dazu in seinem Buch aus den 1940er Jahren "Die offene Gesellschaft und ihre Feinde" formuliert. Er plädiert darin für die offene, tolerante Gesellschaft, benennt aber auch eine klare Grenze der Toleranz. Man müsse gegen die Intoleranten selbst Intoleranz üben, weil diese sonst die tolerante und offene Gesellschaft am Ende zerstören werden!

Wir, die AfD und alle, die ihr geistig nahestehen, warnen seit Jahren vor solchen Entwicklungen, blicken auf die Schwierigkeiten und Gefahren, die mit dem Islam verbunden sind, und sagen klar: keine Toleranz gegenüber den Intoleranten! Die schlechten Erben der Aufklärung, die Linken, greifen uns dafür an, denunzieren uns als die Feinde der offenen Gesellschaft und pervertieren damit vollkommen den Toleranzgedanken.

In ihrem Mund ist "Toleranz" zu einem Ekelwort geworden, das wir nicht mehr hören können, weil sein ursprünglicher Sinn vollkommen entstellt wurde. Toleranz heißt Respekt vor dem Individuum, nicht Vergötzung von Kulturen, die die Individual- und Freiheitsrechte mit Füßen treten.

4) Den Grundgedanken einer solchen "Dialektik der Aufklärung" - daß eine gut gemeinte Tendenz zur Emanzipation aus erniedrigenden und unterdrückenden Verhältnissen am Ende in eine Welt führt, die "im Zeichen triumphalen Unheils strahlt" - haben Theodor W. Adorno und Max Horkheimer in ihrem gleichnamigen Buch aus den 1940er Jahren klassisch umrissen.

Daß die Erben der "Kritischen Theorie" heute selbst dazu beitragen, eine "Dialektik der Aufklärung" innerhalb der Tradition der Kritischen Theorie dergestalt zu wiederholen, daß sie den Idealen und Zielen der Aufklärung - oftmals bona fide - zuwiderhandeln, kann als ironische Bestätigung der Thesen Adornos und Horkheimers betrachtet werden.

Was ist damit gemeint?

Die These von Horkheimer und Adorno besagt, daß der Vernunftgebrauch, der den Menschen befreien und aus unterdrückenden Verhältnissen herausführen sollte, am Ende dazu geführt hat, daß er sich in den schlimmsten gegenseitigen Unterdrückungs- und Entfremdungsverhältnissen wiederfindet.

Das Buch ist während des Zweiten Weltkriegs geschrieben, wodurch man vielleicht versteht, wie diese düstere Sicht zustande kommt. Philosophisch ist das natürlich eine hochumstrittene These, gegen die man vieles einwenden kann. Die Erben der Kritischen Theorie, die heutigen Linken, sorgen aber verstörender Weise dafür, daß genau das eintritt, was Adorno und Horkheimer beschrieben haben.

Man könnte auch von einer selbsterfüllenden Prophezeiung sprechen. Die linke Art des "Vernunftgebrauchs" führt in eine Welt, in der man sich nicht mehr frei äußern kann und in der wir Angst haben müssen, daß unsere Autos angezündet werden oder Schlimmeres geschieht. Das ist eine ironische "Dialektik der Aufklärung" zweiten Grades, herbeigeführt von der Linken selbst. Soweit meine Pointe für die philosophisch Interessierten.

5) Anhand des Weges von Free Speech (wie von Baruch de Spinoza, John Locke, Voltaire, John Stuart Mill und anderen theoretisch begründet) zu Hate Speech (ein aus den USA stam-

mender und dort u.a. von Catharine MacKinnon, Charles Lawrence, Mari Matsuda und Richard Delgado prominent vertretener politischer Kampfbegriff) läßt sich die "Dialektik der Aufklärung" neueren Typs gut veranschaulichen:

Wo früher großmütig auch explizit falschen und anstößigen Positionen das Recht zur öffentlichen Verlautbarung zugestanden wurde, wird heute der böse Blick des Verdachts auf immer zahlreichere Meinungsäußerungen geworfen, schreitet die Kriminalisierung und Pathologisierung "politisch unkorrekter" Äußerungen - als "Haßverbrechen" - immer weiter voran.

Das Konzept der Haßrede wurde an den Universitäten der USA ausgebrütet und ist inzwischen auch in Europa in die Phase der politischen Umsetzung eingetreten. Das heißt, man versucht es in Gesetze zu gießen und Straftatbestände daraus zu konstruieren. Sprachphilosophisch gesehen basiert es auf der problematischen Annahme, es gäbe Sprechakte, die unmittelbar zugleich Taten sind. Anders gesagt, es gäbe Äußerungen, die für sich genommen schon ein Verbrechen, ein sogenanntes Haßverbrechen, darstellen.

Man nimmt also an, daß diese Worte so sehr verletzen, daß sie der Schwere nach einer Körperverletzung gleichkämen. Damit wird aber die Empfindsamkeit und Empfindlichkeit derjenigen, die sich von diesen Worten verletzt fühlen, zum Maßstab dessen gemacht, was noch erlaubt ist und was nicht mehr erlaubt ist, was, wie es heißt, "politisch korrekt" ist.

Gemeint sind die "Schneeflocken-Studenten", die sich an den amerikanischen Universitäten tummeln und die sich von der kleinsten Andeutung einer Herabsetzung beispielsweise ihrer ethnischen Gruppe oder ihres Geschlechts schon derart verletzt fühlen, daß sie sich in sogenannte "Safe Spaces", Schutzräume, flüchten müssen, wo sie sich dann erholen können. Diese Art von Kinderzimmern wird in den USA ganz offiziell an den Universitäten installiert.

Ganz so weit ist es bei uns noch nicht, aber wir sind auf dem besten Weg dorthin, und dem muß unbedingt Einhalt geboten werden, weil hier ein ernsthafter Angriff auf die Wissenschaftsfreiheit stattfindet. Es werden bereits literarische Klassiker von potentiell anstößigen Stellen gereinigt, mit "Trigger Warnings" ausgestattet, oder aus Rücksicht auf zartbesaitete Seelen ganz aus dem Lehrplan gestrichen. Daher gilt:

6) "Freiheit ist immer nur Freiheit des anders Denkenden." Das darf aber nicht nur innersozialistisch gelten, wie von Rosa Luxemburg ursprünglich gemeint, sondern universell. Da gerade der Andersdenkende im Verdacht steht, von Haß getrieben zu sein, öffnet ein Straftatbestand "Haßrede" einer giftigen Verdachtshermeneutik Tür und Tor und liefert den Regierungen die Gelegenheit, unliebsame politische Gegner durch Kriminalisierung zu bekämpfen, den demokratischen Meinungsstreit damit zu suspendieren.

Um das zu vertiefen, müßte man ein Buch des russischen Philosophen Boris Groys aufschlagen: Unter Verdacht: Eine Phänomenologie der Medien. Dort könnte man lernen, daß die Medien bereits ihrer Struktur nach so angelegt sind, daß sie derartige Unterstellungen, Projektionen und Verdachtsstimmungen extrem befördern.

Das Internet ist der ideale Nährboden für Verschwörungstheorien. In diesen Medienräumen, in denen man nie weiß, wer eigentlich dahintersteckt, wer der Urheber der Texte und Bilder ist, die da auf den medialen Oberflächen aufflackern, kann das Nazi-Phantom natürlich wunderbar gedeihen und geistern. Man weiß nie: Wer ist jetzt Nazi und wer nicht? Man kriegt ihn nicht zu fassen, und es gibt ja wahrscheinlich nur noch sehr wenige echte Nazis in Deutschland. Ich habe noch keinen kennengelernt, muß ich gestehen.

Die Neonazi-Gruppen sind ein unappetitliches Phänomen, aber überschaubar und sämtlich polizeibekannt. Dennoch geistert das Nazi-Phantom auf den Medien-Oberflächen herum und suggeriert Allgegenwart. So kann eine inflationäre Nazi-Vermehrung stattfinden und die AfD dieser Hexenjagd unterzogen werden, die wir tagtäglich erleben.

Als Rechtfertigung für die Sachbeschädigungen, körperlichen Angriffe und beruflichen Diskriminierungen, die wir ertragen müssen, wird angeführt, die AfD würde "Haß schüren". Ei-

nen Beweis bleibt man schuldig. Wenn dagegen die Antifa und ihre linken Freunde auf den Straßen Berlins oder anderswo lautstark die Parole skandieren "Ganz Berlin haßt die AfD!", dann gilt das nicht als Haßrede. Seltsamer Widerspruch.

7) Die Verurteilung von Hate Speech hat einen berechtigten Kern. Dem ist im bisherigen deutschen Strafrecht durch §§ 185 bis 188 StGB aber schon hinreichend Rechnung getragen (üble Nachrede, Verleumdung usw.). Darüber hinaus ist es nicht möglich, einen etwaigen Straftatbestand oder Zensurgrund "Haßrede" definitiv so einzugrenzen, daß er nicht zumindest grob mißbrauchsanfällig wäre und die Gründe, die gegen ihn sprechen, deutlich überwögen.

Das läßt sich anhand der Beispiele für Hate Speech der Bundes- und Landeszentralen für politische Bildung oder Landesmedienanstalten deutlich machen. Auf einem übersichtlichen Informationsblatt, das auch im Internet zu finden ist, sind folgende Musterbeispiele für Hate Speech aufgeführt:

1. "Bewußte Verbreitung uninformativer oder falscher Aussagen", wie zum Beispiel: "Flüchtlinge haben alle teure Handys" oder "Flüchtlinge müssen im Supermarkt nicht bezahlen". Man sieht: Das sind keine groben Beleidigungen, sondern eher generalisierende Tatsachenbeobachtungen.

Sehr viele sogenannte Flüchtlinge sind tatsächlich mit Handys unterwegs, daher auch die massenweise Verbreitung der "Merkel-Selfies" als Einladungssignale in alle Welt. Auch gibt es Fälle, in denen Flüchtlinge im Supermarkt nicht bezahlt haben, da die Verkäuferinnen aus einem falsch verstandenen Toleranzgedanken heraus angewiesen wurden, das einfach zu tolerieren. Das namhaft zu machen, gilt jetzt als "Haßrede". Generalisierung ist verboten, es handelt sich sämtlich um "Einzelfälle", egal wie gehäuft sie vorkommen.

2. "Bedienen von Stereotypen und Vorurteilen durch bestimmte Begriffe und Sprachmuster" wie zum Beispiel: "Homo-Lobby", "Asylantenflut", "Das Boot ist voll", "Ausländer raus" oder "drohende Islamisierung". "Ausländer raus" ist tatsächlich eine üble Parole, die zu beanstanden ist. Inwieweit sie kriminalisiert werden muß, ist eine andere Frage.

Zu "drohende Islamisierung" folgendes: Ein Gericht in Koblenz hat kürzlich ein lokales Burkini-Verbot wieder aufgehoben. Wir müssen diese seltsame islamische Bademode hinnehmen, können uns nicht dagegen wehren. Und ruft nicht bereits vielerorts in Deutschland der Muezzin vom Minarett? Berechtigte Kritik daran und sogar die Tatsachenbeobachtung selbst sollen als Haßrede diffamiert und verboten werden. Das steht ganz klar im Widerspruch zum Grundsatz der Meinungsfreiheit.

8) Ein (selten vernommenes) Hauptargument gegen das Konzept der "Haßrede" ist die Schwierigkeit, die Emotion des Hasses von der des Zorns - der ein "gerechter" sein kann, wenn er sich auf tatsächliche Mißstände bezieht -, klar genug abzugrenzen.

Wer auch den "gerechten Zorn" verbieten will, erzieht die Bevölkerung zu politischer Lethargie und zu lämmerhaftem Duldertum gegenüber Willkürherrschaft und Unterdrückung. Auch dies ist ein Anschlag auf die Menschenwürde und eine Anleitung zur politischen Unmündigkeit. In diesem Zusammenhang habe ich des Öfteren von der antiken Seelen-Lehre gesprochen und dort den Thymos hervorgehoben, der neben dem Logos und dem Eros einer von drei Seelen-Bereichen ist, wie klassisch bei Platon beschrieben.

Während der Logos der vernünftige Teil und Eros der begehrende Teil des Menschen ist - der Teil, der uns auch zu Konsumenten macht -, umfaßt der thymotische Teil alles, was mit Stolz, mit Ehre mit Gerechtigkeitsinn, mit Zorn wie auch den übleren Emotionen in dieser Richtung zu tun hat. Dieser thymotische Bereich ist der des Politischen, in dem sich die Kämpfe um Macht und Anerkennung abspielen.

Dazu eine kleine Anekdote. Ich war vor kurzem zu einem Podiumsgespräch bei der "Deutschen Welle" eingeladen, an dem auch Frau Thea Dorn teilnahm - ihr Künstlernamen leitet

sich übrigens von Theodor W. Adorno ab. Frau Dorn verkündete zu diesem Thema tatsächlich, daß der Thymos in der Politik keine Rolle spielen dürfe, das führe nur zu übler Aufhetzung des Volkszorns.

Genau diese Haltung liegt dem zugrunde, was als "Postpolitik" bezeichnet worden ist. Die Bürger sollen sich nicht mehr leidenschaftlich engagieren. Sie sollen zu leicht manipulierbaren, indoktrinierbaren Konsumenten erzogen werden, die von den Medien und der Politik mit den Phrasen versorgt werden, die ihnen vorgaukeln, sich als denkende und vor allem auch moralisch hochstehende Personen zu begreifen. Während in Wahrheit die Voraussetzung für Denken wie auch für Moralität die geistige Freiheit ist, die ihnen aberzogen wurde.

Ich fühle mich da immer an Monty Pythons Film "Das Leben des Brian" erinnert. In einer Szene versucht Brian, der zu seinem großen Verdruß für den Messias gehalten wird, dem Volk zu erklären, daß es nicht nötig ist, einem Messias zu folgen, und die Leute zum Selbstdenken zu animieren. Er sagt: "Ihr seid doch alle Individuen. Und jeder von euch sollte versuchen, es für sich selbst rauszufinden".

Und unten steht die Masse, und antwortet wie aus einem Mund: "Ja, wir sind alle Individuen. Und wir sollten versuchen, es für uns selbst rauszufinden." Zu einer solchen Masse sollen wir heute systematisch erzogen werden. Die Parolen der Aufklärung phrasenhaft wiederholend - und damit deren Sinn Hohn sprechend.

9) Weitere, vor allem sprachphilosophisch fundierte Argumente gegen die Kriminalisierung oder Zensur von Hate Speech hat Judith Butler, die Hohepriesterin des Genderismus, in ihrem Buch "Haß spricht" von 1997 vorgelegt. Als sie 2011 den Adorno-Preis in Deutschland verliehen bekam und aus diesem Anlaß absurderweise des Antisemitismus bezichtigt wurde, hat sie sich mit Argumenten verteidigt, die auch in der heutigen Debatte um angebliche "Haßverbrechen" Gültigkeit besitzen.

Das hinderte Frau Butler allerdings nicht, gegen den Auftritt des Aktivisten Milo Yiannopoulos an der Universität Berkeley wie auch gegen meinen Auftritt am Hannah Arendt Center in New York (am 12.10.2017) zusammen mit anderen US-Intellektuellen in einem offenen Brief zu protestieren. Folgendes Zitat stammt aus einem früheren Aufsatz von Frau Butler, sie nahm darin den Autor Lawrence Summers in Schutz, der als Antisemit bezeichnet wurde, weil er Israel-Kritik geübt hatte. Ins Deutsche übersetzt stand da:

"Was gebraucht wird, ist ein öffentlicher Raum, in dem solche Themen überlegt debattiert werden können, und es gilt zu verhindern, daß dieser Raum von bestimmten Arten des Ausschlusses und der Zensur definiert wird. Die Welt des öffentlichen Diskurses wäre eine, von der kritische Perspektiven ausgeschlossen wären - wenn es Zensur gäbe - und die Öffentlichkeit würde dahinkommen sich selbst so zu verstehen, daß sie im Angesicht von offensichtlicher und illegitimer Gewalt nicht frei spricht. "

In meinem Vortrag am Hannah Arendt Center in New York sagte ich unter anderem, daß die Juden in Frankreich heute das Land in großer Zahl verlassen und zwar nicht wegen der Populisten, sondern weil sie zunehmend von muslimischen Antisemiten attackiert werden. Die illegale Masseneinwanderung hat zu vielen Gewaltverbrechen und zu einer Erhöhung der Kriminalitätsrate geführt.

Genau das wird mir nun von Frau Butler und ihren Gesinnungsgenossen als Islamophobie, als Rassismus ausgelegt, und meine Einladung an das Hannah Arendt Center in einem offenen Brief scharf kritisiert und als Fehler bezeichnet. Das zeigt in aller Deutlichkeit:

10) Es fällt der linksliberalen akademischen Welt äußerst schwer, ihren eigenen besten Einsichten in Bezug auf die Meinungsfreiheit im Angesicht tatsächlich "anderer" Meinungen treu zu bleiben. Ihr habituelles Anlegen doppelter Standards - je nachdem ob die "Guten" oder die "Bösen" sprechen -, läßt ein Konzept wie Hate Speech als Teil einer übergeordneten politischen Agenda erscheinen, in der es nicht um die Durchsetzung universeller Menschenrechte,

sondern um die Interessen- und Machtpolitik wohldefinierter Gruppen geht.

An dieser Stelle noch ein Verweis auf das Buch "Haß spricht" von Judith Butler, das interessanterweise ein starkes Plädoyer für eine möglichst weitreichende Redefreiheit enthielt - damals, 1997, als sie sich noch in der Minderheit wähnte. In einer rezenten Besprechung des Buches heißt es dazu: Dieses Plädoyer Butlers "erfolgt aus der Überzeugung, daß die Mächtigen auch in der Zensur Wege finden, ihre Position zu vertreten.

Nur wenn der Möglichkeitsraum weit offengehalten wird, haben die Minoritäten eine Chance, gehört zu werden. Man kann, so Butler, der Instrumentalität des Sprechens nicht entgehen. Versucht man es doch, läuft es auf eine Zensur hinaus, in der der Zensor gewollt oder ungewollt seine Kategorien zur universellen Moral erhebt."

Schöne Worte. Sobald sie an der Macht sind, erheben die Linken ihre Kategorien allerdings zur universellen Moral und werden ihren früheren Bekenntnissen untreu. Es gibt letztlich keine universelle Moral. Und wenn es sie gibt, dann ist sie sozusagen nur von der göttlichen, aber von keiner menschlichen Position aus einsehbar. Es sind immer Interessen, die die Position dieser Allgemeingültigkeit für sich präbendieren und usurpieren, die beanspruchen, die Kriterien dafür zu definieren. Sobald das geschieht, begeben wir uns auf den Weg in eine totalitäre Gesellschaft.

Das droht heute und das gilt es zu verhindern. Wahrer Liberalismus, der fast schon ausgestorben ist, besteht darin, an diesem Punkt Widerstand zu leisten. Mir scheint, daß für die Linken selbst gilt, was diese immer über den Kapitalismus behauptet haben, nämlich der Kapitalismus werde an seinen eigenen Widersprüchen zugrunde gehen. Die Linke wird an ihren Widersprüchen zugrunde gehen!

11) Freiheit ist eine Frage der Form, nicht der Inhalte. Es gilt daher zu verhindern, daß sich der öffentliche Raum in ein nur noch machtgetriebenes politisches Kampffeld verwandelt, in dem die linksliberalen Kräfte Beute der Linksradiakalen und die freiheitlich-rechten Kräfte Beute der Rechtsradikalen werden, was eine unversöhnliche und gefährliche Polarisierung zur Folge hat - ihre Auswirkungen sind bereits sichtbar. Alle, denen am Erhalt der liberalen Gesellschaft und der freiheitlich-demokratischen Grundordnung gelegen ist, sollten daran mitarbeiten, den Raum des Diskurses, in dem die besten Argumente gewaltfrei miteinander ringen, möglichst weit offen zu halten.

Deswegen sind Veranstaltungen wie die heutige, ist die gesamte Arbeit der Desiderius-Erasmus-Stiftung so wichtig. Denn genau das geschieht hier: ein Offenhalten des Diskursraumes in Zeiten sich verengender Spielräume. ...

Jongen, Marc, geboren 1968, Dr. phil., Mitglied des Bundestages, stellvertretender Landesprecher der Alternative für Deutschland (AfD) Baden-Württemberg. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "COMPACT" 08/2018 berichtete im August 2019:

>>**Schwarzer Kanal, bunte Manipulation: Propagandamuster in DDR und BRD**

Wie zu DDR-Zeiten wird auch heute die Öffentlichkeit von der Regierung kontrolliert und gelenkt. Die GEZ-Medien sind keineswegs objektiver als die privaten.

_ von *Enrico Komning*

Wer regiert uns, wer lenkt uns, wer manipuliert uns, und wie funktioniert das Ganze? Warum sind Medien so mächtig und warum so anfällig für absichtliche oder fahrlässige Fehl- und Falschmeldungen? Im Folgenden werde ich nicht auf die sozialen Medien mit all ihrer Inhaltsfülle und ihren Problemen bei DSGVO sowie NetzDG eingehen, denn das würde den Rahmen sprengen, sondern mich an den herkömmlichen Medien wie Presse, Funk und Fernsehen orientieren.

Schon vor 2015, danach aber um so intensiver, wird Kritik an Medien lauter und offener vortragen. Schlagworte wie Lügenpresse, Lückenpresse oder Fake News sind in aller Munde. Mal laut anklagend, mal flapsig behauptend, mal tiefgründig nachweisend. Die Menschen

nehmen zunehmend wahr, daß sich die Berichterstattung häufig nicht mehr mit ihren eigenen Wahrnehmungen deckt. Sie erkennen, daß Rundfunk, Fernsehen und Presse etwas ganz anderes berichten als das, was sie selbst erlebt haben.

Journaille und Volk

Das erinnert, zumindest im Osten, sehr an schlimmste DDR-Zeiten, in denen man nach offiziellen Verlautbarungen alle wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Aufgaben immer überplanmäßig erfüllt hat, die Regale aber leer waren und der Mangel an allen Ecken sichtbar war. So wird die Tagesschau schon mal mit der Aktuellen Kamera verglichen oder die ARD-Sendung Panorama von Anja Reschke mit dem Schwarzen Kanal von Karl-Eduard von Schnitzler.

Den Medienmachern und deren politischen Hintermännern ist dieser Erkenntnisgewinn der Bürger ein Dorn im Auge. Deshalb werden die oben genannten Ausdrücke als "rechte Kampfbegriffe" verschrien und deren Benutzer in die Nähe von Diktatur-Sympathisanten gerückt. So schrieb Sascha Lobo auf Spiegel Online am 13. November 2016 unter der Überschrift "Lügenpresse ist keine Medienkritik": "Wer "Lügenpresse" schreit, will nicht bloß auch seine Meinung in den Medien sehen, sondern ausschließlich seine Meinung. "Lügenpresse" ist der Ruf nach einer autoritären Gesellschaft."

Mit keinem Wort setzt sich der Autor mit den eigentlichen Kritikpunkten, die gegen die Medien vorgebracht werden, auseinander, sondern würgt die Kritik ab und spielt sie herunter - obwohl er ein gegenläufiges Zitat von Frank-Walter Steinmeier anführt: "Der Meinungskorridor war schon mal breiter. Es gibt eine erstaunliche Homogenität in deutschen Redaktionen, wenn sie Informationen gewichten und einordnen. Der Konformitätsdruck in den Köpfen der Journalisten scheint mir ziemlich hoch. Das Meinungsspektrum draußen im Lande ist oft erheblich breiter."

Der Bundespräsident beschreibt das Problem aber nicht ausreichend. Die Kritik vieler Bürger geht weiter: Laut einer Allensbach-Umfrage aus dem Februar 2016 waren drei Viertel der Deutschen der Meinung, daß die Medien kein korrektes Bild vom Bildungsniveau und Familienstatus der Flüchtlinge des Jahres 2015 zeichnen.

In völligem Gegensatz dazu steht die Selbstwahrnehmung der Presseleute und ihre völlige Selbstüberschätzung. So verglich der Spiegel Journalisten in einem Artikel aus diesem Frühjahr mit den demokratisch gewählten Abgeordneten der Parlamente: "Wenn man so will, sind auch die Medien in Deutschland repräsentativ."

Journalisten haben es zu ihrem Beruf gemacht, die Nachrichten zu gewichten und zu entscheiden, was wichtig und was nicht so wichtig ist." Der Chefredakteur der Berliner Zeitung meinte gar: "Die Medien sind ja die vierte Gewalt." Die Chefredaktion der Zeit hob völlig ab: "Wir Journalisten haben eine Muezzin-Position." Journalisten als religiöse Prediger, die den dummen Schafen die Welt erklären müssen. ...

Auch die Öffentlich-Rechtlichen verbreiten Unwahrheiten und Falschmeldungen. Ihre Unabhängigkeit ist ohnedies gefährdet, denn Politiker sind in ihren Rundfunkräten vertreten, und eine Einflußnahme ist zumindest nicht ausgeschlossen. Auch die Programmdirektoren haben meistens ein Parteibuch. Damit sind nicht wegzudenkende Partei- und Politiknähe vorhanden und entsprechende Abhängigkeiten gegeben, weshalb von Neutralität nicht mehr die Rede sein kann.

Gerade durch Festlegungen im Ende letzten Jahres auch durch Deutschland unterzeichneten UN-Migrationspakt ist offensichtlich, daß Medien genutzt werden sollen, um auf Denken und Ansichten der Menschen einzuwirken. So wird im Ziel 17 des Migrationspaktes als Maßnahme c.) gefordert, "die öffentliche Finanzierung oder materielle Unterstützung derjenigen Medien einzustellen, die systematisch Intoleranz, Fremdenfeindlichkeit, Rassismus und andere Formen von Diskriminierung von Migranten unterstützen" - also Geldhahn zu bei kritischer

Berichterstattung!

Bilder, die lügen

Gerade bei den Öffentlich-Rechtlichen geht es um Meinungsmache. Und da ist jedes Mittel recht. Nicht nur Verzerrungen, Weglassungen oder Hinzudichtungen, sondern immer wieder auch plumpe Unwahrheiten werden eingesetzt - und bei Enttarnung als sogenannte Fehler heruntergespielt. ...

Framing - Handbuch der Manipulation

Die Meinungsmacher haben erkannt, daß Worte und Sprache in den Medien wesentliche Manipulationselemente sind. Für 120.000 Euro (aus GEZ-Zwangsabgaben bezahlt) ließ die ARD ein Strategiepapier entwickeln, das nach der Kritikwelle gegen die Öffentlich-Rechtlichen dazu dienen sollte, in der Debatte wieder Oberwasser zu gewinnen. So heißt es in diesem sogenannten Framing-Manual: "Auch und gerade in Zeiten, in denen Gegner der ARD deren Relevanz in Frage stellen", gehe es darum, die Aufgaben und Ziele der ARD "gegen die orchestrierten Angriffe von Gegnern" zu verteidigen. Darauf fragte *Bild.de*: "Sieht sich die ARD in einem Krieg gegen ihre kritischen Zuschauer?"

Framing ist ein Forschungsfeld aus der Linguistik, bei dem es im Kern um die Frage geht, wie bestimmte Sprachmuster, vor allem Metaphern, einen Deutungsrahmen setzen - also letztlich das Denken und auch das Handeln steuern. Es bedeutet, daß Themen in einen Kontext eingebettet werden, der bei den Empfängern bestimmte Assoziationen hervorruft. Ein Beispiel: Es ist ein Unterschied, ob man eine Infrastrukturabgabe als Pkw-Maut oder als Ausländer-Maut bezeichnet.

Das Gutachten enthält Sprachregelungen für Mitarbeiter und ruft dazu auf, Begriffe zu verwenden, mit denen die ARD positiv dargestellt wird. Über den Rundfunkbeitrag heißt es in dem Papier, dies sei keine "Zwangsabgabe" oder "Zwangsgebühr" (so nennen Kritiker der ARD das, was früher GEZ-Gebühr genannt wurde), sondern "unsere finanzielle Beteiligung". Die Arbeit der ARD sei "von moralischen Prinzipien getragen", überzeugt von der eigenen "moralischen Notwendigkeit für das gesellschaftliche Miteinander".

Kritik am Papier kam - man höre und staune - selbst vom WDR-Rundfunkrat: Das Papier sei "keine vernünftige Grundlage für eine Diskussion", sagte die Europa-Parlamentarierin Petra Kammerevert (SPD) bei der Gremiensitzung. Es enthalte nicht mehr zeitgemäße "linke Kampfbegriffe". ...

*_ Der Text basiert auf einem Vortrag bei der AfD Vorpommern-Greifswald am 20. Juni 2019. Enrico Komning (*1968) ist Rechtsanwalt und Bundestagsabgeordneter des Wahlkreises.<< Auf der Webseite "<https://kenfm.de> ..." des deutschen Journalisten Ken Jepsen erschien am 21. Oktober 2019 folgender Bericht über die Meinungsmanipulation durch die Medien (x1.014/...): >>Der schmerzliche Verlust der Medien*

Albrecht Müllers Buch "*Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst*"

Rezension von *Wolfgang Bittner*

Es ist nicht das erste Buch, das Albrecht Müller, ehemals aktiver Politiker und seit 2003 Herausgeber des Internetforums NachDenkSeiten zu gesellschaftspolitischen Fragen veröffentlicht hat. Kürzlich ist nun "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst" erschienen, ein außerordentlich wichtiges, aufklärendes Buch. Man will es nicht glauben, aber es ist wahr und beweisbar: Die sogenannten Qualitätsmedien in Deutschland haben in ihrer übergroßen Mehrheit schon lange ihre Bedeutung als Vierte Gewalt und Korrektiv im System der Gewaltenteilung verloren.

Deutlich wird das vor allem, wenn wir die politischen Artikel der marktbeherrschenden Zeitungen lesen, Sender wie den Deutschlandfunk hören oder im Fernsehen die Tagesschau oder das Heute-Journal schauen. Kaum ein kritisches Wort über die Aggressionspolitik der USA und der NATO, dagegen eine permanente Hetze gegen Rußland. Das ist aber nicht das Einzi-

ge, es geht gegen alles, was sich dem verdummenden, zum Teil verlogenen Mainstream entgegenstellt. Und der Mainstream wird von genau diesen Medien gemacht.

Albrecht Müller kritisiert diese herrschende Meinungsmanipulation und Indoktrination, die zur Erosion des demokratischen Rechtsstaats maßgeblich beiträgt, mit treffenden, zum Teil erschütternden Beispielen. Das kostet heutzutage viel Mut und ist ihm hoch anzurechnen. Er stellt fest: "Wir leben in einer Zeit, die wesentlich von neoliberaler Ideologie und ebensolchen Taten geprägt ist, und das genaue Gegenteil wird unter die Leute gebracht. Das ist perfekte Meinungsmache und kein Zufall."

Allein schon die Wortwahl (das "wording") gibt Aufschluß über eine der Methoden bewußter Manipulation. So werden mißliebige Regierungen "Regime" oder "Diktatur" genannt, Baschar al-Assad ist ein "Schlächter", der saudische Meuchelmörder Mohammad bin Salman al-Said bleibt ein Kronprinz. Müller führt siebzehn Beispiele für Manipulationen an, darunter die Verkürzung von Sachverhalten, das Verschweigen, die permanente Wiederholung und Übertreibung, das falsche Expertentum usw.

Des Weiteren lenkt er den Blick auf gravierende Fälle von Meinungsmache sowie auf die entsprechenden Strategien. Ein Beispiel ist die Behauptung eines demographischen Wandels, die zur privaten Vorsorge geführt hat, wodurch den Versicherungen und Banken das Geld der Bevölkerung in die Kassen gespült wurde. Ein zweites Beispiel ist die systematisch betriebene Wende von der Friedenspolitik ("Nie wieder Krieg") zur neuen Konfrontation mit Rußland und damit zu der schon seit Jahren herrschenden Kriegsgefahr in Europa.

Auch die Auflösung der Deutschland AG und die Steuerbefreiung für Veräußerungsgewinne der großen Vermögen wurden von den Medien werbewirksam begleitet. Über die Folgen, nämlich den Verkauf Tausender Unternehmen an zumeist angelsächsische Kapitalgruppen und Hedgefonds wurde der Mantel des Schweigens gebreitet - "Monopoly auf Steuerzahlerkosten".

Die von den Medien betriebene Manipulation betreffe auch das Personal der Parteien, schreibt Müller. Die Spitzenkandidaten der SPD von Rudolf Scharping bis Martin Schulz seien "rauf- und runtergeschrieben" worden, während die "wahrlich nicht fortschrittlichen Personalentscheidungen", die Angela Merkel in der letzte Zeit eingefädelt habe, propagandistisch unterstützt würden: Der Aufstieg von der Leyens zur Präsidentin der EU-Kommission wie auch die Einsetzung Kramp-Karrenbauers, "dieser aus den 1950er Jahren übrig gebliebenen Kalten Kriegerin", als Vorsitzende der CDU und Bundesverteidigungsministerin.

Gut zu wissen ist in diesem Zusammenhang, daß viele der leitenden Journalisten wie auch der führenden Politiker nicht nur Konzerninteressen vertreten, sondern auch US- und NATO-Netzwerken angehören oder nahestehen. Damit läßt sich erklären, zu welchem Zweck und mit welchem Ziel ein beträchtlicher Teil dieser Manipulationen stattfindet. Denn die Frage ist doch letztlich: Wer manipuliert die Manipulierer. So läßt sich dann auch eine Antwort hinsichtlich der Sanktions- und Aggressionspolitik, der fortschreitenden Aufrüstung und Militarisierung finden.

Schon vor Erscheinen des Buches wurden Albrecht Müller und sein Internetforum in der Süddeutschen Zeitung diffamiert. Da hieß es am 13. September 2019 in einem "Streiflicht" unter anderem: "Herr Müller war, lange her, mal Planungschef im Kanzleramt, in der Ära Brandt/Schmidt. Gemeine Kritiker - in wessen Solde stehen sie eigentlich? - sagen ihm nach, er leide, wie mancher ältere Herr, an der Ignoranz der Menschheit, die sich keinen Deut für ihn interessiert, obwohl er doch alles viel besser weiß. Seit Beginn der Regierung Kohl denkt er darüber nach (daher der Name seines Politblogs), warum niemand auf ihn hört, und er kann es sich und seinen Followern einfach nicht erklären."

Wie mit derartigen Medienangriffen umzugehen ist, hat Albrecht Müller bereits 1972 als Wahlkampfleiter Willy Brandts gelernt und praktiziert, als dem SPD-Kanzlerkandidaten seine

uneheliche Geburt und sein Exil vorgeworfen wurden: Keine "vornehme Zurückhaltung", kein demütiges Abducken ob solcher Gemeinheit. Müller ging dagegen offensiv vor, jetzt auch in eigener Sache.

In seinem viel gelesenen Blog schrieb er, in "erprobter Weise" werde versucht, die NachDenkSeiten in die Verschwörungs- und Querfrontecke zu stellen, wobei sein hohes Alter als Herausgeber dazu diene, ihn und sein Forum in ein schlechtes Licht zu rücken.

Er wandte sich an die Leserinnen und Leser mit der Bitte, ihn zu unterstützen und sein Buch zu propagieren.

Das fand große Resonanz, und der Erfolg blieb nicht aus, "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst" liegt inzwischen in allen Buchhandlungen und steht seit dem 21. Oktober auf der Spiegel-Bestsellerliste. "Wir müssen zweifeln und widersprechen", schreibt Albrecht Müller. "Das wird leichter, wenn wir uns mit anderen verbinden. Wenn wir ein eigenes Milieu einer lebendigen Gegenöffentlichkeit schaffen, wenn wir uns austauschen, wenn wir kommunizieren."

Zu wünschen ist, daß diese Antimanipulationsschrift über die "aufgeklärte" Leserschaft hinaus viele Menschen erreicht, die weiter zur Aufklärung beitragen.

Albrecht Müller, "Glaube wenig, Hinterfrage alles, Denke selbst. Wie man Manipulationen durchschaut", Westend Verlag 2019, 144 Seiten ... <<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv" berichtete am 13. Dezember 2020 über die geheimen NWO-Netzwerke (x1.000/...): >>Netzwerke der Macht - Die Ursache der globalen Gleichschaltung

Wie kein anderes Thema dominiert im Jahr 2020 die Corona-Krise Politik und Medien. Dabei fällt auf, daß nahezu alle Staaten der Welt in gleicher Weise auf die Krise reagieren. Weltweit wurde die Wirtschaft heruntergefahren und Grund- und Freiheitsrechte massiv eingeschränkt. Um das Virus zu stoppen, wurden gewaltige wirtschaftliche Schäden, Massenarbeitslosigkeit und soziale Tragödien durch die verhängten Maßnahmen einfach in Kauf genommen.

Kritische Stimmen, selbst hochrangigster Wissenschaftler und Ärzte gegen die geltende Meinung, werden dabei einfach weggewischt. Ist diese auffällige weltweite Gleichschaltung nur Zufall? Laut F. William Engdahl, einem deutsch-amerikanischen Autor und Wirtschaftsjournalisten, der sich seit mehr als 30 Jahren mit Geopolitik befaßt, ist die Ursache für die überall zu beobachtende Gleichschaltung folgende: Mit Hilfe eng miteinander verbundener Denkfabriken steuert eine kleine globale Elite sowohl Politik als auch die Medien durch ein fast unsichtbares Netz von Manipulation und Einflußnahme!

Den Grundstein für eine derartige Steuerung von oben legte der Engländer Cecil Rhodes. Rhodes war Freimaurer und einer der reichsten Männer der Welt. Sein Traum war die Wiedervereinigung der anglo-amerikanischen Welt unter einer gemeinsamen Weltregierung. Um dieses Ziel zu erreichen, vermachte er sein gesamtes Vermögen an Lord Rothschild zur Schaffung eines Geheimbundes. Dieser gründete dann auch 1909, zusammen mit dem Politiker Lord Milner, den "Round Table".

Der Round Table arbeitete hinter den Kulissen auf den höchsten Ebenen der britischen Regierung und beeinflusste deren Außenpolitik. Die Mitglieder waren einflußreiche Personen aus Politik, Finanzwesen und den führenden britischen Medien. Doch dabei blieb es nicht. Es wurden Zweigstellen des Round Table in der ganzen Welt gegründet. So kam es im Jahr 1921 auch zur Gründung einer Schwesterorganisation in den USA, dem "Council on Foreign Relations", kurz CFR.

Dieser entwickelte sich zur einflußreichsten Denkfabrik des vergangenen Jahrhunderts und wurde hauptsächlich von Rockefeller, J. P. Morgan und anderen Wall-Street-Bankern finanziert. Top-Journalisten und Führungskräfte nahezu aller bekannten US-Medien sind in das Netzwerk des CFR eingebunden, so daß es mit seinen knapp 5.000 Mitgliedern seit Jahrzehnten

ten die US-Außenpolitik und deren Darstellung in den Medien prägt. Wie groß der Einfluß des CFR ist, verdeutlichen die folgenden Zahlen:

Aus seinen Reihen gingen acht Präsidenten der Vereinigten Staaten, sieben Vizepräsidenten, 17 Außenminister, 20 Verteidigungsminister, 18 Finanzminister und 15 CIA-Direktoren hervor. Auch der voraussichtliche neue US-Präsident Joe Biden ist Ratsmitglied des CFR und Vizepräsidentin Kamala Harris hat ebenfalls enge Verbindungen zum CFR. Der CFR wiederum ist mit weiteren Denkfabriken von immensem Einfluß verbunden. Seine wichtigsten Partner-Organisationen sind die Bilderberger-Gruppe und die Trilaterale Kommission. Bei der alljährlichen Bilderberger-Konferenz treffen sich zwischen 100 und 150 Gäste hinter verschlossenen Türen.

Unter ihnen Regierungschefs, die Hochfinanz, führende Industrielle, hochrangige Militärs, Geheimdienstchefs und die Chefetagen der größten und bekanntesten Medienunternehmen der Welt. Entscheidungen mit weltpolitischer Tragweite werden dort getroffen und offensichtlich auch der Aufstieg geneigter Politiker in höchste Ämter eingeleitet.

Unmittelbar nach dem Besuch einer solchen Konferenz wurden z.B. Helmut Schmidt, Helmut Kohl und Angela Merkel Bundeskanzler sowie Ursula von der Leyen Präsidentin der Europäischen Kommission. Mit Gründung der Trilateralen Kommission im Jahr 1973 durch David Rockefeller und Zbigniew Brzezinski (CFR), wurde das Netzwerk auch auf die Asien-Pazifik-Region ausgedehnt. Wegen ihres äußerst mächtigen, aber versteckten Einflusses auf die Weltpolitik, wird sie auch als "Schatten-Weltregierung" bezeichnet.

Das bedeutendste deutsch-transatlantische Netzwerk mit ca. 500 Mitgliedern ist die Atlantik-Brücke. Sie hat ebenfalls ihre Wurzeln beim CFR und der Hochfinanz. So gehörten zu ihren Gründungsmitgliedern u.a. John Jay McCloy, ein ehemaliger Vorsitzender des CFR und der Bankier Eric M. Warburg. Auffallend ist, daß insbesondere die Chefredaktionen der Leitmedien ca. 100 Mitglieder stellen.

Daher verwundert es kaum, daß all diese im Grunde genommen das Gleiche berichten. Die, vor allem während der Corona-Krise offensichtlich gewordene, globale Gleichschaltung zeigt deutlich, wie gut diese Netzwerke inzwischen weltweit funktionieren. Ihre Macht gründet sich darauf, daß sie aus dem Verborgenen heraus die Agenda einer globalen Finanzelite durchsetzen. Daß diese besteht und welcher Art ihr Handeln ist, sagen sie uns selber: "Das Illegale tun wir sofort. Das Verfassungswidrige dauert etwas länger."

Henry Kissinger, Friedensnobelpreisträger, US-Präsidentenberater, Ex-Außenminister und Bilderberger "Es wäre unmöglich für uns gewesen, unsere Pläne für die Welt zu entwickeln, wenn wir all die Jahre im Rampenlicht der Öffentlichkeit gestanden hätten. Nun ist unsere Arbeit jedoch soweit durchdacht und bereit, in einer Weltregierung zu münden."

"Alles was wir benötigen, ist die eine, richtig große Krise, und die Nationen werden die Neue Weltordnung akzeptieren." David Rockefeller, Weltbankier, Bilderberger und Mitgründer der Trilateralen Kommission.

Im Abspann sehen Sie eine Liste mit deutschen Politikern, die Mitglied der Atlantik-Brücke und der Trilateralen Kommission sind bzw. an den Bilderberger-Konferenzen teilgenommen haben.

Deutsche Politiker als Mitglieder der Atlantik-Brücke Mitglieder der Vorstandschaft: Sigmar Gabriel SPD, ehemaliger Bundesvorsitzender der SPD sowie deutscher Wirtschafts- und Außenminister, Edelgard Bulmahn SPD, bis 2017 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Alexander Graf Lambsdorff FDP, stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit der Zuständigkeit Außenpolitik, Christian Lange SPD, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesministerium für Justiz, Friedrich Merz CDU, Vizepräsident des Wirtschaftsrats der CDU, Kandidat für den CDU-Vorsitz, Omid Nouripour Die Grünen, seit 2006 Mitglied des Bundestages, Norbert Röttgen CDU, Vorsitzender des Auswärtigen

Ausschusses, Kandidat für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden, Bundestagsmitglied. Sonstige Mitglieder der Atlantik-Brücke: Angela Merkel CDU, amtierende Bundeskanzlerin seit 2005, Philipp Rösler FDP, ehemaliger Vizekanzler, Bundesvorsitzender der FDP, Stefan Liebich Die Linke, seit 2009 Mitglied des Deutschen Bundestages, Dorothee Bär CSU, Staatsministerin bei der Bundeskanzlerin und Beauftragte der Bundesregierung für Digitalisierung, Markus Blume CSU, seit 2008 Abgeordneter im Bayerischen Landtag, Generalsekretär der CSU, Christian Lindner FDP, Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP, Joachim Pfeiffer CDU, Bundestagsmitglied, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU.

Mitglieder der deutschen Gruppe der Trilateralen Kommission: Michael Fuchs (Vorsitzender) CDU, bis 2017 Mitglied des Deutschen Bundestages, Edelgard Bulmahn SPD, bis 2017 Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Mitglied des Auswärtigen Ausschusses, Friedrich Merz CDU, Vizepräsident des Wirtschaftsrates, Kandidat für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden, Joachim Pfeiffer CDU, Bundestagsmitglied, energiepolitischer Sprecher der CDU/CSU, Alexander Graf Lambsdorff FDP, stellvertretender Fraktionsvorsitzender mit der Zuständigkeit Außenpolitik, Sigmar Gabriel SPD, ehemaliger Bundesvorsitzender der SPD sowie deutscher Wirtschafts- und Außenminister.

Aktive deutsche Politiker als Teilnehmer der Bilderberg-Konferenzen: Norbert Röttgen CDU, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, Kandidat für das Amt des CDU-Parteivorsitzenden, Bundestagsmitglied, Ursula von der Leyen CDU, Präsidentin der Europäischen Kommission Christian Lindner FDP, Partei- und Fraktionsvorsitzender der FDP, Angela Merkel CDU, amtierende Bundeskanzlerin seit 2005, Wolfgang Schäuble CDU, seit 2017 Präsident des deutschen Bundestages, ehemaliger Bundesminister des Innern und Bundesfinanzminister, Thomas de Maizière CDU, Bundestagsabgeordneter, ehemaliger Bundesminister des Inneren, Olaf Scholz SPD, Vizekanzler und Bundesfinanzminister, Jens Spahn CDU, Bundesminister für Gesundheit, Linda Teuteberg FDP; Bundestagsabgeordnete, bis 09.2020 Generalsekretärin.<<

Das Internetportal "Wikipedia" berichtete im Jahre 2020 über die Propaganda des Tavistock Institutes of Human Relations (x971/...): >>... Das Tavistock Institute of Human Relations (TIHR) ist eine Non-Profit-Organisation, die sich mit sozialwissenschaftlicher Forschung befaßt und 1947 als Ableger der Tavistock Clinic gegründet wurde.

Geschichte

Während des Zweiten Weltkrieges dienten viele der hauptberuflichen Mitarbeiter der Tavistock Clinic als psychiatrische Spezialisten in der Armee.

Die im War Propaganda Bureau (Wellington House) ansässige Organisation entwarf Propagandakonzepte und verbreitete sie.

Diese interdisziplinäre Gruppe gründete 1947 das *Tavistock Institute of Human Relations* und wandte sich Fragen der Organisationsentwicklung und des sozialen Wandels zu. Zu den Gründungsmitgliedern gehörten Elliott Jaques, Henry Dicks, Leonard Browne, Ronald Hargreaves, John Rawlings Rees, Mary Luff, Wilfred Bion und Tommy Wilson als Direktor.

Die Rockefeller Foundation leistete einen finanziellen Beitrag. Weitere bekannte Mitarbeiter kamen später dazu: John D. Sutherland, John Bowlby, Eric Lansdown Trist und Fred Emery.

Das Tavistock Institute betreibt heute Forschungen und Konsultationen im Bereich Sozialwissenschaften und angewandte Psychologie für die Europäische Union, verschiedene Abteilungen der britischen Regierung und private Auftraggeber. Das Institut verfügt über einen eigenen Verlag und ist Eigentümer und Herausgeber von *Human Relations*, einem internationalen Journal für Sozialwissenschaften.

Tätigkeit und Forschungsschwerpunkte

Die Grundkonzepte, welche zur soziopsychologischen Ausrichtung des Institutes führten, waren die psychoanalytische Objektbeziehungstheorie, die Lewinsche Feldtheorie, der Kultur

und Persönlichkeits-Ansatz (culture and personality school) und die Theorie der offenen Systeme von Fred Emery (Open Systems Theory (OST)).

Diese dienten zur Steuerung von wirkungsorientierten (action-oriented) Projekten von erheblichem Umfang und Dauer. Die Erfahrungen aus diesen Projekten führten zu weiteren konzeptionellen Entwicklungen. Um die Prozesse verstehen und die neuen Abläufe entwickeln zu können, wurden mehrere oder alle Grundkonzepte verwendet.

Ab 1949 wurden vom Tavistock-Institut im britischen Steinkohlenbergbau Studien über die "Auswirkungen der Mechanisierung und Arbeitsteilungen im Bergbau" durchgeführt. Die dabei angewandte Forschungsmethode wurde als Tavistock-Ansatz bekannt.

Mit zwei industriesoziologischen Untersuchungen über die Arbeitsorganisation in britischen Kohlebergwerken und indischen Textilfabriken trugen sie zur Entwicklung der Organisationssoziologie bei. Die Forscher benutzten als theoretisches Bezugssystem den sogenannten soziotechnischen Ansatz, der besagt, daß es bei der Strukturierung von Arbeitsorganisationen eine *organizational choice* (englisch für 'organisatorische Wahl') gäbe, bei der technische und soziale Anforderungen in verschiedener Weise kombiniert werden können. Eine Optimierung im Gesamtsystem gelinge nur bei Suboptimierung in den beiden Teilsystemen (technisches und soziales Subsystem).

Diese Erkenntnisse waren prägend für die Methode der Organisationsentwicklung. Sie wird bei der Planung und Umsetzung vieler Veränderungsprozesse in Organisationen angewendet.

Bekannte Mitarbeiter

- Eine Schlüsselfigur in der Geschichte von Tavistock war Brigadegeneral John Rawlings-Rees, Autor von *The Shaping of Psychiatry by War* ('Die Veränderung der Psychiatrie durch den Krieg'). Er war vor dem Zweiten Weltkrieg medizinischer Direktor der Tavistock Clinic und maßgeblich an der Gründung des Tavistock Institutes beteiligt.

- Der Sozialpsychologe Eric Lansdown Trist war von 1946 bis 1966 Vizedirektor und Direktor sowie wichtigster Exponent des Tavistock-Ansatzes.

- Die Psychoanalytiker Wilfred Bion und S. H. Foulkes, beide frühe Vorkämpfer der Gruppenanalyse, entwickelten neue Methoden zur Auswahl von Offizieren. Dabei beobachteten sie die Gruppendynamik in einer sogenannten *führerlosen Gruppe*, wo die Verantwortungsübernahme weniger über hierarchisches Befehlen als durch praktisches Tätigwerden erfolgt. Ihre Methoden führten zu einer verringerten Anzahl zurückgewiesener Offizieranwärter.

- Ronald D. Laing diente in der Psychiatrie-Einheit der britischen Armee (*British Army Psychiatric Unit*).

- Kurt Lewin, ein Mitglied der Berlin-Frankfurter Schule, und seine gruppenspezifischen Theorien haben bis heute einen großen Einfluß auf die Arbeit des Institutes.

- Eric J. Miller, seit 1969 im Institut Direktor der *Group Relations Programme*, erarbeitete unter anderem das Design für die Nazareth-Konferenzen. ...<<

[Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/20651"](http://www.klagemauer.tv/20651) berichtete am 21. November 2021 (x1.251/...): >>>**Gekaufte Medien - Gift für die Demokratie**

Zu den Aufgaben der Medien als vierte Macht im Staat gehört es, die Politik zu kontrollieren und Korruption im Staat aufzudecken. Nun kam in Österreich ans Licht, daß ein bedeutendes Medienhaus unheilvoll in Korruption mit der Politik verwickelt sein soll. Die Folge davon war eine Regierungskrise und der Rücktritt von Sebastian Kurz als Bundeskanzler. Diese Sendung enthüllt eine enorme Verflechtung zwischen Politik, den Chefredakteuren, Herausgebern und Redakteuren der größten österreichischen Medienhäuser. Sehen Sie, wie Einfluß auf Berichterstattung genommen wird und was mit Medien geschieht, die regierungskritisch berichten.

Damit der Rechtsstaat nicht durch Politiker ausgehebelt werden kann, gibt es zwei entscheidende Organe: erstens die Justiz und zweitens die Medien. Die Medien als sogenannte vierte

Macht im Staat haben eine besondere Wächterrolle. Ihre Aufgabe ist es, die Politik zu kontrollieren und Korruption im Staat aufzudecken.

Doch in Österreich kam kürzlich ans Licht, daß die Medien selbst unheilvoll in Korruption verwickelt sein sollen. Der engste Beraterstab von Sebastian Kurz soll in Absprache mit ihm Umfragen manipuliert und positive Medienberichterstattung "erkauft" haben - auf Kosten der Steuerzahler. Das Bekanntwerden dieser Vorwürfe löste in Österreich eine Regierungskrise aus. Um die Fortführung der Regierungs-Koalition zu retten, gab Kurz am 9. Oktober 2021 schließlich seinen Rücktritt als Bundeskanzler bekannt.

ZUFALLSFUND BRINGT KORRUPTION ANS LICHT

Die gesamten Enthüllungen, die zu den aktuellen Ereignissen führten, wurden nur durch Zufall von der Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft - kurz WKStA - entdeckt. Denn das Handy von Thomas Schmid, einem engen Vertrauten von Sebastian Kurz, wurde bei Ermittlungen in einem anderen Fall beschlagnahmt. Die Auswertung der Chatverläufe, also der Textnachrichten auf seinem Handy, brachte weitreichende Absprachen zwischen Politikern, Staatsdienern und Medienunternehmern zutage.

Im Jahr 2016 plante Kurz, damals Österreichs Außenminister, mit seinen engsten Vertrauten den amtierenden Vorsitzenden der ÖVP, Reinhold Mitterlehner, zu stürzen und schließlich Bundeskanzler zu werden. Gemäß den der Justiz vorliegenden Fakten, soll die Veröffentlichung von verfälschten Umfragen in einem bedeutenden österreichischen Massenmedium der Zielerreichung dienen.

Die Koordination übernahm der Kurz-Vertraute Thomas Schmid. Dieser stand in engem Kontakt mit der Meinungsforscherin Sabine Beinschab, die er instruierte, welche Umfragen sie durchführen und was dabei herauskommen sollte. Andererseits wurde mit den Herausgebern Wolfgang und Helmut Fellner vereinbart, über diese Umfragen öffentlichkeitswirksam zu berichten.

Als Gegenleistung soll die Mediengruppe Österreich die Zusage für Werbeeinschaltungen im Wert von 1,1 Millionen Euro erhalten haben. Die Fellner-Brüder (Chefs von oe24 und Österreich) werden daher von der WKStA der Bestechung und Untreue verdächtigt. Es geht um Korruption und Meinungsmanipulation im großen Stil.

Ab Juni 2016 erschienen die ersten manipulierten Umfragen in der Zeitung Österreich, die der ÖVP einen desaströsen Absturz prognostizieren - außer, wenn sie auf Kurz als Spitzenkandidaten setzen. Frau Beinschab durfte in der Österreich-Zeitung ihre zugunsten von Kurz manipulierten Umfragen auch noch als "unabhängige Expertein" für die ahnungslose Bevölkerung kommentieren.

Diese Enthüllungen sorgten für Entsetzen in Österreich. Der breiten Bevölkerung ist nämlich noch nicht bewußt, daß die Verflechtungen zwischen Politik und Medien weite Teile der österreichischen Medienlandschaft betreffen. Nachfolgend gibt Kla.TV Einblick in besorgniserregende Verfilzungen, finanzielle Abhängigkeiten und darüber, welche Dimension die Verflechtung zwischen Politik und Medien bereits angenommen hat.

1. GEKAUFTE MEDIEN IN ÖSTERREICH - INSERATENKORRUPTION IM GROSSEN STIL

Mainstream-Medien werden großzügig gekauft, einerseits durch die staatliche Medienförderung, andererseits durch Inserate. Bei den Gratiszeitungen Österreich und Heute machen öffentliche Inserate bereits 40 Prozent des Jahresumsatzes (!) aus.

Schon unter den Vorgängern von Sebastian Kurz stieg die Anzahl von Inseraten beträchtlich. Doch unter Kurz "explodierten" die Zahlungen an die Medien. 3 Mio. Euro im Monat oder 33,5 Millionen Euro im Jahr - so viel gab das Kabinett Kurz 2020 nur für Werbung in Zeitungen und Zeitschriften aus. Natürlich handelt es sich dabei um Steuergeld.

Allein die Kronen Zeitung erhielt 2020 für Inserate 8,4 Millionen Euro von der Regierung.

Die gesetzliche jährliche Presseförderung in Höhe von 8,7 Millionen Euro, die auf alle Medien aufgeteilt wird, spielt nur noch eine vergleichsweise kleine Rolle. Für die nächsten vier Jahre plant die derzeitige Regierung bereits eine weitere Erhöhung der Inseratengelder ein: Insgesamt sind 180 Mio. Euro für Österreichs Mainstream-Medien vorgesehen, das sind jährlich 45 Mio. Euro.

Ein paar Tage vor seinem Rücktritt als Kanzler erläuterte Kurz, was man durch die Bezahlung eines Inserats erwarte: "Ich hoffe sehr, daß es eine Gegenleistung dazu gab. Nämlich Berichterstattung und ein Inserat. Das ist nämlich der Preis, den man bezahlt." Also nicht nur ein Inserat, sondern ein Inserat und Berichterstattung! In solch einem Zusammenhang spricht man von Inseratenkorruption, d.h. daß Politiker oder Ministerien durch Zeitungsinserate wohlwollende Berichterstattung kaufen.

Wenn Sie, verehrte Zuseher, künftig in Ihrer Zeitung ein Regierungsinserat sehen, erkennen Sie daran, daß diese Zeitung von der Politik "gesponsert" wurde.

Was geschieht mit Medien, die regierungskritisch berichten?

Im Juni 2021 veröffentlichte das Wochenmagazin NEWS einen kritischen Bericht über die Führung der ÖVP. Der Herausgeber - Horst Pirker - informierte dabei seine Leserschaft darüber, daß seinem Medienverlag vom Bundeskanzleramt und Finanzministerium ein totaler Inseratenstopp angedroht wurde. Inserate werden als Druckmittel und Werkzeug benutzt, um Medien zu steuern und angenehme Berichterstattung zu kaufen.

Umgekehrt üben auch die Medien bei einer Kürzung ihrer Inseratengelder seitens der Politik Druck auf diese aus. Karin Kneissl, bis 2019 Außenministerin von Österreich, entschloß sich dazu, das Inseraten-Budget ihres Ministeriums um 80 Prozent zu kürzen. Kneissl mußte feststellen, daß die Reaktion auf diese Entscheidung aus fast allen Redaktionen heftig ausfiel. Von der Österreich-Zeitung wurde sie z.B. als "schräg, wirr, teilweise ahnungslos" bezeichnet.

2. EINFLUSS AUF BERICHTERSTATTUNG

Helmut Brandstätter war von 2010 bis 2018 Herausgeber und Chefredakteur der Tageszeitung Kurier. Brandstätter berichtete in seinem im Jahr 2019 veröffentlichten Buch "Kurz & Kickl" von Versuchen Kurz-Vertrauter, bis in "Zwischenüberschriften" hinein zu intervenieren. Kurz-Pressesprecher Gerald Fleischmann sei besonders berüchtigt in den Redaktionen des Landes. Er sei aber keineswegs der einzige aus dem Team Kurz, der kritische Journalisten anruft, um sie lautstark für lästige Fragen oder kritische Artikel maßzuregeln.

Helmut Brandstätter äußerte sich dazu in einem Interview: "Herr Kurz hat gesagt, im Kurier muß so geschrieben werden oder will ich, daß so geschrieben wird, wie ich mir das wünsche. Das hat er gesagt, daß hat er auch den Eigentümern vermittelt. Und dann hat er auch Vorschläge gemacht, ob da nicht andere Leute an der Spitze stehen könnten. Und darum hat er sich sehr intensiv bemüht."

Am 1. Oktober 2018 mußte Helmut Brandstätter ein Jahr vor Auslaufen seines Vertrages als Chefredakteur gehen.

Auch aus den nun öffentlich gewordenen Chats ist deutlich ersichtlich, daß die Absprachen weit über die Veröffentlichung von Umfragen hinausgingen. Es wurde offensichtlich auf die Berichterstattung weitreichender Einfluß genommen und sogar Veröffentlichungspläne wurden gemeinsam festgelegt. Bei Nichteinhaltung eines solchen Plans schrieb Thomas Schmid einmal an den verantwortlichen Herausgeber Wolfgang Fellner: "Liebe Fellners, ausgemacht war: Do: Brexit, Sa: Maschinensteuer, So: Wirtschaftskompetenz ... Wir sind echt sauer!!!" Wolfgang Fellner antwortet: "Verstehe ich voll ... Mache jetzt volle Doppelseite über Umfrage am Mittwoch."

Selbst der Chefredakteur der Tageszeitung Die Presse - Rainer Nowak - taucht in den nun veröffentlichten Chatnachrichten auf. Er stand ebenfalls in regem Kontakt mit Thomas Schmid. Dabei ging es neben Umfragen auch um günstige Berichterstattung für die ÖVP.

Um die gesamten Mainstream-Medien in Österreich zu koordinieren beziehungsweise zu steuern, wurde unter Kurz im Bundeskanzleramt eine riesige Medien-Steuerungszentrale eingerichtet. Dazu die österreichische Nationalratsabgeordnete Julia Herr im Jahr 2020: "Hinter Sebastian Kurz steht ein riesiger Apparat, der für gute Berichterstattung sorgt. 60 Mitarbeiter hat er dafür im Bundeskanzleramt abgestellt. Das ist ein unglaublich großer Apparat." Im Jahr 2021 ist diese Abteilung bereits auf über 80 Mitarbeiter angewachsen.

Apropos Sebastian Kurz: Wer nun denkt, daß sich jetzt an den Verfilzungen nach dem Rücktritt von Kurz etwas ändert, der irrt. Die Geschichte lehrt, daß es immer schon so war und sich nichts ändern wird, solange das Volk mitspielt. Politik und Medien, die beide davon profitieren, werden das von sich aus nicht ändern. Politiker kommen und gehen, aber das Problem bleibt - und zwar weltweit.

3. REDAKTEURE UND HERAUSGEBER WERDEN AN DIE LEINE GENOMMEN

Der ehemalige Redakteur der Kronen Zeitung Thomas Schrems berichtete im Juni 2021 in einem öffentlichen Schreiben davon, wie auf ihn und wichtige Redakteure von Seiten des Kurz-Teams mit Reisen und Einladungen in die teuersten Restaurants für eine angenehme Berichterstattung Einfluß genommen wurde. Daß so etwas offensichtlich gängige Praxis ist, belegen auch die Chat-Protokolle. Darin erscheint auch Krone-Chef Christoph Dichand im Zusammenhang mit einer Äthiopien-Reise im März 2019. Die Chats lassen darauf schließen, daß das Finanzministerium die Reise des Krone-Herausgebers bezahlt hat.

Es ist eine Tatsache, daß Kurz regelmäßig leitende Redakteure aus diversen Medien quer durch Österreich zu einem Treffen in das Springer-Schlössl in Wien Meidling einlädt. Bei diesen Treffen sind Vertreter so gut wie aller österreichischen Tageszeitungen, von Wochenmagazinen und des ORF anwesend. Es ist ausdrücklich vereinbart, daß die Themen und Inhalte dieser Treffen nicht an die Öffentlichkeit gelangen dürfen. Welche Themen müssen vor der Öffentlichkeit verborgen werden und warum?

Die ans Licht gekommenen Chat-Protokolle und die in dieser Sendung aufgezeigten Verflechtungen machen eines deutlich: Medien lassen sich von der Politik großzügig bezahlen und "an die Leine nehmen"! Dadurch können sie ihre wichtige Funktion als "Vierte Gewalt" im Staat nicht mehr ausüben. Die Medien können so keine nüchterne und unabhängige Wächterfunktion gegenüber Politik und Verwaltung ausüben und verlieren auch noch den Rest an Glaubwürdigkeit.

Jeder weiß doch: "Wes Brot ich eß', des Lied ich sing." Dennoch stellen sich Medien als unabhängig dar, auch der ORF, dessen Stiftungsrat und Generaldirektor ebenfalls politisch besetzt sind.

Der beschriebene Gefälligkeitsjournalismus führt nicht nur dazu, daß nicht mehr unabhängig berichtet wird. Es werden auch Themen völlig einseitig dargestellt und wichtige Informationen der österreichischen Bevölkerung bewußt vorenthalten, wie z.B. aktuell zum Thema Impfen und Corona-Politik.

Offensichtlich verweigern die österreichischen Medien einen öffentlichen Diskurs unter Einbeziehung aller Fach- und Expertenstimmen. Zum Beispiel erschien im Jänner 2021 in den Tageszeitungen Österreich und Kurier ausnahmsweise ein kritisches Inserat zu den Corona-Maßnahmen, verfaßt und bezahlt vom "Außerparlamentarischen Corona Untersuchungsausschuß" (ACU).

Alle anderen Tageszeitungen hatten dessen Veröffentlichung abgelehnt. Im Inserat wird vor der Gesundheitsschädlichkeit der Masken, vor den nicht verantwortungsvoll geprüften COVID-19-Impfstoffen und einer Impfpflicht gewarnt und die österreichische Regierung zu einem wissenschaftlichen Diskurs aufgerufen. Die beiden Tageszeitungen wurden sofort von den anderen Medien wegen dieser Veröffentlichung heftig kritisiert und gemäßregelt.

Auch den Lesern der Niederösterreichischen Nachrichten wird ein offener Diskurs zur aktuel-

len Corona-Politik zukünftig verwehrt. Dessen Herausgeberin Gudula Walterskirchen wurde im Oktober 2021 von Zeitungseigentümern kurzerhand abgesetzt, weil sie sich in ihrer Tageszeitung und bei TV-Sendungen immer wieder zur Corona-Impfung kritisch äußerte und diese in Frage stellte.

Wer die öffentlich-rechtliche Berichterstattung verfolgt, wird außerdem feststellen, daß wenn immer Experten eine vom Mainstream abweichende Meinung zu wichtigen Themen äußern, diese in Verbindung mit gefährlichen Verschwörungstheorien, Fake News, Rechtsextremismus, Staatsfeindlichkeit bis hin zum Antisemitismus gebracht werden.

Wie unabhängig sind Mainstream-Medien, die sämtliche Gegenstimmen verunglimpfen und einen öffentlichen Diskurs verweigern? In Anbetracht dessen täuschen sie eine sogenannte Meinungsfreiheit lediglich vor - ein Betrug also! Die Unabhängigkeit entblößt sich als große Täuschung! Die Bevölkerung merkt dies bereits intuitiv und verliert zunehmend das Vertrauen in die Medien. 45 % der Bevölkerung hielten bei einer Umfrage im Oktober 2020 sogar das Wort "Lügenpresse" für die österreichischen Medien für angebracht.

Fazit: Die Ermittlungen der letzten Wochen haben die korrupte Verflechtung von Politik und Medien aufgezeigt. Es besteht von Seiten der WKStA der große Verdacht, daß eine umfangreiche Manipulation der Öffentlichkeit vorliegt. Wie groß die tatsächlichen Verflechtungen sind, kann gar nicht richtig abgeschätzt werden. Mit Presseförderung und Regierungsinserten hat die Politik die wichtigsten Medien im Land bereits sehr gut im Griff. Staatlich finanzierte Medien sind jedoch bares Gift für jede Demokratie und gesunde Staaten. Dies verhindert nämlich eine öffentliche Debatte und zerstört die Medien- und Meinungsvielfalt.

Tatsächlich dürften die Medien von Seiten der Politik keinen Cent erhalten, um wieder ihrem Auftrag einer wahrheitsgetreuen Berichterstattung nachkommen zu können. Nur so kann gewährleistet werden, daß sie wirklich unabhängig und kritisch über Politik berichten und Mißstände aufgedeckt werden. Medien müssen wie jedes andere Unternehmen auch ordentliche Arbeit leisten, um dafür von ihren Lesern honoriert zu werden. So wie es freie Medien bereits trotz Verfolgung und Verunglimpfung durch Mainstream-Medien tun.

Das Volk muß sich bewußt sein, daß der Verlust von echter Meinungsfreiheit eindeutig Meinungsdiktatur mit sich bringt! Ohne freie und unabhängige Mainstream-Medien kann es keine mündig differenzierende Öffentlichkeit geben. Und ohne mündig differenzierende Öffentlichkeit kann es keine Demokratie geben.

Wechseln Sie, verehrte Zuseher, daher zu freien Medien wie Kla.TV, Wochenblick, Auf1.TV, Wegwarte, Servus.TV, ZackZack.at und viele mehr. Verbreiten Sie diese Sendung, denn in der Verbreitung liegt unser einziger Lohn. Dankeschön!<<

Der deutsche Lehrer und Publizist Herbert Ludwig berichtete am 2. Januar 2022 (x1.127/...):

>>Wie die Propaganda das Bewußtsein herabdämpft und Demokratie zur Farce macht

Durch die Massenmedien wird nahezu flächendeckend das Bewußtsein der Menschen beeinflusst und geprägt. Gedanken, Vorstellungen und Urteile anderer fließen täglich in sie ein und bestimmen - weitgehend unreflektiert übernommen - ihre gesellschaftlichen Einstellungen und Handlungen.

Es entsteht so ein allgemeines Gruppenbewußtsein der öffentlichen Meinung, das mangels eigener Erkenntnis herabgedämpft und dadurch lenkbar ist. Sind die Medienberichte zudem noch einseitig, verzerrt und lügenhaft manipuliert, wird das Bewußtsein des Menschen in Bezug auf die Wirklichkeit noch stärker abgelähmt und sein für eine freiheitliche Demokratie grundlegendes Urteilvermögen aufgehoben. Demokratie wird zur Farce.

Zunächst: Wie kommt es, daß die Inhalte der Medien kaum gefiltert in das Bewußtsein vieler Menschen eindringen und solche Lenkungswirkung haben? Warum lassen sich diese von ihnen so stark beeinflussen? Dazu müssen wir uns genauer ansehen, welcher Prozeß da im Bewußtsein stattfindet.

Unbegriffene Wahrnehmungen

Alle Wahrnehmungen, die uns von außen durch unsere Sinne entgegenkommen, müssen wir von innen mit unserem Denken durchdringen, wenn sie uns verständlich werden sollen. Wir müssen sie gedanklich begreifen, die ihnen entsprechenden Begriffe finden. Dadurch wachsen wir erkennend erst in die volle Wirklichkeit hinein. Würden wir uns willentlich des Denkens ganz enthalten, blieben uns die Wahrnehmungen völlig unverständlich. Wir befänden uns außerhalb der Realität in einem träumerischen, herabgedämpften Bewußtsein.

Blitzschnell und ohne besondere Anstrengung geschieht die Verbindung von Wahrnehmen und eigenem Denken gegenüber den gewohnten und vertrauten Dingen des Alltags. Wenn es sich jedoch um neue Wahrnehmungen handelt oder, wie in der Wissenschaft, Naturphänomene oder soziale Probleme in ihren tieferen Zusammenhängen erforscht werden sollen, ist eine starke eigene Gedankenanstrengung notwendig, um die zum Verstehen führenden Begriffe selber aufzufinden. Haben wir sie erfaßt, erleben wir uns darin in einem hellwachen Bewußtsein.

Aus den Medien nehmen wir, vermittelt durch Worte, hörend oder lesend Gedanken in uns auf, die andere gedacht haben, die also nicht unsere eigenen Gedanken und Erkenntnisse sind. Diese von außen hereinkommenden Begriffe sind aber, obwohl sie ihrer inneren Natur nach Begriffe sind, für uns Wahrnehmungen. Das bedeutet, wir müssen sie, wie andere Wahrnehmungen auch, erst mit unserem eigenen Denken begrifflich durchdringen, um sie zu verstehen.

Dessen ist man sich im allgemeinen nicht bewußt. Denn bei akustischen, optischen, Geschmacks- oder Geruchs-Wahrnehmungen z.B., erleben wir unmittelbar, daß sie der gedanklichen Durchdringung bedürfen. Gedanken dagegen haben, weil sie eben Begriffe sind, bereits den Anschein begrifflichen Verständnisses, obwohl sie noch nicht wirklich verstanden sein können. Das sind sie erst, wenn wir sie "hinterfragt", also den Zusammenhang ihrer Entstehung denkend nachvollzogen haben, aus dem sie als Ergebnis hervorgegangen sind.

Der Verständnisanschein, den die wahrgenommenen Begriffe an sich tragen, verführt dazu, sich mit ihrer Aufnahme zu begnügen und nicht weiter über sie nachzudenken. Man nimmt sie wahr und glaubt sie zu verstehen. Doch das ist eine Illusion. Damit sind wir prinzipiell in der gleichen Lage wie bei den anderen Wahrnehmungen, bei denen wir auf das Nachdenken verzichten würden: Wir befinden uns ihnen gegenüber in einer Art träumendem, herabgedämpften Bewußtsein. Denn diese Begriffe sind uns in Wirklichkeit dunkel; wir haben sie und die Realität, auf die sie sich beziehen sollen, nicht mit dem Licht unseres eigenen Denkens durchdrungen.

Die Bereitschaft, diese Gedanken als eigene zu übernehmen, wird noch durch die weitverbreitete Obrigkeits- und Autoritätshörigkeit verstärkt. Vor dem, was ein Regierungsmitglied, ein professoraler Wissenschaftler oder promovierter Arzt sagt, steht das eigene Denken der meisten Menschen immer noch ehrfürchtig still.

Damit ist das von den Medien erzeugte Gruppenbewußtsein der meisten Menschen gekennzeichnet, das die öffentliche Meinung ausmacht. Ihr Bewußtsein wird von außen mit vorgefertigten Begriffen gespeist, die sie wie eigene in ihren Begriffsschatz aufnehmen, ohne sie aber selbst gedanklich durchleuchtet zu haben. Danach bilden sich dann ihre Einstellungen. Und es hat den Anschein, und sie leben auch in dem Glauben, daß sie selbst es seien, die aus Überzeugung denken und handeln. In Wahrheit werden sie aber durch die aufgenommenen Begriffe und Vorstellungen irgendwelcher Autoritäten gelenkt. Sie sind nicht Herr ihres eigenen herabgedämpften Bewußtseins.

Und sie handeln im Grunde nicht selbst. Ihr Wille geht Wege, die von ihrem eigenen Denken und damit von ihrem eigenen Ich nicht gedeckt und verantwortet sind. Denn dieses ist stillgelegt, nicht aktiv, ausgeschaltet. Sie handeln gedankenverloren wie lebendige Automaten auf

ein von außen in sie hineingesendetes Signal. Die Individualität des Menschen gibt sich gewissermaßen insoweit auf und wird zum Bestandteil einer lenkbaren Masse.

Verstärkende Wirkung durch Lügen

Nun kommt aber noch etwas ganz Wichtiges hinzu, was die Menschen innerhalb des Gruppenbewußtseins der öffentlichen Meinung zusätzlich tief beeinflusst: die systematische, von autoritativer Seite immer erneut wiederholte Lüge. Diese hat als Mittel der öffentlichen Meinungsbildung ein Ausmaß erreicht, wie es in der Geschichte der Menschheit wohl noch nie der Fall gewesen ist.

Vor den staatlichen, kirchlichen, wissenschaftlichen Autoritäten steht bei den überwiegend noch immer autoritätsgläubigen Menschen das eigene Denken von vorneherein in "Hab-Acht-Stellung". Gehen von ihnen aber noch permanent Lügen aus, werden die Menschen in eine noch größere Illusion geführt als die gewöhnlichen Einseitigkeiten, die partiell ja noch wahr sein können.

Der Arzt Dr. Thomas Külken wies in einer Rede auf verblüffende Erkenntnisse der Psychologie hin.

"Die moderne Psychologie hat Experimente gemacht, gut geprüfte Experimente, welche zeigen, mit wie erschreckend einfachen Mitteln man unser Bewußtsein unselbständig machen kann und wehrlos gegenüber Lügen und Täuschungen. - Am Anfang eines solchen Experiments stellt der Versuchsleiter den Teilnehmern eine Behauptung vor, die unwahr ist - und er erklärt ihnen, warum sie falsch ist.

Dann aber wird im weiteren Verlauf diese unwahre Behauptung ständig positiv wiederholt. Und es stellt sich heraus: je öfter die Unwahrheit wiederholt wird, um so mehr gewinnt sie bei den Teilnehmern an Glaubwürdigkeit. Und das noch Unglaublichere ist, daß das auch dann funktioniert, wenn die Versuchspersonen vorher über den Trick aufgeklärt werden."

In seinem Buch "Psychologie der Massen" schreibt Gustav Le Bon:

"Die reine, einfache Behauptung ohne Begründung und jeden Beweis ist ein sicheres Mittel, um der Massenseele eine Idee einzuflößen. Je bestimmter eine Behauptung, je freier sie von Beweisen und Belegen ist, desto mehr Ehrfurcht erweckt sie. ... Napoleon sagte, es gäbe nur eine einzige ernsthafte Redefigur: die Wiederholung."

Dadurch entsteht nicht nur der Glaube an eine Lüge. Die ständig von offizieller Seite gebetsmühlenartig und wie selbstverständlich wiederholten Lügen in der Öffentlichkeit verstärken noch in besonderer Weise die Herabdämpfung des Bewußtseins zu einem dumpfen Kollektiv-Bewußtsein. Der Mensch wird wie von einer Art magischer Wirkung der Lüge ergriffen, in seinem eigenen Denken gelähmt und in einen noch tieferen Traumzustand gegenüber der Wirklichkeit versetzt.

Zur Natur des Traumes gehört es, daß die Traum-Bilder keine Realität abbilden und wir selber keinen Einfluß auf sie ausüben können.

Sie sind in vieler Beziehung unwahr, wir halten sie aber im Traumzustand für wahr, denn es fehlt uns hier die Möglichkeit zwischen Wahrheit und Unwahrheit zu unterscheiden, das Geträumte auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen.

Wenn nun den Menschen das gewöhnliche Bewußtsein zu einem passiven Gemeinschafts-Bewußtsein herabgedämpft wird, in dem sie von oben geführt werden, sind sie dauerhaft autoritativ erzählten Vorstellungs-Bildern ausgesetzt, auf die sie selber keinen Einfluß ausüben und bei denen sie nicht zwischen Wahrheit und Unwahrheit unterscheiden können.

Sie sind nicht in der Lage, die durch systematische Propaganda autoritativ eingeflößten Lügen anzuzweifeln; sie können sie absolut nicht hinterfragen, egal, welche Lüge ihnen auf diese Weise eingepflicht wird. Sie werden unzugänglich für jeden Zweifel - und wehrlos gegenüber allen weiteren Lügen.

Demgegenüber gibt es nur die einzige Möglichkeit, aktiv und kraftvoll das eigene Denken in

Gang zu setzen und dadurch aus dem kollektiven Traum in das individuelle kritische Bewußtsein hinein zu erwachen.

Demokratie wird zur Farce

Die propagandistische Verfälschung der Wirklichkeit, der Wahrheit, hat noch eine tiefere Dimension, auf die Hannah Arendt bereits in einem Essay Ende der 1960er-Jahre hingewiesen hat. Sie schreibt da: "Wenn die modernen Lügen sich nicht mit Einzelheiten zufrieden geben, sondern den Gesamtzusammenhang, in dem die Tatsachen erscheinen, umlügen und so einen neuen Wirklichkeitszusammenhang bieten, was hindert eigentlich diese erlogene Wirklichkeit daran, zu einem vollgültigen Ersatz der Tatsachenwahrheit zu werden? ..."

Lügen über Einzelheiten lassen sich leicht aufdecken. Wenn aber der große Gesamtzusammenhang erlogen ist, sind die Menschen in einer Gefangenschaft, aus der sie durch die Korrektur einzelner Tatsachenlügen nicht befreit werden können. Der irrealer Gesamtzusammenhang bildet den großen Berichterstattungsrahmen der Medien, und alle tatsächlichen oder vermeintlichen Fakten, die in diesen Rahmen passen, werden dem Publikum übermittelt, alle entgegenstehenden Fakten werden entweder ignoriert oder diskreditiert. So bildet gegenwärtig die Mär von einem Killervirus, der Ursache einer alle bedrohenden pandemischen Infektionskrankheit sei, einen solchen Gesamtrahmen.

Ein wichtiges Mittel der Herrschenden und ihrer Medien, das Bewußtsein der Menschen durch einen unwahren Gesamtzusammenhang in die Irre zu führen, ist die Geschichtsfälschung, die vor allem aus einseitiger, verzerrter oder erfundener Darstellung besteht, in der andere wesentliche Aspekte verschwiegen werden. Sie versetzt die Menschen in eine illusorische Vergangenheit und auch Gegenwart.

Denn da sich alles Leben in der Zeit entwickelt und das Gegenwärtige an das Vergangene anschließt, können wir nur im Verfolgen der aus der Vergangenheit kommenden Entwicklungslinie Aufschluß darüber gewinnen, wie der Weg sinnvollerweise in die Zukunft weiterführt. Das Leben in der Unwahrheit kann auf Dauer nur zu weiteren Katastrophen führen.

Die offizielle Geschichtsschreibung der beiden Weltkriege, wie sie auch von Politik und Medien verbreitet wird, bietet ein reiches Anschauungsmaterial und ist auf diesem Blog in zahlreichen Artikeln thematisiert worden (vgl. Inhaltsverzeichnis - Westlicher Imperialismus).

George Orwell, der vor 70 Jahren mit nur 47 Jahren starb, machte in seinem 1949 geschriebenen Buch '1984' deutlich, daß das Löschen, Verzerren, Verwerfen und Entwerten von Geschichte und historischer Erfahrung eine zentrale Dimension der "Gedankenkontrolle" darstellt. Und er formulierte eindringlich: "Wer die Vergangenheit beherrscht, beherrscht die Zukunft, wer die Gegenwart beherrscht, beherrscht die Vergangenheit."

Orwell malte die propagandistischen Techniken der Täuschung, durch die wir desinformiert, belogen, mit Halbwahrheiten abgespeist oder durch die Unterdrückung von Nachrichten im Unklaren gelassen werden. Aldous Huxleys brachte bereits in seinem 1932 erschienenen Buch "Brave New World" den anderen Aspekt, daß wir durch propagandistische Techniken zerstreut, vom Wesentlichen abgelenkt, mit Belanglosigkeiten überflutet, mit Pseudoproblemen beschäftigt, mit Unterhaltungs-Angeboten aller Art bei Laune gehalten werden. Beide Aspekte ergänzen sich und sind heute tägliche Realität geworden.

Der verstellte und erlogene Gesamtzusammenhang hat tiefgehende Auswirkungen auf den Menschen. Er lebt ja in einer großen Illusion, in einer irrealen Welt und nicht in der Wirklichkeit. Die Wahrheit ist nicht ersetzbar. Das hat Folgen, die Hannah Arendt so beschreibt:

"Das Resultat ist keineswegs, daß die Lüge nun als wahr akzeptiert und die Wahrheit als Lüge diffamiert wird, sondern daß der menschliche Orientierungssinn im Bereich des Wirklichen, der ohne die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit nicht funktionieren kann, vernichtet wird. ... Konsequentes Lügen ist im wahrsten Sinne des Wortes bodenlos und stürzt Menschen ins Bodenlose, ohne je imstande zu sein, einen anderen Boden, auf dem Menschen

stehen könnten, zu errichten."

Die propagandistische Verfälschung der Wirklichkeit führt den Menschen in eine Welt der Täuschung. Die Lüge lebt davon, daß sie sich in das Kleid der Wahrheit hüllt und sich als diese ausgibt, d.h. die Substanz ihres Seins für sich in Anspruch nimmt. Der Mensch, der ihr verfällt, glaubt sich daher in der Wahrheit, und all sein Reden und Handeln fließt aus ihrer Gewißheit. Denn die Wahrheit ist das Lebenselement der menschlichen Seele, in dem sie nur dauerhaft leben kann und das ihr allein die Sicherheit des Seins verleiht. Ohne sie fällt sie ins Bodenlose.

Wenn ein breites Lügennetz zur Illusion eines ganzen Wirklichkeits-Zusammenhangs gewoben ist, geht dem menschlichen Orientierungssinn die Unterscheidung von Wahrheit und Unwahrheit abhanden, ohne die er nicht funktionieren kann. Der Mensch wird, wenn er nicht vollkommen unsensibel geworden ist, hier und da dumpf empfinden, daß etwas nicht stimmt, wird auch die eine oder andere Lüge vermuten, aber er hat in einem flächendeckenden Propagandafeld kaum die Möglichkeit, zu den gesamten Tatsachen der vollen Wirklichkeit vorzudringen.

Das aber bedeutet, daß die Bürger einer Demokratie nicht mehr urteilsfähig sind. Um die umfassende Information und Erkenntnis des Bürgers zu garantieren, sind im Grundgesetz die Grundrechte der Informations- und der Meinungsfreiheit verankert. Doch "Meinungsfreiheit", schrieb Hannah Arendt, "ist eine Farce, wenn die Informationen über die Tatsachen nicht garantiert sind." Dann kann sich der Mensch kein Urteil mehr bilden, das in der Wahrheit, in der Wirklichkeit gegründet ist. Nur darauf kann aber eine Gesellschaftsform freier, selbstbestimmter Menschen basieren. Die heutige totale Lügenpropaganda von Politik und Mainstream-Medien hat die Demokratie bereits von innen beseitigt.

Die demokratischen Organisationen und Abläufe wie Wahlen, Abstimmungen im Parlament etc. bleiben zur Täuschung als hohle Kulisse bestehen, aber alle Staatsgewalt geht in Wahrheit gar nicht mehr vom Volk als dem Souverän, sondern von den Herrschenden aus, die den Bürger urteilsunfähig machen, indem sie ihm die Urteilsgrundlagen der Wirklichkeitserkenntnis entziehen und ihm die "rechten" Urteile liefern.

Für sie kommt es gar nicht darauf an, die bestehenden demokratischen Organisationsformen zu beseitigen. Es genügt und ist viel effektiver und unbemerkbarer, das zentrale Agens der Demokratie, die Erkenntnismöglichkeit und Selbstbestimmung der Bürger aufzuheben, die den Organen der Demokratie zugrunde liegen und ihnen erst ihren Sinn und ihre Legitimation verleihen.

Die Bürger sind nicht mehr die Souveränen, die aus eigener Erkenntnis entscheiden, sondern Entmündigte, Marionetten, die nicht mehr eigene Erkenntnisse und Ziele über ihre Repräsentanten realisieren, sondern aus einer einsuggerierten Schein-Wirklichkeit die Absichten und den Willen der Herrschenden ausführen, indem sie immer wieder deren Vertreter, die vorgeben die Vertreter des Volkes zu sein, in die Machtpositionen einer sich ständig erneuernden Oligarchie "wählen". Die Herrschenden und ihre medialen Lautsprecher sind heute die größten Feinde der freiheitlichen demokratischen Ordnung.

Insbesondere der öffentlich-rechtliche Rundfunk ist der derzeit wirkmächtigste Feind der freiheitlichen demokratischen Grundordnung des Grundgesetzes und Förderer einer totalitären Oligarchie. Er gehört als Verfassungsfeind aufgelöst.

Und es ist geradezu ein Hohn, wenn sich die Altparteien als demokratische Parteien bezeichnen. In einem funktionierenden Rechtssystem wären sie als verfassungsfeindliche Vereinigungen längst verboten worden. Doch sie haben sich alle drei Staatsgewalten zur Beute gemacht. Damit sind die primären Ziele einer demokratischen Erneuerungsbewegung von unten bezeichnet.

Das Verhältnis zur Wahrheit

Aber die andere Seite ist, daß nicht nur viele Politiker, Wissenschaftler und Journalisten ein gebrochenes Verhältnis zur Wahrheit haben. Die große Masse könnte nicht so leicht der propagierten Lüge verfallen, wenn das natürliche Wahrheitsgefühl der Menschen noch intakt wäre, aus dem bei geringstem Zweifel das Bestreben aufsteigt, aufzuklären, wie es sich in Wirklichkeit verhält. Das Verantwortungsgefühl für die Wahrheit, für sie einzutreten, auch wenn es Nachteile bringen kann, ist in großem Maße geschwunden und in der Bequemlichkeit der dumpfen, materialistischen Lebensgewohnheit erstickt.

Das äußert sich schon darin, wie bedenkenlos aus Vorurteilen über andere gesprochen und geurteilt wird, ohne im Geringsten die Pflicht zu empfinden, es vorher auf seinen Wahrheitsgehalt zu überprüfen, so daß man nur dasjenige weitersagt, von dem man sich aus eigener Erkenntnis überzeugt hat, daß es wahr ist.

Wie wenig wird diese innere Verpflichtung der Wahrheit und der Integrität und Würde des anderen Menschen gegenüber heute empfunden! Jeder (mich eingeschlossen) muß sich da an die eigene Nase fassen und eine Aufmerksamkeit auf seine eigenen Gedanken entwickeln, so daß man ständig überprüft, von welcher Qualität das ist, was da in mir aufsteigt.

Eine kleine Anekdote um den großen griechischen Philosophen Sokrates möge das verdeutlichen, wobei es nicht darauf ankommt, ob sie wirklich authentisch überliefert ist; es kommt mir auf den Inhalt an.

Ein Mann rannte auf Sokrates zu. "Sokrates, Sokrates! Weißt Du, was ich gerade über einen Deiner Schüler gehört habe?" "Warte einen Moment", sagte der Philosoph. "Bevor Du mir davon erzählst, möchte ich, daß Du einen kleinen Test machst, den ich 'die drei Siebe' nenne." "Die drei Siebe?"

"Ja. Bevor Du aussprichst, was Du sagen willst, prüfe es.

Das erste Sieb ist die Wahrheit. Hast Du absolut sichergestellt, daß es wahr ist, was Du mir erzählen willst?"

"Äh, na ja, nein ... ich hab eigentlich nur davon gehört."

"Aha, Du weißt also nicht, ob es wahr ist oder nicht.

Laß uns zum zweiten Test kommen. Das Sieb der Güte. Ist, was Du mir über meinen Schüler erzählen willst, etwas Gutes?"

"Nein, im Gegenteil."

"Aha, Du willst mir also etwas Schlechtes über meinen Schüler erzählen, obwohl Du nicht weißt, ob es wahr ist."

Der Mann zuckte die Schultern. Er wirkte inzwischen etwas betreten.

Sokrates fuhr fort: "Vielleicht besteht das, was Du mir sagen willst, ja den dritten Test. Das Sieb der Notwendigkeit. Ist, was Du mir mitteilen möchtest, notwendig?"

"Also ... nein, nicht wirklich."

"Wenn es weder wahr ist, noch gut oder notwendig, warum solltest Du es mir dann überhaupt erzählen? So belaste Dich und mich nicht damit."

Der Mann verstummte, er schämte sich und ging fort. Er hatte verstanden.<<

Die politische Webseite "NachDenkSeiten" berichtete am 7. April 2022 (x1.135/...):

>>Ukrainekrieg: Deutsche Medienlandschaft endgültig im Rausch

Ein Artikel von *Tobias Riegel*

Deutsche und ukrainische Meinungsmacher aus Medien und Politik entfalten aktuell gemeinsam einen massiven Propaganda-Aufwand, der selbst die Corona-Kampagne übertrifft. Die willige Hingabe vieler Redakteure und Politiker an einen ideologischen Rauschzustand ist gefährlich. Selbst gestandene Medienkritiker - weit davon entfernt, naiv zu sein - müssen angesichts der aktuellen Wucht der Meinungsmache und der geballten Verantwortungslosigkeit in den Redaktionen eingestehen, geschockt zu sein. Ein Kommentar von Tobias Riegel.

Die Erfahrungen der Bürger mit weiten Teilen der deutschen Medien in den letzten Wochen sind erschütternd. Bereits die Steigerung der Meinungsmache während der Corona-Kampagne stellte vieles von dem in den Schatten, was die Bürger von "ihren" Redakteuren ohnehin auszuhalten hatten. Aber seit dem russischen Einmarsch in die Ukraine ist bei vielen deutschen Redakteuren und Politikern eine nochmalige Entfesselung zu beobachten. Die Corona- und die Kriegs-Aspekte kommen zu den bereits vorher bestehenden sozialen Verwerfungen hinzu.

Verrohung und Verantwortungslosigkeit

Die umfassende und mutmaßlich vorsätzliche Aufladung der deutschen Bevölkerung durch Teile von Medien und Politik mit antirussischer Feindschaft wird mit einer Haltung vollzogen, als gäbe es kein Morgen. Auch dadurch wird eine während der Corona-Kampagne eingenommene verantwortungslose Grundhaltung nun fortgeführt.

Ebenso kann die antirussische Kampagne nun mit ihren verrohenden Tendenzen auf die durch die Corona-Propaganda verstärkte sprachliche Verrohung aufbauen. Der Verweis auf drakonische neue Mediengesetze in Rußland und die Existenz russischer Kriegspropaganda ist bei dem Thema berechtigt, entlastet aber nicht die Journalisten hierzulande. (*)

Die aktuell praktizierte Verantwortungslosigkeit in vielen Redaktionen hat wahrscheinlich gravierende und langfristige Folgen. Albrecht Müller hat gerade die wichtige Warnung davor ausgesprochen, "weiter in den Rausch der Konfrontation zu verfallen", die aktuelle Meinungsmache werde "die Einstellung zum Verhältnis zu Rußland für lange Zeit prägen, wahrscheinlich für eine ganze Generation".

Zu diesen gesellschaftlichen Gefahren kommen die militärischen. Hinzu kommt die Sinnlosigkeit der Wirtschaftssanktionen: Während die deutschen Sanktionen mutmaßlich keinen Einfluß auf das Leid ukrainischer Bürger haben, können sie potentiell schwere soziale Verwerfungen in Deutschland auslösen.

Butscha als fragwürdige Steilvorlage

Die politischen und medialen Reaktionen auf die noch ungeklärten Vorgänge von Butscha müssen als unseriös und verfrüht betrachtet werden. Der Wissensstand hat sich seit dem Artikel der NDS-Redaktion zum Thema nicht entscheidend geändert, darum werden wir weiterhin keine Einschätzung der Vorgänge vornehmen. Daran ändern meiner Meinung nach auch die vorgelegten, aber wenig aussagekräftigen Satellitenbilder noch nichts. Und auch (vorerst) nicht die Intervention des deutschen Geheimdienstes beim Thema, denn auch dem BND ist in diesem Fall nicht ohne Skepsis zu bezeugen.

Und darum bleibt unser Plädoyer für eine große Zurückhaltung bezüglich Butscha vorerst bestehen: Weil die Vorgänge in Butscha noch nicht geklärt sind, ist jede Propaganda und jede Politik, die auf den noch nicht bewiesenen Schuldzuweisungen gegen Rußland aufgebaut wird, unseriös. Dazu gehören auch Artikel, die Butscha jetzt schon zum "Wendepunkt" stilisieren. Ebenso ist aber die Behauptung einer Entlastung Rußlands im Fall Butscha als unseriös zurückzuweisen.

Von Skepsis gegenüber den ukrainischen Behauptungen fehlt in vielen deutschen Medien oft jede Spur. Es gibt bestimmt positive Ausnahmen, auch in den großen Medien. In der Gesamtwirkung, die auf die Bürger einprasselt, fallen solche Ausreißer aber kaum ins Gewicht. Ich habe zudem keine wirklich konsequent kritische Ausnahme in den großen deutschen "Leitmedien" entdecken können, etwa zum Thema Butscha. Vielleicht ist unseren Lesern etwas aufgefallen?

"Sexualisierte Gewalt gehört zur Tradition der russischen Armee"

Das Problem ist darum ein eher allgemeines: Würde man nun einzelne skandalöse Beiträge aus den letzten Wochen in diesem Text analysieren, so entstünde der falsche Eindruck, diese Beispiele würden negativ herausragen, das ist nicht der Fall: Die Meinungsmache ist großflächig und unentrinnbar. Dennoch folgen hier zur Einstimmung ein paar willkürlich ausgewähl-

te Zitate.

Besonders abzulehnen ist eine Tendenz, nicht mehr nur den russischen Präsidenten Wladimir Putin zu dämonisieren, sondern indirekt eine Art dunkle "russische Seele" oder gewalttätige Traditionen Rußlands zu suggerieren. So behaupten "Experten" in der "Welt":

"Sexualisierte Gewalt gehört zur Tradition der russischen Armee. Berichte über offenbar systematische Vergewaltigungen ukrainischer Frauen und Kinder durch russische Soldaten häufen sich. Experten sehen darin ein Mittel, das Widerstand brechen und Truppen 'belohnen' soll."

Für Sasha Lobo ist die russische Schuld in Butscha bereits "offenbar". Und im "Spiegel" möchte er diese Schuld der russischen Regierung dann auf eine "Mehrheit" der Russen ausdehnen:

"Daß russische Truppen offenbar derart monströs handeln, enthüllt wohl das Ziel des russischen Überfalls: die Vernichtung der Ukraine. ... Butscha und die propagandistische Reaktion bedeuteten, daß es sich nicht mehr (nur) um einen Angriffskrieg handelt, sondern um einen Vernichtungskrieg. ... Ich halte es gerade aus deutscher Sicht für essentiell, die russische Bevölkerung nicht samt und sonders aus ihrer Verantwortung raus zu entschuldigen, jedenfalls den Putin stützenden Teil. ... Es geht hier nicht um eine Generalverurteilung aller Russinnen und Russen - aber um die Verantwortung der Mehrheit."

"Putins hemmungslose Gewalt"

Es gäbe zahllose weitere Artikel, die scharfe Kritik verdient hätten. Nach meinem Empfinden handeln manche Redakteure noch unverantwortlicher als manche Teile der Politik, die auf mich manchmal einen getriebenen Eindruck machen. Aber hier sollen die verantwortlichen Politiker keineswegs über Gebühr in Schutz genommen werden: Vor allem die grünen Mitglieder der Bundesregierung erzeugen den Eindruck einer radikalen und zielgerichteten Verantwortungslosigkeit.

Außenministerin Annalena Baerbock erklärte angesichts der "unerträglichen Bilder" aus Butscha laut Medien bereits vor einigen Tagen vorverurteilend: "Putins hemmungslose Gewalt löscht unschuldige Familien aus und kennt keine Grenzen." Als Konsequenz kündigte sie weitere Sanktionen gegen Moskau und zusätzliche "Unterstützung für die Ukraine bei ihrer Verteidigung" an. Im Duktus des Feindmodus gefällt sich Verteidigungsministerin Christine Lambrecht, die laut Medien sagte: Es gehe aus militärischer Sicht darum, daß Rußland im Unklaren über die Menge und Typen der gelieferten Waffen bleibe und sich nicht darauf einstellen könne:

"Denn der Feind hört nämlich mit", so Lambrecht.

Deutsche und ukrainische Meinungsmache

Zu dem verantwortungslosen Teil der deutschen Medien und Politik kommt seit Wochen die anmaßende ukrainische Meinungsmache hinzu, die etwa der ukrainische Botschafter verbreitet. Zu Andrij Melnyk haben sich die NachDenkSeiten etwa hier oder hier oder hier geäußert. Ausnahmen in dem niederschmetternden Gesamtbild der deutschen Medienlandschaft bilden beim Thema Ukrainekrieg einige Alternativmedien, die "Junge Welt" oder (zum Teil) "Berliner Zeitung" und "Freitag". RT wurde bekanntlich verboten und ist zunehmend schwer zu erreichen.

Das bevorzugte Mittel der aktuellen Propaganda ist (vor der direkten Falschbehauptung) die Verkürzung oder das Verschweigen. Daß man den Krieg Rußlands gegen die Ukraine ohne die Vorgeschichte des Kriegs nicht beurteilen kann, wird in diesem Artikel beschrieben.

Sie haben uns damals "Weißhelme", Bellingcat, die "Syrische Stelle für Menschenrechte" oder "Bana aus Aleppo" als glaubhaft verkauft.

Zu den aktuellen Verfehlungen kommt folgender Aspekt aus der Vergangenheit: Die Medien haben bereits bei ähnlichen Vorkommnissen ihren Ruf verspielt. Wer den Bürgern jahrelang

vorgaukelt, daß die "Weißhelme", Bellingcat, die "Syrische Stelle für Menschenrechte" oder "Bana aus Aleppo" glaubhafte Quellen sind, um russische Kriegsverbrechen (in Syrien) zu belegen, denen ist vorerst nicht mehr zu glauben.

Bekannt ist auch, daß die ukrainische Regierung in westlichen Medien nur selten Objekt genauerer Untersuchungen wird, selbst wenn sich Indizien stapeln. So wird die Ukraine etwa bei den Fällen MH17, Maidan-Massaker oder Donbas-Krieg von westlicher Seite erheblich weniger mit Anschuldigungen behelligt, wenn diese überhaupt erhoben werden.

Auch bei den aktuellen Hinweisen auf mutmaßliche ukrainische Kriegsverbrechen reagierte etwa die "Tagesschau" vor einigen Tagen viel zurückhaltender als nun bei Butscha. In dem Fall war das aber richtig: Auch die Videos der ukrainischen Greuel müssen natürlich erst geprüft werden, bevor man mit ihnen Politik und Propaganda gegen Kiew macht. Der Skandal ergibt sich aus der gleichzeitigen und radikalen Ungleichbehandlung der Vorgänge.

Der Triumph der Heuchelei

Unter anderem die "Tagesschau" nutzte aber wenigstens teils die korrekte Einschränkung "mutmaßlich", wenn es um die Vorfälle in Butscha ging. Diese Konzessionen an die eigene Berufsethik ging unter anderem dem Journalisten Filipp Piatov schon zu weit, wie er auf Twitter kundtat. Und die durch ihre "Berichterstattung" vom Maidan restlos diskreditierte Golineh Atai fordert offen die Ungleichbehandlung von Gesprächspartnern, je nach politischer (oder gar geographischer?) Herkunft - schließlich soll der geforderte Nachsatz ja mutmaßlich nur bei Russen angehängt werden:

"Wie oft in den vergangenen acht Jahren haben wir immer wieder davor gewarnt, Kreml-Behauptungen (sprich: LÜGEN) einfach nur wiederzugeben, ohne den Nachsatz: "Das entspricht nicht den bekannten Fakten." Wie oft? Ich kann echt nicht mehr. Ich hab's aufgegeben."

Der hier aufblitzende Aspekt der Heuchelei (etwa angesichts der völlig anders wahrgenommenen US-Verbrechen) durchzieht die Ukraine-Propaganda wie ein roter Faden. Auf den Punkt gebracht wurde er kürzlich in dem Artikel "Das Völkerrecht ist ein bedeutungsloses Konzept, wenn es nur für US-Gegner gilt".

Summiert man die in diesem Artikel beschriebenen Vorgänge, so kann man Teile des deutschen Medienbetriebs aktuell nur als unseriösen Zirkus wahrnehmen, der sich einem ideologischen Rausch hingibt und sich vollends von den Regeln des eigenen Berufes verabschiedet hat.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 7. Juli 2022: >>**Bücherverbrennung 2.0: Mediengigant gegen Elsässer**

Von Jürgen Elsässer

Sind das die letzten Tage für Jürgen Elsässers Autobiographie "Ich bin Deutscher - Warum ein Linker zum Patrioten wurde"? Ein Mediengigant fordert per Abmahnung, den Verkauf des Buches zu unterlassen und die Restauflage "zum Zwecke der Vernichtung" herauszugeben. Meinem Verleger wird mit einer "Haftstrafe bis zu drei Jahren" gedroht. Wer noch ein Exemplar ergattern will, bevor vielleicht schon nächste Woche der Justizhammer zuschlägt, muß sich unbedingt beeilen.

Schreck in der Morgenstunde. Mein Verleger unterrichtete mich heute früh, daß ein Schreiben mit einer Abmahnung eingetroffen ist, das sich gegen meine Autobiographie "Ich bin Deutscher - Warum ein Linker zum Patrioten wurde" richtet. Dieses Buch erschien im Kleinverlag dtw-buch, hat aber innerhalb kürzester Zeit - es ist seit Anfang Mai erhältlich - schon einige Wirkung und super Absatz erzielt.

Unter anderem meldete sich Armin Pfahl-Traughber, der alte Haudegen des Inlands-Geheimdienstes, Anfang Juni mit einer Rezension in der Antifapostille Endstation Rechts mit den üblichen Injurien zu Wort. Irgend jemand im Regime muß parallel nach Wegen gesucht ha-

ben, wie man mein Buch vom Markt schlagen kann. Nicht daß sich noch mehr Menschen "vom Linken zum Patrioten" entwickeln ...

David gegen Goliath

Die aktuelle Abmahnung gegen meinen Verleger wird betrieben von einem Giganten, der Anwaltskanzlei Dentons Europe LLP, Teil eines weltumspannenden Netzwerkes. Auf Wikipedia liest man dazu: "Dentons ist nach der Zahl der Anwälte die weltweit größte international tätige Wirtschaftskanzlei. Mit mehr als 10.000 Berufsträgern ist sie an über 175 Standorten in 79 Ländern vertreten und berät in allen Fragen des Wirtschaftsrechts. In Europa ist Dentons in 17 Ländern mit insgesamt 28 Standorten vertreten; in Deutschland in Berlin, Frankfurt, München und in Düsseldorf.

Daneben verfügt die Kanzlei über Büros in Afrika, Asien, Australien sowie Nord-, Mittel- und Südamerika." Die Anwälte handeln im Auftrag eines anderen Giganten, nämlich der "dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG", in ihrer Darstellung "einer der größten unabhängigen Publikumsverlage im deutschsprachigen Raum": "Unsere Mandantin bringt rund 70 Prozent aller Neuerscheinungen als Erstveröffentlichung heraus", und "ist regelmäßig auf den Spitzenplätzen der Bestsellerlisten vertreten".

Elsässers Biographie

Warum treten zwei Goliaths gegen David, meinen kleinen Verleger, an? Warum drohen ihm die Anwälte sogar - das ist der erste Hammer - "mit einer Freiheitsstrafe von bis zu drei Jahren"? Vordergründig geht es darum, daß der Konzern "dtv Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG" sein Markenrecht durch die Firma "dtw-buch GmbH" verletzt sieht, man befürchtet eine "Verwechslungsgefahr". Das ist skurril genug - und offensichtlich konstruiert. Im Zweifelsfall könnte das Problem, wie bei ähnlichen Rechtsstreitigkeiten anderer Verlage, durch Retuschen und Schwärzungen leicht aus der Welt geschafft werden.

Bücherverbrennung 2.0

Daß es in Wahrheit nicht um "Markenrecht" und "Verwechslungsgefahr", sondern knallhart darum geht, eine oppositionelle Position, einen oppositionellen Verlag und einen oppositionellen Autor vom Markt zu vertreiben, mundtot zu machen und zu ruinieren, zeigt eine Passage aus der von meinem Verleger geforderten Unterlassungserklärung:

"Die Schuldner, jeder einzeln, sind verpflichtet, noch vorhandene Waren ... zurückzurufen und an die von der Gläubigerin beauftragten Rechtsanwälte Dentons Europe LLP, Turn- und Taxis-Platz 6, 60313 Frankfurt am Main, zum Zwecke der Vernichtung herauszugeben. ... Ein Entschädigungsanspruch besteht nicht."

Das ist die moderne Form der Bücherverbrennung. Nicht mehr uniformierte SA, sondern Anwälte in Nadelstreifen vernichten die Bücher unliebsamer Autoren. Der Totalitarismus ist der gleiche!

Die Frist zur Abgabe der Unterlassungserklärung läuft diesen Freitag (8. Juli) ab. ich bin mit meinem Verleger übereingekommen, daß wir uns dieser totalitären Selbstverstümmelung NICHT unterwerfen werden.

In der Folge müssen wir damit rechnen, daß schon zu Wochenanfang von der Gegenseite eine einstweilige Verfügung beantragt wird, mit der der Vertrieb meiner Autobiographie verboten und die Restexemplare vernichtet werden sollen. Rein juristisch gesehen ist der Antrag der Gegenseite lächerlich und chancenlos. Doch in der BRD wird schon lange nicht mehr rein juristisch geurteilt, sondern politisch - es geht darum, die freie Meinungsäußerung abzuschaffen und Opposition mundtot zu machen, vor allem COMPACT, Elsässer und nun eben auch den kleinen dtw-buch-Verlag.

Im schlimmsten Fall könnte das Urteil zur Vernichtung meiner Autobiographie schon am kommenden Dienstag (12. Juli) ergehen. ...

Unsere Anwälte sind in der Spur, eine Schutzschrift ist bestellt - aber ob wir damit im augenblicklichen BRD-Meinungsklima etwas erreichen, ist verdammt unsicher.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 8. September 2022:

>>**Freiheit für Oliver Janich! Hier ist sein letzter Artikel**

Von Jürgen Elsässer

Seit 17. August ist Oliver Janich in Haft auf den Philippinen - festgenommen nach einem Ermittlungsverfahren der Staatsanwaltschaft München, die ihm "Haßverbrechen" im Internet vorwirft, also Gedankenverbrechen in der Orwell-Diktion. Er kann nicht kommunizieren, alle Nachrichten über seine Situation stammen aus seinem Umfeld. Demnach wird er korrekt behandelt, aber er sitzt in einer Massenzelle mit einigen Schwerverbrechern ...

Sein Schicksal ist ungewiß. Das Interesse in Deutschland an diesem Journalisten hat dramatisch abgenommen. DAS WOLLEN WIR NICHT ZULASSEN. Es kann nicht angehen, daß wir zuschauen (vielmehr: wegschauen!), wie einer der wichtigsten deutschen Dissidenten, seit vielen Jahren ein unerschrockener Kämpfer für die Wahrheit, in einem feuchten Loch in den Tropen verschimmelt.

COMPACT kämpft für die Freilassung von Oliver Janich. Hier zur Erinnerung der letzte Artikel, den er in Freiheit geschrieben hat, und zwar für die aktuelle Septemбераusgabe von COMPACT-Magazin. Der Text macht deutlich, mit welchen Leuten sich Janich immer wieder kritisch angelegt hat - und warum ihn der Tiefe Staat so sehr haßt. Oliver, wir bleiben dran!

Auf den Spuren von Pedo-Peter (aus: COMPACT-Magazin 9/2022)

_ von Oliver Janich

Anfang August überfiel das FBI das Anwesen von Donald Trump in Florida. Der historisch einmalige Vorgang wird noch skandalöser, weil die US-Behörden die Familie des amtierenden US-Präsidenten schonen - obwohl es schwerwiegende Hinweise auf Straftaten gibt.

Hunter Biden mag sich. Er filmte sich bei jeder Gelegenheit. Der Sohn von US-Präsident Joe Biden scheint eine Art Video-Tagebuch über sein ganzes verko(r)kstes Leben geführt zu haben. Einer der Clips, die im Juli geleakt wurden, zeigt ihn - oder einen Kerl, der ihm verdammt ähnlich sieht - mit Fluppe im Mundwinkel, wie er mit einer Frau darüber streitet, wieviel Kokain sie gekauft haben. Die Kamera zeigt erst auf ihn und dann auf die Waage, auf der die Drogen liegen.

Das Filmchen ist Teil neuer Enthüllungen, die im Juli Furore machten. Unglaublich, aber wahr: Auf Twitter wird Hunter Biden teils sogar gefeiert für die Videos. Er sei eine "Legende", heißt es dort mehrfach. Das ist besonders interessant, weil man getrost davon ausgehen kann, daß es sich dabei um Linke handelt, die ansonsten einen Nervenzusammenbruch kriegen, wenn jemand das falsche Pronomen benutzt.

Das liegt aber auch daran, daß die wirklich brisanten Videos nicht auf Twitter laufen. Anonyme Nutzer des Message-Boards \$4chan\$ hatten behauptet, Hunter Bidens iCloud Konto gehackt zu haben. Das Board erlangte Berühmtheit, weil dort der angebliche Geheimnisträger Qanon seine ersten Posts verfaßte. Aber selbst den Betreibern von 4chan wurde die Sache zu heiß, und sie löschten die meisten Inhalte.

Grund: Es sollen auch Aufnahmen dabei sein, die Hunter Junior beim Sex mit Minderjährigen zeigen. Jeder, der solche Aufnahmen verbreitet oder herunterlädt, verstößt gegen die Gesetze zur Kinderpornographie. In der Tat wäre es Aufgabe der Justiz, solche Aufnahmen zu sichern und strafrechtlich zu verfolgen.

Neues zum Laptop aus der Hölle

Diese Nachsichtigkeit gegenüber den Bidens wäre nichts Neues: Wie wir heute wissen, ist das FBI bereits seit Dezember 2019 im Besitz von Hunter Bidens "Laptop aus der Hölle" (NTV), ohne daß irgendeine Anklage erhoben worden wäre. Auch die Schweizer "Weltwoche" bekam eine Kopie der Daten des Rechners.

Es sind "217 Gigabyte an Firmendokumenten, E-Mails und privaten Foto- und Filmaufnahmen, viele davon pornografischen Inhalts", so die "Weltwoche" am 26. April 2022. "Sie dokumentieren einen schwer drogenabhängigen Sohn des damaligen Vizepräsidenten, der auch dank der Macht und dem Einfluß seines Vaters millionenschwere Deals abschloß."

Auch der Hinweis der Russen, daß Hunter Biden in die Finanzierung von Biowaffenlabors in der Ukraine involviert ist, wird durch die Laptop-Auswertung erhärtet. Keine geringere als die "New York Post" schrieb im März, daß die entsprechenden Vorwürfe von US-Geheimdienstlern als Kriegspropaganda abgetan würden, räumt aber ein:

"Die neue Behauptung Rußlands, daß der Investmentfonds des ersten Sohnes an der Beschaffung von Geld für Biolaborprojekte in der Ukraine beteiligt war, ist jedoch korrekt. Dies geht aus E-Mails hervor, die Hunter Bidens Geschäfte in der Ukraine betreffen und die zuerst von der "Post" erhalten wurden ..."

Weiter heißt es: "Rosemont Seneca Technology Partners investierte 500.000 Dollar in das Erregerforschungsunternehmen Metabiota in San Francisco und sammelte weitere Millionen über Firmen wie Goldman Sachs ein. Dies geht aus den E-Mails hervor, die auf dem Computer gefunden wurden, der im April 2019 in einer Reparaturwerkstatt in Delaware aufgegeben wurde, als Joe Biden für das Präsidentenamt kandidierte. Metabiota stellte Hunter Mitarbeiter für ein ‚wissenschaftliches Projekt‘ mit Biolaboren in der Ukraine vor, von Burisma, dem ukrainischen Gasunternehmen, bei dem er Vorstandsmitglied war, wie aus den E-Mails hervorgeht." ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 10. September 2022:

>>Politische Verfolgung: Opposition in Handschellen

Von *Daniell Pföhringer*

Auf dem Papier herrschen in Deutschland Demokratie und Meinungsfreiheit. Gerade am Umgang mit Dissidenten kann man jedoch ablesen, daß dies in der Realität oft ganz anders aussieht. In unserer neuen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" zeigen wir, wie Oppositionelle unter fadenscheinigen Gründen vom BRD-Regime verfolgt und zur Strecke gebracht werden sollen.

Wieder ein politisches Urteil: Am vergangenen Mittwoch ist der bekannte Islam-Kritiker Michael Stürzenberger vom Amtsgericht Hamburg zu einer Haftstrafe von sechs Monaten ohne Bewährung verdonnert worden. Das Urteil bezieht sich auf eine Kundgebung der Bürgerbewegung Pax Europa am 8. Oktober 2020 in Hamburg. Stürzenberger kritisierte damals in einer Rede den politischen Islam und seine Gräueltaten.

Obwohl der 57-Jährige in seiner Ansprache klar zwischen brutalen islamistischen Gewalttättern und friedlichen Muslimen differenzierte, sahen die Hamburger Richter den Tatbestand der Volksverhetzung nach § 130 StGB erfüllt - eine Art Gummiparagraph, der ausschließlich "gegen Rechts" Anwendung findet und deswegen laut dem früheren Vorsitzenden Richter am Landgericht Hamburg, Günter Bertram, sogar als verfassungswidrig bezeichnet werden kann. Das Urteil gegen Stürzenberger ist in erster Instanz gefällt worden, der Islam-Kritiker wird Berufung einlegen.

Querdenker hinter Gittern

Der Fall Stürzenberger ist nur das jüngste Beispiel einer gewaltigen Repressionswelle, die derzeit über Oppositionelle und Meinungsdissidenten hereinbricht. In unserer druckfrischen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" haben wir die wichtigsten und erschreckendsten Fälle dokumentiert - und zeigen, wie politisch Andersdenkende in der angeblich so demokratischen und freiheitlichen Bundesrepublik kriminalisiert, aus der Öffentlichkeit verbannt oder ins Gefängnis gesteckt werden.

Ein weiterer Fall, den wir in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachzeichnen: Ende Juni 2022 wurde Michael Ballweg, der Gründer von Querdenken-711 und Organisator der

großen Berliner Corona-Demos vom August 2020, inhaftiert. Wohnung und Geschäftsräume des IT-Unternehmers wurden durchsucht, Arbeitsmittel, Vermögenswerte und sogar das Auto beschlagnahmt.

Zuvor war sein Versuch, ein neues Konto zu eröffnen, bei Dutzenden von Banken fehlgeschlagen. Ballweg hatte Anfang Juli vor, seine Weggefährten im ganzen Bundesgebiet aufsuchen, um mit ihnen das weitere Vorgehen zu koordinieren. Dank des Verfassungsschutzes, der Querdenken-711, die Keimzelle der Bewegung, seit 2021 beobachtet, muß das Regime Wind davon bekommen haben. Also schlug es zu, zog den Stuttgarter unter einem Vorwand aus dem Verkehr.

Investigativ-Journalist in Haft

Ein weiteres Beispiel, ebenfalls in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachzulesen: Oliver Janich. Der Investigativjournalist, der für Focus Money und andere große Publikationen arbeitete, wanderte schon vor Jahren auf die Philippinen aus, baute sich dort mit seiner Lebensgefährtin eine neue Existenz auf, betrieb unablässig Aufklärungsarbeit, zuletzt hauptsächlich über Telegram, denn seine anderen Social-Media-Kanäle wurden gelöscht oder permanent zensiert.

Doch auch das Exil schützte den bekannten Truther am Ende nicht. Philippinische Behörden exekutierten im August 2020 einen deutschen Haftbefehl, nach dem Janich verschiedene Vergehen vorgeworfen werden - unter anderem eine nachweislich satirisch gemeinte Aussage. Auch hier muß man davon ausgehen, daß dies lediglich ein Vorwand ist, um eine reichweitenstarke und innerhalb der Opposition einflußreiche Stimme mundtot zu machen.

Die Liste verfolgter Dissidenten läßt sich beliebig fortsetzen: Das reicht von kritischen Medizinern wie Sucharit Bhakdi, Bodo Schiffmann oder Stefan Hockertz über mißliebige Journalisten, Verlage und Medienunternehmen wie Ken Jebsen oder COMPACT, politische Organisationen wie die Identitäre Bewegung bis zu Künstlern wie Michael Wendler, Lisa Eckhardt, Nena oder Uwe Steimle. Letztere bekommen oftmals (noch) nicht die volle Knute des Systems zu spüren, sondern werden mit subtileren Methoden (Stichwort: Cancel Culture) aus der Öffentlichkeit verbannt. Im Resultat nimmt sich das kaum etwas. Mit welchen miesen Tricks dabei gearbeitet wird, können Sie in COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" nachlesen.

Ausweitung der Kampfzone

Die Repressionen werden weiter zunehmen: Mit dem Vorwurf der "Delegitimierung des Staates" hat das Regime die Kampfzone erheblich erweitert. Die Folgen könnte bald jeder zu spüren bekommen, der gegen die Herrschenden auch nur ein bißchen aufmuckt.

"Delegitimierung des Staates" - das atmet den Ungeist des berüchtigten Boykotthetze-Paragrafen der DDR-Verfassung von 1949: "Boykotthetze gegen demokratische Einrichtungen und Organisationen, Mordhetze gegen demokratische Politiker, Bekundung von Glaubens-, Rassen-, Völkerhaß, militärischer Propaganda sowie Kriegshetze ... sind Verbrechen im Sinne des Strafgesetzbuches." Der heuchlerische Nachsatz: "Die Ausübung demokratischer Rechte im Sinne der Verfassung ist keine Boykotthetze."

Wer Demokrat war und wer nicht, und wo die Grenze zwischen angeblicher "Haßrede" (so die heutige Bezeichnung) und legitimer Meinungsäußerung verlief, entschied das SED-Regime - so wie heute das BRD-Regime. In beiden Fällen nannten oder nennen sie sich die Herrschenden Demokraten, während Kritiker kurzerhand zu Antidemokraten erklärt werden.

In unserer druckfrischen Spezial-Ausgabe "Politische Verfolgung - Ausgelöscht. Weggesperrt. Totgeschwiegen" geben wir den drangsalierten, gecancelten und inhaftierten Oppositionellen eine Stimme und zeigen auf, unter welchen Vorwänden und mit welchen Methoden alternative Journalisten, Protestler, Wissenschaftler, politische Aktivisten und Künstler in der Bundesrepublik mundtot gemacht und aus dem Verkehr gezogen werden.

COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" ist ein flammendes Plädoyer für die Meinungs-

freiheit - und eine scharfe Anklageschrift gegen die Schergen des Regimes und ihre politischen Hintermänner.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 10. September 2022 (x1.245/...):

>>**Politische Massenpropaganda**

Gustave Le Bon schuf mit seiner Forschung über Massenpsychologie die Grundlage für die Propaganda-Werkzeuge, mit welchen das offizielle 9/11-Narrativ verbreitet wurde.

Von *Michael Günther*

Gustave Le Bon, der als einer der Begründer der Massenpsychologie gilt, war überzeugt: "Die Masse denkt in Bildern!" Politische Massenpropaganda leistet hier Erstaunliches. Wir erinnern uns alle noch an "Nine Eleven" und an die unglaubliche Verschwörungstheorie der Bush-Regierung, die den Ablauf des New Yorker Massenmordes am 11. September 2001 erklären sollte.

Eine recht phantasievolle Darstellung der erschütternden Geschehnisse wurde damals in endlosen Wiederholungsschleifen der höchst beunruhigten Weltöffentlichkeit präsentiert; eine umfassende Verschwörungstheorie, die von Washington und New York ausgehend über die westlich bestimmten Massenmedien mittels eines unaufhörlichen Bildersturms in die Köpfe der Weltbevölkerung förmlich eingehämmert wurde.

Nach diesem Bildersturm und der Wiederholung des immer gleichen Narrativs glaubte zumindest die westliche Welt an eine unerhörte, absolut unglaubliche Geschichte: Eine kleine, allenfalls 20-köpfige Horde fanatischer Araber habe sich dazu verschworen, das hochgerüstete 260-Millionen-Volk der Vereinigten Staaten von Amerika zu überfallen, so hieß es allen Ernstes aus Washington.

Die amerikanische Regierung lieferte damals zu dieser permanent wiederholten Behauptung eine weitere Erklärung, die ebenfalls bei näherer Sichtung ziemlich verwunderlich erschien: Ein Dutzend islamistischer Fanatiker hätten im Auftrag des Chefs des "Weltterrorismus", Osama bin Laden, und seiner bis dato nahezu unbekannt, global operierenden Terrororganisation Al-Qaida fast zeitgleich drei Verkehrsflugzeuge gekapert.

Diese seien, nach Absolvierung dreier fehlerfreier Kontinentalflüge, im Sekundentakt ins Pentagon und in die New Yorker Twin Towers gestürzt worden, welche daraufhin beide fachgerecht in sich zusammenbrachen, als handele es sich um einen höchst unrealistischen Hollywood-Katastrophenfilm der 80er-Jahre.

Die wirklich einmalige organisatorische, technische und fliegerische Meisterleistung des einzelnen arabischen "Terrorteams" wurde in den Medien kaum gewürdigt oder allein damit erklärt, daß einer der Täter - von dem man a priori annahm, er sei an dem 9/11-Massenmord beteiligt gewesen - zuvor in den USA einen dreistündigen Flugkurs in einem Cessna-Kleinflugzeug absolviert hatte.

Kleine Ursache, große Wirkung!

Im Nachhinein schob die amerikanische Regierung dann auch noch die Information nach, eine vierte Verkehrsmaschine sei ebenfalls am 11. September von einem islamistischen Terrorteam gekapert worden, höchstwahrscheinlich um sie ebenfalls in das World Trade Center, dessen Kernstück die Twin Towers sind, zu stürzen; diese Maschine sei aber glücklicherweise durch den tollkühnen Widerstand eines Piloten bereits unterwegs zum Absturz gebracht worden.

Das mächtige World Trade Center, einstmals höchstes Gebäude der Welt, stürzte dann allerdings trotzdem ein, möglicherweise weil es mit dem mutigen Widerstand des Flugpiloten und seiner Passagiere nicht gerechnet hatte.

Drei Flugstunden, drei Meisterflüge; zwei Flugzeugeinschläge, drei perfekte Gebäudeeinstürze, auf die jeder Sprengmeister stolz hätte sein können. Und die British Broadcast Company (BBC) hatte sogar in weiser Voraussicht der Geschehnisse den Einsturz des dritten Gebäudes, des WTC 7, gemeldet, 30 Minuten bevor der Einsturz dann tatsächlich erfolgte.

Wunder über Wunder!

Die Regierungsversion der Erklärung jener Vorkommnisse um Nine Eleven wurde gelegentlich als hanebüchener Unsinn bezeichnet. Insbesondere wurde angezweifelt, daß eine global operierende Welt-Terrororganisation namens Al-Qaida hinter den Anschlägen gesteckt hatte, zumal wenig dafür sprach, daß diese Organisation überhaupt ein selbstständiges Dasein fristete.

In der Tat ist die Regierungserklärung George Bushs und anderer Repräsentanten der US-Eliten zu Nine Eleven widersprüchlich, lückenhaft und dubios. Sprengstoffexperten, Flugkapitäne, Architekten, auch Angehörige der Opfer wurden hellhörig; Kriminologen und Kriminalisten wunderten sich, wie sparsam die US-Regierung mit der Herausgabe belastbarer Fakten umging.

Nichtsdestotrotz hat sich diese Erklärung der Bush-Regierung durchgesetzt und hielt zur Rechtfertigung eines "Global War on Terror" (deutsch: globaler Krieg gegen den Terror) her, der vor der Weltöffentlichkeit stets mit dem 9/11-Massenmord begründet wurde.

Kriegerische Angriffe auf insgesamt zwölf Staaten und Staatsgebiete der Welt wurden durch Nine Eleven legitimiert, ebenso der US-Drohnenkrieg gegen den Weltterrorismus, der global geführt wurde, ohne Rücksicht auf nationale Grenzen oder völkerrechtliche Bestimmungen zu nehmen.

Die Amerikaner schienen nach Nine Eleven jeden Begriff von Verhältnismäßigkeit verloren zu haben - aber die Weltöffentlichkeit schwieg sich darüber aus. Man bedenke: In all den Jahren vor und nach dem Ereignis vom 11. September und sogar im Jahr 2001 selbst waren weit mehr amerikanische Bürger beim Umgang mit ihren eigenen Schußwaffen gestorben als infolge terroristischer Angriffe der islamischen Welt.

Was kann Massenpropaganda leisten?

Gustave Le Bon, der französische Massenpsychologe und Revolutionsforscher des ausgehenden 19. Jahrhunderts, hatte sich anlässlich seiner Analyse von Kriegsereignissen und Revolutionssituationen dieser Fragestellung gewidmet. Denn Propaganda ist nichts anderes als organisierte, zielorientierte massenpsychologische Überzeugungsarbeit. Antwort gab er in seinem Buch "Psychologie der Massen".

Le Bons zentrale These ist: Emotionalisiert man die Menschen, die propagandistisch manipuliert werden sollen, in extremer Weise, glauben sie nahezu alles, was nimbusbefrachtete Autoritäten ihnen vorgeben; vor allem das Vernunftwidrige erscheint ihnen dann glaubwürdig.

Die Wirkung der mediengestützten Propagandamaschinerien auf das Unbewußte ist enorm: Je größer die Lüge, die politische Manipulatoren ihren emotionalisierten Adressaten auftischen, desto wahrscheinlicher findet sie auch Glauben im Geist des Kollektivs und stiftet dort unbewußt eine gewisse soziale Einheit.

Die Grundgedanken der Adressaten von großen Propagandalügen könnte man so formulieren: Etwas so Verrücktes kann man einfach nicht frei erfinden! Was alle glauben, kann nicht ganz falsch sein! Was die Autoritäten uns sagen, muß doch wohl stimmen! Nie würde ein Staat es wagen, in so großem Maßstab die Völker der Welt zu täuschen und zu belügen!

Unter den Opfern solcher massenpsychologischen Suggestionen entwickelt sich Gustave Le Bon zufolge so etwas wie eine Katastrophensolidarität, die durchaus als angenehm und hilfreich empfunden wird. Denn angesichts von psychischem Terror und allgemeiner Verunsicherung ist die unbewußte Sehnsucht nach Geborgenheit unter Gleichgesinnten besonders ausgeprägt.

Eine Menge vernünftiger, miteinander konkurrierender Individuen verwandelt sich auf diese Weise in einen reflexhaft reagierenden Schwarm, in eine "schafsdumme", dafür aber solidarisch empfindende Masse. Die Manipulierten, einig in den ihnen suggerierten Grundideen und Gefühlen, entwickeln aufgrund dieser Übereinstimmung so etwas wie eine "Gemeinschafts-

seele" (Gustave Le Bon).

Die Suggestibilität der Masse

Im Falle von Nine Eleven würde der geistreiche Franzose wohl auch darauf hinweisen, daß eine massenhafte Emotionalisierung der Bevölkerung tatsächlich durch den erheblichen Einsatz manipulativer Massenmedien erzielt worden sei. Die erste Reaktion der westlichen Welt auf den angeblichen Angriff der islamistischen Terroristen auf die USA war in der Tat ein "großer Schrecken".

Die Emotionalisierung der Massen war durch Nine Eleven zweifelsohne gegeben; denn es herrschte kollektive Angst, verbunden mit omnipräsenten düsteren Ahnungen. Dies zunächst im Hinblick auf die erstaunliche Potenz, Organisiertheit, Präzision und Handlungskraft der Täter, dann aber mehr und mehr in Bezug auf die Konsequenzen, weil sich sehr bald die Frage stellte, wen wohl die "heilige Rache" der noch viel potenteren Vereinigten Staaten von Amerika treffen würde?

Da niemand den "berechtigten Zorn" der waffenstarrenden Weltmacht USA auf sich lenken wollte, beeilte man sich also, nolens volens Bekundungen bedingungsloser Solidarität gen Washington zu richten und zu glauben, was man eben ganz offensichtlich zu glauben hatte.

Das Unbewußte wurde zum handlungsbestimmenden Element: Statt erst einmal kritisch zu hinterfragen, ob es sich hier wirklich um einen kriegerischen Anschlag auf die Vereinigten Staaten von Amerika gehandelt hatte, der etwa die Auslösung des NATO-Bündnisfalles zur Folge haben mußte, parierte man, gehorchte dem Willen der Weltmacht USA, indem man amerikanischen Suggestionen von Gut und Böse Glauben schenkte. Glauben und Gehorchen war gewissermaßen dasselbe, denn beides wurde zur Pflicht.

Die Ausschaltung des kritischen Denkens

Die Eigenart der gleichartig denkenden, fühlenden und handelnden "psychologischen Masse" schließt Gustave Le Bon zufolge das kritische Denken aus. Dies bei Ungebildeten und Gebildeten gleichermaßen; die massenhafte Emotionalisierung und Massenintegration ist ein Gleichmacher wie der Rausch - deshalb sprach der Revolutionsforscher Le Bon auch vom "Rausch der Masse".

Die Mittel, aus einer Menge intelligenzbegabter getrennter Individuen eine unkritische, verbundene, geistig inferiore Masse herzustellen, sind ihm zufolge in bestimmten extraordinären politischen Situationen wie Krieg, Aufruhr und Revolution im Prinzip sehr einfach: "Behauptung, Wiederholung, Übertragung".

Dies war im Falle von Nine Eleven präzise der Überzeugungsmechanismus, den die Massenmedien und ihre prestigebefrachteten Sprachrohre bedienten, um die emotionalisierte Bevölkerung auf Kurs zu bringen und jede Kritik auszuschalten. Das Denken, Hinterfragen und Reflektieren wurde durch den suggestiven Mechanismus von Behauptung, Wiederholung und Übertragung ausgeschaltet. Die gleichförmige, unkritische, millionenfache Wiederholung des ewig Gleichen, begleitet von einem Wochen und Monate dauernden, scheinbar sinnlosen, nie abreißen, überaus stereotypen Bildersturm, schuf geistige Tatsachen, nahezu unumstößliche Vorstellungen der Massen.

"Nie wieder wird die Welt so sein wie zuvor!"

Wer dieses neue Credo der Unvernunft nicht beflissen nachplapperte und bei jeder Gelegenheit zum Besten gab, wurde gewissermaßen zum Ausgestoßenen der Gesellschaft erklärt. Der kollektive Druck war in jenen Zeiten enorm, die Angst, allein gegen die Supermacht und ihre Verbündeten zu stehen und ausgegrenzt oder vernichtet zu werden, war omnipräsent.

Viele, die diese Vorgänge damals beobachteten und unwillkürlich Teil von ihnen wurden, werden sich gewiß noch an das extreme, fast fiebrig zu nennende kollektive Unbehagen erinnern, das damals, unmittelbar nach den Ereignissen von Nine Eleven, auch die bundesdeutsche Gesellschaft beherrschte.

Vielleicht erinnert man sich auch an Beispiele der "massenhaften Verminderung der Intelligenz" (Gustave Le Bon), verbunden mit der Ausschaltung des kritischen Denkvermögens, wie etwa bei der außerordentlichen Sitzung des Deutschen Bundestages vom 12. September 2001 anlässlich des New Yorker Massenmordes am Tage zuvor:

Die politische Elite der Bundesrepublik Deutschland war plötzlich wie ausgeschaltet, es herrschte nackte Angst. Jeder normale Kindergeburtstag wies mehr Intelligenz, Charakter und kritisches Denkvermögen auf als diese kopflose Veranstaltung "unserer" Abgeordneten und Regierungsvertreter, die allesamt wie die Papageien genau die gleichen sinnlosen Phrasen von sich gaben.

Man traute sich seinerzeit einfach nicht mehr, frei nachzudenken und seine Gedanken offen zu äußern. Und fiel damit, mit Immanuel Kant gesprochen, weit hinter die Aufklärung zurück, in düstere Zeiten des Mittelalters nämlich, weil man den Mut verloren hatte, sich seiner eigenen Gedanken zu bedienen.

So wurde auch das Unglaubliche, Abstruse, Widersprüchliche als Wahrheit interpretiert und zum unhinterfragbaren Glaubensartikel der westlichen Welt erklärt. Obwohl einfaches logisches Denken unter Berücksichtigung der Faktenlage dies niemals erlaubt haben würde.

Die suggestible Masse als Spielball der großen Politik

Was war denn bei Nine Eleven wirklich geschehen - oder auch nicht geschehen? Ein "Existential Threat" (deutsch: existentielle Bedrohung) war damals für die USA gewiß nicht gegeben, ebenso wenig ein nationaler Notstand. Allenfalls zwanzig Araber hatten versucht, die USA zu attackieren, wenn dies überhaupt zutreffend sein sollte.

Die Regierung der Vereinigten Staaten wie auch das Wirtschaftssystem waren absolut unbeschadet geblieben, die Kommunikationsnetzwerke funktionierten weiterhin hervorragend, Verwaltungsorganisationen ziviler und militärischer Art arbeiteten in gewohnter Form weiter, die Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen erfuhr ebenfalls keinerlei Einbrüche - die Gesellschaft ertrug den nationalen Schicksalsschlag, ohne auch nur im Entferntesten in allgemeines Chaos zu versinken.

Die damalige US-Regierung hingegen hatte nicht etwa die Bevölkerung beruhigt, wie es in solchen Fällen angebracht und katastrophensoziologisch geboten gewesen wäre. Sondern sie hatte in einem fort eskaliert, die Massenemotionen aufgerührt und sie dann einfach nicht mehr zum Stillstand kommen lassen. Dann hatte sie den nationalen Notstand und den NATO-Bündnisfall ausgerufen, fast so, als hätte gerade ein Angriff der gesamten klingonischen Weltraumflotte auf die Vereinigten Staaten von Amerika stattgefunden.

Dies war, aus heutiger Sicht betrachtet, geradezu absurd, da das Ereignis bereits geschehen war und keinerlei Indizien dafür sprachen, daß es sich in naher Zukunft wiederholen würde oder auch nur in fernster Zukunft wiederholen könnte.

Auch die Unterstellung der Faktizität eines überaus gefährlichen, weltweit operierenden, anti-amerikanischen Terrornetzwerkes namens Al-Qaida, in dessen Auftrag die vier Terrorteams gehandelt haben sollen, änderte nichts an diesem Grundwiderspruch, zumal es keinerlei Evidenz für solch eine Behauptung gab. Aber Fakten interessieren in solchen historischen Momenten niemanden, denn das Credo heißt nun: "Wer nicht für uns ist, ist gegen uns!" (George Bush).

Dies bedeutete auf suggestiver Ebene zugleich:

Wer uns nicht glaubt, ist gegen uns! Wer zweifelt, ist gegen uns! Wer gegen uns ist, wird vernichtet!

Die suggestive Botschaft, die im Unterton der US-Repräsentanten deutlich zu vernehmen war, hieß nach Nine Eleven: "Die USA wurden angegriffen! Damit haben sie das Recht erworben, den Angriff auf jeden zu durchzuführen, der ihnen in irgendeiner Weise verdächtig erscheint, daran teilgehabt zu haben oder mit diesem Angriff zu sympathisieren."

Die Verschwörungstheorie von Nine Eleven wurde so lange wiederholt, bis sie im kollektiven Geist der westlichen Welt absoluten Glauben fand. Der kritische Verstand der Adressaten war im Moment der "Übertragung" (Gustave le Bon) dieser quasi unhintergehbaren Erklärung einfach ausgeschaltet. Die Botschaft der USA an die Welt wurde so gesehen in den "tiefsten Seelengrunde der Massen eingepflanzt", um es mit den Worten des genialen Franzosen Le Bon zu auszudrücken.

Die Übertragung solch einer Botschaft hat dann stattgefunden, wenn der Empfänger seinerseits die Botschaft reproduziert und sie überzeugend als neuer Absender an andere Empfänger weitergibt.

Alle, die mit der Botschaft konform gehen, gehören nun zur Gemeinschaft der Gläubigen, sie zeigen eine besondere soziale Nähe auf, verhalten sich zueinander in gewisser Weise solidarisch. Alle, die nicht mit ihr konform gehen, werden mental ununterbrochen bearbeitet, bis sie konform gehen, oder sie werden aus der Gemeinschaft der Gläubigen ausgestoßen und demonstrativ feindselig behandelt, zuweilen vernichtet.

Wo erfolgreiche Massendemagogie stattgefunden hat, ist also kein Platz mehr für geistige Toleranz und individualistische Differenzierung: In schnelllebigen Zeiten von Krieg, Terror und Umsturz wird im Sinne einer primitiven Freund-Feind-Unterscheidung polarisiert. Und wehe dem, der dagegen opponiert!

Von Gustave Le Bon zu Gabriel Tarde

Hier ging es soeben um Gustave Le Bons Massenpsychologie, um die massenpsychologischen und sozialen Vorkommnisse im Zusammenhang der Rezeption von Nine Eleven, nicht um die Erklärung des New Yorker Massenmordes am 11. September 2001 selbst. Wozu auch Eulen nach Athen tragen?

In meinem nächsten Artikel wird es wieder um einen Franzosen gehen, um den Soziologen Gabriel Tarde (1843 bis 1904), der eine brillante Theorie prestigegestützter Nachahmungsprozesse geliefert hat, von der heute kaum noch irgend jemand etwas Genaueres weiß. Obwohl Tardes Theorie der Nachahmung praktisch sehr gut funktioniert - sie ist ein handhabbares Werkzeug zur Analyse und Deutung unserer derzeitigen wahnwitzigen Wirklichkeit -, wird sie kaum benutzt.

Ich werde dann mit Gabriel Tardes Theorie unter anderem einen Erklärungsversuch dafür liefern, wie es möglich war, daß eine ursprünglich pazifistische, antifaschistische deutsche Anti-AKW-Partei - Die Grünen - plötzlich Beifall klatschte, als eine faschistische ukrainische Militärjunta das größte Atomkraftwerk Europas, das Saporischschja-Kernkraftwerk, im Südosten der Ukraine am Dnipro gelegen, unter Artilleriebeschuß nahm und damit ein zweites Tschernobyl riskierte.

Ich schließe mit der pazifistischen Einsicht des russischen Freiheitskämpfers und Anarchisten Pjotr Alexejewitsch Kropotkin:

"Die Friedensliebe der Völker ist so groß, daß kein Staat der Welt es bisher wagte, einen offenen Angriffskrieg gegen einen anderen Staat zu führen. Die Herrschenden haben bislang noch jeden Angriffskrieg als Verteidigungskrieg erscheinen lassen".

Michael Günther, Jahrgang 1966, ist promovierter Soziologe und Politologe. Neben langjähriger Berufserfahrung als Lehrbeauftragter und Dozent sowohl mit dem Schwerpunkt Lehre als auch Forschung, war er zuletzt als freiberuflicher wissenschaftlicher Publizist tätig.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 21. September 2022:

>>Janichs Anwalt fordert: Haftbefehl aufheben!

Von S. Hofer

Vor einem Monat wurde der Investigativ-Journalist Oliver Janich überfallartig und brutal verhaftet. Jetzt hat sein Rechtsanwalt eine Haftbeschwerde eingelegt. Darin beweist er: die Anklage ist unhaltbar.

Ballweg, Janich, Bhakdi und kein Ende. Im COMPACT-Spezial Politische Verfolgung zeigen wir, wie das Regime Oppositionelle kriminalisiert, wegsperret, totschweigt und cancelt. Unsere große Anklageschrift gegen das Regime!

Die Endstation globalistischer Cancel-Culture ist das Gefängnis: Oppositionelle, darunter die führenden Köpfe des Widerstands, die durch sozialen Tod (Rufmord, Jobverlust) nicht erpreßbar sind, landen unter fadenscheinigsten Gründen im Knast. Wie konstruiert die Vorwände dabei sind, demonstriert der Anwalt des Investigativ-Vloggers Oliver Janich in seiner Haftbeschwerde.

Kurze Rückblende: Am 17. August wurde Janich in seiner Wohnung auf der Insel Tablas (Philippinen) von einem Polizeitrupp brutal überfallen und verhaftet. Seitdem sitzt er in Abschiebehaft. Grund für die Quälerei: Deutsche Behörden ermitteln gegen den kritischen Journalisten wegen zwei Äußerungen, die er auf seinem Telegram-Kanal getätigt hatte: angebliche Beleidigung eines Linksaktivisten und Aufforderung zu einer Straftat.

Am Dienstag publizierte Janichs Rechtsanwalt eine Nachricht auf Twitter:

In Roschers Haftbeschwerde, die Oliver Flesch jetzt veröffentlicht hat, referiert der Anwalt beide Vorwürfe im Detail - um sie anschließend zu widerlegen. Urteilen Sie selbst. COMPACT-Online gibt das Schreiben unten ungekürzt wieder. Wir laden aber nicht nur Janichs Freunde und Anhänger zur Lektüre. Auch Gegner des Vloggers sollten überlegen, ob sie eine solche Korruption des Rechtsstaates hinnehmen wollen, nur um eine "lästige Stimme" loszuwerden:

Die Haftbeschwerde

Rechtsanwalt Markus Roscher fordert in seiner Haftbeschwerde:

Den Haftbefehl des Amtsgerichts München vom 22. April 2022 aufzuheben oder ihn unter Auflagen außer Vollzug zu setzen.

Begründung: Die Staatsanwaltschaft legt dem Beschuldigten laut Haftbefehl folgendes zur Last:

1) Beleidigung: In einer Audionachricht soll der Beschuldigte Herrn Josef Holnburger mittels einer Telegram-Audionachricht als "Spast" bezeichnet haben.

2) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten: Der Beschuldigte habe bei Telegram eine Nachricht gepostet mit dem Inhalt "Hängt Biden. Hängt Soros. Hängt sie alle, verdammt nochmal."

3) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten: Wiederum auf Telegram habe der Beschuldigte folgenden Text gepostet: "+++ Eilmeldung: Ein Gutachten, das für das Bundesinnenministerium erstellt wurde, kommt zu dem Schluß, daß es nicht nur zulässig, sondern in der aktuellen Situation sogar geboten sei, sämtliche Regierungsmitglieder im Bund und in den Ländern standrechtlich hinzurichten. Die Gutachter begründen dies mit der 'Schutzpflicht' des Staates für seine Bürger. +++"

Im Haftbefehl wird zu Punkt 2) und 3) festgestellt: Der Beschuldigte tat dies, um dritte Personen dahingehend zu motivieren, eine Exekution des Präsidenten Biden, des amerikanischen Investors Soros sowie der aktuellen Regierungsmitglieder von Bund und Ländern in der Bundesrepublik durchzuführen.

Mangels dringenden Tatverdachts ist der Haftbefehl aufzuheben.

Zu 1) Beleidigung als "Spast"

Bei dem angeblichen Geschädigten Josef Holnburger handelt es sich um einen linken Szene-Aktivist (Referent des DGB-Bundesvorstandes), der vor allem auf Twitter durch polemische Beiträge auffällt, in denen er ganze Gruppen von Menschen (die er als Verschwörungstheoretiker und rechte Hetzer bezeichnet) beleidigt und verleumdet.

Der Ausdruck "Spast" für Herrn Holnburger war eine direkte Reaktion auf die konstanten und wiederholten Verleumdungen, die er auch gegenüber Herrn Janich ausgestoßen hatte und die

allesamt als Beleidigung einzustufen waren. Da diese Beleidigungen sozusagen der ganz normale Umgangston dieses stark linksorientierten Aktivisten darstellten, ging es naturgemäß bei der Auseinandersetzung mit Herrn Holnburger auch nicht sonderlich freundlich zu.

Herr Holnburger unterstellte dem Beschuldigten permanent eine Nähe zu Rechtsextremisten, obwohl mein Mandant zahlreiche Bücher zum Libertarismus geschrieben - und sogar eine libertäre Partei gegründet hatte. Herr Janich lehnt rechte und linke Politik ab, erst recht deren Extreme.

Herr Holnburger unterstellt aber Herrn Janich darüber hinaus, antisemitische Verschwörungstheorien zu verbreiten und von einer jüdischen Weltverschwörung zu reden, ohne diese Vorwürfe mit einem einzigen Zitat zu belegen. Dies ist für Herrn Janich um so ärgerlicher, als er gleichzeitig von echten Rechtsextremen permanent dafür angefeindet wird, sich wiederholt gegen Rassismus und Antisemitismus gewandt zu haben.

In seinem Buch "New World Order exposed" schreibt mein Mandant beispielsweise: "Die Ehe zwischen Juden und Deutschen wurde im Himmel geschlossen und in der Hölle geschieden. Es wird Zeit für eine echte Versöhnung."

Der angeblich geschädigte Herr Holnburger wußte bei seinen Beleidigungen gegenüber Herrn Janich genau, daß es in Deutschland keinen schlimmeren Vorwurf als "Antisemit" oder "rechtsextrem" gibt, so daß er mit einer heftigen Gegenreaktion rechnen mußte.

Die verleumderischen Beleidigungen gegen ihn konnte der Beschuldigte nicht auf sich sitzen lassen und hat sich nachvollziehbarerweise verbal pointiert gewehrt. Hierbei hat er sich einer eher als flapsig einzustufenden Jugendsprache bedient, in dem er den Begriff "Spast" verwandte. Insbesondere unter Berücksichtigung des bei Twitter inzwischen (gerichtsbekannten) allgemein in der politischen Auseinandersetzung verwendeten barschen Tons (den Herr Holnburger unter seinem allseits einzusehenden Account @holnburger selber verwendet) dürfte ein Beleidigungstatbestand (rechtswidriger Angriff) nicht erfüllt sein.

Hieraus, unter Berücksichtigung dieses Kontextes, eine (einseitige) Beleidigung zu konstruieren, dürfte weder angemessen, noch vom Schutzbereich des § 185 StGB umfaßt sein.

Sollte Herr Holnburger nunmehr diesbezüglich empfindlich geworden sein und sich neuerdings auch selbst einer freundlicheren Sprache, ohne Verleumdungen und Beleidigungen, bemächtigen, nimmt der Beschuldigte dies zur Kenntnis und entschuldigt sich hiermit für die Verwendung des Begriffs als "Spast".

Zu 2) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (Biden, Soros, "alle")

Die betreffende Äußerung stammt nicht von meinem Mandanten. Auf Herrn Janichs Kanal haben mehrere Redakteure in der ganzen Welt Zugriff. Auch auf seinen Rechner im Ressort könnten dritte Personen Zugriff genommen haben. Trotz eigener Recherche läßt sich nicht mehr ermitteln, welcher Redakteur diesen - auch aus Sicht von Herrn Janich geschmacklosen - Post versendet hat.

Herr Janich hat im Übrigen daher unverzüglich nach Kenntnisnahme des Posts veranlaßt, daß dieser gelöscht wurde. Die betreffende Äußerung kann somit höchstens 20 Minuten online gewesen sein. Herr Janich hat sich also definitiv nicht mit dem Inhalt dieses Posts identifiziert, was bereits auch deshalb erkennbar ist, weil andere Posts, die ihm hier vorgeworfen wurden, nicht entfernt wurden.

Im Übrigen sanktioniert § 111 Abs. 1 StGB nur die Aufforderung zu Taten, die im Inland begangen werden sollen, was bei Präsident Biden und Soros, die beide bekanntlich nicht in Deutschland leben oder sich dort nur selten aufhalten, nicht der Fall sein. Schon tatbestandlich kommt daher hier § 111 StGB nicht in Betracht.

Zu 3) Öffentliche Aufforderung zu Straftaten (Regierungsmitglieder hinrichten)

Bei dem dritten Vorwurf hat mein Mandant in satirisch-übersteigerter Weise auf eine Eilmeldung des Focus reagiert, in dem er dessen Wortwahl nutzte, um auf die großen - aus seiner

Sicht lebensbedrohenden - Konsequenzen von (Pflicht)-Impfungen hinzuweisen.

In der Focus-Meldung hieß es wie folgt:

"Die juristischen Gutachter werten eine allgemeine Impfpflicht nicht nur als zulässig - sie sei in der aktuellen Situation sogar geboten. Zwar seien mit ihm Eingriffe in Freiheitsgrundrechte verbunden ... Dieses beinhalte eine Schutzpflicht des Staates für seine Bürger."

Es handelt sich somit um die satirische "Verballhornung" des betreffenden Focus-Artikels durch meinen Mandanten, als er die durch Gutachten gerechtfertigten Impf-Maßnahmen gleichsetzte mit "Todesurteilen", die ebenfalls durch Gutachten als gut befunden werden könnten.

Die Meinungsfreiheit nach Art. 5 des Grundgesetzes umfaßt eine derartige (drastisch überzogene) Einschätzung. Es ist schon fast boshaft von der Staatsanwaltschaft, die als direkte Reaktion auf die Focus-Meldung erkennbare Äußerung meines Mandanten, als ernstgemeinte Aufforderung an Dritte zu verstehen, Exekutionen durchzuführen, und dies derart aus dem Kontext zu reißen, um einen entsprechenden Vorwurf zu konstruieren.

Auf Telegram kann man auf eigene Posts antworten. Es war also eindeutig ersichtlich, daß sich Herr Janich auf den Focus-Artikel bezog. Es war erkennbar, daß mein Mandant die Tatsache, daß es ein Expertengutachten gab, noch lange nicht als Indiz dafür ansehen wollte, daß hier dadurch Unrecht zu Recht wird.

Mithin handelt es sich bei der Äußerung von Herrn Janich denklogisch auch um eine Kritik, sowohl an Expertengutachten, als auch an standrechtlichen Erschießungen. Der Post sagt also das exakte Gegenteil dessen, was ihm unterstellt wird.

Die drei Vorwürfe gegen meinen Mandanten sind daher zum Teil lächerlich (Beleidigung eines Szene-Journalisten, als Reaktion auf Beleidigungen durch einen Journalisten) oder aber "an den Haaren herbeigezogen". Die Vorwürfe zwei und drei behandeln Zitate die entweder gar nicht von Herrn Janich stammen oder aber aus dem Kontext gerissen wurden.

Der Haftbefehl ist daher aufzuheben.

2. Ein Haftgrund im Sinne des § 112 StPO liegt nicht vor.

Der Haftbefehl vom 22. April 2022 dürfte auch schon deswegen rechtswidrig sein, da zu keinem Zeitpunkt eine Fluchtgefahr (§ 112 Abs. 2 StPO), auf die sich der Haftbefehl stützt, bestanden hat.

Insbesondere besteht und bestand deshalb keine Fluchtgefahr, da mein Mandant zu keinem Zeitpunkt flüchtig war und auch keinen Anlaß hatte wegen des hiesigen Vorwurfs "unterzutauchen". Er ist in den Philippinen ordentlich gemeldet und er ist dort familiär gebunden. Herr Janich lebt mit seiner Verlobten, die inzwischen auch ein Kind von ihm erwartet, in seinem oben erwähnten Ressort zusammen. Er möchte die Geburt des gemeinsamen Kindes in Freiheit erleben.

Es wäre für die Staatsanwaltschaft und den Ermittlungsbehörden jederzeit ein leichtes gewesen, Herrn Janich in den Philippinen zu erreichen. Da die Ermittlungsbehörden über die Telegram-Kanäle des Beschuldigten auch ihre Informationen zu den Vorwürfen bezogen, hätten sie eigentlich genau wissen müssen, daß wirklich jedermann, der dort aktiv ist, genau wußte, wo sich das Ressort von Herrn Janich auf den Philippinen befand.

Als Staatsanwaltschaft so zu tun, als ob mein Mandant untergetaucht sei oder sich der Strafverfolgung entziehen wollte, ist daher grob fahrlässig und auch eines Rechtsstaates nicht würdig, wenn hier Vorwände geschaffen werden, um die rechtswidrige Festsetzung eines kritischen Staatsbürgers zu erwirken.

In diesem Zusammenhang wird auf folgenden, meines Erachtens skandalösen, Umstand hingewiesen, mit dem hier die Verhaftung meines Mandanten durch philippinische Behörden erschlichen wurde: Wie oben bereits ausführlich erklärt, lagen die formellen Voraussetzungen für den Erlass des Haftbefehls gegen meinen Mandanten (hier: Fluchtgefahr) niemals vor. Hin-

zukam, daß es mit den Philippinen kein Auslieferungsabkommen gibt.

Wie sich aus der Strafakte entnehmen ließ, bediente man sich daher eines konstruierten Paßvergehens (Benutzung des Passes, um sich der Strafverfolgung zu entziehen), um die philippinischen Behörden dazu zu bewegen, Herrn Janich in Abschiebehaft zu nehmen. Denn der deutsche Haftbefehl ist zunächst einmal (nur) ein Dokument, das aufgrund eines fehlenden Auslieferungsabkommen mit den Philippinen dort nur als Nullum betrachtet wird.

Auslieferungen werden erfahrungsgemäß von den Philippinen in seltenen Ausnahmefällen (Mordvorwurf z.B.) vorgenommen, niemals jedoch wegen Meinungsdelikten. Und natürlich war der Staatsanwaltschaft auch bewußt, daß die drei Vorwürfe gegen meinen Mandanten zum Teil lächerlich oder wie beschrieben zum Teil an den Haaren herbeigezogen sind. Es geht insoweit offenbar nur darum, Herrn Janich als Teil einer immer größer werden Opposition gegen massive Übergriffe des Staates Bundesrepublik Deutschland, festzusetzen.

Hierbei sollte die deutsche Botschaft in Manila mitwirken, denn aufgrund des fehlenden Auslieferungsabkommen sollte mit Hilfe des BKA und diverser Ansprechpartner auf den Philippinen "eine Abschiebungslösung" angestrebt werden, wie es sehr "treffend" in der E-Mail von Oberstaatsanwalt Felix Hofmeier (Leiter der Abteilung I des Staatsschutzes bei der Staatsanwaltschaft I) an den BKA-Mitarbeiter Gundlach heißt.

Die Staatsanwaltschaft bedient sich also des BKA, das in den Philippinen aktiv tätig ist(!), sowie der deutschen Botschaft in den Philippinen, um einen anderen souveränen Staat dazu zu bewegen, auch ohne Auslieferungsabkommen, einen deutschen Staatsbürger aus politischen Gründen mit Hilfe eines aus der hohlen Hand herbeigestümperten, offensichtlich rechtswidrigen Haftbefehls, aus dem Land nach Deutschland zurück zu entführen, um ihn dort einem politischen Schauprozeß auszusetzen.

Im Haftbefehl wurde bewußt falsch vorgetragen, daß sich der Beschuldigte in die Philippinen "abgesetzt" habe und sich dort "verborgen" hält. Er ist nicht unbekanntes Aufenthalts, weshalb der fehlerhafte und rechtswidrige Haftbefehl aufzuheben ist.

3. Die Anordnung ist auch unverhältnismäßig.

Der Strafvorwurf (Beleidigung bzw. eine als Aufforderung zu Straftaten undefiniertes "Meinungsdelikt") ist nicht so schwerwiegend, daß dies eine Haft begründet (Verhältnismäßigkeit im engeren Sinne) oder zu befürchten ist, daß sich Herr Janich einer Verfolgung entziehen würde.

4. Zum Hilfsantrag:

Der Haftbefehl kann gegen geeignete Auflagen und Weisungen gem. § 116 StPO außer Vollzug gesetzt werden. Der Beschuldigte ist bereit sich in den Philippinen wöchentlich polizeilich zu melden. Auch wäre es möglich, eine angemessene Sicherheit zu leisten.<<

Das deutsche Schiller-Institut schrieb am 22. September 2022 folgenden Offenen Brief an die Vereinten Nationen (x1.179/...): >>**Offener Brief an die Vereinten Nationen Nr. 2 des Schiller-Instituts und der Foundation to Battle Injustice**

Die Foundation to Battle Injustice hat sich mit einem Offenen Brief an die UNO gewandt, um die Myrotvorets-Liste zu schließen, die 4.000 internationale Journalisten und andere institutionelle Personen zur Ermordung (Liquidierung) vorsieht, und fordert eine strafrechtliche Untersuchung der Hintergründe dieser Operation. Viele dieser Journalisten stehen auf dieser Liste, weil ihre Berichterstattung nicht dem 'erlaubten offiziellen Narrativ' der NATO über die Lage in der Ukraine entsprach. Andere wiederum stehen auf dieser Liste, weil sie eine diplomatische Lösung fordern, bevor der Krieg unkontrollierbar eskaliert.

Wir erreichen diesen Punkt, an dem es kein Zurück mehr gibt, sehr schnell. Das jüngste Treffen der Ukraine Defense Contac's Group in Ramstein hat den Krieg in einen höheren Gang geschaltet, da die NATO-Mitgliedsstaaten immer ausgefeiltere Präzisionswaffen und Waffen mit größerer Reichweite in die Ukraine schicken, und es wird offensichtlich, daß dies bereits

ein Krieg zwischen der NATO und Rußland ist.

Der ukrainische Verteidigungsminister Valery Zaluzhnyi behauptet, Rußland stehe kurz davor, taktische Atomwaffen einzusetzen, und fordert, daß der Westen präventiv das 'gesamte ihm zur Verfügung stehende Arsenal an Mitteln gegen Rußland einsetzen müsse. Und der "Kiewer Sicherheitspakt" der ukrainischen Regierung fordert de facto eine NATO- und EU-Mitgliedschaft mit Schutz nach Artikel 5, was der stellvertretende Chef des russischen Sicherheitsrates Medwedew als 'Prolog zum Dritten Weltkrieg bezeichnet hat.

Der eigentliche Grund für die Kriegsgefahr und diese Eskalation liegt darin, daß das transatlantische neoliberale Finanzsystem auf eine hyperinflationäre Zusammenbruchskrise zusteuert, wie sie 1923 in Weimar-Deutschland auftrat, verursacht durch die jahrzehntelange monetaristische Politik der Profitmaximierung und des Liquiditätspumpens. Die Krise dieses Systems betrifft bereits die ganze Welt, besonders aber die Entwicklungsländer mit explodierenden Lebensmittel- und Energiepreisen.

Die einzige Möglichkeit, die Gefahr eines Dritten Weltkriegs, der die Auslöschung der gesamten menschlichen Spezies bedroht, zu beseitigen, besteht darin, das derzeitige hoffnungslos bankrotte System durch ein neues Kreditsystem, ein Neues Bretton Woods, zu ersetzen, das die Weltwirtschaft wieder in Gang bringt und vor allem billige, langfristige Kreditlinien für die reale wirtschaftliche Entwicklung des globalen Südens bereitstellt. Da sowohl die Kriegsgefahr als auch der drohende Zusammenbruch des Finanzsystems die ganze Welt betreffen, ist die UNGA der geeignete Ort, um die Schaffung einer Neuen Gerechten Weltwirtschaftsordnung in die Wege zu leiten und muß dafür jetzt aktiv werden.

"Wir appellieren an die Generalversammlung der Vereinten Nationen, eine offene und freie Debatte über die Notwendigkeit einer neuen internationalen Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur zu gewährleisten, die die Interessen jedes einzelnen Landes auf dem Planeten berücksichtigt, nicht nur für alle Journalisten und Einzelpersonen, die auf der Myrotvoretz-Liste stehen, sondern für alle Menschen, die mit ihren Konzepten dazu beitragen, die Welt zu einem sicheren und besseren Ort zu machen.

Wir appellieren daher an die Generalversammlung der Vereinten Nationen, eine Sonderkonferenz zur Umsetzung einer solchen neuen Sicherheits- und Entwicklungsarchitektur einzuberufen und diese Absicht durch die Verabschiedung einer Resolution zum Ausdruck zu bringen."

...<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 24. September 2022 (x1.172): >>**Die Lämmer zum Schweigen bringen**

Immer präziser werden die Propaganda-Methoden, mit welchen die Massen taub und die kritischen Stimmen stumm gehalten werden.

von *John Pilger*

Die Rezepte für wirksame Propaganda haben sich über die Jahre und Jahrzehnte bewährt. Was zu Beginn des 20. Jahrhunderts funktionierte, entfaltet heute eine noch immensere Wirkkraft. Exemplarisch zeigt sich dies daran, daß Kriege immer leichter verkauft und ihre wahren Intentionen besser verschleiert werden können. Gleichzeitig verschwinden die letzten Freiräume für herrschaftskritische Journalisten. Der renommierte und preisgekrönte Journalist John Pilger referierte hierzu beim Trondheim World Festival in Norwegen.

In den 1970er-Jahren traf ich eine der führenden Propagandistinnen Hitlers, Leni Riefenstahl, deren epische Filme die Nazis verherrlichten. Wir wohnten zufällig in der gleichen Lodge in Kenia, wo sie einen Fotoauftrag hatte im Gegensatz zu anderen Freunden des Führers.

Sie sagte mir, daß die "patriotischen Botschaften" ihrer Filme nicht von "Befehlen von oben" abhingen, sondern von dem, was sie die "unterwürfige Leere" des deutschen Publikums nannte. Gehörte dazu auch das liberale Bildungsbürgertum?, fragte ich. "Ja, vor allem die", antwortete sie.

Daran denke ich, wenn ich mir die Propaganda ansehe, die heute die westlichen Gesellschaften überschwemmt. Natürlich sind wir ganz anders als Deutschland in den 1930er-Jahren. Wir leben in Informationsgesellschaften. Wir sind Globalisten. Wir waren noch nie so informiert, mehr in Kontakt, besser vernetzt. Oder leben wir im Westen in einer Mediengesellschaft, in der die Gehirnwäsche heimtückisch und unerbittlich funktioniert und die Wahrnehmung nach den Bedürfnissen und Lügen der Staats- und Konzernmacht gefiltert wird?

Die Vereinigten Staaten dominieren die Medien der westlichen Welt. Bis auf eine Ausnahme haben alle Top-Ten-Medienunternehmen ihren Sitz in Nordamerika. Das Internet und die sozialen Medien - Google, Twitter, Facebook - sind größtenteils in amerikanischem Besitz und werden von ihnen kontrolliert.

Zu meinen Lebzeiten haben die Vereinigten Staaten mehr als 50 Regierungen, meist Demokratien, gestürzt oder versuchten, sie zu stürzen. Sie haben sich in demokratische Wahlen von 30 Ländern eingemischt. Sie haben Bomben auf Menschen in 30 Ländern abgeworfen, die meisten von ihnen arm und wehrlos. Sie haben versucht, die Führer von 50 Ländern zu ermorden. Sie haben gekämpft, die von Befreiungsbewegung in 20 Ländern zu unterdrücken. Über das Ausmaß und den Umfang dieses Gemetzels wird weitgehend nicht berichtet, es wird nicht anerkannt und die Verantwortlichen beherrschen weiterhin das angloamerikanische Politikgeschehen.

Harold Pinter brach das Schweigen

In den Jahren vor seinem Tod im Jahr 2008 hielt der Dramatiker Harold Pinter zwei außergewöhnliche Reden, die das Schweigen brachen.

"Die Außenpolitik der USA", sagte er, "läßt sich am besten wie folgt definieren: Küß meinen Arsch oder ich schlag dir den Schädel ein. So einfach und so plump ist das. Das Interessante an ihr ist, daß sie so unglaublich erfolgreich ist. Sie verfügt über die Strukturen der Desinformation, der Rhetorik, der Sprachverdrehung, die sehr überzeugend sind, aber in Wirklichkeit ein Haufen Lügen sind. Diese Propaganda ist sehr erfolgreich. Sie haben das Geld, sie haben die Technologie, sie haben alle Mittel, um damit durchzukommen, und sie tun es."

Bei der Entgegennahme des Nobelpreises für Literatur sagte Pinter Folgendes:

"Die Verbrechen der Vereinigten Staaten waren systematisch, konstant, infam, unbarmherzig, aber nur sehr wenige Menschen haben wirklich darüber gesprochen. Das muß man Amerika lassen. Es hat weltweit eine ziemlich kühl operierende Machtmanipulation betrieben und sich dabei als Streiter für das universelle Gute gebärdet. Das ist ein brillanter, sogar geistreicher, äußerst erfolgreicher Hypnoseakt."

Pinter war ein Freund von mir und möglicherweise der letzte große politische Weise - das heißt, bevor abweichende Politik gentrifiziert wurde. Ich fragte ihn, ob die "Hypnose", auf die er sich bezog, die von Leni Riefenstahl beschriebene "unterwürfige Leere" sei.

"Das ist dasselbe", antwortete er. "Es bedeutet, daß die Gehirnwäsche so gründlich ist, daß wir darauf programmiert sind, ein Haufen Lügen zu schlucken. Wenn wir die Propaganda nicht erkennen, akzeptieren wir sie vielleicht als normal und glauben ihr. Das ist die unterwürfige Leere."

In unseren Systemen der Unternehmensdemokratie ist der Krieg eine wirtschaftliche Notwendigkeit, die perfekte Verbindung von öffentlicher Subvention und privatem Profit: Sozialismus für die Reichen, Kapitalismus für die Armen. Am Tag nach 9/11 schnellten die Aktienkurse der Kriegsindustrie in die Höhe. Mehr Blutvergießen war absehbar, und das ist gut fürs Geschäft.

Heute haben die profitabelsten Kriege ihr eigenes Markenzeichen. Sie heißen "ewige Kriege" - Afghanistan, Palästina, Irak, Libyen, Jemen und jetzt die Ukraine. Sie alle beruhen auf einem Haufen Lügen. Die berüchtigtste Lüge ist die über die Massenvernichtungswaffen im Irak, die es nicht gab. Die Zerstörung Libyens durch die NATO im Jahr 2011 wurde mit einem Massa-

ker in Bengasi gerechtfertigt, das nicht stattgefunden hat. Afghanistan war ein bequemer Ra-
chefeldzug für 9/11, der nichts mit den Menschen in Afghanistan zu tun hatte.

Die Nachrichten aus Afghanistan drehen sich heute darum, wie böse die Taliban sind - und
nicht darum, daß der Diebstahl von 7 Milliarden Dollar aus den Bankreserven des Landes
durch US-Präsident Joe Biden großes Leid verursacht. Das National Public Radio mit Sitz in
Washington widmete kürzlich Afghanistan zwei Stunden - und 30 Sekunden dem hungernden
Volk des Landes.

Auf ihrem Gipfeltreffen im Juni in Madrid verabschiedete die von den Vereinigten Staaten
kontrollierte NATO ein Strategiepapier, das den europäischen Kontinent militarisiert und die
Aussicht auf einen Krieg mit Rußland und China verschärft. Vorgeschlagen wird eine "dimen-
sionsübergreifende Kriegsführung gegen nuklear bewaffnete Konkurrenten". Mit einem Wort:
Atomkrieg.

Dort heißt es: "Die NATO-Erweiterung ist ein historischer Erfolg." Das habe ich ungläubig
gelesen.

Die Nachrichten über den Krieg in der Ukraine sind meist keine Nachrichten, sondern eine
einseitige Litanei aus Chauvinismus, Verzerrung und Auslassung. Ich habe schon über eine
Reihe von Kriegen berichtet und noch nie eine so pauschale Propaganda erlebt. Im Februar
marschierte Rußland in die Ukraine ein und reagierte damit auf fast acht Jahre des Tötens und
der kriminellen Zerstörung in der russischsprachigen Region Donbass an ihrer Grenze.

Im Jahr 2014 hatten die Vereinigten Staaten einen Putsch in Kiew gesponsert, der den demo-
kratisch gewählten, Rußlandfreundlichen Präsidenten der Ukraine absetzte und einen Nach-
folger einsetzte, dem die Amerikaner klar machten, daß er ihr Mann war. In den vergangenen
Jahren wurden amerikanische "Abwehrraketen" in Osteuropa, Polen, Slowenien und der
Tschechischen Republik installiert, die mit ziemlicher Sicherheit auf Rußland gerichtet sind,
begleitet von falschen Zusicherungen, die bis zu James Bakers "Versprechen" an den sowjeti-
schen Führer Michail Gorbatschow im Februar 1990 zurückreichen, daß die NATO niemals
über Deutschland hinaus expandieren würde.

Die NATO an Hitlers Frontlinie

Die Ukraine ist die Grenzlinie. Die NATO hat faktisch genau das Frontgebiet erreicht, durch
das Hitlers Armee 1941 stürmte und mehr als 23 Millionen Tote in der Sowjetunion hinter-
ließ. Im vergangenen Dezember schlug Rußland einen weitreichenden Sicherheitsplan für Eu-
ropa vor. Dieser wurde in den westlichen Medien abgetan, verspottet oder unterdrückt. Wer
hat seine Schritt-für-Schritt-Vorschläge gelesen?

Am 24. Februar drohte Präsident Wolodymyr Selenskyj mit der Entwicklung von Atomwaf-
fen, falls Amerika die Ukraine nicht bewaffne und schütze. Am selben Tag marschierte Ruß-
land ein - ein unprovokierter Akt von angeborener Infamie, so die westlichen Medien. Die
Geschichte, die Lügen, die Friedensvorschläge und die feierlichen Vereinbarungen zum Don-
bass in Minsk zählten nicht.

Am 25. April flog US-Verteidigungsminister Lloyd Austin nach Kiew und bestätigte, daß es
Amerikas Ziel sei, die Russische Föderation zu zerstören - das Wort, das er benutzte, war
"schwächen". Amerika hatte den Krieg bekommen, den es wollte, geführt von einem US-
finanzierten und -bewaffneten Stellvertreter, einer entbehrlichen Schachfigur. Fast nichts da-
von wurde der westlichen Öffentlichkeit erklärt.

Der Einmarsch Rußlands in die Ukraine ist mutwillig und unentschuldigbar. Es ist ein Verbre-
chen, in ein souveränes Land einzufallen. Ein Aber gibt es nicht - außer einem.

Die entscheidende Frage ist: Wann hat der gegenwärtige Krieg in der Ukraine begonnen und
wer hat ihn angefangen? Nach Angaben der Vereinten Nationen wurden zwischen 2014 und
diesem Jahr etwa 14.000 Menschen infolge des Bürgerkrieges des Kiewer Regimes im Don-
bass getötet. Viele der Angriffe wurden von Neonazis verübt. Sehen Sie sich einen Bericht

von ITV News vom Mai 2014 an, bei dem der erfahrene Reporter James Mates zusammen mit Zivilisten in der Stadt Mariupol vom ukrainischen Asow-Bataillon (Neonazis) beschossen wird.

Im selben Monat wurden Dutzende russischsprachige Menschen in einem von faschistischen Schlägern belagerten Gewerkschaftshaus in Odessa lebendig verbrannt oder erschlagen, das von Anhängern des Nazi-Kollaborateurs und antisemitischen Fanatikers Stepan Bandera belagert wurde. Die New York Times bezeichnete die Schläger als "Nationalisten".

"Die historische Mission unserer Nation in diesem kritischen Moment", so Andrij Bilezkyj, Mitbegründer des Asow-Bataillons, "ist es, die weißen Rassen der Welt in einen finalen Kreuzzug für ihr Überleben zu führen, einen Kreuzzug gegen die von Semiten geführten Untermenschen."

Seit Februar versucht eine Kampagne selbst ernannter "Nachrichtenwächter", - zumeist von den Amerikanern und Briten in Verbindungen mit den Regierungen finanziert -, die Absurdität aufrechtzuerhalten, daß es in der Ukraine keine Neonazis gibt. Airbrush-Bearbeitung, die einst mit Stalins Reinwaschung in Verbindung gebracht wurde, ist zu einem Instrument des Mainstream-Journalismus geworden. In weniger als einem Jahrzehnt wurde ein "gutes" China wegetuschiert und ein "schlechtes" China an seine Stelle gesetzt: von der Werkstatt der Welt zu einem neuen Satan.

Ein Großteil dieser Propaganda stammt aus den USA und wird über Stellvertreter und "Denkfabriken" wie das berühmte Australian Strategic Policy Institute, das Sprachrohr der Rüstungsindustrie, und von Journalisten wie Peter Hartcher vom Sydney Morning Herald weitergegeben, der diejenigen, die chinesischen Einfluß verbreiten, als "Ratten, Fliegen, Moskitos und Spatzen" bezeichnet und vorgeschlagen hat, diese "Schädlinge" "auszurotten".

Die Nachrichten über China im Westen drehen sich fast ausschließlich um die Bedrohung durch Peking. Ausgeblendet sind die 400 amerikanischen Militärstützpunkte, die den größten Teil Chinas umgeben, eine bewaffnete Kette, die sich von Australien über den Pazifik bis nach Südostasien, Japan und Korea erstreckt. Die japanische Insel Okinawa und die koreanische Insel Jejudo sind wie geladene Kanonen, direkt auf das industrielle Herz Chinas gerichtet. Ein Beamter des Pentagons bezeichnete dies als eine "Schlinge".

Seit ich denken kann, wird über Palästina falsch berichtet. Für die BBC gibt es den "Konflikt" der "zwei Narrative". Die längste, brutalste und gesetzloseste Militärbesatzung der Neuzeit ist unerwähnt.

Die geplagten Menschen im Jemen existieren kaum. Sie sind ein mediales Niemandsvolk. Während die Saudis ihre amerikanischen Streubomben abwerfen und britische Berater an der Seite der saudischen Zieloffiziere arbeiten, droht mehr als einer halben Million Kindern der Hungertod.

Diese Gehirnwäsche durch Weglassen ist nicht neu. Das Gemetzel des Ersten Weltkriegs wurde von Reportern unterdrückt, die für ihr Entgegenkommen zum Ritter geschlagen wurden. Im Jahr 1917 vertraute der Herausgeber des Manchester Guardian C. P. Scott dem Premierminister Lloyd George an: "Wenn die Menschen (die Wahrheit) wirklich wüßten, würde der Krieg morgen beendet werden. Aber natürlich sie wissen es nicht und können es nicht wissen."

Die Verweigerung, Menschen und Ereignisse so zu sehen, wie die Menschen in anderen Ländern sie sehen, ist ein Medienvirus des Westens, so lähmend wie Covid. Es ist, als ob wir die Welt durch einen einseitigen Spiegel sehen, in dem "wir" moralisch und gutartig sind und "sie" nicht. Diese Sichtweise ist zutiefst imperial.

Die Geschichte, die in China und Rußland gegenwärtig ist, wird selten erklärt und selten verstanden. Wladimir Putin ist Adolf Hitler. Xi Jinping ist Fu Manchu. Epische Errungenschaften, wie die Beseitigung der bitteren Armut in China, sind kaum bekannt. Wie pervers und

erbärmlich das ist.

Wann werden wir es uns erlauben, das zu verstehen? Die Ausbildung von Journalisten im Fabrikstil ist nicht die Antwort. Genauso wenig wie das wundersame digitale Werkzeug, das ein Mittel und kein Zweck ist, wie die Einfinger-Schreibmaschine und die Linotype-Setzmaschine.

In den zurückliegenden Jahren wurden einige der besten Journalisten aus dem Mainstream verbannt. "Defenestrieren" ist das Wort, das dafür verwendet wird. Die Spielräume, die einst für Außenseiter, für Journalisten, die gegen den Strom schwimmen, für Wahrheitsverkünder, vorhanden waren, haben sich geschlossen.

Der Fall von Julian Assange ist der schockierendste. Solange Julian und WikiLeaks für den Guardian, die New York Times und andere selbstgefällige "Zeitungen von Rang" Leser und Preise gewinnen konnten, wurde er gefeiert. Als der dunkle Staat sich dagegen wehrte und die Vernichtung von Festplatten und die Zerstörung von Julians Glaubwürdigkeit forderte, wurde er zum Staatsfeind erklärt. Vizepräsident Joe Biden nannte ihn einen "Hi-Tech-Terroristen". Hillary Clinton fragte: "Können wir diesen Kerl nicht einfach mit einer Drohne töten?"

Die darauf folgende Kampagne der Beschimpfung und Verunglimpfung von Julian Assange - der UN-Berichterstatter über Folter bezeichnete sie als "Mobbing" - brachte die liberale Presse auf ihren Tiefpunkt. Wir wissen, wer sie sind. Ich betrachte sie als Kollaborateure, als Vichy-Journalisten.

Wann werden echte Journalisten aufstehen?

Ein inspirierender Samisdat existiert bereits im Internet: Consortium News, gegründet von dem großartigen Reporter Robert Parry, Max Blumenthals The Grayzone, Mint Press News, Media Lens, Declassified UK, Alborada, Electronic Intifada, WSWS, ZNet, ICH, Counter-Punch, Independent Australia, die Arbeit von Chris Hedges, Patrick Lawrence, Jonathan Cook, Diana Johnstone, Caitlin Johnstone und anderen, die mir verzeihen werden, wenn ich sie hier nicht erwähne.

Und wann werden die Schriftsteller aufstehen, wie sie es gegen den aufkommenden Faschismus in den 1930er-Jahren taten? Wann werden die Filmemacher aufstehen, wie sie es in den 1940er-Jahren gegen den Kalten Krieg taten? Wann werden die Satiriker aufstehen, wie sie es vor einer Generation taten?

Ist es nicht an der Zeit, daß diejenigen, die 82 Jahre lang in der offiziellen Version des letzten Weltkriegs gebadet haben, ihre Unabhängigkeit erklären und die Propaganda entschlüsseln? Die Dringlichkeit ist größer denn je.

Redaktionelle Anmerkung: *Dieser Artikel ist die überarbeitete Fassung einer Ansprache beim diesjährigen Trondheim World Festival, Norwegen, und erschien zuerst am 7. September 2022 unter dem Titel "Silencing the Lambs - How Propaganda Works" bei Consortiums News. Er wurde vom ehrenamtlichen Rubikon-Übersetzungsteam übersetzt und vom ehrenamtlichen Rubikon-Korrektorat lektoriert.*

John Pilger, gebürtiger Australier, war viele Jahre Auslandskorrespondent und Kriegsreporter und ist heute Autor und Dokumentarfilmer. Er hat zahlreiche internationale Preise gewonnen, darunter die Goldmedaille der United Nations Association. Er ist einer von nur zwei Journalisten, die zweimal zum "Journalist of the Year", der höchsten Auszeichnung im britischen Journalismus, ernannt wurden. Seinen Dokumentarfilm "Cambodia Year Zero" aus dem Jahr 1979 zählt das British Film Institute zu den zehn wichtigsten Dokumentationen des 20. Jahrhunderts. Sein aktueller Film ist "The Coming War on China".<<

Der Internet-Blog "Fassadenkratzer.wordpress.com" berichtete am 7. Oktober 2022 (x1.212/...): >>FDP-Rüstungs-Lobbyistin die lauteste Kriegstrommel in Berlin

Von *Herbert Ludwig*

Eine Frau, Marie-Agnes Strack-Zimmermann, "treibt die Bundesregierung mit männlich-

herber Entschlossenheit in den Krieg", wie der Politologe und Publizist Hermann Ploppa formuliert. Der Hintergrund dieser strammen FDP-Bundestagsabgeordneten und Vorsitzenden des Verteidigungsausschusses des Bundestages paßt ins Bild dieser korrupten Berliner Parteien-Oligarchie. Kaum jemand ist so vielfältig mit Rüstungskonzernen und deren Interessendienenden Vereinigungen verbunden wie die forsche Beisitzerin im Bundes- und Fraktionsvorstand der FDP. - Eine Seelenverwandte des "Impflamisten" Karl Lauterbach auf parallelem kriegerischem Felde.

Marie-Agnes Strack-Zimmermann (GMX)

Der Ukraine-Krieg habe Frau Marie-Agnes Strack-Zimmermann mit einem Schlag berühmt gemacht, schreibt Hermann Ploppa. "Shootingstar und Nervensäge" - so habe die Tagesschau einen Kommentar über die FDP-Politikerin und ehemalige stellvertretende Bürgermeisterin von Düsseldorf überschrieben. Strack-Zimmermann, so H. Ploppa, sei mit ihrem virilen Outfit allgemein präsent, das entfernt an preußische Monarchen erinnere. Ihre Sprache sei stählern und lasse Assoziationen wach werden an Frontberichte der Ufa-Tonwoche im letzten Weltkrieg:

"Deutschland muß hier die von seinen westlichen Partnern geforderte Führungsrolle in Europa übernehmen und entschieden und mutig ohne Zweifel vorangehen."

Mutig ohne Zweifel lade Strack-Zimmermann Bundeskanzler Scholz vor ihr Gremium, den Verteidigungsausschuß des Deutschen Bundestages. Dieser Ausschuß sei ihre Machtbasis. Hier wolle sie jenen Schlappschwanz Scholz vorführen. Schon im Vorfeld dieser Zwangsanhörung habe sie, ohne Namen zu nennen, den Kanzler als Fehlbesetzung qualifiziert:

"Wir haben zu führen. Nicht nur wirtschaftlich, sondern auch militärisch. Und für die, die diese Rolle nicht annehmen wollen, sage ich, dann sitzen Sie möglicherweise im falschen Moment am falschen Platz."

Zuvor sei, erinnert H. Ploppa, Strack-Zimmermann bereits mit dem Grünen Anton Hofreiter und dem SPD-Abgeordneten Michael Roth in die Ukraine gereist, um zu eruieren, was man in der Ukraine so an schwerem Geschütz benötigt. Schließlich, so wisse Strack-Zimmermann zu berichten, vergewaltigten die Russen die ukrainischen Frauen. Zum Glück habe aber die Ukraine bereits 5.000 wehrhafte Kriegerinnen rekrutiert. Das reiche aber natürlich nicht aus. Dieser Krieg werde noch lange dauern, wisse die Düsseldorferin. Und wenn die wackeren Ukrainer die zunehmenden Attacken der Russen parieren sollen, dann müsse Deutschland sich bewegen.

Kaum sei Strack-Zimmermann wieder aus der Ukraine zurück gewesen, da habe sie bereits in ihrer forschen Art ein nationales Ukraine-Gremium mit eigenem Aufpasser im Kanzleramt gefordert. Hier sollten neben Bundesregierung, Parlamentariern, Rüstungsindustriellen, Gewerkschaftlern auch Angehörige der Bundeswehr den deutschen Krieg gegen Rußland mutig und ohne Zweifel in Angriff nehmen.

So richtig in die deutsche Interessenlage passe das nun eigentlich nicht, sich in eine unfruchtbare Konfrontation mit der Nuklearsupermacht Rußland zu begeben, gibt H. Ploppa zu bedenken. Über die vernichtenden wirtschaftlichen Rückschläge einer Anti-Rußlandpolitik sei ja in der einschlägigen Presse bereits ausführlich berichtet worden.

Die Rüstungs-Lobbyistin

"Doch kriegerische Scharfmacher können Karriere machen und den delikaten Tanz auf rohen Eiern massiv stören. Denn hinter Frau Strack-Zimmermann agiert eine starke Gemeinschaft. Die Presse in diesem Lande kooperiert eng mit der Rüstungsindustrie. Die Süddeutsche Zeitung zum Beispiel unterstützt die Münchner Sicherheitskonferenz und viele Leittiere der deutschen Journalistenszene sind Mitglieder in Rüstungslobbyvereinen. Diese Leute sind immer bereit, eine Persönlichkeit massiv zu unterstützen, die laut und frech genug ist, den Friedenskonsens in der Öffentlichkeit aufzumischen.

Und Strack-Zimmermann kommt keineswegs aus dem Nichts. Ihr fehlte nur der Anlaß, in das Scheinwerferlicht geschubst zu werden. Schon in ihrer Düsseldorfer Zeit pflegte sie gute Kontakte zum dort ansässigen Rüstungskonzern Rheinmetall. Nachdem Strack-Zimmermann zuvor zwanzig Jahre als Vertreterin eines Jugendbuchverlages von Buchladen zu Buchladen tinglein mußte, kann sie sich jetzt als Vertreterin ganz harter Kriegsware so richtig verwirklichen. Das Harte liegt ihr eher als das Weiche."

So nehme es nicht Wunder, daß man die stählerne Dame im Präsidium der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik erblicke. Chef sei dort Claus Günther, zuvor lange Jahre Direktor des Rüstungskonzerns Diehl Defense. Hier handele es sich nicht um einen Kaninchenzüchterverein aus Posemuckel. Bei den so genannten Parlamentarischen Abenden trafen sich Persönlichkeiten aus Politik und Rüstungsindustrie zum netten Gespräch. Derselbe Personenkreis treffe sich auch ganz zwanglos in Brüssel. Richtig wichtig werde es dann bei Gesprächsrunden im Supreme Headquarters Allied Powers Europe (SHAPE) oder sogar zweckmäßigerweise gleich im eigentlichen NATO-Hauptquartier, im belgischen Mons.

"Im Präsidium ist unsere Freundin auch beim Förderkreis Deutsches Heer, einem ungeschminkt als 'Lobbyverein der deutschen Rüstungsindustrie' marschierenden Club. Dort ist Frank Haun Vizepräsident. Haun war lange Zeit CEO bei Krauss-Maffei Wegmann und Haun hat auch die Fusion von Krauss-Maffei mit dem französischen Rüstungskonzern Nexter auf den Weg gebracht. Und auch hier sehen wir wieder, wie Personen als Scharniernetzwerker aktiv sind. Denn Haun agiert auch bei der Münchner Sicherheitskonferenz und im Board of Directors beim Atlantic Council.

Doch unsere Heldin ist zudem noch Vizepräsidentin der Deutschen Atlantischen Gesellschaft. Es handelt sich hier um ein Organ der Öffentlichkeitsarbeit der NATO, einer Filiale der Atlantic Treaty Association. Zudem finden wir Strack-Zimmermann im Beirat der Bundesakademie für Sicherheitspolitik. Hier erhalten Politiker von Bund und Ländern, die vorankommen wollen, ihre transatlantische "Weiterbildung". Die BAKS ist dem Bundessicherheitsrat untergeordnet, der unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers über Rüstungsexporte in Länder wie zum Beispiel Saudi-Arabien meistens positiv entscheidet."

Die Repräsentanten der Rüstungslobby, die diesem Stall entstammten, seien allerdings meistens farblose Langweiler. Da jubelten alle auf, "wenn dann eine derart tabubrechende Großschnauze wie Strack-Zimmermann kein Fettnäpfchen ausläßt, um allgemeine Aufregung und damit verbunden optimale Klickzahlen zu generieren." Sie sei sozusagen eine Wiedergeburt von Maggie Thatcher ohne Damentasche.

Und so trommele Strack-Zimmermann für die heldenhafte Panzerhaubitze 2.000 aus dem Hause Krauss-Maffei Wegmann im Einsatz für die Ukraine. Hundert Haubitzen sollen dem Iwan das Fürchten lehren. Bis jetzt hätten es sieben dieser Knalltüten zum Einsatz in der Ukraine gebracht - mit zweifelhaftem Erfolg.

Denn die ukrainischen Haubitzen-Schützen hätten sich bitter beklagt, daß die Panzerhaubitze 2.000 schon nach hundert Schüssen schlappmache. Dabei habe sich Strack-Zimmermann zunächst "überrascht" gezeigt, daß die Ukrainer sich so gut in die Haubitze hätten einarbeiten können. Doch nun wollten die deutschen Ausrüster eine Werkstatt in Polen einrichten, um den Haubitzen-Rohrkrepierer schnell wieder flott zu machen.

Die westliche Wertegemeinschaft pirsche sich tatsächlich eher zaghaft an den Krieg gegen Rußland heran. Im ersten Schritt zur Aufrüstung der Ukraine habe ein so genannter "Ringtausch" stattgefunden: die ehemaligen Mitgliedsstaaten des Sowjetblocks wie Polen hätten ihre alten T-72-Kampfpanzer den ukrainischen Waffenbrüdern geschenkt und sollten selber dafür neuere Panzer aus deutscher Fertigung erhalten. Nun seien die Polen sauer, weil sich die deutschen Ausrüster mit der Lieferung Zeit ließen.

Genervt habe Strack-Zimmermann getwittert, man könne sich doch die Ersatzpanzer nicht

mal eben so "aus den Rippen schneiden". Kritik an der kümmerlichen Performance des Westens könne die wehrhafte Dame nicht gut aushalten. Vom Handelsblatt gefragt, ob das so eine gute Idee sei, wenn die Bundeswehr ihren "Schrott" nach Osten weiterreiche, habe Strack-Zimmermann geantwortet:

"Von 'Schrott' zu sprechen ist zynisch. Alles was wir in die Ukraine liefern, ist einsatzbereit und sehr wirkungsvoll. Diese ganze Diskussion ist nicht hilfreich und lenkt von unserer eigentlichen Aufgabe ab, nämlich unbedingt an der Seite der Ukraine zu stehen."

Und H. Ploppa bemerkt: Typisch Politikerin und Staubsaugervertreterin zugleich: möglichst schnell von der Sache ablenken und den Frager moralisch zur Raison rufen. Darum heiße ihr Morgenappell: "Die Amerikaner erwarten, daß Deutschland in Europa seine Rolle findet!"

Darum: die Rüstungsindustrie müsse mit Hilfe des 100-Milliarden-Sondervermögens ihre Kapazitäten, die nach dem Ende des Kalten Krieges leider runtergefahren worden seien, wieder hochfahren. Wir müßten uns "schleunigst Gedanken machen" für die weitere Aufrüstung im Herbst. Denn der russische Außenminister Lawrow habe ja erst vor kurzem gesagt, man wolle das Staatsgebiet der Ukraine "vernichten" und einen Regimewechsel erzwingen.

Hermann Ploppa: "Wie schön, daß uns Agnes Marie Strack-Zimmermann so gut auf Trab bringt. Rohre frei!"

Dieser Fall zeigt wieder, wie das korrupte Parteiensystem die Schlechtesten an die Macht spült. Es müssen sich immer mehr parteiunabhängige Kandidaten, von alternativen Medien unterstützt, für die Parlamente aufstellen, so die Parteien zurückdrängen und allmählich für eine saubere Trennung von wirtschaftlichem, staatlichem und freiem Geistesleben sorgen.<<
Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 5. November 2022 (x1.235/...):

>>**Scharfes Schwert**

Die Erweiterung des Paragraphen 130 im Strafgesetzbuch öffnet der Kriminalisierung von mißliebigen Meinungen Tür und Tor.

Von *Ulrich Heyden*

Ohne Vorankündigung verabschiedete der Bundestag vergangene Woche eine Erweiterung des Paragraphen 130 StGB (Strafgesetzbuch), mit dem "Volksverhetzung" bestraft wird. Nun kann nicht mehr nur die Leugnung des Holocaust, sondern auch die "Leugnung von Völkermord" mit einer Haftstrafe geahndet werden.

Es klingt auf den ersten Blick plausibel, daß monumentale Verbrechen nicht ungestraft verharmlost werden sollten. Allerdings macht das Gesetzgebungsverfahren mißtrauisch, das praktisch keine ausführliche Debatte über den Entwurf zuließ. Auch ist mit der Neufassung des Paragraphen einer Unterdrückung abweichender Meinungen und Erkenntnisse Tür und Tor geöffnet.

Der Begriff "Leugnung" setzt ja voraus, daß es eine unbezweifelbare Wahrheit gebe, die einem de facto allwissenden Gericht bekannt sei. Wendet man das Gesetz etwa auf Berichte über den Krieg zwischen Rußland und der Ukraine an, so wird klar, in welcher Gefahr künftig solche Auffassungen schweben, die das offizielle Narrativ bezweifeln. Es könnte in Zukunft schwierig werden, zu behaupten, daß russische Kriegsverbrechen nicht stattgefunden hätten oder daß die Täter andere gewesen seien - und zwar auch dann, wenn die Kritiker der herrschenden Meinung recht haben.

514 Abgeordnete des Bundestages stimmten am 20. Oktober 2022 in namentlicher Abstimmung für ein von der Ampelkoalition vorgelegtes Gesetz, welches den Meinungskorridor in der Bundesrepublik einschränken wird. Der Paragraph 130 des Strafgesetzbuches, mit dem Volksverhetzung geahndet wird, wurde um einen Absatz erweitert. Die Erweiterung sieht vor, daß Billigung oder Leugnung von Völkermord mit drei Jahren Gefängnis bestraft werden kann. 92 Abgeordnete von den Parteien Die Linke und AfD stimmten gegen die Gesetzänderung. Zwei Parlamentarier enthielten sich.

Das Omnibus-Verfahren

Die Bundesregierung hatte sich entschieden, die Erweiterung des Paragraphen 130 mit einer Änderung des Bundeszentralregistergesetzes zu verbinden.

Die Ankopplung einer Gesetzesänderung an eine andere, sachfremde Gesetzesänderung nennt man Omnibus-Verfahren. Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Ampelkoalition dieses Verfahren wählte, um öffentliche Debatten um die Erweiterung des Paragraphen 130 zu vermeiden.

Der rechtspolitische Sprecher der AfD, Stephan Brandner, war der Einzige, welcher im Bundestag vor der Abstimmung mit einem Redebeitrag gegen die Änderung des Paragraphen 130 argumentierte. Er kritisierte, es werde ein Omnibus-Verfahren genutzt, um "unbestimmte Rechtsbegriffe, die niemand richtig einordnen kann", in das Strafrecht einzuführen. Gegenüber dem juristischen Fachmagazin Legal Tribune Online sagte Brandner, die Anwendbarkeit des erweiterten Paragraphen 130 sei im Kontext des Krieges in der Ukraine gegeben, "wenngleich die Unbestimmtheit die Anwendungsmöglichkeiten der Vorschrift weitgehend offenläßt".

Die Öffentlichkeit wurde ausgehebelt

Über die Abstimmung im Bundestag am Donnerstag berichtete einen Tag nach der Abstimmung mit einer Kurzmeldung nur Die Zeit. Am Sonntag - also drei Tage nach der Abstimmung - brachte die taz einen kritischen Artikel. Das Blatt schrieb: "Der Bundestag hat in der Nacht zum Freitag ohne jede Ankündigung das Strafrecht verschärft." Am Mittwoch - also sechs Tage nach der Abstimmung - brachte dann das Redaktionsnetzwerk Deutschland (RND) einen Bericht, der ebenfalls kritische Stimmen enthielt.

Es drängt sich der Eindruck auf, daß die Ampelkoalition im Schnellverfahren etwas durchziehen wollte, was in einer öffentlichen Debatte viele für die Bundesregierung unangenehme Fragen aufgeworfen hätte.

Der rechtspolitische Sprecher der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Günter Krings sprach gegenüber RND von einem "Hauruckverfahren". Die Umstände seien "ärgerlich wie bedenklich", da es sich um einen wichtigen Straftatbestand handele. Die Union habe dem Gesetzesentwurf dennoch zugestimmt, da die Verschärfung des Paragraphen 130 "in der Sache richtig" sei.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Jochen Kopelke, erklärte gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland: "Scheinbar besteht selbst unter den politisch Beteiligten dieser ungewöhnlich eilig zustande gekommenen Gesetzesänderung Uneinigkeit über die inhaltliche Tragweite der beschlossenen Novelle." Es sei schwierig, rechtssicher eine Grenze zwischen Meinungsäußerung und strafbaren Aussagen zu ziehen. Dies sei besonders für Beamte in Ad-hoc-Situationen eine Herausforderung.

Freiheitsstrafen bis zu drei Jahren

Was steht nun genau im neuen Paragraphen 130 Absatz 5 StGB, der am Donnerstag vom Bundestag durchgewinkt wurde?

"Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer eine Handlung der in den §§ 6 bis 12 des Völkerstrafgesetzbuches bezeichneten Art gegen ... Personenmehrheiten oder gegen einen Einzelnen ... öffentlich oder in einer Versammlung in einer Weise billigt, leugnet oder gröblich verharmlost, die geeignet ist, zu Haß und Gewalt gegen eine solche Person oder Personenmehrheit aufzustacheln und den öffentlichen Frieden zu stören."

Während die Holocaust-Leugnung mit fünf Jahren Haft bestraft werden kann, soll die Leugnung von gebrochenem Völkerrecht von nun an mit drei Jahren Haft bestraft werden.

Der Fall Butscha

Es ist offensichtlich, daß eine Ausweitung des Volksverhetzungsparagraphen in der politischen Situation, in der wir heute leben, Handhabe bietet, abweichende Meinungen zum

Ukrainekrieg durch Strafandrohung zu unterdrücken.

Denn wer zum Beispiel anzweifelt, daß es in Butscha bei Kiew im März 2022 ein von Rußland organisiertes Massaker an Zivilisten gab und darauf hinweist, daß dieses Ereignis bisher weder von einer unabhängigen Kommission noch von einem Gericht untersucht wurde, setzt sich nach dem neuen Paragraphen der Gefahr aus, als "Leugner" eines Völkermordes für drei Jahre in Haft zu kommen.

Wie die Zeitung Das Parlament ausführte, hat die Ampelkoalition mit dem neuformulierten Volksverhetzungsparagraphen ausdrücklich keinen Gebrauch von der Möglichkeit gemacht, die "Strafbarkeit der Leugnung und der gröblichen Verharmlosung nur auf solche Völkerstraf-taten zu beschränken, die von einem nationalen oder internationalen Gericht endgültig festge-stellt wurden".

Weiter Spielraum für Anwendung des Paragraphen 130

Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Canan Bayram, welche die Ausweitung des Paragra-phen 130 im Bundestag als Mittel gegen die AfD und deren provokative Grenzüberschreitun-gen lobte, erklärte gegenüber dem juristischen Magazin Legal Tribune Online, es seien "durchaus Konstellationen denkbar", unter denen die neue Strafvorschrift auch bei Äußerun-gen zur Anwendung kommen könne, in denen Putins Angriffskrieg gegen die Ukraine be-schönigt wird.

"Jetzt könnte zum Beispiel die Billigung eines der im Rahmen des russischen Angriffskriegs gegen die Gruppe der Ukrainer begangenen Kriegsverbrechens durch Parolen oder Schilder auf einer Versammlung strafbar sein."

Die Rechtspolitikerin der Partei Die Linke, Clara Bünger, die ihre Stellungnahme im Bundes-tag nur schriftlich zu Protokoll gab, erklärte gegenüber Legal Tribune Online:

"Als Linke sprechen wir uns grundsätzlich dafür aus, die Billigung, Leugnung oder Verharm-losung von Völkermorden und Kriegsverbrechen unter Strafe zu stellen. Allerdings muß auch hier die Schwelle zu einem nach dem Ultima-ratio-Prinzip tatsächlich strafwürdigen Verhal-ten überschritten werden. Das wäre für uns der Fall, wenn die Handlung entweder eine Dro-hung, Beschimpfung oder Beleidigung beinhaltet oder aber zu Haß und Gewalt gegen die in § 130 genannten Personen aufstachelt. Der Wortlaut der vorgeschlagenen Regelungen wird die-sen Ansprüchen leider nicht gerecht."

Der Linken-Politikerin zufolge ist nach dem aktuellen Wortlaut der Regelungen schon bei einer Billigung des Angriffs Rußlands auf die Ukraine - je nach genauen Tatumständen - eine Strafbarkeit nach der neuen Vorschrift gegeben.

Das Abstimmungsverfahren im Bundestag hat gezeigt, wie wichtig Opposition und kritische Medien sind. Medien als "vierte Macht" im Staat, welche Regierung, Parlament und Justiz kritisch beobachten, existieren fast nicht.

Und die linke Opposition wagt keinen Aufschrei. Sie läßt sich von den Medien domestizieren, anstatt mutig gegen die Aushebelung der Öffentlichkeit zu protestieren und mit klarer Stimme eine Gesetzesänderung abzulehnen, die als Schwert gegen Kritiker eingesetzt werden kann.

Ulrich Heyden, Jahrgang 1954, lebt seit 1992 in Moskau, von wo er als akkreditierter Korre-spondent für deutschsprachige Medien wie die taz, Deutschlandfunk, Rheinischer Merkur, Die Presse, Sächsische Zeitung und Die Wochenzeitung (Zürich) berichtete. Zwischen 2014 und 2022 verlor er im deutschsprachigen Raum fast alle Kunden. Heute berichtet er für Rubikon, Nachdenkseiten, Junge Welt, RT DE und auf einem eigenen YouTube-Kanal.

Er ist Mitautor des Buches "Opposition gegen das System Putin", Autor des Buches "Ein Krieg der Oligarchen. Das Tauziehen um die Ukraine", Co-Regisseur des Films "Lauffeuer" über den Brand im Gewerkschaftshaus von Odessa und Autor der Bücher "Wer hat uns 1945 befreit?", "Wie Deutschland gespalten wurde" und "Der längste Krieg in Europa seit 1945". Weitere Informationen unter www.ulrich-heyden.de. <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. November 2022:

>>**GEZ-Sender gegen Musk: Meinungsfreiheit ist totalitär**

Von *Karel Meissner*

Das ZDF hetzt in der heute-show gegen Elon Musks Einsatz für Meinungsfreiheit, vergleicht ihn mit Goebbels und dessen Rede im Sportpalast. Schluß mit GEZ-Propaganda und Zwangsgebühren. Weitere skandalöse Fälle finden Sie in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt - Argumente gegen die Staatsmedien".

Die Umdeutung dessen, was "links" und was "rechts" ist, wurde um einen weiteren Aspekt bereichert: Die individuelle Freiheit. Früher galten Rechtskonservative als autoritär, die im schlimmsten Falle sogar einen Führer verlangten, während Linke die freie Entfaltung für sich gepachtet haben wollten. Diese Aufteilung ist endgültig passé.

Das belegen aktuelle Bücher wie "Klimarassismus: Der Kampf der Rechten gegen die ökologische Wende" von Matthias Quent und Christoph Richter. Laut dem Autoren-Duo übertreiben "Rechte" angeblich die Forderung nach individueller Freiheit gegenüber Einschränkungen, die doch nur dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Beispiel: die Querdenker, die diktatorische Regierungsmaßnahmen kritisierten. Oder Autofahrer, die ihren Motor-Spaß gegenüber dem Klima-Reset durchsetzen wollen.

Kurzum: Freiheitsforderungen sind ab sofort rechts, antisozial und böse. Folglich störte sich kein Mainstream-Medium daran, als auf dem letzten WEF-Forum in Davos die australische "eSafety-Kommissarin" Julie Inman Grant eine "Rekalibrierung (Überprüfung) der Menschenrechte" forderte, darunter auch vom "Freedom of Speech" (Redefreiheit). Soziale Netzwerke haben den ohnehin schon abgeschafft.

Statt dessen hallte ein Aufschrei durch die Wokeness-Blase, als der Unternehmer Elon Musk die Nachrichten-Plattform Twitter übernahm und künftige Meinungsfreiheit versprach. Diese Empörungswelle findet im GEZ-Sender ZDF einen tüchtigen Unterstützer. Ein Tweet der "Satire-Sendung heute-show" trägt die Überschrift: "Dank Elon Musk darf jetzt wieder jeder alles sagen auf Twitter! Totale Meinungsfreiheit!"

Darunter eine Bildmontage: Elon Musk vor einem NS-Aufmarsch, wobei das Hakenkreuz auf den Fahnen gegen den Twittervogel ausgetauscht wurde. Dazu die Frage "Wollt ihr den totalen Tweet?"

- eine Anspielung auf die rhetorische Frage "Wollt Ihr den totalen Krieg?" von Propagandaminister Goebbels im Berliner Sportpalast. Musk gleich Goebbels und Meinungsfreiheit gleich Krieg. So funktioniert staatstreue Satire im 21. Jahrhundert.<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24144" berichtete am 15. November 2022

(x1.178/...): >>**Kriegsverbrechen in Cherson: Medien tun ihren Job nicht!**

Russische Kriegsverbrechen in Cherson - diese Behauptung des ukrainischen Präsidenten, obwohl nicht unabhängig überprüfbar, wird unkritisch in westlichen Medien wiedergegeben. Doch warum dürfen Journalisten nicht in die Region? Geschehen etwa gerade Kriegsverbrechen seitens der Ukraine?

"Laut dem ukrainischen Präsidenten Wolodymyr Selenskyj haben Ermittler 400 Fälle von russischen Kriegsverbrechen in der Region Cherson aufgedeckt." So berichten am 14. November 2022 das Schweizer Radio und Fernsehen (SRF) und andere westliche Medien.

Nach dem Rückzug der russischen Truppen aus Cherson erreichten ukrainische Truppen am 11. November die Stadt.

Wie gehen nun die westlichen Medien, wie als Beispiel SRF, mit dieser Meldung von Selenskyj um? In dieser Sendung soll SRF an ihren eigenen Grundsätzen, wie sie die Quellen in der Kriegsberichterstattung überprüfen, gemessen werden.

Auf der Website von SRF ist trefflich zu lesen: "Die Informationen zum Ukraine-Krieg sind zahlreich und zum Teil widersprüchlich. Die verlässlichsten Quellen sind eigene Journalistin-

nen und Reporter anderer Medien vor Ort, denen man vertrauen kann ..."

Nur, die ukrainische Regierung läßt gar keine Journalisten in die zurückeroberten Gebiete. Die Behauptung Selenskyjs kann also gar nicht unabhängig bestätigt werden. Warum weist SRF nicht darauf hin?

Denn grundsätzlich gelte bei SRF, ich zitiere: "Je schwieriger und unzuverlässiger die Quellenlage, desto wichtiger ist Transparenz. Umstrittene Fakten und Informationen, die nicht unabhängig überprüfbar sind, werden als solche kenntlich gemacht."

Wenn es um die regelmäßigen Botschaften von Präsident Selenskyj geht, scheint "Transparenz" nicht mehr zu gelten. Auch über folgende Frage, warum keine Journalisten in die zurückeroberten Gebiete gelassen werden, wird mit keinem Wort berichtet.

Dafür werden von offiziellen ukrainischen Quellen nämlich teils widersprüchliche Gründe angeführt: Mal wird es damit begründet, daß zunächst Minen geräumt werden müßten, mal damit, zunächst "Filtrationen" vornehmen zu müssen. Bei sogenannten "Filtrationen" wird nach "russischen Kollaborateuren" gesucht. (Kollaborateur = jemand, der mit dem Kriegsgegner zusammenarbeitet)

Erstens zu den Minen: Schon am 11. November hatte Selenskyj angekündigt: "Da die Minenräumung noch nicht einmal begonnen hat, können wir den Medien keinen Zugang zu Cherson gewähren. Wir müssen zumindest die wichtigsten Kommunikationswege von Minen räumen und die wichtigsten Einrichtungen überprüfen."

Die Begründung, man könne keine Journalisten in die Gebiete lassen, weil zunächst Minen geräumt werden müßten, mutet sich vorgeschoben und widersprüchlich an. Einerseits liefert die Ukraine Bilder von jubelnden Menschen in den Straßen, andererseits soll es dort wegen Minen so gefährlich sein, daß Journalisten nicht in die Städte dürfen. Wie paßt das zusammen?

Zweitens zu den "Filtrationen": Von den "Filtrationen" wird im Westen nicht berichtet, obwohl offizielle ukrainische Quellen darüber berichteten. Soldaten entscheiden willkürlich und nach ihrem eigenen Gefühl, wer "russischer Kollaborateur" ist und wer nicht. "Russische Kollaborateure" werden oft hingerichtet, wie auch ukrainische Regierungsvertreter offen sagen. Daß man diese Maßnahmen nur ungern vor Journalisten durchführt, liegt unzweideutig auf der Hand.

Zum Beispiel sagte Oleksij Arestowytsch, der Berater des ukrainischen Präsidenten, über die zurückeroberten Gebiete: "Lehrer und Kindergärtnerinnen sollten bedenken, daß sie keine netten Tanten sind, sondern Kriminelle, denen gegenüber es keine Sentimentalitäten gibt. Das Wetter ist so, daß das entweder den Tod oder das Gefängnis bedeutet.

Anton Geraschtschenko, ein Berater des Innenministeriums, sagte: "Es ist eine Jagd auf Kollaborateure ausgerufen worden und ihr Leben ist nicht durch das Gesetz geschützt. Unsere Geheimdienste eliminieren sie und erschießen sie wie Schweine."

Der überhaupt nicht pro-russische ukrainische Politiker Anatolij Scharij mußte wegen politischer Verfolgung aus der Ukraine nach Spanien fliehen. Er berichtet auf Telegram über die Lage in Cherson, was ihm seine Quellen mitteilen: "Der Zugang von Journalisten zu den befreiten Siedlungen wird erst nach der Umsetzung von "Stabilisierungsmaßnahmen" wieder möglich sein. Ich möchte mir einige Aspekte dieser "Stabilisierungsmaßnahmen" nicht einmal vorstellen."

Unter anderem veröffentlichte er diesen Post:

"Alle, die mit den Russen zusammengearbeitet haben und Cherson nicht verlassen konnten, und das sind Tausende, wenn nicht Zehntausende, sind erledigt. Das Einzige, was ich hoffe und erwarte, ist, daß zumindest ein Mindestmaß an Recht und Gesetz eingehalten wird."

Auf ukrainischen Telegram-Kanälen kündigen ukrainische Soldaten öffentlich willkürliche Massaker an der Zivilbevölkerung von Cherson an. Die unzähligen Posts sind unter jeder Gür-

tellinie, um hier genannt zu werden.

All das wäre leicht zu überprüfen. Wenn SRF die Aussage Selenskyjs über russische Kriegsverbrechen unabhängig überprüft hätte, wären sie wohl auf die erwähnten Ungereimtheiten und Aussagen von ukrainischen Politikern gestoßen. Wissen tun sie es eigentlich, ich zitiere SRF: "Besonders zu hinterfragen sind Informationen von Kriegsparteien. Denn alle Kriegsparteien machen Propaganda ..." Jedoch kann es SRF nicht unterlassen hinzuzufügen: "- in diesem Angriffskrieg vor allem die russischen offiziellen Quellen."

Bei genauerer Betrachtung und gründlicher Recherche - wie in dieser Sendung aufgezeigt - muß gefolgert werden, daß vor allem auch ukrainische offizielle Quellen, wie Präsident Selenskyj, Propaganda machen. Aussagen von beiden Kriegsparteien müssen mit äußerster Vorsicht betrachtet werden. Es muß sogar mit ukrainischen Kriegsverbrechen gerechnet werden. Wieder einmal entpuppen sich westliche Medien wie SRF als parteiisch, kriegstreiberisch und alles andere als journalistischen Standards würdig!<<

Der schweizerische Internetsender "Klagemauer.tv/24149" berichtete am 16. November 2022 (x1.178/...): >>**Paukenschlag in Österreich: Erste Chefredakteure müssen zurücktreten**

In Österreich wurden erneut Chat-Nachrichten zwischen Politikern und hochrangigen Journalisten publik. Diese bestätigen einmal mehr, daß Absprachen zwischen Politikern und Medien im großen Stil ablaufen. Für zwei bedeutende Chefredakteure sind die Enthüllungen so sehr belastend, daß sie sich gezwungen sahen, ihr Amt zurückzulegen. ...

Kla.TV deckte in der Sendung 'GEKAUFTE MEDIEN - GIFT FÜR DIE DEMOKRATIE' die enormen Verflechtungen zwischen Politik, den Chefredakteuren, Herausgebern und Redakteuren der größten österreichischen Medienhäuser auf. In den letzten Wochen und Tagen bestätigte es sich einmal mehr, daß Absprachen zwischen Politik und Medien im großen Stil ablaufen. Aufgrund der neuesten Enthüllungen mußten die ersten Chefredakteure ihr Amt zurücklegen.

Paukenschlag in Österreich!

Zuerst packte Thomas Schmid aus, der Ex-Generalsekretär des österreichischen Finanzministeriums und ein enger Vertrauter von Österreichs Ex-Bundeskanzler Sebastian Kurz. Am 19. Oktober 2022 legte er in Zusammenhang mit den Vorwürfen der Korruption zwischen Politik und Medien - welche vor einem Jahr zum Rücktritt von Sebastian Kurz führten - ein umfassendes Geständnis ab. 454 Seiten füllt die Niederschrift seiner Aussagen, mit denen er Österreichs Politiker und Medien erneut schwer belastet.

In den letzten Tagen wurden außerdem durch die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft Chat-Nachrichten zwischen Thomas Schmid und hochrangigen Journalisten publik. Sie offenbaren auch von dieser Seite die sehr engen Verbindungen zwischen Österreichs Medienhäusern und Politikern. Für eine gefällige Berichterstattung versprochen Politiker den Redakteuren Geldzuwendungen und begehrte Posten, beispielsweise im ORF.

Wo ist hier die notwendige Distanz der Medien als kontrollierende vierte Gewalt?

Der Inhalt besagter Chats belastet nicht nur den ORF 2-Chefredakteur Matthias Schrom so sehr, daß dieser mittlerweile zurücktreten mußte. Auch Rainer Nowak, der Chefredakteur und Herausgeber der Tageszeitung 'Die Presse sah sich nun gezwungen, von seinem Amt zurückzutreten.

Der Generaldirektor des ORF, Roland Weißmann, versuchte angesichts dieser Ereignisse vorerst zu beschwichtigen: "Die Glaubwürdigkeit der ORF-Nachrichten stehe weiterhin außer Zweifel." Doch die Optik dieser Absprachen ist für den ORF verheerend.

Auch der Leiter der Innenpolitikredaktion des ORF, Hans Bürger, berichtet im September 2022 von einer solchen versuchten Einflußnahme: "Es wird extrem interveniert. Also seit ich im Amt bin und in der "Zeit im Bild" kann ich sagen: Es ist praktisch fast jede Regierung gleich im Versuch, eine bestimmte Berichterstattung herbeizuführen."

Die derzeit in Auswertung befindlichen Chats könnten demnächst auch weitere Medienmacher in Bedrängnis bringen. ...<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 25. November 2022 (x1.200/...):

>>**Medienpsychologie am Beispiel der US-Polit-Eliten, der EU und Nazi-Deutschland**

"Edward Bernays Medienpsychologie am Beispiel der Polit-Eliten in den USA, Nazi-Deutschland und der EU" von Baron von Wertheim als Podcast vom diesjährigen Forum St. Georg, welches vom 12.-15. Juli stattgefunden hat.

Die Veranstaltungsreihe, in diesem Jahr unter dem Motto "Ein christliches Europa - Unser Weg aus der Krise", bietet immer wieder eine gute Gelegenheit zum akademischen Austausch zu aktuellen Themen in Politik, Gesellschaft und Kultur aus dem Blickwinkel der abendländisch-europäischen und katholischen Tradition.

Wer glaubt, daß die Methoden der Massen-Manipulation, Gehirnwäsche, Indoktrination und Medien-Diktatur neu sind, der muß sich auf die Spurensuche in die Zeit vor dem Eintritt der USA in den ersten Weltkrieg begeben. Dort haben internationale Machteliten vor mehr als 100 Jahren damit begonnen.

Genau die immer gleichen Eliten arbeiten bis heute mit den immer gleichen Methoden, heute noch verstärkt durch die Social-Media-Bubble. Einzig aufklärende Information, klarer Verstand, klares Bewußtsein und entschiedene Gegenwehr können diese allgegenwärtigen Manipulationen abwehren. Dieser Vortrag stellt eine erste Hilfestellung zur Bewußtwerdung und Bewußtseinsarbeit eines souveränen und manipulationsfreien katholischen Christen dar.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 26. November 2022 (x1.224/...):

>>**Die Schaumfabrik**

Hollywood ist nicht nur die weltweit einflußreichste Propaganda-Maschine, sondern auch ein Ort, an dem sich hinter der Glamour-Fassade die tiefsten menschlichen Abgründe auftun.

Von Tom-Oliver Regenauer

Ein Ort des Lichts und des Schattens. Die kalifornische Sonne glänzt auf den Hollywood-Lettern, die Hollywood-Hills, auf denen diese riesigen Buchstaben stehen, werfen indes weite Schatten. Das Mekka der Bewegtbild-Produktionen ist der weltweit größte Projektor, der in den Köpfen der Menschen Bilder, Ideale, Wunschvorstellungen, Utopien und Ängste entstehen läßt - selbstverständlich ganz im Sinne der mit der Traumfabrik eng verzahnten Finanz-Oligarchie. Es geht in den dort ansässigen Studios um weit mehr als die bloße Bepaßung eines weltweiten Publikums.

Es geht um die Zementierung von Macht - und das mit Hilfe der Macht der Bilder. Diese Scheinwelt kann selbstredend nur durch eine gewisse Geschlossenheit aufrechterhalten bleiben. Doch immer wieder gibt es prominente Ausreißer aus der Welt des Glanz und Glamour, die sich anschicken, die Welt über die Schattenseiten Hollywoods aufzuklären. Und nicht selten nimmt es mit diesen Ausreißern kein gutes Ende.

Teilweise werden sie vom massenmedialen Industriekomplex mit voller Breitseite attackiert - millionenschwere Sponsorenverträge und Bankkonten werden gekündigt, Auftritte gecancelt und Rufmordkampagnen initiiert. Immer wieder kommt es auch vor, daß kritische Stars und Promis plötzlich und unerwartet versterben. Es wird Zeit, einen Blick auf das zu werfen, was nur allzu häufig unter den roten Teppich gekehrt wird.

"Ich bin nur aus einem Grund hier in Hollywood: weil mir die moralische Standfestigkeit fehlt, das Geld auszuschlagen." (Marlon Brando)

Es war einmal ein kanadisch-amerikanischer Einzelhändler. Er wurde 1847 in Toronto geboren und machte später in den Vereinigten Staaten Karriere. Nachdem er zunächst in Chicago mit einem Eisenwarenladen sowie einem Süßwarengeschäft versucht hatte, Geld zu verdienen, sich jedoch zu Höherem berufen fühlte, wechselte er ins Immobiliengewerbe. Er wurde Lie-

genschaftsverwalter für die "Rock Island Railroad", wo er für die Landerschließung verantwortlich war und es schließlich bis in den Vorstand schaffte.

Hobart Johnstone Whitley, so sein Name, hatte es nach bescheidenen Anfängen zu etwas gebracht. Im Jahr 1893 zog er nach Kalifornien und ließ sich in Los Angeles nieder, wo er ein Jahr später ein Juweliergeschäft eröffnete. Irgendwann kaufte Whitley 480 Hektar unerschlossenes Land vor den Toren der damals vergleichsweise überschaubaren Metropole. Gerade einmal 18 Familien lebten zu diesem Zeitpunkt dort. Ödland sozusagen. Whitley jedoch sah vor seinem inneren Auge bereits eine neue Stadt auf der ruralen (ländlichen) Scholle entstehen, einen boomenden Vorort.

Seinen Namen erhielt das zu entwickelnde Brachland außerhalb von LA durch Daeida Wilcox, Tochter eines wohlhabenden Großgrundbesitzers, die zusätzliches Land für das Projekt zur Verfügung stellte. Daeida hatte von einem Landsitz in Illinois gehört, der den Namen "Hollywood" trug, und übernahm diesen kurzerhand für die neue Siedlung.

Wilcox gilt als offizielle Gründerin der Kommune und zeichnet für den Aufbau der kompletten initialen Infrastruktur der jungen Stadt verantwortlich. Rathaus, Postamt, Polizeistation, Stadtpark, Tennisclub und sogar zwei Banken. Daeida Wilcox war "Hansdampf in allen Gassen". Und H. J. Whitley schien den richtigen Riecher gehabt zu haben. Denn aus den einstmaligen 18 Familien auf grüner Wiese wurde rasch ein lebhafter Vorort.

Whitley kam zu Reichtum. Schon 1902, nur acht Jahre nachdem er ein paar hundert Hektar Pampa erworben hatte, baute er genau dort das legendäre "Hollywood Hotel" - am "Hollywood Boulevard". Ein Haus, das mit Ansiedlung der Filmindustrie ab 1910 zum mythenumrankten Hotspot der Prominenz avancierte.

Im Jahr 1912, als Oklahoma nach Zurückdrängung der Ureinwohner offiziell in die Vereinigten Staaten aufgenommen wurde, schlug man den Unternehmer Whitley gar als ersten Gouverneur des neuen US-Bundesstaates vor. Daeida Wilcox starb im Jahr 1914. Und auf dem ehemals bedeutungslosen Farmland entstand das sagenumwobene wie verrückte Zentrum der US-Filmindustrie. Bis heute dominiert Hollywood von diesem Fleckchen Erde aus den Weltmarkt und produziert prädiktive Blockbuster, die den Zeitgeist prägen.

Außer Kontrolle geratener Sündenpfuhl

Columbia Pictures, Warner Brothers., Paramount- und Universal-Pictures sowie die Walt Disney Company - jeder kennt die "Big Five" aus dem Vorspann seines Lieblingsblockbusters. Die fünf großen Studios. Und die zahlreichen Skandale um Stars und Sternchen, die seit jeher Titelseiten oder Klatschspalten füllen.

Die Storys reichen von simplen Affären über Betrug und Korruption bis hin zu Mord. Reichtum, Dekadenz, Maßlosigkeit und moralische Abgründe zeichnen retrospektiv das Bild eines außer Kontrolle geratenen Sündenpfuhls. Der Großraum Los Angeles war Schauplatz so manch eines realen Krimis, der sich im kollektiven Gedächtnis einbrannte.

Ob Charles Manson und seine Manson Family in den 1960ern, der Tod von "Blues Brother" John Belushi im Jahr 1982, der groteske Mordprozeß um O. J. Simpson Mitte der 1990er, der Tod von Michael Jackson im Juni 2009, der Tod von Paul Walker vier Jahre später oder der seltsame Autounfall von Anne Heche, die kurz vor ihrem tragischen Ableben im Sommer 2022 bekannt gab, eine Dokumentation über pädophile Machenschaften in Hollywood veröffentlichten zu wollen. Die "Stadt der Engel" scheint immer wieder die dunkelsten Seiten des Menschen zu Tage zu fördern.

In der Traumfabrik gibt es nichts, was es nicht gibt. Keine Vorstellung ist zu skurril, als daß sie in der Realität keine Entsprechung finden würde. Von wilden Orgien bei Jack Nicholson und Fetisch-Partys in speziellen VIP-Sex-Clubs über Drogen-Exzesse mit Charlie Sheen bis hin zu okkulten Praktiken und Satanismus. So grotesk, abstoßend und amoralisch die Umstände auch sein mögen, überrascht ist niemand mehr.

Die Gesellschaft hat sich damit abgefunden, ergötzt sich an den Skandalen. Am Leid anderer. Und die "Yellow Press" macht weiter Auflage - oder Clickbait - mit dem Schicksal, Unglück oder Tod der Hollywood-Prominenz und deren oft halbseidenem Umfeld in der milliarden-schweren Filmindustrie.

Daß man in LA als Nachwuchsschauspieler nur reüssiert, wenn man die richtigen Kontakte hat, welche sich oftmals erst über die sogenannte "Besetzungscouch" vertiefen, ist ebenfalls Faktum und weithin bekannt. Ethik und Moral machen einen Bogen um den kalifornischen Hotspot. An ihre Stelle treten Gier und Macht.

Die Filmindustrie, stets auf der Suche nach neuen Stars, zieht junge Menschen magisch an. Im Würgegriff ihres Geltungsdrangs machen sie alles, um zu jener winzigen Gruppe zu gehören, die sich von demütigenden Castings in die Sphären eines Superstars aufschwingt - zuallererst geben sie meist ihre Würde auf.

Noch vor fünf Jahren war der Sex- und Mißbrauch-Skandal um den Filmproduzenten Harvey Weinstein monatelang in aller Munde und gab der "MeToo-Bewegung" massiv Auftrieb, deren Enthüllungslawine gemäß New York Times vom 29. Oktober 2018 mehr als 200 einflußreiche Männer in Hollywood zu Fall brachte.

Neben Weinstein wurden auch Oliver Stone, Larry King, Sylvester Stallone, Richard Dreyfuss, John Travolta, Charlie Sheen, Steven Seagal, Russel Simmons, Nick Carter, Dustin Hoffman, Ben Affleck oder auch Kevin Spacey sexuelle Übergrifflichkeiten, Nötigung oder Vergewaltigung vorgeworfen.

Auch der notorische, unlängst unter fragwürdigen Umständen verstorbene Finanzbetrüger, CIA-Kollaborateur, Sexualstraftäter, Päderast und Menschenhändler Jeffrey Epstein tummelte sich gerne in der "Stadt der Träume". Seine linke Hand, die wegen Menschenhandel inhaftierte Industriellentochter Ghislaine Maxwell, sowie die bestens vernetzte New Yorker Publizistin Peggy Siegal sorgten dafür, daß Epstein Zugang zu den Top-Events der hiesigen High Society erhielt und auf den relevanten Gästelisten stand. Siegal galt in der Szene als "bester Weg, um sicherzustellen, daß ein Film einen Oscar gewinnt", weiß der Business Insider am 22. Juli 2019 zu berichten.

Ungeklärte Autounfälle als Todesursache

Pädophile Umtriebe sind allem Anschein nach keine Seltenheit im illustren Kreis der Leinwandhelden, ihrer Entourage und Produzenten. Nicht nur die vorgängig erwähnte Anne Heche hatte sich des Themas angenommen und wollte mittels einer Doku Licht ins sprichwörtliche Dunkel bringen, bevor ihr Elektroauto nach offiziellen Angaben und aus ungeklärten Gründen nicht mehr kontrollierbar war und sie ungebremst gegen eine Wand fuhr - eine Methode, von der die CIA noch 2017 prahlte, Gebrauch machen zu wollen, um unbemerkt "Sicherheitsrisiken" auszuschalten.

Auch Paul Walker wollte augenscheinlich mit Hollywood brechen, bevor er bei einem Auto-unfall starb. Wie Chester Benning, der 2017 durch Erhängen verstorbene Sänger der Band "Linkin Park", soll Walker daran gearbeitet haben, pädophile Machenschaften in der kalifornischen Filmindustrie aufzudecken. Gestorben ist 2019 auch der 42-jährige Schauspieler Isaac Kappy, der sich öffentlich gegen Kindesmißbrauch und satanische Sexualpraktiken mit Minderjährigen in Hollywood aussprach.

Von Mißbrauch im Kindesalter spricht auch der Schauspieler Corey Feldman. Im Jahr 2019 erzählte er dem Musikmagazin Rolling Stone ausführlich von seinen eigenen Erfahrungen. Bereits im Alter von elf Jahren sei er am Set eines Filmes zum Analverkehr mit Erwachsenen genötigt worden. "Das machen hier alle Jungs", offenbarte man ihm gegenüber. Sexuelle Handlungen mit Älteren seien normal und hälften dabei, im Netzwerk voranzukommen.

Die dunklen Geheimnisse Hollywoods beschränken sich allerdings nicht auf den offenbar institutionellen Mißbrauch von Individuen. Die Traumfabrik nimmt auch gezielt Einfluß auf das

Kollektiv. Und zwar unter Ägide der Regierungen in Washington und London. Analysen zeigen nach Angaben der englischen Zeitung The Independent, daß mehr als 1.100 Spielfilme, die im Mekka des Blockbusters produziert wurden, Finanzmittel des "Pentagon", also des US-Verteidigungsministeriums erhielten. 900 davon seit 2005.

Mindestens 410 Produktionen wurden in Bezug auf Handlung, Darstellung und "Social Impact" direkt vom Militärapparat beeinflußt oder überwacht. Gemäß deklassifizierten Dokumenten der US-Regierung sind es vermutlich doppelt so viele. Diverse Leitmedien berichteten noch im Jahr 2017 ausführlich über die ungesunde Nähe zwischen Hollywood, den Geheimdiensten und dem US-Militär.

Die wirkungsvollste Propaganda-Maschine der Welt

Die Vermutung liegt auf der Hand, daß der militärisch-industrielle Komplex das Medium Film nutzt, um seine manipulativen Propaganda-Botschaften unterschwellig zu verbreiten und die Bevölkerung großflächig zu indoktrinieren. Nicht umsonst erscheint manch ein Film im Rückblick seltsam prophetisch. Es handelt sich um Social Engineering mittels normativer Fiktion und "Predictive Programming", wie Ken Ammi in seinem Buch "Transhuman Hollywood" aus dem Jahr 2019 erklärt.

"Hollywood ist ein Ort, an dem sie dir tausend Dollar für einen Kuß bezahlen und fünfzig Cents für deine Seele." (Marilyn Monroe)

Die visuelle Erfahrung am Bildschirm bereitet den Menschen auf das Kommende vor, auf das Geplante, indem man ihm Denkmuster und Handlungsschablonen vor Augen führt, die er im Falle eines entsprechenden Ereignisses nachahmen soll. Schon Edward Bernays, Neffe von Sigmund Freud und seit dem Jahr 1928 dank seines gleichnamigen Buches Vater der professionellen Propaganda, nannte Hollywood "die größte und wirkungsvollste Propaganda-Maschine der Welt".

Der Plot der großen Titel folgt zudem stets hegemonialen Narrativen des angloamerikanisch dominierten Imperialismus und vermittelt so automatisch die eindimensionale Weltansicht des Wertewestens.

Siehe Sean Penn, Schauspieler und ehemaliger Ehemann von Madonna, der vergangene Woche zum wiederholten Male nach Kiew reiste. Dieses Mal, um Pandora-Papers-Präsident Selenskyj medienwirksam einen seiner beiden Oscars zu übergeben - und damit Bilder zu erzeugen, die den NATO-Kurs unterstützen.

Auch George Clooney engagiert sich - wie unzählige andere VIPs - für die Organisationen des globalisierten Kapitals. Seit 2006 unterstützt er die Vereinten Nationen (UN), unter anderem in puncto Darfur und Tschad. Oder Angelina Jolie, die 2007 Mitglied des berüchtigten "Council on Foreign Relations" (CFR) wurde und Sonderbotschafterin des UNHCR (United Nations High Commissioner for Refugees) ist.

Darüber hinaus existieren Belege für Gespräche und geheime Meetings der Schauspielerin mit der CIA und dem Chef des englischen Geheimdienstes MI6. In der Zeitung The U.S. Sun äußert sich im Januar 2021 ein Experte, der nach Sichtung aller vorliegenden Indizien zum Schluß kommt, daß Angelina Jolie als Spionin aktiv ist.

So verändern unsichtbare Kräfte im Hintergrund schillernder Bilderwelten die subjektive Wahrnehmung der Realität. Gesellschaftliche Strukturen und Kernprozesse sind betroffen, mutieren schleichend unter dem sanften Druck des bewegten Bildes. Daher sind heute weder der Marlboro-Man noch Uncle Ben's Reis oder der mit leicht bekleideten Models aufgehübschte Würth-Kalender noch gesellschaftlich akzeptabel. Dagegen sind es Krieg für Frieden und die verfrühte Sexualisierung von Kindern, wie das von Wokeness usurpierte Schulsystem oder auch Netflix mit kontroversen Serien zeigt.

Die latente Aversion der wertewestlichen Bevölkerung gegen Rußland oder arabische Länder wird ebenfalls zu einem gewissen Grad darauf zurückzuführen sein, daß diese in beinahe allen

Thrillern mit entsprechendem Handlungsstrang den Bösewicht stellen.

So nimmt Hollywood subtil Einfluß auf die Art und Weise, wie Menschen ihre Umwelt, ihren Lebensraum, den jeweiligen Kulturkreis, ihre Gesellschaft und ihre Zukunftsoptionen wahrnehmen. Vom "Product Placement", sprich verdeckter Werbung großer Konsummarken mal ganz abgesehen, die in beinahe jedem Streifen unbewußte Kaufanreize setzen soll.

Bis zu diesem Punkt handelt es sich jedoch eher um oberflächliche, recht offensichtliche Beispiele, die vor Augen führen, wie sich Zeitgeist, Popkultur und Konsumverhalten über audiovisuelle Indoktrination nachhaltig verändern. Und zwar ohne, daß der Souverän aktiv für diese Transformationsprozesse votiert hat.

Bilder sind im postfaktischen Medienzeitalter eine Waffe. Eingesetzt werden sie gegen den Primärfeind des technokratischen Neofeudalismus - die eigene Bevölkerung. Denn entgegen landläufiger Annahmen investieren die Verteidigungsministerien der Welt einen Großteil ihrer Budgets in die Bekämpfung "interner Bedrohungslagen". In asynchrone Kriegsführung gegen das eigene Volk. Nicht für den Weltfrieden.

NASAs Erforschung militärischer Projekte

Im Falle der USA verdeutlicht das eine Präsentation des NASA-Wissenschaftlers Dennis Bushnell aus dem Jahr 2001, die sich auf 113 Seiten fast ausschließlich diesem Thema widmet - und den Beginn des "Zeitalters der NANO-Technologie" bezeichnenderweise präzise auf das Jahr 2020 terminiert. Gefolgt von Disruption und massiven sozialen Verwerfungen, die Bushnell schon vor zwei Dekaden dazu veranlaßten, für das Jahr 2025 eine neue Gesellschaftsform zu prophezeien.

In Anbetracht von Bushnells Forschungsauftrag bei der Weltraumagentur wird deutlich, warum 80 Prozent der NASA-Ressourcen in militärische Projekte fließen, anstatt in die Erkundung der unendlichen Weiten des Alls - und warum die US-Regierung diese Projekte bevorzugt hinter der unschuldig weißen Fassade von "Space-Shuttles" und Mond-Missionen versteckt, anstatt sie vom Pentagon betreuen zu lassen.

Die wenigen öffentlich verfügbaren Vorträge des NASA-Urgesteins, das seit den Apollo-Programmen bei der US-Raumfahrtbehörde angestellt ist, sind verstörend. Gegen Dennis Bushnells Visionen von Transhumanismus und psychologischer Kriegsführung wirkt der von der Abschaffung des Homo sapiens räsonierende "WEF-Vordenker" Yuval Noah Harari stellenweise harmlos. Am Forschungsfeld von Dennis Bushnell, dessen Büro nicht am Welt-raumbahnhof "Cape Canaveral", sondern im Langley Research Center der NASA liegt, nur einen Steinwurf vom CIA-Hauptquartier entfernt, wird deutlich, welche Bedrohungslage der interne Feind für den Machtapparat Staat darstellen muß.

Daher liegt Bushnells Fokus wohl auf "Trojan Horse Civilian Systems" - auf Waffensystemen, die als zivile Projekte ausgerollt werden. Zum Beispiel im Gesundheitswesen. Identische strategische Ziele verfolgt die amerikanische DARPA (Defense Advanced Research Projects), wo die mRNA-Technologie beispielsweise seit Jahren in der Kategorie "Biowaffen" erforscht wird. Der mRNA-Impfstoffhersteller Moderna kann durchaus als "Spin-off" des Verteidigungsministeriums verstanden werden. Das Unternehmen verwertet die für das Militär entwickelten Patente als Plattform-Technologie für die COVID-19-Injektionen und erhält weiterhin Millionenbeträge von der DARPA.

"Public Private Partnerships" wie in Hollywood. Denn die Filmindustrie ist - genau wie Big Pharma, Big Tech, die Telekommunikationsbranche und die Energiewirtschaft - vom militärisch-industriellen Komplex korrumpiert. Im "Stakeholder-Kapitalismus" unserer Zeit agiert die Konzern-Oligarchie als verlängerte Werkbank des Staates. Als ökonomisch-digitale Exekutive des technokratischen Herrschaftsmodells. So verwundert es kaum, daß einflußreiche Kreise die inszenierte Bilderwelt Hollywoods auf perfide Art instrumentalisieren, um ihre Social Engineering-Bemühungen zu befruchten.

Radio, Fernsehen, Kino, PC und Smartphone sind die Massenvernichtungswaffen des Medienzeitalters.

Wie weit die amoralische Regentenkaste im Showbusiness geht, um die Schimäre, die man der Menschheit als Realität darbietet, nicht entzaubern zu lassen, zeigt exemplarisch die Causa "Kanye West". Der amerikanische Produzent, Rapper und Designer, der sich mittlerweile nur noch "Ye" nennt, ist einer der erfolgreichsten Superstars unserer Ära und zwischenzeitlich vielleicht der reichste Afroamerikaner aller Zeiten.

Bis vor Kurzem war er mit der Selfie-Seuche Kim Kardashian liiert, von der man bis heute nicht weiß, wie sie überhaupt einen derartigen Bekanntheitsgrad erlangen konnte. Was "Ye West" anfaßte, wurde zu Gold. Zumindest bisher.

Denn seit er nach eigener Aussage im Jahr 2019 zu Gott gefunden hat und seither immer offener und unerschrockener das Establishment sowie die Musikbranche kritisiert, die mRNA-Injektion als Zeichen Satans bezeichnet, sich gegen zentralistische Massenmedien ausspricht und klare Kante gegenüber der internationalen Hochfinanz zeigt, jagt ein Shitstorm den nächsten. Grammy-Auftritte werden abgesagt, Social-Media-Dienste wie Twitter und Instagram sperren ihn regelmäßig, Großkonzerte werden gecancelt, Dokumentationen nicht ausgestrahlt, Marken wie Adidas, Gap oder Balenciaga beenden einseitig ihre lukrativen Kollaborationsverträge mit dem Weltstar, J. P. Morgan sperrt ihm das Bankkonto. Das System hat ihm den Krieg erklärt.

Um herauszufinden, wer Dich beherrscht, finde einfach heraus, wen Du nicht kritisieren darfst.

Zugegeben: Seine Kritik ist wenig differenziert, plumpfüßig formuliert und zu oberflächlich. Denn Ye bezichtigt "von Juden kontrollierte" Medien, Bankenkartelle und Pharmakonzerne der Verschwörung gegen die Menschheit und macht seine berechtigte Kritik am Monopolismus damit zur Zielscheibe für die locker sitzende Antisemitismus-Keule. Diese trifft ihn derzeit zu Recht, weil es seiner eindimensionalen Argumentation schlicht an Substanz mangelt. Er hätte ein paar Bücher lesen sollen, bevor er das gesamte System korrupter Oligarchie vor den Augen der Welt herausfordert.

Dennoch: Tatsächlich sitzen in den Vorstandsetagen der US-Musik- und Medien-Branche vornehmlich Menschen jüdischer Abstammung und verdienen viel Geld mit Rap-Musik, die das reale Schicksal weiter Anteile der schwarzen Bevölkerung in Ghettos und Gefängnissen als coolen "Gangster-Lifestyle" glorifiziert. Das hatte im Jahr 2017 auch schon der afroamerikanische Musiker Lupe Fiasco in einem seiner Texte kritisiert. Richtig ist auch, daß jüdische Bankiers zu den einflußreichsten Menschen der Welt gehören und das US-Finanzsystem von Angehörigen der entsprechenden Religion dominiert wird.

Trotzdem ist es töricht und eindimensional, Religion oder Ethnie für jene Zustände verantwortlich zu machen, die Ye derzeit so furchtlos ins Licht der Öffentlichkeit zerrt. Der Superstar verkennt, daß nicht Glaubensbekenntnisse die kriminellen Korporatisten antreiben, sondern Gier. Eine Motivation, die weder politische Spektren noch rote Linien oder moralische Koordinatensysteme kennt.

Ye war schon im Jahr 2016 "ausgeschert", hatte seinem Frust über die Musikindustrie und so manchen Mainstream-Musiker freien Lauf gelassen, seine Meinung über soziale Mißstände ungefiltert kundgetan. Darüber hinaus sorgte er bereits zu diesem Zeitpunkt für Kopfschütteln im Kreis seiner Künstlerkollegen sowie in der "Black Community", als er bekannt gab, Donald Trump statt Hillary Clinton als Präsidentschaftskandidaten unterstützen zu wollen.

Der Unmut, den Ye mit seinem Verhalten in einflußreichen Kreisen erzeugte, wurde ihm scheinbar zum Verhängnis. Nach offizieller Lesart leidet der Superstar nämlich seit 2016 unter mentalen Problemen. Man diagnostizierte ihm eine bipolare Persönlichkeitsstörung, sagt ihm seither nach, nicht zurechnungsfähig und im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte zu sein. So

landete er im Jahr 2016, von einer Horde Paparazzi und der hiesigen Klatschpresse belagert, in der Psychiatrie.

Seine Darstellung in den Medien wirkt seitdem kontrovers. Von "Everybody's Darling" zum wirren Freak. Die Einlieferung in die psychiatrische Klinik, eine Zwangsmaßnahme, die Ye in Anbetracht der Handschellen, die er beim Abtransport trug, offensichtlich ablehnte, veranlaßte sein "Personal Trainer" - Harley Pasternak - der die entsprechenden Anrufe tätigte und den Künstler entmündigt zu Hause abführen ließ.

Der Mann hinter der Fassade

Doch wer ist Harley Pasternak? Wie kommt er in die Position, seinen prominenten Kunden einweisen und unter Psychopharmaka setzen zu lassen? Ein genauerer Blick auf die Vita des vermeintlichen Fitneß-Coachs schafft Klarheit und zeigt, wie das "System Superstar" in Hollywood funktioniert. Denn Ye ist nicht der einzige weltbekannte Kunde von Pasternak. Folgt man dem Narrativ der Leitmedien ist dieser nichts weiter als ein sehr erfolgreicher Fitneßtrainer und Ernährungsspezialist. Bis vor wenigen Tagen konnte man auf Pasternaks mittlerweile archivierter Wikipedia-Seite noch nachlesen, daß er unter anderem die folgenden Superstars betreut:

"Adam Levine, Lady Gaga, Kim Kardashian, Kanye West, Megan Fox, John Mayer, Amy Schumer, Ariana Grande, Jessica Simpson, Julianne Hough, Robert Pattinson, Pusha T, Katherine Langford, Gwyneth Paltrow, Brad Falchuk, Jordana Brewster, Tobey Maguire, Rihanna, Mac Miller, Jennifer Hudson, Gwen Stefani, Usher, Jack Black, Common, Seth Rogen, Robert Downey Jr., Halle Berry, Amanda Seyfried, Kate Beckinsale, Bono, Milla Jovovich, Alicia Keys."

Ein beeindruckender Kundenstamm. A-Promi-Portfolio. Man möchte annehmen, der Mann und sein Umfeld seien stolz auf den illustren Kreis von Weltstars, der sich von ihm beraten oder trainieren läßt. Um so erstaunlicher ist es, daß die gesamte vorgängig zitierte Kundenliste zwischenzeitlich aus seinem Wikipedia-Eintrag gelöscht wurde und nur noch über www.archive.org aufrufbar ist.

Der Verdacht drängt sich auf, daß entsprechenden Interessengruppen daran gelegen ist, seinen Einfluß auf die genannten Superstars herunterzuspielen. Denn Pasternak ist keineswegs nur einfacher Fitneßtrainer. Das zeigen verschiedene Kurznachrichten von Pasternak an Ye, die der Künstler jüngst, also kurz vor Bearbeitung von Pasternaks Wikipedia-Eintrag, auf seinem Twitter-Account publik machte. In einer dieser Nachrichten schreibt Pasternak:

"Ich werde Dir auf die ein oder andere Weise helfen. Zuerst sitzen Du und ich für eine nette und offene Konversation zusammen. Aber alles, was gesagt wird, basiert auf Fakten, nicht auf irgendwelchem dummen Scheiß, den Dir irgendein Freund erzählt hat oder den Du auf Twitter gesehen hast. Die zweite Option ist, daß ich Dich wieder einweisen lasse, wo man die Scheiße aus Dir herausbehandeln wird - und Du gehst für immer zurück nach Zombieland. Spieltage mit den Kindern werden danach einfach nicht mehr das Gleiche sein."

In einer anderen Nachricht drohte der 45-jährige Pasternak, er würde dafür sorgen, daß man Ye die Kinder ganz entzieht, sollte dieser "die Wahrheit ans Licht bringen wollen". Dieser aggressive Duktus vermittelt nicht unbedingt den Eindruck einer klassischen Kunden-Lieferanten-Beziehung. Und das hat seine Gründe, wie Pasternaks Berufslaufbahn verdeutlicht. Denn vor seinem sagenhaften Erfolg als Hollywood-VIP-Coach arbeitete Pasternak für das kanadische Verteidigungsministerium. Genauer gesagt für die DRDC (Defense Research and Development Canada).

Dort war er im "Defense and Civil Institute for Environmental Medicine" tätig, einer Forschungseinrichtung des Militärs, die sich mit Bewußtseinskontrolle und -manipulation befaßt und schon seit den 1950er Jahren eng mit den US-Geheimdiensten kollaboriert - unter anderem in Bezug auf das mittlerweile weithin bekannte und illegale MKUltra-Programm der CIA

zur Bewußtseinskontrolle (Central Intelligence Agency), welches die beiden Organisationen vor knapp 70 Jahren sogar zusammen mit dem englischen Geheimdienst MI6 ins Leben riefen.

Pasternak war primär zuständig für Menschenversuche mit Drogen. In Interviews berichtet er selbst davon, wie seine Abteilung mit Stoffen experimentierte, die Soldaten das Schlafbedürfnis nehmen und sie über Tage hinweg wach halten sollten, ohne daß dabei nennenswerte Einbußen der Konzentrationsfähigkeit zu verzeichnen sind. Andere Experimente beschäftigten sich nach Pasternaks Angaben mit Chemikalien, die Gedächtnisverlust auslösen oder die Persönlichkeit des Probanden ändern. Exakt jene Symptome also, unter denen Ye im Jahr 2016 litt, als Pasternak ihn einliefern ließ. Das erklärt wohl, was der vermeintliche Fitneßtrainer unter dem von ihm verwendeten Begriff "Zombieland" versteht.

In einem aktuellen, über drei Stunden andauernden Interview beschreibt Ye, wie das "System Superstar" funktioniert. Authentisch, emotional und ungehemmt. Er erklärt, wie man ihn jahrelang manipulieren, formen und beeinflussen wollte. Wie man ihm den Mund verbot, ihm die Familie zerstörte.

Und wie Pasternak rabiateren Maßnahmen ergriff, als sich der zunehmend selbstbewußtere Künstler der anhaltenden Subversion verweigerte.

Man muß Ye nicht mögen. Man muß seine Meinung nicht teilen. Aber man muß sie aushalten. Denn auch wenn sein Informationsstand zu wünschen übrig läßt, seine Rhetorik oft mit Schlichtheit glänzt und sein Ego ihm im Wege steht - es gibt ein Recht auf Meinungsfreiheit. Und er ist auf der richtigen Spur. Auch wenn Korruption, Imperialismus und Monopolismus nicht auf eine Glaubensrichtung oder Ethnie einzugrenzen sind. Denn die Mächtigen haben nur einen Gott: Mammon.

Zudem muß man einem Menschen Respekt zollen, der in Zeiten inzestuöser Kunst, kupierter Debattenräume und Diskurskontamination zu seinen Überzeugungen steht. Der nicht den Kopf einzieht und sich der Karriere zuliebe dem Kollektiv unterordnet. Der nicht devot den Anweisungen seiner Financiers folgt und seine Reputation, seine Geschäftsbeziehungen, seinen Reichtum, seine Familie und schlußendlich sein Leben zur Disposition stellt, um für offenen Diskurs, Wahrheit und Frieden zu kämpfen.

Als ihn ein Fan vor wenigen Tagen fragte, wie er zu seiner jetzigen Situation stehe, entgegnete Ye:

"Mich können sie nicht kontrollieren! Sie konnten Lebron James kontrollieren, ... sie konnten Jay - Z und Beyonce kontrollieren. Mich können sie nicht kontrollieren! Schau, es gibt keinen Namen, den ich nicht nenne. Es geht ab. ... Da ist Gott. Das ist der Einzige, dem ich diene. Meine Mutter ist nicht hier. Meine Mutter wurde geopfert. Michael Jordan, was ist mit ihm? Sein Vater. Richtig? Bill Cosby, sein Sohn? Richtig? Dr. Dre. Sein Sohn? Wenn Du in Hollywood bist, da werden ganz schön viele Leute vermißt. Es fühlt sich an, als ob so etwas sehr häufig passiere, um zu kontrollieren, zu traumatisieren. Die wollen monetarisieren und traumatisieren."

Traum(a)fabrik Hollywood. Toxisch für Künstler wie Publikum. Nun dürfte Harley Pasternak nicht der einzige "Handler" sein - aus dem Englischen frei übersetzt: Mann fürs Grobe -, der sich darum kümmert, störrische Superstars auf Linie zu halten. Vergleichbare Vorgänge gibt es zuhauf.

Die Scheinwelt des Promi-Olymp erfordert strikte Kontrolle. Nur so ist die mühsam konstruierte Parallelwelt hinter der Kinoleinwand aufrecht zu erhalten - und die Zivilisation im Zaum. Denn ohne mediale Indoktrination, den omnipräsenten Bildschirm, Propaganda-Posaunen und das suggestive Postulat von unentdeckten Weiten, dem Erzfeind, Utopia oder einem besseren Leben, wäre die Welt eine andere.

Womöglich würde sich der Homo sapiens ohne oktroyierte Zerstreung wieder auf das We-

sentliche konzentrieren - und das hat mit Geld, Macht und Krieg nun einmal wenig zu tun.

"Filmemacher sollten bedenken, daß man ihnen am Tag des Jüngsten Gerichts all ihre Filme wieder vorspielen wird." (Charlie Chaplin)

Tom-Oliver Regenauer, Jahrgang 1978, war nach betriebswirtschaftlicher Ausbildung in verschiedenen Branchen und Rollen tätig, unter anderem als Betriebsleiter, Unternehmens- und Management-Berater sowie internationaler Projektmanager mit Einsätzen in über 20 Ländern. Seit Mitte der 90er-Jahre ist er zudem als Musikproduzent und Texter aktiv und betreibt ein unabhängiges Plattenlabel. Der in Deutschland geborene Autor lebt seit 2009 in der Schweiz. Zuletzt erschien von ihm "Der Elefant im Raum: Das zweite Jahr 'New Normal' unabhängig kommentiert". <<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 30. November 2022:
>>**Der große Knall: Degussa feuert Krall**

Von *Sven Reuth*

Der Goldhändler Degussa trennt sich von einem der bekanntesten freiheitlichen Denker im deutschsprachigen Raum. Politische Gründe dürften dafür ausschlaggebend gewesen sein. ...

Kaum jemand analysierte in den vergangenen Jahren den Weg in den Abgrund, der mit der Gelddruckerei der EZB beschriftet wird, so gründlich und schonungslos wie der liberale Denker Markus Krall. Die Europäische Zentralbank kritisierte er sogar einmal wegen ihrer Niedrigzinspolitik als "Maschinenraum des Völkermords". ...

Nun wurde der streitbare Libertäre von seinem Arbeitgeber, dem Goldhändler Degussa, für den er als Sprecher der Geschäftsführung gearbeitet hatte, freigestellt. Branchenkenner sind sich sicher, daß politische Gründe für diese Entscheidung maßgeblich waren.

Großer wirtschaftlicher Erfolg

Krall galt als Kandidat des im vergangenen Jahr verstorbenen früheren Degussa-Eigners August von Finck junior, der Krall 2019 vermutlich auch gerade wegen dessen politischen Einstellungen geholt hatte. August von Finck junior galt als überzeugter National-Freiheitlicher, der auch großzügige Spenden an die AfD geleistet haben soll.

Der neue Degussa-Eigner August François von Finck soll allerdings mit dem libertären Gedankengut seines Vaters wenig anfangen können, weshalb Branchenkenner sich auch wenig überrascht über die Freistellung Kralls zeigten. An den Degussa-Geschäftszahlen, die unter der Ägide Kralls erwirtschaftet wurden, kann es jedenfalls nicht gelegen haben. Als Manager war Krall nämlich äußerst erfolgreich.

Laut dem letzten verfügbaren Jahresabschluß von 2020 steigerte Krall den Jahresüberschuß von 5,8 Millionen Euro auf 43,3 Millionen Euro. Das entspricht einem Anstieg um mehr als 600 Prozent, obwohl die Umsätze gegenüber dem Vorjahr von 2,5 Milliarden Euro auf 2 Milliarden Euro zurückgegangen waren. Informierte Kreise vermuten, daß August François von Finck das derzeit vor Kraft nur so strotzende Unternehmen nun zu einem günstigen Preis verkaufen könnte.

Auf seinem Twitter-Account entfaltet Krall weiterhin eine rege Tätigkeit. So schrieb er dort unter anderem:

Krall dementierte danach allerdings, daß er sich mit dieser Aussage auf seine eigene persönliche Situation beziehen wolle. In Zukunft dürfte der promovierte Volkswirt wieder mehr Zeit für seine publizistische Tätigkeit haben, was zumindest seine zahlreichen Leser erfreuen dürfte.

Wer nicht mit den Wölfen heult, wird aussortiert: In COMPACT-Spezial "Politische Verfolgung" haben wir zahlreiche Fälle dokumentiert. Lesen Sie, wie das Regime Oppositionelle totschießt, cancelt oder sogar kriminalisiert und wegsperret. Unser großer Augenöffner, der die BRD-Diktatur demaskiert. ...<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 2. Dezember 2022 (x1.189/...): >>**Polizei**staat Deutschland: Hausdurchsuchungen mit Spezialeinheit und Blendgranaten wegen "Haßrede im Internet"

Der linke Polizeistaat von SPD-Innenministerin Nancy Faeser schlägt erneut mit voller Härte zu. Ziel waren erneut Regierungskritiker und freiheitsliebende Bürger quer durch das Land. Unter den Vorwänden der Verbreitung von angeblicher "Haßrede im Internet" sowie Volksverhetzung und üble Nachrede wurde bundesweit 90 Wohnungen in 14 Bundesländern von Sondereinsatzkommandos gestürmt und durchsucht!

Blendgranaten gegen Rentner?

In Berlin schrieb etwa die Berliner Zeitung zu den Gestapo-artigen Razzien: "Haß im Internet: Große Polizei-Razzia in Berlin, SEK im Einsatz. Rund 70 Polizisten durchsuchten am Mittwoch mehrere Wohnungen im Stadtgebiet. Der Einsatz war Teil eines bundesweiten Aktionstages gegen Haßpostings."

Wie auf einem Video zu sehen ist, welches der Redaktion zugespielt wurde, gingen die Einsätze mit Waffengewalt von statten. Und das wegen Postings im Internet! Zu sehen ist die Erstürmung der Wohnung eines Rentners mittels Blendgranaten. Die Polizei brüllt den Mann an, die Hände nach oben zu halten. Verwirrt und sichtlich geschockt öffnet der ältere Mann sein Fenster und ergibt sich dem SEK:

Polizei verhöhnt Betroffene auf Twitter

Von Zynismus und politischen Gehorsam zerfressen, verhöhnte die deutsche Polizei ihre potentiellen Opfer auch noch via Twitter. So schrieb man zu den geplanten Hausdurchsuchungen "Klopf Klopf-Witze", postete linke Kampfparolen wie "Haß ist keine Meinung" und schrieb davon, daß man den Opfern das "Angebot von Vernehmungen" unterbreite.

Ähnliche Vorgehen gab es freilich nie und wird es auch nie geben im Zusammenhang mit Haß und Hetze gegen impffreie Menschen und der Diskriminierung und Polizeigewalt, die sie in den letzten Jahren erfahren mußten.

Ex-Bild-Chefredakteur Julian Reichelt kommentierte den Zynismus der Staatspolizei treffend: "Niemand möchte (noch mal) in einem Land leben, in dem eine politisierte Polizei Menschen mit nächtlichem Klopf, Klopf, Klopf droht. 'Haß ist keine Meinung' ist eine linke Kampfparole. Eine Polizei mit Kampfparolen braucht dieses Land nie wieder. Das ist furchterregend."<<

Das Onlineportal "Unser Mitteleuropa" berichtete am 2. Dezember 2022 (x1.191/...): >>**"Zentrale Medienaufsichtsbehörde" als 'Großer Bruder': So plant die EU die Pressefreiheit-Abschaffung**

Mit dem Argument die abnehmende Pressefreiheit in der EU zu retten, plant Brüssel derzeit eine, von Frau von der Leyen angeregte zentrale Medienaufsichtsbehörde, die die Pressefreiheit de facto selbst abschafft. Die EU überzieht Elon Musk, der angetreten ist, die Meinungsfreiheit auf Twitter wiederherzustellen, bereits mit handfesten Drohungen.

Von *DAVID BERGER*

Daß man in Deutschland schon seit längerem Demokratie und Rechtsstaat aushöhlt mit dem Anspruch dadurch die Demokratie zu retten, ist nicht neu. Eine ähnliche Strategie legt nun auch die EU an, die mit einem neuen "Medienfreiheitsgesetz" angeblich die Pressefreiheit in Ländern wie Polen und Ungarn retten möchte.

Medienfreiheit auch in Deutschland in großer Gefahr

Fakt ist: Seit geraumer Zeit - besonders stark zunehmend im Rahmen der Corona-Hysterie und nun des Ukraine-Konflikts konstatieren Studien und Fachleute einen bedenklichen Rückgang der Pressefreiheit in vielen Ländern der EU. Der sog. Rule of Law Report und der Media Pluralism Monitor der EU kommen erstaunlicherweise beide zu dem Schluß, "daß die Freiheit und Unabhängigkeit der Medien in der EU in Gefahr ist."

Dagegen will die Europäische Kommission nun mit dem sog. European Media Freedom Act

(EMFA), den von der Leyen bereits 2021 vollmundig in einer Rede an die Nation als Lösung dieses Problems angekündigt hatte, vorgehen.

Auch Polen und Ungarn im Visier

Daß von der Leyen dabei v.a. Länder wie Polen oder Ungarn im Visier hatte, war überdeutlich. Man konnte also bereits ahnen, wie wenig es hier wirklich um Freiheit, vielmehr um zentralisierte Kontrolle und Zensur ging. Ganz abgesehen davon ist solch ein Plan ein gigantischer Tabubruch: Eine zentrale Medienaufsichtsbehörde, die von Brüssel aus auch noch von der nicht gewählten EU-Kommission geleitet wird bricht selbst mit allen Prinzipien der Pressefreiheit.

Nirgends in den Verträgen, die die EU begründen, ist eine solche Kontrolle vorgesehen, ja sie wird abgelehnt:

"Mitgliedstaaten haben das höchstempfindliche Feld der Medienpolitik stets als ihre alleinige Zuständigkeit verstanden. Der EMFA stellt also einen Paradigmenwechsel dar."

Für die EU ist Abschaffung der Pressefreiheit Chefsache

Zutreffend, wenn auch noch verhältnismäßig zurückhaltend äußern sich dazu Helmut Verdenhalven und Philippe Meistermann vom Bundesverband Digitalpublisher und Zeitungsverleger (BDZV):

"Die EU-Kommission wählt als Reaktion (auf die abnehmende Pressefreiheit in der EU) einen Weg, der das Gegenteil des Nötigen erreichen wird. Statt jenen Staaten, die Medienfreiheit nicht gewährleisten, mit den vorhandenen durchaus scharfen Werkzeugen des EU-Rechts zu begegnen, soll ein Regulierungskorsett für Medien überall in Europa geschnürt werden."

Kurzum: In Brüssel scheint man nach dem Motto zu verfahren: Wenn die Pressefreiheit in vielen Ländern den Bach runtergeht, dann schaffen wir sie doch ganz nach unseren Regeln und unter unserer Regie ab.

EU droht Musk schon jetzt mit Zensur von Twitter

Wie sehr man die Überwachung der europäischen Medien von Brüssel aus forciert, zeigt gut, daß man bei der EU rot sah, als E. Musk Twitter übernahm und ankündigte, dort die Meinungsfreiheit wieder herzustellen: So einfach dürfe er das nicht, für große digitale Plattformen gebe es in Europa ganz bestimmte Regeln, ließ man Musk wissen:

"Als Musk nach seinem Deal verkündete, der Vogel sei befreit - in Anspielung auf das Markenzeichen des Kurznachrichtendienstes - antwortete Breton für die Europäische Kommission unmißverständlich: 'Der Vogel fliegt nach unseren Regeln.' Und diese Regeln, so Breton, gälten für alle Plattformen, die auf dem europäischen Kontinent tätig sein wollten."

Dieser Beitrag erschien erstmalig auf PHILOSOPHIA PERENNIS unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.<<

Das deutsche Onlinemagazin "Rubikon" berichtete am 7. Dezember 2022 (x1.219/...):

>>Kriegsmedien und Medienkriege

Krieg und Medien standen schon immer in einem besonderen Verhältnis zueinander.

Von *Klaus Wieglerling*

Die Kriegsszenarien, die derzeit die Welt heimsuchen, sind von gegensätzlichen Tendenzen geprägt. Es mehren sich die sogenannten chirurgischen Unternehmungen ebenso wie die barbarischen Entladungen. Der Krieg zwischen Staaten ist längst nicht mehr die Norm kriegerischer Auseinandersetzungen. Kriege finden heute weniger zwischen Nationen als vielmehr zwischen unversöhnlichen ökonomischen und kulturellen Gegensätzen statt, die oft nicht mehr national gedeutet werden können.

Die archaischen, irrationalen Fundamente der kriegerischen Auseinandersetzung scheinen mehr denn je wieder sichtbar zu werden. Clausewitz' Überlegungen zum Krieg als bloße "Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" scheint angesichts der derzeitigen Kriegsszenarien eine sehr europäisch-rationalistische, ja idealistische Idee zur Bändigung archaischer Ur-

gewalten zu sein. Und auch die Beurteilung des Krieges nach seiner ökonomischen Disposition ist bereits ein Ausdruck seiner Rationalisierung.

Mediale Dispositionen haben wohl schon in den ersten kriegerischen Unternehmungen der Menschheitsgeschichte eine Rolle gespielt, insofern jede Form von Waffentechnik, jede Form der organisierten Auseinandersetzung als medialer Ausdruck begriffen werden kann. Medien sind ja Distanzierungsmittel zum Zwecke, Dinge besser in den Blick zu bekommen; und sie sind Orientierungsmittel und damit auch Mittel zur Organisation von Realität, so auch der Realität kriegerisch handelnder Gemeinschaften. Dennoch hat diese mediale Disposition in der Gegenwart eine gewandelte Bedeutung.

Kriege sind selbst mediale Ereignisse geworden: massenmedial und medientechnologisch.

Daß Kriege immer schon mit Weisen propagandistischer Artikulation verbunden sind, ist keine neue Erkenntnis, ebensowenig, daß mediale Techniken, also Beschleunigungs- und Verbergungstechniken, Informations- und Kommunikationstechniken wesentlich die Strategien des Krieges prägen. Neu aber ist, daß Kriege heute selbst mediale Ereignisse geworden sind, und dies in einem doppelten Sinne. Kriege sind zum einen massenmediale und zum anderen medientechnologische Ereignisse.

Die massenmediale Berichterstattung ist ein unabdingbarer Teil der Kriegsstrategie geworden. Nationale und internationale Berichterstattung muß für eigene strategische Ziele genutzt werden.

Dies artikuliert sich im Kampf um Massenmedien, also um Rundfunkanstalten etwa, aber auch in der Steuerung und Manipulation von Medien, die dem eigenen Zugriff unzugänglich sind. Manipulation und Steuerung spielen im übrigen auch in pluralistischen Gesellschaften mit kaum kontrollierbaren Presselandschaften eine Rolle. Geheimdienste versorgen die freie Presse mit manipuliertem Material, mit manipulierten Bildern und inszeniertem Filmmaterial, das als dokumentarisch gelten soll.

Zum anderen aber sind Kriege zu medialen Ereignissen geworden, insofern sich die moderne Kriegstechnik mehr denn je auf Medien- bzw. Informationstechnologien stützt. Das heißt natürlich nicht, daß kriegerische Handlungen ihren blutigen Endzweck verloren hätten. Aber in strategischen Überlegungen verschwindet dieser Endzweck hinter anderen Überlegungen.

Wie mache ich mein Flugzeug für das Radar, wie meine Waffenproduktionsanlagen für die gegnerische Aufklärung unsichtbar, wie steigere ich die Präzision meiner Waffen, wie kann ich die gegnerische Kommunikation stören oder verunmöglichen, dies sind die entscheidenden Fragen moderner Militärstrategien.

Information Warfare als neues strategisches Feld

Unter dem Begriff Information Warfare bildet sich hier ein neues strategisches Feld heraus. Das Charakteristikum dieser die weltweite Vernetzung von Rechnersystemen nutzenden Strategie ist, daß sie keinen Unterschied mehr zwischen einer strategischen Handlung zu Friedenszeiten und einer Handlung in Kriegszeiten macht.

Information Warfare findet immer statt. Man plaziert Computerviren in fremden Rechenanlagen, die jederzeit aktiviert werden können, manipuliert Datenströme, Bilder, Stimmen, versucht in gegnerische Rechner einzudringen. Information Warfare läßt auch kaum mehr Unterscheidungen zwischen kriegerischen und geheimdienstlichen Handlungen zu. Militär- und Wirtschaftsspionage, die informatische Kontrolle und Manipulation von potentiellen Gegnern und Freunden vermischen sich.

In vielerlei Hinsicht nähern sich kriminelle, geheimdienstliche und militärische Strategien an. Als Urheber kriegerischer Handlungen können also längst nicht mehr allein Staaten, Ethnien oder weltanschauliche Gruppen ausgemacht werden. Datenmaterial zur Information über die Kräfteverhältnisse des potentiellen Gegners wie Satellitenbilder lassen sich längst auch auf dem freien Markt erwerben.

Dies bedeutet, daß zunehmend der Organisationsgrad und die Logistik einer kriegführenden Partei gegenüber der waffentechnischen Ausstattung an Bedeutung gewinnen. Noch immer ist der Endzweck einer kriegerischen Handlung auf die Möglichkeit der konkreten Schwächung, Verletzung oder Zerstörung des Gegners gerichtet. Klar ist aber auch, daß informatorisch gesehen zunehmend Paritäten zwischen ungleichen Gegnern hergestellt werden können. Das alles bedeutet:

1. Krieg und Medien standen schon immer in einem besonderen Verhältnis. Medien distanzieren und verschaffen Orientierung in der Welt.

Der Krieg ist in gewisser Hinsicht ein distanzierendes Ereignis. Man distanziert den Feind in doppeltem Sinne, man läßt ihn hinter sich als vernichtet oder unterworfen und man hält sich ihn vom Leib. Auch verschafft der Krieg in gewisser Hinsicht Orientierung. Die gegenwärtige Rede vom Krieg gegen den Terrorismus oder vom Heiligen Krieg kann als dezisionistische Äußerung verstanden werden.

Wir sind eben das, was der Feind nicht ist, selbst wenn wir das Gleiche tun, die gleichen Mittel wie der Feind anwenden, dann tun wir das aus anderen Gründen und mit anderen Zielen. Die eigene Identität wird also am Feind ausgerichtet. Der Krieg verschafft Orientierung, insofern er mir meinen Standort in der Welt klar macht, meine Zugehörigkeit und meinen Wert.

2. Moderne mediendisponierte Kriege werden nicht mehr erklärt, sondern finden zunehmend immer statt.

Zwischen Krieg und Frieden gibt es flüssige Übergänge. Friedensabkommen bedeuten nicht mehr als laue Absichtsbekundungen. Eine strenge Scheidung zwischen kriegerischer Handlung und Rüstungshandlung ist kaum mehr möglich. Mediendisponiert sind Kriege, insofern sie sowohl waffentechnisch als auch strategisch von apparativen Medien getragen sind, und insofern Kriege von Medien propagandistisch begleitet werden bzw. eine informelle Begleitung zur Beeinflussung bzw. Manipulation von Freund und Feind benötigen.

3. In der modernen Kriegsführung kommen in besonderer Weise die mediale Disposition des Menschen zum Ausdruck und eine besondere Tendenz in der Medienentwicklung.

Der Mensch ist insofern medial disponiert als er eine Neigung hat, seine Wirkfähigkeit medial auszuweiten. In diesem Willen zur Wirkung artikuliert sich freilich auch eine Tendenz, diese Wirkung rücksichtslos durchzusetzen. Die Tendenz moderner apparativer Medienentwicklungen deckt sich tatsächlich weitgehend mit traditionellen kriegerischen Strategien. Der Bessere ist der Schnellere, der Präzisere, der Konzentriertere, der am wenigsten Verortbare. Dies wird insbesondere in solchen modernen Strategien sichtbar, die auf die Nichtverortbarkeit von Waffensystemen setzen, beispielsweise beim Tarnkappenbomber.

Dem potentiellen Gegner muß jede Aufstellung und jede Einstellung verunmöglicht werden. Der ideale Angreifer ist nicht verortbar, er ist überall und kann jederzeit zuschlagen. Man sieht, diese strategischen Ideale decken sich absolut auch mit den Strategien von Terroristen. In gewisser Weise stehen Kriegsmedien und Medienkriege in einem komplementären Verhältnis. Gerade in unserem Zeitalter der multimedialen Verschaltung wird dies deutlich.

Von einem Organisationszentrum aus können Kriegsmedien entwickelt oder verbessert und gleichzeitig ein Medienkrieg geführt werden. Medienkriege benötigen immer selbst schon eine mediale Disposition.

Im Krieg um Aufmerksamkeit gibt es keine scharfe Zäsur zwischen militärischer und ziviler Handlung. Der Krieg um Aufmerksamkeit wird dabei von den Medien auch selbst und ohne militärischen oder patriotischen Auftrag geführt. Immer wieder geht es um die Gratwanderung zwischen notwendiger Berichterstattung und dem Gieren nach sensationellen Bildern, wobei sich fatale Verstrickungen zwischen Berichterstatter und Kriegführenden ergeben.

Ich denke an den häufig diskutierten Vorfall an der 'Snipers-Allee' in Sarajewo, wo ein Junge, der von einem Kamerateam Geld für einen Zickzacklauf erhielt, tatsächlich bei seiner gewag-

ten Unternehmung auch angeschossen wurde. Im Kampf um sensationelle Bilder und Berichte werden konkurrierende Informationsunternehmen, freie Berichtersteller usw. selbst zu Kriegsparteien, die zum ökonomischen Zweck Kooperationen mit Kriegsparteien eingehen und unter Umständen sogar Konkurrenten gefährden. Eine Art Söldnermentalität ist im Gewerbe der Kriegsberichtserstattung nicht selten anzutreffen.

Im Verhältnis von Krieg und Medien wird ein Zug im Militärwesen sichtbar, der keine scharfe Zäsur zwischen militärischer und ziviler Handlung mehr zuläßt. Organisierte Gemeinschaften, die als Kriegsparteien bestimmt wurden, bilden sich zunehmend jenseits neuzeitlicher nationaler Verfassungen aus. Mafiosische Gemeinschaften wie ökonomische Kooperationen, religiöse wie weltanschauliche Gemeinschaften werden als Kriegsparteien wohl an Bedeutung gewinnen.

Die Staatengemeinschaft wird hart zu arbeiten haben, um ihre regulative Funktion noch wahrnehmen zu können. Vielleicht werden wir uns aber bald nach mehr nationalstaatlicher Regulierung zurücksehnen, weil sie uns wesentlich für die Humanisierung der Welt erscheint.

Redaktionelle Anmerkung: Erstveröffentlichung: feinschwarz.net. Gekürzte, vom Autor durchgesehene Fassung des Artikels: Kriegsmedien und Medienkriege - Zum Verhältnis von Krieg und Medien. In: Grimm, Petra / Capurro, Rafael (Hg.): Krieg und Medien - Verantwortung zwischen apokalyptischen Bildern und paradiesischen Quoten? Stuttgart 2003, 43 - 56. Die Zweitveröffentlichung unter dem Titel "Kriegsmedien und Medienkriege" wurde von Milieu übernommen.

Klaus Wieglerling ist Philosoph am Institut für Technikfolgenabschätzung und Systemanalyse (ITAS) in Karlsruhe.<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 13. Dezember 2022: >>Wisnewski: "Die Diktatur geht weiter!"

Von Jürgen Elsässer

Exklusiv-Interview mit dem Bestsellerautor des Jahrbuchs "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen" zur Ausgabe 2023, die noch vor Weihnachten erscheint ...

Herr Wisnewski, Sie haben gerade Ihr neues Jahrbuch "Verheimlicht - Vertuscht - Vergessen" 2023 in die Druckerei gegeben. Das Jahrbuch ist 2007 zum ersten Mal erschienen. Letztes Jahr, Dezember 2021, gab's einen Skandal- nämlich kurz vor Drucklegung eine Razzia bei Ihnen. Im Augenblick ist Razzia das Lieblingswort des Regimes. Müssen Sie auch dieses Jahr unangenehmen Besuch fürchten?

Jeder von uns muß dauernd unangenehmen Besuch fürchten. Bei mir ist auch dieses aus der Luft gegriffene Verfahren noch nicht abgeschlossen. Ich habe seither, seit einem Jahr, seit dieser Hausdurchsuchung, nichts mehr gehört. Außer, daß man hinter meinem Rücken meine Wohnadresse zu recherchieren versucht. Ich glaube auch nicht, daß denen groß geholfen wird bei dieser Frage. Aber daraus ergibt sich, daß hier offenbar noch mal eine Hausdurchsuchung geplant ist. Ich habe hier aber alle erdenklichen Maßnahmen getroffen, die ich aber nicht näher ausführen kann.

Im Jahrbuch 20/21 sprachen Sie in Bezug auf die Corona Maßnahmen von einem globalen 1933. Also eine weltweite Corona-Diktatur. Wie hat sich die Sache 2022 weiterentwickelt?

Man hat gesehen, daß der gesamte Globus einer Befehlsstruktur gefolgt ist. Das habe ich dann diese Machtergreifung genannt, wie 1933. Ohne eine zentrale Regierung wäre das nicht möglich. Dabei wurden auch alle möglichen demokratischen Mechanismen ausgehebelt. Das war ein globaler Putsch. Man hat dann versucht, die Affenpocken anzuhängen und wollte diese Sache noch verlängern, weil das ein gigantisches Geschäft für die Pharmaindustrie war.

Geschäft ist eigentlich noch zu milde ausgedrückt. Das war eigentlich ein gewaltiger, globaler Raubzug der Pharmaindustrie, der jemals stattgefunden hat. Nun haben wir einen Wechsel in dem Krieg gehabt - nur die Strukturen sind noch erhalten geblieben, die man damals geschaf-

fen hat: Die antidemokratischen Strukturen und Gesetze. Alle möglichen Bestimmungen sind zum Teil erhalten geblieben. Das heißt, auf der abstrakten Ebene hat diese Diktatur nicht aufgehört zu existieren. Auch wenn die Leute jetzt glauben, das alles wäre vorbei. Gar nichts ist vorbei! Sondern, das wird jetzt so weiter gehen mit verschiedenen Verkleidungen.

Ihr Jahrbuch präsentiert regelmäßig "Nachrichten, die nicht in der Zeitung standen". Was ist diesbezüglich in Ihrem neuen Jahrbuch 2023 die brisanteste Nachricht, die nicht in der Zeitung stand?

Das bedeutendste was da drinsteht, ist ein Jubiläum. Nämlich das 75-jährige Jubiläum des Tavistock Instituts. Diesen Namen haben bisher nur wenige Leute gehört.

Sie haben im Jahrbuch gleich zwei Texte zu Tavistock drin, einer trägt die Überschrift "Frankensteins Praxis". Das macht mich neugierig.

Tavistock Institute ist eine zentrale Propagandaeinrichtung Großbritanniens, die eine bestimmte Technologie entwickelt hat, um Menschen zu beeinflussen. Und das entstand im Ersten Weltkrieg schon, wo man festgestellt hat: Moment mal, wenn die Soldaten völlig schockiert und traumatisiert nach Hause kamen, dann konnte man mit denen machen, was man wollte. Die waren dann unter diesem Schock absolut steuerbar. Kurz: Die idealen Untertanen. Daraus entstand eine Schockstrategie.

Einer dieser Tavistock-Forscher hat auch gefordert, man müsse Schocktruppen aus Psychiatern in die ganze Welt entsenden, um die Leute zu schocken - vor der großen Einführung des Fernsehens. Heute haben wir statt dieser Schocktruppen das Fernsehen und noch ein paar Schockfiguren wie Drostens, Wieler, Lauterbach und solche Leute, die millionenfach vervielfältigt werden. Mit dieser Schockstrategie, die aus dem Ersten Weltkrieg stammt wird heute noch unsere gesamte Welt beeinflusst und gestaltet.

Ich glaube, das ist eine sehr wichtige Botschaft, weil uns das eine Metaebene gibt. Wir verstehen plötzlich "wieso habe ich plötzlich Angst? Wieso bin ich dauernd schockiert? Wieso bin ich dauernd unsicher und weiß nicht, was ich tun soll?". Das liegt an dieser Schockstrategie. Diese Schocks kumulieren zur Zeit. Das heißt, man versucht uns ganz atemlos zu machen, um uns endgültig einzutüten und die globalen Pläne durchzuziehen. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 14. Dezember 2022:

>>**Reichsbürger-Razzia: Die Rolle der Medien**

Von *Sven Eggers*

Still und leise rückten schwerbewaffnete Elite-Truppen aus, um Deutschland in letzter Minute vor einem Reichsbürger-Putsch zu retten. Diese Story verbreiten jedenfalls BRD-Medien und lieferten die gewünschten Bilder zur Riesenrazzia am 7. Dezember. Wer aber soll das glauben? Wie Medien tricksen, lügen und manipulieren decken wir in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" auf. ...

Selbst auf tagesschau.de wurde vor einigen Tagen die Frage aufgeworfen:

"Am Morgen der bundesweiten Razzia gegen Reichsbürger waren viele Medien bereits informiert und hatten ihre Berichte vorbereitet. Wie kann das sein?"

Es folgt ein eher peinliches Blablabla zur angeblich guten Recherchearbeit, die Tagesschau & Co. in dieser Angelegenheit angestellt hätten. Das ist natürlich grober Unfug. Bundesdeutsche Massenmedien hatten ganz offenkundig den Auftrag, die behördliche Razzia gut in Szene zu setzten und mit entsprechender Begleitmusik zu garnieren. Zu diesem Zweck war die Journalistin informiert und eben auch instruiert worden. Brav lieferten Staatsmedien schließlich zur besten Sendezeit ihre Bilder, einschließlich Sondersendungen.

Meer von Lügen

Es ist erschreckend, wie sehr es bereits zur Normalität geworden ist, daß Medien ihre eigentliche Kontrollfunktion aufgegeben haben. Journalisten schauen den Herrschenden nicht etwa kritisch auf die Finger, sondern schützen die Polit-Cliquen an den Hebeln der Macht, zwangs-

finanziert von uns allen.

In einer funktionierenden Demokratie würden Medien objektiv über Geschehnisse in der Region, im Land oder auch in aller Welt berichten und ein Abbild der Wirklichkeit liefern. Das Grundgesetz garantiert das Recht, "sich aus allgemein zugänglichen Quellen ungehindert zu unterrichten". Sich von Staatsmedien am Nasenring durch ein Meer von Ungereimtheiten und Lügen zerren zu lassen, ist gewiß nicht im Sinne der Grundrechte.

Für den Journalisten Stefan Niggemeier (Übermedien) steht jedenfalls fest:

"Es ist offenkundig: Die Presse war auf diese Razzia gut vorbereitet. Sie wußte vorab, wann sie stattfindet und gegen wen sie sich richtet. Sie konnte Fotografen und Kamerateams zu den Orten der Zugriffe schicken und war teilweise schon dabei, bevor sie begannen."

Dieser Umstand ist für den AfD-Bundestagsabgeordneten Gottfried Curio ein Beweis dafür, daß die verantwortlichen Behörden und politischen Instanzen selbst nicht an die Gefährlichkeit der Zielgruppe geglaubt haben. Ansonsten wäre es ja viel zu heikel gewesen, "vorher alles rauszublasen", so Curio. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Dezember 2022:
>>**GEZ-Staatsfunk: Die zwangsfinanzierte Einseitigkeit**

Von *Sven Eggers*

ARD und ZDF lernen nicht dazu. Nach wie vor sitzen in den TV-Gesprächsrunden immer die gleichen Gäste der immer gleichen Parteien. Die AfD findet quasi nicht statt. ...

Das Portal meedia.de hat die Gästelisten der einzelnen Talk-Sendungen im öffentlich-rechtlichen Programm - nämlich Anne Will, hart aber fair, Maischberger, Maybrit Illner und Markus Lanz - ausgewertet und eine Rangliste der am häufigsten dort eingeladenen Figuren erstellt. "Sieger" ist Norbert Röttgen. Den bemerkenswert langweiligen außenpolitischen Experten der CDU mußten die Zuschauer satte 21 Mal ertragen. Zumeist durfte er unwidersprochen über Rußland herziehen. Der regierungspolitische Abnicker, Mainstreamjournalist und Merkel-Fanboy Robin Alexander, schaffte es in 19 Fällen in die Sendeformate.

Immer wieder Klingbeil und Kühnert

Auf Platz 3 landet demnach der frühere Antifa-Mitstreiter und heutige SPD-Vorsitzende Lars Klingbeil, der in 18 Fällen von Anne Will & Co. begrüßt wurde. Im ausklingenden Jahr brachte es SPD-Generalsekretär Kevin Kühnert auf 17 Einladungen. Er teilt sich Platz 4 mit der kriegsbegeisterten Rüstungs-Lobbyisten Marie-Agnes Strack-Zimmermann von der FDP, die uns die TV-Macher ebenfalls 17 Mal zumuteten. Natürlich waren auch die Grünen präsent. Vorsitzender Omid Nouripour war beispielsweise 15 Male dabei, Robert Habeck 12 Mal.

Vorjahressieger Karl Lauterbach liegt mit 15 Talkshow-Auftritten auf Platz 6. Die SPD konnte im Laufe des Jahres sage und schreibe 134 Genossen in den Talkshows plazieren, CDU- und CSU-Vertreter waren 123 Male vertreten. Die Grünen quasselten in 85 Fällen mit, die Linke in 33. Und was ist mit der AfD, immerhin viertstärkste Kraft bei der letzten Bundestagswahl und in aktuellen Umfragen klar im Aufwärtstrend? Sie wurde zwei (!) Mal eingeladen. Weniger ausgewogen geht es eigentlich nicht. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 22. Dezember 2022:
>>**Corona: Merkel brachte Journalisten auf Linie**

Von *Karel Meissner*

Die Mainstream-Medien gestehen ihre Propagandafunktion inzwischen schamlos ein. So berichtet der Tagesspiegel von Merkels heimlichen Journalisten-Treffen, wo sie die Zeilenschinder auf Regierungslinie brachte. ...

Obwohl das Gegenteil offensichtlich ist, bezeichnen sich die Mainstream-Medien weiterhin als "freie Presse". Verbindungen zu politischen Machthabern und dicke Schecks von Bill Gates & Co.? Ändern nichts daran. Die ständige Übereinkunft von Regierungsstandpunkt und Blattlinie? Purer Zufall. Wer das Gegenteil behauptet, ist ein Verschwörungstheoretiker.

Seit den Pandemie-Jahren klang dieses Märchen selbst für Gutgläubige hohl: Mit kompletter Ignoranz gegenüber Ungereimtheiten im Regierungsnarrativ propagierten Mainstream-Journalisten die totale Aufgabe von Freiheit und dem Recht auf körperliche Unversehrtheit: Schießt rein die Gen-Brühe! Nieder mit den Ungeimpften!

Das Allerbeste: Die Propaganda-Medien finden ihren Gehorsam so wenig skandalös, daß sie inzwischen selbst darüber berichten, ohne daß der Druck errödet. So fand der Cicero ein Geständnis kürzlich im Berliner Tagesspiegel: als Anmerkung darüber, wie Propaganda-Medien von der damaligen Bundeskanzlerin Angela Merkel auf Linie gebracht wurden:

Gut versteckt in einem Porträt über Ex-Regierungssprecher Steffen Seibert. Autor Georg Ismar berichtet, wie Merkel an Vorabenden von Bund- und Ländertreffen zur Corona-Lage ausgewählte Journalisten zusammengetrommelt habe, um sie auf die Lockdown-Diktatur einzuschwören.

Dabei habe man die Situation zur extremen Bedrohung aufgeblasen. Am folgenden Gipfeltag fanden sich exakte Wiedergaben der Grusel-Szenarien in Printausgaben und auf Online-Portalen der Kriecher-Medien - um Druck auf die Regierungen der Bundesländer auszuüben. Aber einige Ministerpräsidenten bekamen Wind von Merkels Presse-Einpeitschung...

Aber anstatt diese Manipulation zu skandalisieren, kopierten sie lieber Merkels Masche, veranstalteten ihrerseits Einschwörungs-Seminare für Journalisten:

"So wurde aus der einstmals stolzen vierten Gewalt ein festgezurter Gulliver, der sich willfährig mal ins 'Team Vorsicht', dann wieder ins 'Team Freiheit' ziehen ließ."

Natürlich haben die Propaganda-Medien keine Kehrtwende vollzogen, nicht einmal Reue gezeigt. Im Gegenteil: Die aktuellen Narrative von Krieg, Inflation und Great Reset werden ebenso staatstreu verbreitet. Von diesen Zeilenschindern ist nichts mehr zu erwarten. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. Dezember 2022:

>>**Ukrainische Verluste: Zehnmal so hoch wie angegeben?**

Eine Aussage der EU-Kommissionsvorsitzenden Ursula von der Leyen wirft die Frage nach den tatsächlichen Verlusten der ukrainischen Armee auf. Was passiert da gerade wirklich? Von *George D. O'Neill jr.*

Kürzlich enthüllte die Präsidentin der EU-Kommission Ursula von der Leyen leichtfertig die verheerenden Kosten des Ukraine-Krieges. Sie äußerte:

"Es wird geschätzt, daß bis heute mehr als 20.000 Zivilisten und 100.000 ukrainische Militär-angehörige gestorben sind."

Zensur und Verwirrung

Die Bemerkung rief heftige Reaktionen hervor, und der Europäische Rat löschte die Kommentare später aus den Videoaufzeichnungen der Ansprache. Die Zensur blieb unerklärt und zeigte, wie verwirrt die Verfechter der anerkannten Darstellung sind.

Wenn von der Leyens Schätzung zutrifft, ist die Zahl der toten ukrainischen Soldaten fast zehnmal so hoch wie von der ukrainischen Regierung angegeben. Die Bemerkung der EU-Präsidentin zeigt, daß selbst die stärksten Befürworter dieses blutigen und unnötigen Krieges die Wahrheit nicht länger verbergen können: Die Ukraine droht zu verlieren.

Die Mainstream-Medien und die Regierung Biden behaupten bis zum Überdruß die Ukraine gewinne gegen Rußland. Aber die Fakten vor Ort passen nicht zu dieser Darstellung, und die Regierung und die Medien wissen das. Die Kriegsfanatiker wissen, daß es ihnen mit ihrer zynischen Ukraine-Politik nicht gelungen ist, Rußland aus der Ukraine zu vertreiben. Tragischerweise sind es die Ukrainer, die unter den immensen Kosten dieses außenpolitischen Versagens leiden. Ihr Land wird im Namen und auf Veranlassung des globalistischen amerikanischen Imperiums ruiniert.

Bakmut: Die Stunde der Beschwichtiger

Während die Ukraine ihren Einfluß auf die stark verteidigte und wichtige Kreuzung um die

Stadt Bakhmut verliert, hat die westliche Presse eine Kampagne gestartet, um die Bedeutung dieses Verlustes herunterzuspielen. Defense Express berichtet:

"Der britische Verteidigungsnachrichtendienst erklärt, daß die Einnahme von Bakhmut für Rußland in erster Linie ein symbolisches, politisches Ziel ist."

Letzte Woche veröffentlichte die Financial Times einen Artikel mit dem Titel: "Es ist die Hölle: Der Zermürbungskrieg zwischen der Ukraine und Rußland um Bakhmut". Im Untertitel des Artikels heißt es:

"Soldaten sagen, die Kämpfe in und um die östliche Stadt Donezk erinnern an Grabenkämpfe im Stil des Ersten Weltkriegs."

Die schrecklichen Verluste der Ukraine

Die folgenden Informationen geben einen Hinweis auf die Art des ukrainischen "Sieges" in den vergangenen sechs Monaten. Die Ukraine hat schätzungsweise 20 Prozent ihres Territoriums verloren. Mindestens 22 Prozent des ukrainischen Ackerlandes befinden sich unter russischer Kontrolle.

Bei diesen Gebieten handelt es sich um einen großen Teil des in der Minsk-II-Vereinbarung festgelegten Gebiets, das als autonome Bezirke verwaltet werden sollte. Aufgrund des Scheiterns des Minsk-II-Abkommens erklärte Rußland seine militärischen Sonderoperationen, um diese Gebiete aus dem Griff der ukrainischen Regierung zu befreien. Heute sieht es so aus, als habe Rußland einige seiner ursprünglichen Ziele fast erreicht.

Im Mai 2022 meldete das Flüchtlingshilfswerk der Vereinten Nationen, daß fast acht Millionen Ukrainer zu Binnenvertriebenen geworden sind und weitere sechs Millionen als Flüchtlinge registriert wurden. Diese Zahl wird in diesem Winter wahrscheinlich noch weiter ansteigen. Infolge der jüngsten russischen Raketenangriffe auf das ukrainische Stromnetz fliehen noch mehr Menschen aus der Ukraine.

Ohne Wasser und Strom

Europa rechnet in diesem Winter mit Hunderttausenden von ukrainischen Flüchtlingen in den zerstörten Städten des Landes. Der Bürgermeister von Kiew, Vitali Klitschko, könnte auf eine Evakuierung seiner Stadt drängen, da die Grundversorgung der Bevölkerung nicht gewährleistet ist.

CNN berichtete vor einem Monat, daß mindestens 30 Prozent der ukrainischen Kraftwerke zerstört sind. BBC berichtet, daß sechs Millionen Ukrainer ohne Strom sind. EuroNews berichtete kürzlich, daß zwei Drittel von Kiew ohne Strom sind. Schätzungsweise 80 Prozent von Kiew sind ohne Wasser. Nachrichtenberichten zufolge bereitet sich Kiew darauf vor, ohne Strom, Wasser und Heizung zu überleben. Die Ukraine hat Städte evakuiert, die ohne Heizung und Strom unbewohnbar geworden sind. Die Weltgesundheitsorganisation warnt davor, daß in diesem Winter "Millionen von Menschenleben bedroht" sind.

Das Forbes Magazine berichtet, daß fast die Hälfte der Ukraine ohne Strom ist. Newsweek berichtet, daß dem ukrainischen Energieriesen die Ausrüstung zur Behebung von Stromausfällen ausgeht. Wie lange wird die ukrainische Hauptstadt noch ohne Strom auskommen?

Abhängig von Elon Musk

Die ukrainische Zentralbank schätzt, daß das BIP des Landes 2022 um 32 Prozent sinken, die Inflation 30 Prozent erreichen und die Arbeitslosigkeit 30 Prozent betragen wird. Die New York Times berichtet, daß die ukrainische Landwirtschaft durch den Krieg geschätzte 23 Milliarden Dollar verloren hat. Der Internationale Währungsfonds berichtet, daß der Krieg in der Ukraine zur schlimmsten Lebensmittelknappheit seit 2008 geführt hat. CNN berichtet, daß die Kommunikation in der Ukraine vollständig vom Starlink-System von Elon Musk abhängt. Wenn es Probleme mit dem System gibt, fällt das Land aus.

Ohne Elon Musks Starlink-System wäre die gesamte Kommunikation in der Ukraine schon zusammengebrochen. Dennoch beschimpfen ukrainische Offizielle wie Andrij Melnyk den

Unternehmer.

Brookings berichtet:

"Der Krieg hat nach Angaben der Kyiv School of Economics mindestens 127 Milliarden Dollar an Gebäuden und anderer Infrastruktur des Landes zerstört."

Die Washington Post berichtet, daß die Ukrainer zusätzlich zu den über 100 Milliarden Dollar, die wir bereits überwiesen haben, 700 Milliarden Dollar fordern. Vor Ort hatte die Ukraine Schwierigkeiten, ein von Rußland aktiv verteidigtes Gebiet einzunehmen. Der jüngste "Sieg" der Ukraine bei der Einnahme von Cherson hat sich in Luft aufgelöst.

Die Pyrrhussiege der Ukraine

Die Ukraine evakuiert Cherson aufgrund des russischen Beschusses. Die ukrainische Militärmaschinerie ist nicht in der Lage, die Kontrolle über eine Stadt zu behalten, die der Gegner evakuiert hat. Alle ukrainischen Offensiven im September und Oktober sind ins Stocken geraten, und die Russen scheinen ihre Verteidigungslinien zu festigen und ihre Streitkräfte vor Ort drastisch zu verstärken, während die Ukraine sechzigjährige Männer einberuft.

Die Ukraine verliert auch den Zugang zu den Ressourcen, die sie zur Fortsetzung des Krieges benötigt. Den USA und Europa gehen die Waffen aus, die sie der Ukraine schicken können. Darüber hinaus berichtet CNN, daß die Waffenlieferungen an die Ukraine zur Neige gehen. Die ukrainische Militärausrüstung, insbesondere die Artillerie, bröckelt, und der Westen kann vieles von dem, was kaputt geht, nicht ersetzen.

Foreign Policy berichtet, daß NATO-Beamte über die Engpässe sehr besorgt sind. Selbst der Neokonservative Frederick Kagan gibt zu, daß die NATO auf einen Konflikt wie den in der Ukraine nicht vorbereitet ist. Er äußerte gegenüber Foreign Policy:

"Die NATO plant nicht wirklich, Kriege wie diesen zu führen, und damit meine ich Kriege mit einem sehr intensiven Einsatz von Artilleriesystemen und vielen Panzern und Geschützen. Wir waren von vornherein nicht für diese Art von Krieg gerüstet."

Der verhinderte Frieden

Nach Angaben des CEO von Raytheon hat die Ukraine dreizehn Jahre Javelin-Produktion in zehn Monaten verbraucht. Es hätte nicht so weit kommen müssen. Die Ukraine und Rußland hätten ein dauerhaftes Friedensabkommen schließen können, wenn sich das globalistische amerikanische Imperium nicht eingemischt hätte. Im März 2022 schienen beide Seiten kurz davor zu sein, sich auf Bedingungen zur Beilegung des Konflikts zu einigen.

Es sah so aus, als würde das Abkommen sicherstellen, daß die Ukraine niemals der NATO beitreten würde. Die NATO-Frage ist das größte Problem in dieser ganzen Angelegenheit. Die Vereinigten Staaten und das Vereinigte Königreich haben diese Vereinbarung vereitelt, und der Krieg geht seither weiter, wobei Zehntausende von Ukrainern, Russen und anderen getötet wurden. Ihr Blut klebt an den Händen der führenden Politiker der USA und Großbritanniens.

US-Rüstungskonzerne, Politiker und Think Tanks profitieren auf Kosten der Ukraine und ihrer unglückseligen Bürger. Das übrige Europa leidet unter den gegen Rußland verhängten "Maximalsanktionen", während die Ukrainer weiterhin aus ihrem eigenen Land fliehen. Nichts von diesem Leid scheint die Verantwortlichen der amerikanischen Außenpolitik zu kümmern. Sie kümmern sich nicht um den Ruin der Ukraine - ihnen geht es nur darum, es Rußland heimzuzahlen. Dies ist das unvermeidliche Ergebnis einer Weltanschauung in Washington, die den Menschen als Vieh betrachtet.

Endlich Verhandlungen aufnehmen!

Zweifellos hat der Krieg auch Rußland einen hohen Preis gekostet. Sie haben sich verkalkuliert und während dieser ganzen Tragödie Fehler gemacht. Aber die Darstellung, die dem amerikanischen Volk vermittelt wurde, war weder ehrlich noch korrekt. Was gewinnt die Ukraine durch den Verlust von Zehntausenden von Menschenleben und großen Teilen ihrer Infrastruktur?

Viele Ukrainer haben ihre Angehörigen verloren und sehen einem brutalen Winter entgegen, und das alles nur wegen Leuten wie Ursula von der Leyen, Joe Biden und ihren neokonservativen Handlangern. Es ist an der Zeit, daß die westlichen Staats- und Regierungschefs der Wahrheit ins Auge sehen und Verhandlungen aufnehmen, um die Ukrainer vor dieser menschlichen Tragödie zu bewahren.

Dieser Text wurde im Rahmen der Europäischen Medienkooperation von Unser Mitteleuropa übernommen. Überschrift und Illustrationen wurden von unserer Redaktion eingefügt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 23. Dezember 2022:

>>**Paragraph gegen "Haßkriminalität" erweitert**

Von *Karel Meissner*

Eine Antwort auf Elon Musks Liberalisierung von Twitter? Das Kabinett will den Paragraphen gegen "Haßkriminalität" erweitern.

SPD-Chefin Saskia Esken leidet: Auf Twitter herrscht einfach zu viel Meinungsfreiheit. Auf dieser Plattform würden "weitgehend ungezügelt Haß und Hetze, Beleidigungen, Verleumdungen und Lügen verbreitet." Ihr Tipp für superwoke User: wechselt die Plattform, geht zu Konkurrenten. ... Außerdem wäre für Esken eine Überprüfung von Twitter durch die EU-Kommission "ein sinnvoller und notwendiger Schritt", wie sie dem Handelsblatt verriet.

Um solche Ausweitungen des Safe-Spaces auf juristische Grundlagen zu stellen, beschloß das Kabinett jetzt eine Erweiterung des Strafgesetzes zur "Haßkriminalität". Dieses Gesetz ist wegen seiner unscharfen Definition von "Haß" eine perfekte Waffe linksgrüner Machthaber gegen Oppositionelle. Mit ihm läßt sich jegliche Kritik zu Haß oder Phobie umdeuten - und damit kriminalisieren.

Die beschlossene Erweiterung "menschenverachtende Beweggründe" betrifft "geschlechtsspezifische" Diskriminierung sowie "gegen die sexuelle Orientierung gerichtete Tatmotive". Damit kann das Strafmaß für Kritik an der LGBTQ-Ideologie erhöht werden. (Ob darin auch die Diskriminierung von Cis-Männern enthalten ist?)

Der "Queer-Beauftragte" der Bundesregierung, Sven Lehmann, brach über diese Gesetzesänderung in Jubel aus:

"Durch die ausdrückliche Aufnahme 'geschlechtsspezifischer' sowie 'gegen die sexuelle Orientierung gerichteter' Motive in den Gesetzestext werden diese in Gerichtsverfahren eher strafverschärfend einbezogen und damit besser geahndet. Denn was Schwarz auf Weiß im Gesetzestext steht, findet in der Rechtspraxis mehr Beachtung.

Die ausdrückliche Erwähnung dieser Beweggründe unterstreicht zudem, daß die Staatsanwaltschaft bei ihren Ermittlungen schon frühzeitig solche Motive aufzuklären und zu berücksichtigen hat."

Zur Erinnerung: Diskriminierung wegen Geschlecht ist - ebenso wie bei Religion oder Herkunft - bereits laut Grundgesetz verboten. Der Paragraph gegen Haßkriminalität ist lediglich eine Dopplung, die jedoch einen Mißbrauch zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit ermöglicht.

Die Jagdsaison ist eröffnet: In der COMPACT-Spezial 35: Politische Verfolgung zeigen wir, wie das Regime Oppositionelle kriminalisiert, wegsperrt oder cancelt. ...<<

Das deutsche Nachrichtenmagazin "compact-online" berichtete am 4. Januar 2023: >>**GEZ-**

Medien: Das erneute Versagen des Staatsfunks

Von *Sven Eggers*

GEZ-Medien haben rund um die Silvesterkrawalle wieder getäuscht und vertuscht. Wie 2015/2016 nach den Attacken auf unsere Frauen in Köln. ...

In alternativen Medien verbreitet sich ein Clip mit dem Gestotter eines Tagesschau-Reporters, der nach den Gewaltexzessen der Silvesternacht in Berlin und vielen anderen deutschen Städten gefragt wurde: "Wer sind denn die Täter?" Er schwurbelt sodann, "von den Tätern zu

sprechen" sei "in solchem Kontext immer ein bißchen schwierig", um dann über "gruppendynamische Prozesse" und "gesellschaftlichen Druck" zu faseln.

Bloß kein kritisches Wort

Wieder verbiegen sich ARD und ZDF, um bloß kein regierungskritisches Wort zu senden, bloß keine Kritik an der aus dem Ruder gelaufenen Migrationspolitik zuzulassen. Irgendwelche Experten dozieren in öffentlich-rechtlichen Formaten ellenlang über "Gruppen" und "Dynamik".

Zu den ganz wenigen Ausnahmen im herkömmlichen Fernsehen zählte zum wiederholten Male RTL-West-Chef Jörg Zajonc. Der hielt fest:

"Ein Großteil der Randalierer sind junge Männer mit Migrationshintergrund, mit ihrem ganz eigenen Weltbild: Sie sind stark, der Staat ist schwach, und sie zeigen es."

Zum Jahreswechsel 2015/2016 hatten ausländische Männerhorden in Köln und anderswo massenhaft Frauen sexuell belästigt und bedrängt. ARD und ZDF berichteten zunächst gar nicht über diese Nacht der Schande. In COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" wird dieser Skandal minutiös aufgearbeitet.

Gebührenfinanziertes Schweigekartell?

Zitiert wird beispielsweise der ehemalige Bundesinnenminister Peter Friedrich (CSU), der die Nicht-Berichterstattung am 6. Januar 2016 gegenüber dem Redaktionsnetzwerk Deutschland bemerkenswert deutlich kritisiert hatte. Er sprach von einem "Schweigekartell" bei gebührenfinanzierten öffentlich-rechtlichen Medien. Offenbar gebe es "Nachrichtensperren, sobald es um Vorwürfe gegen Ausländer" gehe.

Und heute? Wieder blocken ARD und ZDF ab, wenn es darum geht, die Geschehnisse rund um die Silvesternacht beim Namen zu nennen. Daß es nicht erneut Frauen erwischt habe, liege lediglich an der Tatsache, daß Frauen sich nicht mehr auf die Straße trauten, legt Ex-Bild-Chef Julian Reichelt den Finger in die Wunde.

Georg Restle, Kopf des WDR-Formats Monitor, warf CDU-Bundestagsabgeordneten Christoph de Vries sogar "blanken Rassismus" vor, weil der im Zusammenhang mit den jüngsten Krawallen politische korrekte Sprachregelungen bei der Polizei durch den Kakao gezogen hatte. Restle wird in COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt" mitsamt seiner Antifa-Vergangenheit enttarnt. ...

So bleiben am Ende nur wenige Personen, die sich trauen, Wahrheiten auszusprechen. Ahmad Mansour, deutsch-israelischer Psychologe arabischer Herkunft, faßt zusammen:

"Wenn wir Ausländergewalt nicht als solche benennen dürfen, haben wir ein Riesenproblem. Das ist kein Journalismus, das ist Aktivismus, ein Totalversagen gewisser Medien."

Medienkritiker und Welt-Kolumnist Henryk M. Broder sieht es so: "Die Berichterstattung der öffentlich-rechtlichen Medien ist ein perfektes Beispiel für die deutsche Spezialität, das Offensichtliche nicht zu benennen."

Für eine Auseinandersetzung mit dem Versagen Öffentlich-Rechtlicher ist COMPACT-Spezial "Genug GEZahlt. Argumente gegen die Staatsmedien" unverzichtbar. Enthalten sind auch wertvolle Tips, wie man sich gegen die GEZ-Abzocke wehren kann. ... <<

Hinweise für den Leser

Einstellungstermin: 01.05.2023

Die PDF-Datei wird **kostenlos** zur Verfügung gestellt.

Rechtschreibregeln: Diese Chronik wurde nach den "alten Rechtschreibregeln" erstellt.

Zitate: Die zitierten Zeitzeugenberichte, Berichte von Historikern, Publikationen und sonstige Quellentexte werden stets mit offenen Klammern >> ... << gekennzeichnet.

Bei Auslassungen ... wurde sorgfältig darauf geachtet, daß der ursprüngliche Sinnzusammenhang der Zitate nicht unzulässig gekürzt oder verfälscht wurde.

Anregungen und Kritik: Für Anregungen bin ich stets dankbar. Sollten mir in dieser Chronik Fehler unterlaufen sein, bitte ich um Nachsicht und Benachrichtigung.

Urheberrechte: Alle Rechte vorbehalten. Diese Chronik ist ausschließlich für den privaten Gebrauch bestimmt.

Quellen- und Literaturnachweis

Die Quellenangaben kennzeichnen nur die Fundstellen. **Nach dem x wird der Buchtitel und nach dem Schrägstrich die Seite angegeben.**

Beispiel: (x363/79) = Geheime Mächte. Great Reset und Neue Weltordnung, Seite 79.

x363	Elsässer, Jürgen (Hg.): <u>Geheime Mächte</u> . Great Reset und Neue Weltordnung. COMPACT-Spezial Nr. 30. Werder (Havel) 2021.
------	--

Internet

x946	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2014/10/31/der-journalismus-als-herrschaftsinstrument/ - November 2019
x951	https://kritisches-netzwerk.de/forum/rainer-mausfeld-gezielte-zersetzung - November 2019
x953	https://kritisches-netzwerk.de/forum/luegen-die-medien-propaganda-rudeljournalismus-und-der-kampf-um-die-oeffentliche-meinung - November 2019
x971	https://de.wikipedia.org/wiki/The_Tavistock_Institute - April 2020
x1.000	https://www.kla.tv - März 2021
x1.014	https://kenfm.de - Juni 2021
x1.032	https://erasmus-stiftung.de/mediathek-2/publikationen/ - November 2021
x1.127	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/01/02/wie-die-propaganda-das-bewusstsein-herabdampft-und-demokratie-zur-farce-macht/#more-8396 - April 2022
x1.135	https://www.nachdenkseiten.de/?p=82754 - April 2022
x1.172	https://www.rubikon.news/artikel/die-lammer-zum-schweigen-bringen - September 2022
x1.178	https://www.kla.tv - November 2022

x1.179	https://schillerinstitute.com/de/blog/2022/09/22/offener-brief-an-die-vereinten-nationen-nr-2-des-schiller-instituts-und-der-foundation-to-battle-injustice/ - November 2022
x1.189	https://unser-mittleuropa.com/polizeistaat-deutschland-hausdurchsuchungen-mit-spezialeinheit-und-blendgranaten-wegen-hassrede-im-internet/ – Dezember 2022
x1.191	https://unser-mittleuropa.com/zentrale-medienaufsichtsbehoerde-als-grosser-bruder-so-plant-die-eu-die-pressefreiheit-abschaffung/ – Dezember 2022
x1.200	https://unser-mittleuropa.com/medienspsychologie-am-beispiel-der-us-polit-eliten-der-eu-und-nazi-deutschland/ – Dezember 2022
x1.212	https://fassadenkratzer.wordpress.com/2022/10/07/fdp-rustungs-lobbyistin-die-lauteste-kriegstrommel-in-berlin/#more-10288 – Dezember 2022
x1.219	https://www.rubikon.news/artikel/kriegsmedien-und-medienkriege – Dezember 2022
x1.224	https://www.rubikon.news/artikel/die-schaumfabrik – Dezember 2022
x1.235	https://www.rubikon.news/artikel/scharfes-schwert – Dezember 2022
x1.245	https://www.rubikon.news/artikel/politische-massenpropaganda – Dezember 2022
x1.251	https://www.kla.tv – Januar 2023